

UNIVERSITÄT REGENSBURG



DER WIRTSCHAFTLICHE WIEDERAUFBAU IRANS:

VON MONARCHISTISCHER MODERNISIERUNG
ZU SOZIO-ISLAMISCHEM LIBERALISMUS

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften
durch die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Universität Regensburg

Gemäß der Promotionsordnung vom 12.10.1979,
geändert durch Satzung vom 13.05.1993

vorgelegt von:
Dipl.-Kfm. Mahdy Farhadian
Scheffelstrasse 30
22301 Hamburg

Gottes Licht

*Man sagt, auf sechs Seiten scheine Gottes Licht,
Schreie brechen aus der Menge: „Wo ist das Licht?“*

*Ein Fremder kommt, sucht überall, auch rechts und links,
Stimmen werden laut: „Schau eine Weil, doch weder rechts noch links.“*

Molawi, 13. Jahrhundert¹

¹ Molawi ist ein persischer Dichter; Aus Gol-e-Bolbol, übersetzt von Purandokht Pirayech

Meinen Eltern
Houschang und Mahdokht

INHALTSÜBERSICHT

EINLEITENDES KAPITEL	1
AKTUALITÄTSBEZUG DES THEMAS	1
FRAGESTELLUNG	1
GANG DER UNTERSUCHUNG	4
 1. MONARCHISTISCHE MODERNISIERUNG VON 1953-1979	 10
1.1. DER BEGINN DER PAHLAWI-DYNASTIE	11
1.2. WIRTSCHAFTSPOLITIK EINES ERDÖLSTAATES	21
 2. ISLAMISCHER POPULISMUS VON 1979-1989	 31
2.1. DIE ISLAMISCHE REVOLUTION VON 1979	32
2.2. ISLAMISCHE WIRTSCHAFTSTHEORIE	54
2.3. DIE WIRTSCHAFT WÄHREND DES IRAN-IRAK-KRIEGES	62
2.4. DAS ERDBEBEN VON 1991	80
 3. WIRTSCHAFTLICHER LIBERALISMUS 1989-1997: STRATEGIE DES WIEDERAUFBAUS	 82
3.1. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE NEUORIENTIERUNG NACH DEM KRIEG	83
3.2. PRAGMATISMUS UNTER RAFSANDJANI	93
 4. DIE REFORMMAßNAHMEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU	 109
4.1. DER ERSTE FÜNFJAHRESPLAN 1989-94: MANIFEST DES WIEDERAUFBAUS	110
4.2. DIE RE-PRIVATISIERUNG DER WIRTSCHAFT	120
4.3. DEREGULIERUNG UND GLOBALE INTEGRATION	129
4.4. KAPITALAUFNAHME AUS DEM AUSLAND	146
4.5. DER ZWEITE FÜNFJAHRESPLAN VON 1995-2000	152
 5. ERGEBNISSE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG	 157
5.1. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	158
5.2. AUßENHANDEL UND AUSLANDSVERSCHULDUNG	176
5.3. ANALYSE DER WIRTSCHAFTSSEKTOREN	185
5.4. DER ERDÖLSEKTOR	194
5.5. DIE SANKTIONEN DER USA	203
5.6. SOZIALE ASPEKTE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK	208
 6. SOZIO-ISLAMISCHER LIBERALISMUS SEIT 1997	 217
6.1. DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK UNTER KHATAMI 1997	217
6.2. PHASENÜBERGREIFENDE ANALYSE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK	225
6.3. VERGLEICH DER WIRTSCHAFTSPOLITIK SCHAH VS. RAFSANDJANI	232
 7. THESENHAFTE ERGEBNISSE	 237
7.1. ERGEBNISSE DER SPIRALTHEORIE	237
7.2. ERGEBNISSE DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN PHASEN	239
 8. ANHANG	 255

INHALTSVERZEICHNIS

Abbildungsverzeichnis.....	x
Tabellenverzeichnis	xi

EINLEITENDES KAPITEL **1**

AKTUALITÄTSBEZUG DES THEMAS	1
FRAGESTELLUNG	1
GANG DER UNTERSUCHUNG.....	4
Quellenlage und Forschungsstand	7
Das Land Iran.....	8

1. MONARCHISTISCHE MODERNISIERUNG VON 1953-1979 **10**

1.1. DER BEGINN DER PAHLAWI-DYNASTIE	11
1.1.1. Erste Ansätze einer Wirtschaftspolitik.....	11
1.1.2. Rolle des Staates in der Wirtschaft	13
1.1.3. Die „Weiße Revolution“ des Schahs 1963-66	15
1.1.4. Der Wachstumsboom und die Politik der „Offenen Tür“	17
1.1.5. Die Erhöhung der Staatsausgaben und die Überhitzung.....	19
1.2. WIRTSCHAFTSPOLITIK EINES ERDÖLSTAATES.....	21
1.2.1. Die Bedeutung des Erdöls für die Staatswirtschaft.....	21
1.2.2. Die Industrialisierung durch Importsubstitution	23
1.2.3. Die sozialen Aspekte des Wachstums in Stadt und Land	27
1.2.4. Die Zuspitzung sozialer Spannungen.....	29

2. ISLAMISCHER POPULISMUS VON 1979-1989 **31**

2.1. DIE ISLAMISCHE REVOLUTION VON 1979	32
2.1.1. Die Islamische Republik und Ayatollah Khomeini	32
2.1.1.1. Die sozioökonomischen Ursachen der Revolution.....	32
2.1.1.2. Der politische Triumph der Theokratie	34
2.1.1.3. Die Präambel der Islamische Republik Iran.....	36
2.1.2. Transformation des Wirtschafts- und Sozialsystems	38
2.1.2.1. Islamisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft	38
2.1.2.2. Die sozioökonomische Entwicklung und Erschwernisse	40
2.1.2.3. Der Bruch mit dem Westen und den USA	41
2.1.2.4. Wirtschaftspolitischen Implikationen der Islamischen Verfassung	42
2.1.3. Die populistischen Maßnahmen der Theokratie	45
2.1.3.1. Die Landreform nach der Revolution 1979.....	45

2.1.3.2. Verstaatlichung des Industrie- und Bankensektors 1979	47
2.1.3.3. Der erweiterte Rolle des Staates in der Wirtschaft.....	50
2.1.3.4. Das wirtschaftliche Chaos unmittelbar nach der Revolution 1979-80	51
2.2. ISLAMISCHE WIRTSCHAFTSTHEORIE	54
2.2.1. Die religiösen Grundsäulen des Islam	54
2.2.2. Die Theorie des Homo Islamicus.....	56
2.2.3. Die Islamische Gesellschaft und Wirtschaft	57
2.2.4. Einführung des Islamic Banking im Iran	60
2.3. DIE WIRTSCHAFT WÄHREND DES IRAN-IRAK-KRIEGES	62
2.3.1. Der Iran-Irak-Krieg 1980-88.....	62
2.3.1.1. Die politischen Vorbedingungen des Krieges	62
2.3.1.2. Der Überfall der Iraker 1982	63
2.3.1.3. Die Waffenstillstandsphase und der Friedensvertrag 1988-89.....	65
2.3.1.4. Neutralität Irans während der Kuwaitkrise 1990.....	66
2.3.1.5. Die finanziellen Belastungen der Kriegsführung	67
2.3.2. Analyse der Kriegsschäden.....	69
2.3.2.1. Die Kriegsschäden und ökonomischen Konsequenzen.....	69
2.3.2.2. Der Industriesektor und die Sozioökonomik.....	73
2.3.2.3. Kriegsbedingte Auswirkungen auf dem Erdölsektor	77
2.3.2.4. Ursachen der Inflation bis 1989	78
2.4. DAS ERDBEBEN VON 1991	80

3. WIRTSCHAFTLICHER LIBERALISMUS 1989-1997: **82** **STRATEGIE DES WIEDERAUFBAUS**

3.1. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE NEUORIENTIERUNG NACH DEM KRIEG.....	83
3.1.1. Wirtschaftspolitische Direktive von Ayatollah Khomeini.....	83
3.1.2. Grundsatzdebatte der Fraktionen über den Wiederaufbau.....	85
3.1.2.1. Die populistische Tendenz der Radikalen	85
3.1.2.2. Verfechter der liberalistischen Politik um Rafsandjani.....	87
3.1.2.3. Der „Mixed-Approach“-Strategie als Lösung	88
3.1.2.4. Prioritäten und Kapitalbedarf des Wiederaufbaus.....	90
3.1.2.5. Beginn der Liberalisierungsphase unter Mussavi.....	92
3.2. PRAGMATISMUS UNTER RAFSANDJANI.....	93
3.2.1. Die „Perestroika“ von Rafsandjani	94
3.2.1.1. Der Mussavi-Plan wird „Haschemi“-Plan.....	94
3.2.1.2. Pragmatisch-wirtschaftliche Ausrichtung des Kabinetts.....	95
3.2.1.3. Abkehr vom Islamischen Populismus in der „Zweiten Republik“	97
3.2.1.4. Islamisch-revolutionäre Prinzipien der Reformen.....	98
3.2.2. Die Verbesserung der Auslandsbeziehungen.....	100
3.2.2.1. Die Handelsbeziehungen zum Ausland seit 1990	100
3.2.2.2. Beziehungen zu den USA von 1979-92	101
3.2.2.3. Die Beziehung zur Europäischen Union	103
3.2.2.4. Pragmatische Außenpolitik gegenüber den Golfstaaten.....	105
3.2.2.5. Beziehungen zur ehemaligen Sowjetunion und Zentralasien.....	107

4. DIE REFORMMAßNAHMEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU 109

4.1. DER ERSTE FÜNFJAHRESPLAN 1989-94: MANIFEST DES WIEDERAUFBAUS	110
4.1.1. Zielgrößen des ersten und zweiten Fünfjahresplanes 1989-1999	111
4.1.2. Reformen im Staatswesen und im Finanzsektor	113
4.1.2.1. Senkung des Haushaltsdefizits und Finanzierung des Planes	113
4.1.2.2. Steuererhöhungen trotz Deregulierung	114
4.1.2.3. Deregulierung des Bankenwesens	117
4.1.2.4. Bürokratie und Staatsapparat als soziale Machtbasis	118
4.2. DIE RE-PRIVATISIERUNG DER WIRTSCHAFT	120
4.2.1. Die Entstaatlichung des Privaten Sektors	121
4.2.2. Privatisierung der Bergbau- und Schwerindustrie	122
4.2.3. Die Wiederbelebung der Teheran Stock Exchange	124
4.2.4. Fehlentwicklungen auf der Teheran Stock Exchange	126
4.3. DEREGULIERUNG UND GLOBALE INTEGRATION	129
4.3.1. Integration des Irans in die Weltmärkte	129
4.3.1.1. Neupositionierung in der Internationalen Arbeitsteilung	129
4.3.1.2. Importsubstitution in Verbindung mit Exportförderung	131
4.3.1.3. Die Deregulierung des Außenhandels	132
4.3.2. Vereinheitlichungsreformen des Wechselkurssystems	135
4.3.2.1. Stufe 0: Das Multiple-Kurs-System der Kriegszeit 1980-89	135
4.3.2.2. Stufe 1: Straffung zum Drei-Kurs-System 1989-91	138
4.3.2.3. Stufe 2: Scheitern der Vereinheitlichung des Rialkurses 1993-94	140
4.3.2.4. Stufe 3: Wiedereinführung des Zwei-Kurs-Systems 1995	142
4.4. KAPITALAUFNAHME AUS DEM AUSLAND	146
4.4.1. Internationale Jointventures und Investitionen	146
4.4.2. Kreditaufnahme und Direktinvestitionen	149
4.4.3. Rückkehr und Partizipation der exilierten Iraner	150
4.5. DER ZWEITE FÜNFJAHRESPLAN VON 1995-2000	152
4.5.1. Die moderate Kontinuität der Reformen	152
4.5.2. Sektorale Zielgrößen und Kurskorrekturen	154

5. ERGEBNISSE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG 157

5.1. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	158
5.1.1. Wachstumsergebnisse des ersten und zweiten Fünfjahresplanes	158
5.1.2. Der Staatshaushalt und Volatilität der Erdölennahmen	163
5.1.3. Die Entwicklung der Inflation seit 1989	165
5.1.4. Inflatorische Wirkung durch öffentliche Kredite	167
5.1.5. Die Entwicklung der Preise	169
5.1.6. Das Dilemma der Subventionen	171
5.1.7. Parastaatliche „Bonjads“ als wirtschaftliche Monopole	173
5.2. AUßENHANDEL UND AUSLANDSVERSCHULDUNG	176
5.2.1. Dem Import-Boom 1991/92 folgt die Liquiditätskrise 1993	177
5.2.2. Bilaterale Umschuldungsvereinbarungen und Rückzahlungen	179
5.2.3. Die Entwicklung der Nicht-Öl-Exporte	182

5.3. ANALYSE DER WIRTSCHAFTSSEKTOREN	185
5.3.1. Wachstumsentwicklung und Probleme im Agrarsektor.....	185
5.3.2. Der Wiederaufbau des Militärssektors und der Armee	188
5.3.3. Der Industriesektor und seine Importabhängigkeit.....	189
5.3.4. Die Ergebnisse der Privatisierung.....	192
5.4. DER ERDÖLSEKTOR	194
5.4.1. Der Staat als Planungsorgan in einer Erdölwirtschaft	194
5.4.2. Wiederaufbau des Erdölsektors	196
5.4.3. Volatilität des Erdölpreises und der Staatseinnahmen.....	198
5.4.4. Die strategische Bedeutung des Erdgassektors.....	201
5.5. DIE SANKTIONEN DER USA	203
5.5.1. Verschärfung der Sanktionen unter Clinton.....	203
5.5.2. Wirtschaftlichen Auswirkungen der US-Sanktionen.....	204
5.6. SOZIALE ASPEKTE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK	208
5.6.1. Demographische Entwicklung und Familienpolitik	209
5.6.2. Probleme am Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel	211
5.6.3. Einkommensverteilung und Sozialstruktur.....	212
5.6.4. Politische Unruhen und soziale Instabilität.....	214

6. SOZIO-ISLAMISCHER LIBERALISMUS SEIT 1997 217

6.1. DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK UNTER KHATAMI 1997	217
6.1.1. Wirtschaftliche Situation zum Amtsantritt Khatamis 1997	218
6.1.2. Der dritte Fünfjahresplan von 1999-2004.....	220
6.1.3. Die wirtschaftliche Entwicklung unter Khatami.....	222
6.2. PHASENÜBERGREIFENDE ANALYSE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK.....	225
6.2.1. Spiralförmiges Erklärungsmodell der Wirtschaftspolitik	225
6.2.2. Khatamis „Politik der Mitte“ als Implikation der Spiraltheorie	229
6.3. VERGLEICH DER WIRTSCHAFTSPOLITIK SCHAH VS. RAFSANDJANI	232

7. THESENHAFTE ERGEBNISSE 237

7.1. ERGEBNISSE DER SPIRALTHEORIE	237
7.2. ERGEBNISSE DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN PHASEN	239
7.2.1. Monarchistische Modernisierung von 1953-79	239
7.2.2. Islamischer Populismus von 1979-89	240
7.2.3. Wirtschaftlicher Liberalismus 1989-97	242
7.2.4. Sozio-Islamischer Liberalismus seit 1997	252

8. ANHANG 255

8.1. Gesamtdarstellung der Epochen	255
8.2. Literaturverzeichnis	257
8.3. Quellenverzeichnis.....	270

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht der Phasen.....	4
Abbildung 2: Landkarte Iran	9
Abbildung 3: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 1 (1953-1979)	10
Abbildung 4: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 2 (1953-1989)	31
Abbildung 5: Direkter wirtschaftlicher Schaden des Krieges und das Bruttosozialprodukt 1980- 1988 in Mrd. Rial	72
Abbildung 6: Bruttosozialprodukt pro Kopf und privater Konsum 1961-92 in US\$.....	76
Abbildung 7: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 3 (1953-1989)	82
Abbildung 8: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 4 (1953-1997)	109
Abbildung 9 Aufschläge des official rate ggü. dem Schwarzmarktkurs 1977-89.....	136
Abbildung 10 Verlauf der Freemarket und Official Kurs des Rial gegenüber dem US\$ (Basis 1976) von 1976-97	144
Abbildung 11: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 5 (1953-2000)	157
Abbildung 12: Reales Bruttosozialprodukt pro Jahr 1988-1997 in US\$.....	162
Abbildung 13: Jährliche Inflationsraten 1988-97 in %	166
Abbildung 14: Importe (in Mio. US\$) 1993-99	180
Abbildung 15 Gesamtexport und Nicht-Öl-Exporte 1988-2001 (in US\$ Mio.).....	184
Abbildung 16: Gesamtförderung Erdöl und Inlandsverbrauch in Mio. Barrel pro Tag	197
Abbildung 17: Entwicklung der Erdölpreise von 1988-2001 in US\$ pro Barrel	200
Abbildung 18: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 6 (1953-2010)	217
Abbildung 19: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 7 (Ausblick 2010)	226

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Anteile der Investitionen des Staatlichen und Privaten Sektors 1959-78 (%).....	13
Tabelle 2 Die Entwicklung der Sektoren, (in Mrd. Rial in Preisen von 1974)	47
Tabelle 3: Erdöl und Steuererträge als Anteil des Gesamtjahreseinkommens des Staates ..	115
Tabelle 4 Staatserträge aus Steuereinnahmen, in Mio. Rial, 1973-94.....	116
Tabelle 5 Ein- und Verkauf von Aktien durch den Öffentlichen Sektor an der Teheraner Börse während der ersten Acht Monate im Jahr 1992.....	127
Tabelle 6 Die official und der free market rate des Rial zum US\$ (März 1993 – Dezember 1994).....	141
Tabelle 7 Sektorale Wachstumsziele des 2. Fünfjahresplanes.....	155
Tabelle 8 Wachstumsraten im ersten Fünfjahresplan nach Sektoren (%).....	160
Tabelle 9 BSP und Wachstumsraten im zweiten Fünfjahresplan (in Mrd. Rial zu Preisen von 1982) nach Sektoren	162
Tabelle 10 Struktur der Außenverschuldung zwischen 1993-1998.....	178
Tabelle 11 Länder mit beträchtlichen Flüchtlingszahlen im eigenen Land.....	214
Tabelle 12 Planziele für Erdöl-Exporterträge im dritten Fünfjahr.plan (1999-2005) Mio. US\$	221
Tabelle 13 Gegenüberstellung Wirtschaftspolitik Schah vs. Rafsandjani.....	234

Abkürzungen und Begriffserklärungen

In der Arbeit verwendete Abkürzungen von Namen, Zahlenangaben und Fachtermini:

Bank Markazi	Iranische Zentralbank
BPD	Barrel per Day
BSP	Bruttosozialprodukt
Fatwa	Islamisches Strafurteil
FJP	Fünfjahresplan
IRI	Islamische Republik Iran
Majles	Parlament des Iran
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
Mostas-affin	wörtlich: die Entrechteten, Bezeichnung für Arme
Khossussi Sazi	Begriff der Privatisierung im Iran
Komiteh	Para-Militärische Bürgerwehr und Sittenwächter
Ayatollah	Islamischer Titel, der höchste Grad des Klerus
IMF	International Monetary Fond
Rial	Iranische Landeswährung
Schah	Königlicher Titel
scharia	Die islamische Rechtsprechung
SEE	State Economic Enterprise (Staatsbetrieb)
TSE	Teheran Stock Exchange
Pastaran	Para-militärische Volkspolizei
Ulama	Klerikale Experten und Theologen
Basaari	einflussreiche Kaufleute im Bazaar, dem Gütermarkt.

EINLEITENDES KAPITEL

AKTUALITÄTSBEZUG DES THEMAS

Die Islamische Revolution von 1979 und der Iran-Irak-Krieg brachten den Iran in den Fokus der internationalen Berichterstattung - und das Land in ein wirtschaftliches Chaos. 1989 wurde der Wiederaufbau begonnen, der aus mehrfacher Sicht einen Neuanfang für das Land markierte. 1997 wurde Präsident Rafsandjani, unter dem der überwiegende Teil des Wiederaufbaus durchgeführt wurde, von Präsident Khatami abgelöst. Khatami steht für den Wunsch der Iraner nach sozialen Reformen, jedoch besitzt er nicht ausreichend Macht. Erschwert wird die wirtschaftliche Entwicklung auch durch die intraklerikale Opposition, wie letztlich durch die kurzzeitige Ausweisung sämtlicher EU-Botschafter 1997, die Mykonos-Affäre und die Hofer-Affäre in der Bundesrepublik verdeutlicht wurde.

Mit dem 1999 aufgestellten dritten Fünfjahresplan wurden aus wirtschaftspolitischer Sicht die Perspektiven für das 21. Jahrhundert gelegt. Es besteht vor diesen Hintergründen großes Interesse, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Irans zu untersuchen und Erkenntnisse hieraus für die gegenwärtige Situation und Zukunftsperspektiven zu gewinnen. Die Analyse der iranischen Wirtschaftsgeschichte ist deshalb so wichtig, weil sich jüngst neue wirtschaftliche Strukturen im Iran ergeben haben, deren Ursprung in der ereignisreichen Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte liegen.

FRAGESTELLUNG

Diese Arbeit soll einen Beitrag zur Diskussion durch eine gesamtheitliche Konzeption bei der Untersuchung der Wirtschaftspolitik der letzten 50 Jahren beim Übergang zum 21. Jahrhundert. Die generelle Frage lautet zunächst, welche Errungenschaften und Fehlentwicklungen nach fast 50 Jahren für den Iran festzustellen sind. Waren sie insgesamt positiv, negativ oder eher ambivalent? Der Versuch, die Antwort hierauf zu

geben, führt unweigerlich zu einer differenzierten Betrachtung und Analyse, da die Wirtschaftsgeschichte Irans, auch wenn sie relativ kurz ist, doch komplexe Strukturen und sehr unterschiedliche Phasen aufweist.

Aus der Phase der **Monarchistischen Modernisierung von 1953-1979** und der auf Erdöllexport basierenden Industrialisierungsstrategie stellt sich die Frage: Welche wirtschaftlichen Bedingungen hinterließ der Schah nach über drei Jahrzehnten Herrschaft des Landes und seiner Wirtschaft?

Die Islamische Revolution von 1979 läutet die Phase des **Islamischen Populismus von 1979-1989** ein. Auf Anordnung von Ayatollah Khomeini wurde die Islamisierung der Wirtschaft vorgenommen. Die Kriegswirtschaft 1980-88 prägte das Land für viele Jahrzehnte. Welche wirtschaftlichen Bedingungen existierten? Welche Auswirkungen ergaben sich aus der populistischen Wirtschaftspolitik in Bezug auf die Rolle des Staates bzw. die Abhängigkeit vom Erdöl?

Nach Kriegsende 1989 und der Nachfolgeregelung Ayatollah Khomeinis wird unter der Führungsallianz von Staatspräsident Rafsandjani und Revolutionsführer Khamenei die Phase des **Wirtschaftlichen Liberalismus 1989-1997** eingeläutet: eine Abkehr von radikalen Ideologien und eine Hinwendung zu Pragmatismus führen zur Wiederaufbaustrategie. Zu untersuchen ist die Frage: Unter welchen personellen und ideologischen Voraussetzungen gelingt es der theokratischen Elite, einen wirtschaftlichen Reformprozess einzuleiten?

Der **Wiederaufbau** des Irans stellt ein großes Vorhaben in der iranischen Wirtschaft dar, bei der es zu vielen Machtverschiebungen und Neustrukturierungen kommt. Das durch den Krieg verlorene Jahrzehnt soll wirtschaftlich aufgeholt werden. Dabei wird die Fragestellung untersucht: Inwiefern war die theokratische Elite erfolgreich beim Wiederaufbau und der Liberalisierung der Wirtschaft? Welchen Einfluss hatten die internen Machtkämpfe zwischen dem Klerus und der Regierung, speziell im Zusammenhang mit der Liberalisierungspolitik? Welche externen Faktoren bedingten die wirtschaftliche Entwicklung im Iran?

Mit den Erdrutschsiegen bei den Präsidentschaftswahlen 1997 und 2001 ist Khatami der Hoffnungsträger für soziale Reformen im Iran. Während der dritte Fünfjahresplan im Jahre 2000 aufgestellt wurde, stellt sich heraus, dass die Liberalisierungsschritte

weitgehend an Dynamik und Potenzial verloren haben. Stattdessen deutet sich eine Rückbesinnung auf soziale Gerechtigkeit in der Wirtschaftspolitik an: die Phase des **Sozio-Islamischen Liberalismus seit 1997**. Unter welchen wirtschaftlichen Voraussetzungen übernahm Khatami sein Amt und welche Erfolge kann er vorweisen? Dabei sollen letztlich auch phasenübergreifende Zusammenhänge der letzten 50 Jahre erfasst werden.

GANG DER UNTERSUCHUNG

Die vorliegende Arbeit untersucht die Wirtschaftsgeschichte des Iran nach 1945 bis zur Gegenwart. In fast adäquaten Zeitabständen durchläuft die iranische Wirtschaftsgeschichte verschiedene Phasen, die in der Übersicht dargestellt sind.

Abbildung 1: Übersicht der Phasen

Phasen der Iranischen Wirtschaftsgeschichte

	Phase	Führungs- person(en)	Ereignis	Kapitel
1953	Monarchistische Modernisierung 1953-1979	Schah	ÖL-BOOM	<i>Kap. 1</i>
1979	Islamischer Populismus 1979-1989	Aya. Khomeini	REVOLUTION KRIEG	<i>Kap. 2</i>
1989	Wirtschaftlicher Liberalismus 1989-1997	Rafsandjani/ Khamenei	WIEDER- AUFBAU	<i>Kap. 3</i> <i>Kap. 4</i> <i>Kap. 5</i>
1997	Sozio-Islamischer Liberalismus 1997-2002	Khatami/ Khamenei	Selbst- versorgung	<i>Kptl. 6</i>
2002				

Quelle: eigene Darstellung

Um den Gesamtzusammenhang dieser einzelnen Phasen darstellen zu können, bietet sich ein chronologisches Untersuchungsschema an. Diese Arbeit ist daher in sieben zeitlich aufeinander folgenden Kapiteln unterteilt:

Im **1. Kapitel** werden die Phase der **Monarchistischen Modernisierung 1953-1979** und die Wirtschaftspolitik unter dem Schah beschrieben. Dabei werden die Industrialisierungs- und Wirtschaftspolitik des Schahs sowie die Besonderheiten einer auf Erdölexport basierenden Wirtschaftsstruktur und den Fehlentwicklungen hieraus dargestellt.

Das **2. Kapitel** deckt die Phase des **Islamischen Populismus 1979-1989** ab. Die Islamisierung der iranischen Wirtschaft erfolgte nach der Islamischen Revolution 1979. Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden untersucht und die theoretische Grundlage der Islamischen Wirtschaftsordnung geliefert. Den Rahmen stellen die politisch-ökonomische Agenda der Islamischen Republik und seine massenorientierten Maßnahmen sowie die Besonderheiten eines Erdölstaates. Die Kriegswirtschaft während des Iran-Irak-Krieges 1980-88 wird dargestellt und die Kriegsschäden erfasst.

Kapitel 3-5 untersuche die Phase des **Wirtschaftlichen Liberalismus 1989-1997**. Das **3. Kapitel** beschreibt den wirtschaftspolitischen Neuerungsprozess innerhalb der theokratischen Elite nach Kriegsende und dem Ableben von Ayatollah Khomeini. Die verschiedenen Lösungsvorschläge der klerikalen Fraktionen für den Wiederaufbau werden untersucht und schließlich die Perestroika von Rafsandjani dargestellt, unter der die Reform zum Beginn der Phase des Wirtschaftlichen Liberalismus geschaffen wird. Im **4. Kapitel** werden die **Reformmaßnahmen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau** untersucht und die Zielsetzungen des richtungsweisenden ersten und zweiten Fünfjahresplans (1989-1999) erarbeitet. Das **5. Kapitel** gibt Aufschluss über die **wirtschaftlichen Ergebnisse** dieser Reformschritte sowie einen gesamtwirtschaftlichen Überblick, indem verschiedene Sektoren und Ausprägungen der iranischen Wirtschaft untersucht werden.

Das **6. Kapitel** beschreibt die Phase des **Sozio-Islamischen Liberalismus**, die durch den Erdrutschsieg von Khatami 1997 eingeleitet wurde. Die wirtschaftlichen Zielsetzungen

des dritten Fünfjahresplanes 1999-2004 und der jetzige sozioökonomische Zustand werden beschrieben. Eine rückblickende Betrachtung der Entwicklungsphasen versucht Gesamtzusammenhänge der iranischen Wirtschaft der letzten 50 Jahre aufzudecken.

Das **7. Kapitel** schließt die Untersuchung mit thesenhaften **Ergebnissen** ab. Neben dem Schwerpunkt Wirtschaft werden auch Einblicke in die Politik, Kultur und Religion gewährt, um die Entwicklungen in der Islamischen Republik Iran besser verstehen zu können. Es wird der Versuch unternommen, das politisch brisante Thema wissenschaftlich zu diskutieren und dem Leser ein ausgewogenes Bild zu liefern.

Am Anfang jeden Kapitels wird die obere Darstellung modular erweitert, um dem Leser die Herleitung eines umfassenden Modells der Spiraltheorie im letzten Kapitel des Buches zu veranschaulichen.

Quellenlage und Forschungsstand

Eine Vielzahl von Untersuchungen wurde durchgeführt, die die konkreten historischen, soziopolitischen, militärischen und religiös-kulturellen Aspekte der Wirtschaft der Islamischen Republik thematisieren. Dabei geht es um nationale, regionale und internationale Ausprägungen und Auswirkungen. Über die Islamisierung der Wirtschaft, aber auch dem Paradigmawechsel des Irans nach dem Krieg sowie der konkreten sozioökonomischen Entwicklungen des ersten Fünfjahresplanes als Reformgrundlage für den Wiederaufbau nach dem Krieg existieren einige Untersuchungen. Diese Studien stammen in der Mehrzahl von iranischen Wirtschaftswissenschaftlern, die mehrheitlich in den USA arbeiten, wie beispielsweise von Amuzegar (dem letzten Wirtschaftsminister des Schah), Amirahmadi, Katouzian, Behdat, Pesaran sowie Saeidi und Hosseini. In einigen Fällen handelt es sich um exilierte Iraner, die dementsprechend eine grundsätzlich negative Haltung bezüglich der Geschehnisse im Iran einnahmen. Die Wirtschaftswissenschaftler, die im Iran publizieren können, vertreten auf der anderen Seite einen positiveren Standpunkt bezüglich der Wirtschaftsgeschichte. Andere „ausländische“ Experten liefern ebenfalls ein kritisches Bild vom Iran. Seit mehr als 20 Jahren publiziert Petrossian für den MEED in London. Gelungene Beiträge aus Deutschland wurden von Gatter, Kooroshy und Encke geschrieben.

Ich konnte glücklicherweise feststellen, dass in letzter Zeit, vor allem seit der Präsidentschaft Khatamis, eine insgesamt entspanntere Einstellung der Regierung gegenüber Veröffentlichungen und Freigaben von wirtschaftlichen Daten zu erkennen war, wobei die in westlichen Organen gewohnte Transparenz noch nicht erreicht ist. Während meiner vier längeren Iran-Reisen zwischen 1999 und 2001 sammelte ich eine Menge an Daten und Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung, die die wissenschaftliche Literatur allein nicht vermitteln vermag. Diese Reisen beinhalteten die persönliche Kontakte zum *Ministry of Commerce*, *Ministry of Plan and Budget*, Kontakte zur Zentralbank (Bank-e-Markazi-e-Iran) und zur Handelskammer sowie eine persönliche Begegnung mit den stellvertretenden Wirtschaftsministern Khosrotaj und Navab-Modlagh.² Daneben profitierte ich auch von vielen Diskussionen mit einer großen Anzahl von verschiedenen Menschen des normalen Lebens, Auseinandersetzungen mit

² Vize-Minister Mojtaba Khosrotaj, Ministry of Commerce ist derzeit im Amt

Wirtschaftsexperten und den Beratungen einiger Lehrstuhlinhabern der *University of Teheran* und der *Sharif-Universität*.

Das Land Iran

Der Iran ist ein Land mit einer Fläche von etwa 1.645.000 Quadratkilometern, das ungefähr der Gesamtfläche von England, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Dänemark zusammen entspricht. Die langen Grenzen zu seinen Nachbarn, seine Küsten zum Schwarzen Meer und zum Persischen Golf geben dem Iran eine hohe strategische Bedeutung. Einer der wichtigsten ökonomischen Faktoren ist das schier größte Erdölvorkommen der Golfländer,³ die zusammen über 57 % der Weltvorkommen ausmachen. Außerdem halten sie über 25 % des Weltvorkommens an Erdgas, dem höchsten Vorkommen in der nicht-kommunistischen Welt.⁴

Die Demographie des Iran zeigt Heterogenität bezüglich der Religionen, Sprachen, Dialekte und ethnischen Ursprünge. Über 98 % der Menschen gehören zu den Muslimen, mit einer überwiegend schiitischen Ausrichtung. Die sunnitischen Moslems sind in den nordwestlichen Regionen vorzufinden, in denen überwiegend Kurden leben.

Der Staatsname „Iran“, der soviel bedeutet wie „das Land der Arier“, löste den Namen „Persien“ nach dem Zweiten Weltkrieg ab.⁵ Die größte Bevölkerungsgruppe der arischen Perser ist von den türkisch sprechenden Azerbaidjanern im Nordwesten, den Turkmenen und Kurden im Nordosten, den arabischen Persern im Südwesten und vielen anderen Minderheiten umgeben. Diese nicht-persischen Minderheiten sind durch hohe Gebirgszüge vom zentralen Plateau getrennt und stellen aufgrund ihrer jeweiligen Nähe zu den Grenzen ein Spaltungsrisiko dar. Jedes iranische Regime hat diese zentrifugalen Kräfte gefürchtet und ihnen mit einer stark zentralisierten Staatsstruktur entgegengewirkt.⁶

³ wie Iran, Irak, Kuwait, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Katar,

⁴ Vgl. Fischer, W.B. u. Lawless, R. (1993): Iran, S. 385

⁵ Es sollte die Verwandtschaft zum arischen Stamm ausgedrückt werden; auch als Politikum während des 2. Weltkrieges.

Abbildung 2: Landkarte Iran



Quelle:

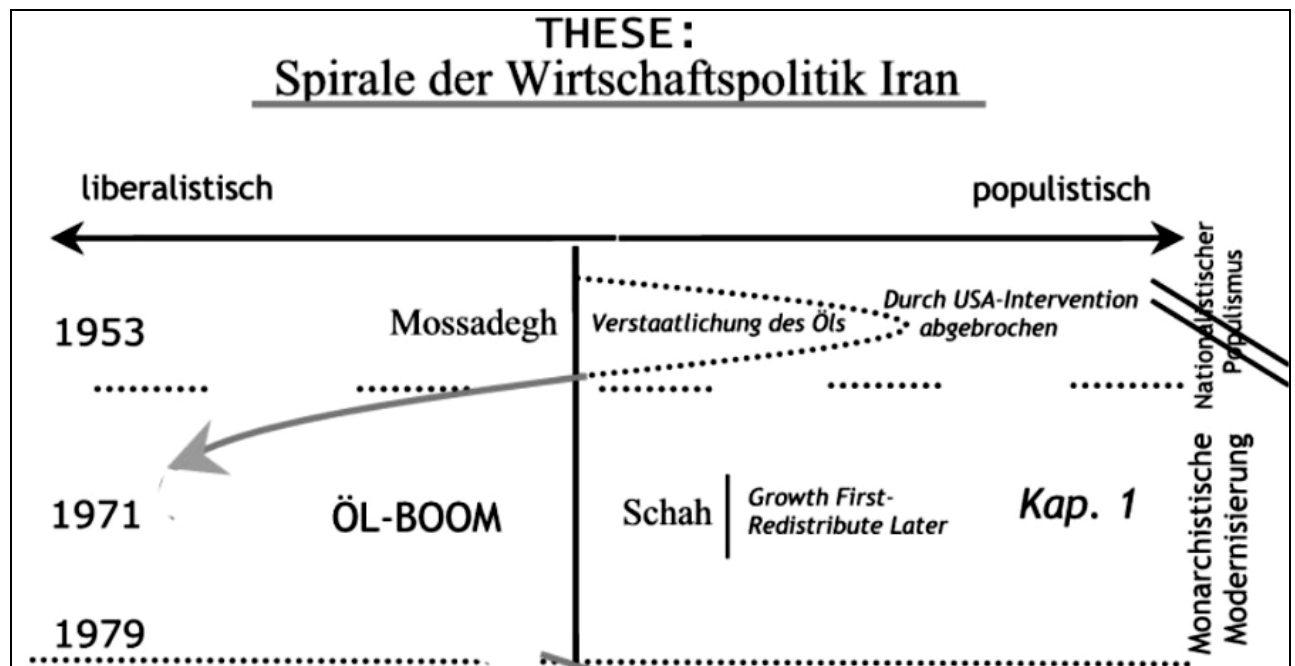
www.mapquest.com

⁶ Vgl. Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): Iran, S. 118

1. MONARCHISTISCHE MODERNISIERUNG VON 1953-1979

Die moderne Wirtschaftsgeschichte Irans beginnt mit der weitläufigen Entdeckung des Erdöls nach dem Zweiten Weltkrieg und mit dem Wirtschaftsboom der 70er Jahre. 1953 stürzte Premier Mossadegh den Schah und forderte als populistische Maßnahme die Verstaatlichung des Erdöls. Diese Wirtschaftspolitik wurde durch den CIA-Eingriff der USA abgebrochen und der Schah gelangte erneut an die Macht. In der Abbildung wird der Beginn einer liberalistischen Wirtschaftspolitik unter dem Schah verdeutlicht, die die Phase der Monarchistischen Modernisierung prägt.

Abbildung 3: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 1 (1953-1979)



Quelle: eigene Darstellung

1.1. DER BEGINN DER PAHLAWI-DYNASTIE

Der Schah hatte die Vision einer „Großen Zivilisation“ und eines „Zweiten Japan“. Er führte eine Politik der schnellen Modernisierung und Industrialisierung. Die Herrschaft des Schahs brachte hohe Wachstumsraten, aber auch große Verzerrungen in der Volkswirtschaft und im sozialen Gefüge. In diesem Abschnitt werden die Wirtschaftspolitik des Schah Pahlawi und die Besonderheiten der auf Erdöl basierenden Wirtschaft als Vorbereitung auf die spätere Revolution dargestellt.

1.1.1. Erste Ansätze einer Wirtschaftspolitik

Im Jahr 1923 begann die Pahlawi-Dynastie unter der Herrschaft von Schah Reza Khan Pahlawi. Er glaubte, dass die Zukunft seines Landes in der Modernisierung der großen urbanen Zentren lag. Zwischen 1923 und 1951 führte er eine Anzahl von Wirtschaftsreformen ein, die vor allem eine militärisch-industrielle Modernisierung vorsahen. Dieses Programm konzentrierte sich auf die Hauptstadt Teheran sowie auf die Hauptstädte der Provinzen. Schah Reza Khan ignorierte die ländlichen Gebiete, da diese nicht von kritischer Bedeutung für die nationalen Sicherheitsinteressen des Landes waren.⁷ 1945 trat sein damals 21-jähriger Sohn Mohammad Reza Pahlawi die Thronfolge an. Dieser war in Schweizer Internaten erzogen worden und hatte eine Wertschätzung für westliche Kultur entwickelt. Die Geschichte der Wirtschaft des Irans begann nunmehr unter Mohammed Reza Schah Pahlawi, mit all ihren Erfolgen und Rückschlägen. Der Iran sollte von einer weitläufig agrarwirtschaftlich orientierten Wirtschaft in eine moderne Industrienation umstrukturiert werden. Dafür waren wichtige Änderungen in der traditionellen sozioökonomischen Ordnung vollzogen worden.⁸

Eine wichtige Entwicklung während des 20. Jahrhunderts war die Entdeckung und die Förderung von Erdöl, welches damals das einzige Exportgut und Einnahmenquelle war. Erdöl wurde um 1900 entdeckt und die Förderung begann im Jahre 1908. Die British

⁷ Vgl. Pesaran, M.H. (1995): Pahlawi Era, S. 2-4

⁸ Vgl. Parvizi Amineh, M. (1999): Islam, S. 15

Petroleum Company hatte das Monopolrecht über die südlichen iranischen Erdölfelder von den Qajar-Herrschern erworben. Seit der Besetzung Irans 1941 durch die Alliierten begannen die Amerikaner ihren Einfluss im Iran zu erhöhen. Die Briten blieben zunächst weiterhin die stärkste westliche Macht im Iran. Im Jahre 1943 lösten die Amerikaner schließlich die Briten in der Dominanz der iranischen Politik ab.⁹ Die Bedeutungszunahme vom Erdöl auf den internationalen Märkten und die für den Iran ungünstigen Konzessionsverträge prägten die iranische Politik. Während der Zeit der sozialen Aufstände von 1941 bis 1953 war die Verstaatlichung des Erdöls das zentrale Thema in der iranischen Politik.

Während die Unzufriedenheit über den tyrannischen und „fremdbeherrschten“ Monarchen wuchs, entwickelte sich die nationalistische Bewegung von 1950-51. Opposition gegen das Erdölabkommen mit den Briten formierte sich. Im April 1951 wurde Mossadegh von der *majles* zum Premierminister berufen, der anschließend das Abkommen mit den Briten für nichtig erklärte. Es kam zum Disput zwischen Mossadegh und dem Schah, der zur Erhaltung seines Machtanspruchs auf die Briten angewiesen war. Mossadegh stürzte den Schah und dieser floh ins Exil. Die USA und die Briten unterstützten den Schah aus eigenen Interessen, eine vom amerikanischen CIA geführte Aktion setzte den Schah wieder in seine alte Position ein. Nach der Niederschlagung der Bewegung unter Mossadegh führte der Schah die Verstaatlichung des Erdölsektors fort, war jedoch von den USA für seinen Machterhalt der Monarchie abhängig.

Die bis dahin von den Briten geführte Erdölindustrie wurde als Konsequenz verstaatlicht und in die neue National-Iranian-Oil-Company (NIOC) überführt. Allerdings wurden die britischen Unternehmen über ein eigens gegründetes Konsortium entschädigt und an den weiteren Erträgen beteiligt. Seitdem lösten die USA die Briten in der Vormachtsstellung im Iran ab.¹⁰ Die transnationalen Beziehungen beeinflussten nicht nur die Wirtschaft, sondern auch das politische System. Aufgrund der innenpolitischen Instabilität und des immer wichtiger werdenden Erdöls wurde der Iran zum Opfer der imperialistischen Großmächte, im weiteren Verlauf zunehmend und hauptsächlich der USA. Der Schah begann seine Politik der Monarchistischen Modernisierung, die vor allem die

⁹ Vgl. Moghadam, F. (1996): Land Reform, S. 37-39

¹⁰ Vgl. Nazimi, N. (1989): Economic Growth, S. 34-35

Industrialisierung unter der Erdöl-basierten Anwendung der Importsubstitution vorsah und eine liberalistische Orientierung vorwies.¹¹

1.1.2. Rolle des Staates in der Wirtschaft

1963 kündigte Schah Mohammed Reza Pahlawi an, durch seinen ehrgeizigen Plan der Wirtschaftsentwicklung die „große Zivilisation“ zu schaffen. Der Iran sollte zu den fünf größten Industrie- und Militärmächten gehören.¹² Tatsächlich bescheinigte die Weltbank dem Iran für den Zeitraum 1960-1977 eine durchschnittliche Wachstumsrate von 9,6 %, die etwa doppelt so hoch war wie die der vergleichbaren Länder. Das Land erfuhr während der Sechziger Jahre ein anhaltendes und beeindruckendes Wachstum der Wirtschaft – zumindest was die ökonomischen Indikatoren anging.¹³

Tabelle 1 Anteile der Investitionen des Staatlichen und Privaten Sektors 1959-78 (%)

Jahr	Staat	Privater Sektor
1959	33,7	66,3
1961	32,3	67,7
1963	32,4	67,6
1965	42,7	57,3
1967	49,0	51,0
1968-72	54,7	45,3
1973-78	66,1	33,9

Quelle: Iran Statistical Center: Annual Review 1979

¹¹ Vgl. Moore, J.M. (1991): Revolution, S. 94-95

¹² Vgl. Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 37

¹³ Vgl. Amuzegar, J. (1992): Iranian Economy, S. 413-414

Die Regierung spielte eine immer aktivere Rolle bei den Investitionen in den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft. Der Private Sektor blieb schwach und in hohem Grade existentiell abhängig vom Staatsapparat.¹⁴ Im Jahre 1963 wurden bereits ca. 30 % der Gesamtinvestitionen vom Staat getätigt, aber bis zum Jahre 1973 hatte sich der Anteil der öffentlichen Hand auf über 60 % verdoppelt. Hinzu kam noch, dass die Investitionen des Privaten Sektors nur selten produktive Aktivitäten auslösten. Zu 70 % gingen die Investitionen in die Bauwirtschaft, die zudem stark auf Importe aus dem Ausland angewiesen war. Die Investitionen im Privaten Sektor waren stark konsumorientiert, und förderten entsprechend die Importe von Konsum- und Luxusartikeln. Die iranische Bourgeoisie tendierte dazu, nur in den (hoch)profitablen Sektoren wie Bauwirtschaft, Handel und Immobilienspekulation zu investieren oder das Geld im Ausland anzulegen. Ein kleinerer Anteil der Industrie und des Handels lag zumindest teilweise in privater Hand. Diese Unternehmen wurden aber von ungefähr 45 Familien kontrolliert, die zudem die Kapitalbasis vom Staat erhalten hatten. Als Resultat wurden die Unternehmer für ihr wirtschaftliches Wohlergehen noch abhängiger vom Staat.¹⁵

Die iranische Wirtschaft war nach ihrem Selbstverständnis keine Planwirtschaft. Der Anteil der Investitionen des staatlichen Sektors wuchs zwar, jedoch nur mit dem Ziel, langfristig die infrastrukturellen Bedingungen für einen Industriestaat zu schaffen. Die Dominanz des staatlichen Sektors war sozusagen eine Notwendigkeit, um mit der schnellen Entwicklung Schritt halten zu können. Anders als in den klassisch industrialisierten Ländern konnte die Bourgeoisie sich nicht systematisch entwickeln und die Rolle des Staates übernehmen. Der im Iran geschaffene Industriesektor war aber nur durch die ausländische Technologie und Kapital möglich; sie konnte sich nicht selber führen und den ökonomischen Gegebenheiten anpassen. Zum Beispiel plante der Schah die ehrgeizige Produktion von später einmal 2 Mio. Kraftfahrzeugen, während noch die Hälfte der Bevölkerung mit existentiellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte.¹⁶

Eine Fehlentwicklung dieser Wirtschaftspolitik war auch, dass nur eine bestimmte soziale Klasse privilegiert war. Die Nutznießer waren die Verwandtschaft des Schahs, Großgrundbesitzer und die *élite* des *ancien régime*¹⁷. Eine Mittelschicht eines Industriestaates gab es im Iran kaum. Die Strategie „*growth first – redistribute later*“

¹⁴ Vgl. Looney, R. (1987): origins, S. 91

¹⁵ Vgl. Ehteshami, A. (1993): Liberalization, S. 218

¹⁶ Vgl. Nazimi, N. (1989): Economic Growth, S. 33-35

wurde ihrerseits eine grundlegende Philosophie des Regimes für die nächsten 15 Jahre. Die Industrie und die städtischen Gebiete sollten zu Lasten der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete wachsen.¹⁸

1.1.3. Die „Weiße Revolution“ des Schahs 1963-66

Im weiteren Verlauf festigte der Schah seine quasi-diktatorische Macht durch das Militär und den Geheimdienst SAVAK.¹⁹ Ein Beispiel hierfür war die Verbannung von Ayatollah Khomeini ins irakische Nadjaf im Juni 1963. Der Schah taktierte aber auch durch geschickte und oberflächliche politische „Liberalisierung“.²⁰ In diesem Sinne läutete Mohammed Reza Schah 1963 die „Weiße Revolution“ ein, die eine Landreform beinhaltete, mit der ein Teil des Grundbesitzes an die Landarbeiter verteilt werden sollte. Die Unzufriedenheit auf dem Lande, die u. a. Anhänger von Ayatollah Khomeini waren, sollte beseitigt werden. Der Schah führte die sogenannte „Weiße Revolution“ als ein allumfassendes soziales Reformprogramm durch, um die iranische Gesellschaft zu modernisieren. Kernstück seiner „Revolution“ waren eine umfassende Landreform und Umverteilungsprogramme, deren Ziel es war, die gewaltige Macht der reichen Großgrundbesitzer zu brechen.²¹ Diese Landreformpolitik war eine direkte Ableitung aus der Industrialisierungsstrategie des Landes, deren Hauptziel es wiederum war, eine ländliche Mittelklasse als breite wirtschaftliche und politische Basis zu etablieren.²² Die Regierung hoffte auch, dass die Entschädigungen, die an die Großgrundbesitzer ausgezahlt wurden, eine Grundlage für Investitionen in die Industrie sein würden, auf die das zukünftige Wachstum des Landes aufbauen würde.²³

Im Speziellen wurde die Landreform zwischen 1962 und 1966 in vier Phasen durchgeführt. In der ersten Phase der Landreform wurde die Eigentumsobergrenze einer einzigen Person auf ein Dorf begrenzt, wobei der Rest des Landes an die Farmer verteilt

¹⁷ dies war sozusagen der Hofstaat um den König.

¹⁸ Vgl. Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 43

¹⁹ SAVAK: Sasman Amniat wa etelat keshvar, ähnlich wie der israelische Geheimdienst Mossad oder in den USA der CIA

²⁰ auf Anraten der USA

²¹ Vgl. Moghadam, F. (1996): Land Reform, S. 61-63

²² Vgl. Saeidi, A. (2001): Political Authority, S.219-220

²³ Vgl. Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 49-50

wurde.²⁴ Der zweite Abschnitt begann 1965. Hier wurde die Verpachtung des Landes an die Bauern, die Landverteilung und der Landerwerb sowie die Bildung von landwirtschaftlichen Kollektiven geregelt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser ersten zwei Landreformen waren jedoch in weiten Zügen nicht wünschenswert. Die Produktion wurde unterbrochen und zerteilte die intakten Ländereien in unwirtschaftliche kleinere Parzellen und die landwirtschaftlichen Investitionen sanken in den 60er Jahren.²⁵ Die teils oberflächlichen, teils signifikanten Reformen führten nicht zu dem erhofften Erfolg. Die Mechanisierung der Agrarwirtschaft als Teil der einsetzenden Industrialisierung machte die kleinen Betriebe ineffizient und unrentabel. Die Folge war eine unterentwickelte Landwirtschaft mit einem Überangebot an ungelernten Landarbeitern.²⁶ Die unausgewogenen Maßnahmen der Landreform führten zu einer weiteren Landflucht und hinterließen viele Tausende von armen Landarbeitern in den ländlichen Gebieten. Somit wurden mehr Bauern für eine Beschäftigung in der städtischen Industrie hinterlassen.²⁷

Der Rückblick auf die vier²⁸ Phasen der Landreform zeigt, dass die Maßnahmen letztlich keinen Fortschritt bewirkt haben und zur Ausgangssituation zurückführten. Speziell die ersten beiden Phasen haben die Macht der traditionellen Großgrundbesitzer gebrochen, während die beiden letzten Phasen die Formierung einer neuen modernen Klasse wohlhabender bürokratischer Großgrundbesitzer ermöglichte. Die größten Auswirkungen waren bei den schiitisch-religiösen Einrichtungen festzustellen. Eine Schlüsselaussage der Landreform der Weißen Revolution, die 1967 hinzugefügt wurde, besagt, dass die Umverteilung des Landes auch auf Ländereien der schiitischen Klerikalen ausgeweitet wird. Diese Ländereien waren ursprünglich von gläubigen Schiiten an ihre Moscheen abgetreten bzw. gespendet worden. Diese Maßnahme des Schahs wurde also auch als ein Angriff auf die Schia, der schiitisch-islamischen Gesetzgebung, sowie auf die wirtschaftliche Machtbasis der *ulama* gewertet.²⁹

²⁴ Vgl. Katouzian, H. (1981): Modern Iran, S. 300

²⁵ Vgl. Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 52

²⁶ Vgl. Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): Iran, S. 127-129

²⁷ Vgl. Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 51-52

²⁸ Insgesamt waren es vier; die ersten beiden sind von besonderer Bedeutung, die folgenden zwei vervollständigen die Prozesse nur. Vgl. für weitergehende Ausführungen zur Weißen Revolution Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 49-53

²⁹ Vgl. Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 38

Insgesamt war der Schah ernsthaft bemüht, die wirtschaftlichen Bedingungen der Mehrheit der Iraner zu verbessern, jedoch waren seine verfolgten Maßnahmen kontraproduktiv und blieben erfolglos. Zurückblickend waren diese wirtschaftlichen Probleme das Ergebnis der gescheiterten Entwicklungsstrategie des Schahs, welche zu massiven sozialen und politischen Aufständen sowie zur Bildung revolutionärer Gruppierungen führte.³⁰ Dem Schah wurden von Ghazanfar zwei zueinander in Konflikt stehende Zielsetzungen unterstellt:

- die Aufrechterhaltung einer starken Monarchie
- die Transformation des Irans in einen modernen Staat, der auf ein kapitalistisches Modell begründet war.³¹

Ein sich verstärkendes Ungleichgewicht zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung in Bezug auf Einkommen und Konsum war zu verzeichnen. Die Verschärfung der Einkommensunterschiede wird als ein Schlüsselfaktor für die Massenerhebung bzw. dem Aufstand von 1977/78 gesehen. Im Wesentlichen führten die Maßnahmen des Regimes zu wirtschaftlichem Wachstum, doch die Entwicklung beschleunigte auch die soziale Ungleichheit und Armut. Schließlich ist zu bemerken, dass die Landreform nicht erfolgreich war in ihren Bemühungen, einen politisch und wirtschaftlich starken ländlichen Mittelstand zu entwickeln. Stattdessen waren die Regelungen der Regierung zu sehr mit bürokratischen Kontrollen verbunden. Insgesamt wurde die Struktur der ländlichen Gesellschaft mehr denn je polarisiert, was als ein wichtiges Momentum der Vorbereitung für die Revolution gilt.³²

1.1.4. Der Wachstumsboom und die Politik der „Offenen Tür“

Ein Wendepunkt in der Entwicklung der Wirtschaft des Landes kam mit dem so genannten „*Oil-Shock*“, der zur Vervierfachung der Erdöleinnahmen in der Zeit von

³⁰ Vgl. Amid, M.J. (1990): Agriculture, S. 87

³¹ Vgl. Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 38

1973-1974 führte. Die Erträge aus dem Erdöl stiegen vehement auf 18,5 Mrd. US\$ in 1974 – ein Achtfaches der Erträge von 1972. Dieser Anstieg der Einnahmen aus dem Erdölexport löste anfänglich einen großen Wirtschaftsboom in den Jahren 1973-1975 aus, aber mit dem kurzfristigen Verfall der Erdölpreise kam es 1976/77 zu einer harten Landung der Wirtschaft, die zu einem wirtschaftlichen Chaos führte.

Bis in die späten 70er Jahre wies der Iran beeindruckende Wachstumsraten auf - die im Vergleich zu den anderen Volkswirtschaften in der MENA-Region (Middle East North Africa) an der Spitze lagen. Das Wachstum der iranischen Wirtschaft hatte von den 50ern bis zur Mitte der 70er Jahre den Durchschnittswert der anderen MENA-Regionen fast durchweg verdoppelt. Irans Wachstumsraten waren über diesen Zeitraum hinweg sogar höher als die der wohlhabenden OECD-Länder. Beachtliche 11 % jährliche Wachstumsrate durchschnittlich wurden erreicht für die gesamte Zeit von 1963-1972.³³ So gehörte der Iran zu den wenigen Entwicklungsländern, die es zu dieser Zeit bewerkstelligen konnten, den Einkommensunterschied zu den Industrieländern zu verkleinern. In den späten 70er Jahren verlangsamte sich dieser Wachstumsprozess sowohl in der MENA-Region, als auch im Iran.³⁴

Generell war die iranische Wirtschaft zum Zeitpunkt der Revolution weit weg von einer ausgeglichenen und selbstversorgenden Wirtschaft. Tatsächlich war 1978 die iranische Wirtschaft, ähnlich wie die vieler anderer Dritte-Welt-Länder, in immenser Weise abhängig vom Erdölsektor. 90 % der Devisenerträge und über 50 % des Bruttosozialprodukts wurden aus Erdölverkäufen erwirtschaftet. Die Regierung führte auch eine expansive Geldpolitik durch, um die private Akkumulation zu stimulieren. Die Folge war eine Erhöhung der Nachfrage. Die Regierung taktierte mit der *Politik der Offenen Tür*, um die Engpässe durch zusätzliche Importe zu beheben. Hierzu wurden Importzölle und andere Restriktionen aufgehoben. Zwischen 1974 und 1975 erhöhten sich die Importe um 60 % auf ihren höchsten Wert von 15 Mrd. US\$. Eine Konsequenz des Import-Booms und der *Politik der Offenen Tür* war die hohe Abhängigkeit der Wirtschaft von den internationalen Kapitalmärkten. Über 65 % der Inputs der iranischen

³² Vgl. Ramazani, R. (1988): *Revolutionary Iran*, S. 82-84; der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität und die ungleichmäßige Verteilung von Einkommen sowie Wohlstand führte zum Scheitern des Schahs.

³³ Vgl. Zanganeh, H./Moore, J. (1995): *Economic Development*, S. 203-205

³⁴ Vgl. Hakimian, H./Karshenas, M. (2000): *Economic Reform*, S. 30-32. Ende der 80er Jahre war der Vorsprung des Iran im Bruttosozialprodukt fast vollständig verloren gegangen.

Industrie, darin inbegriffen Technologie, halbfertige Produkte und Rohmaterial, waren abhängig vom Westen.

Der Boom beanspruchte die Wirtschaft über seine materielle, humane, institutionelle und infrastrukturelle Kapazität hinaus. Es kam zu Engpässen sowohl für ausgebildete als auch nicht ausgebildete Arbeitskräfte, was zu starken Lohnsteigerungen in bestimmten Sektoren führte (z.B. über 35 % im Wohnungsbau). Die Engpässe bei bestimmten Gütern wurden ursprünglich durch gestiegene Importe gelöst. Doch schon bald waren die Häfen, die Länger, die Straßen und andere Transportmittel überlastet. 1975 zahlte die Regierung über 1 Mrd. US\$ für Schiffe, die nur darauf warten mussten, entladen zu werden. Um die Importe noch schneller den privaten Kunden zu zuführen, stiegen letztlich die Importkosten noch weiter an. Diese Engpässe wurden ab 1975 durch ständige Stromausfälle verschlimmert, da die Bevölkerung gleichermaßen wuchs.³⁵

1.1.5. Die Erhöhung der Staatsausgaben und die Überhitzung

Die Wirtschaft des Irans genoss während der 60er Jahre eine lange Phase der Preisstabilität. Anfang 1972 jedoch begann der inflationäre Trend und blieb über nahezu die gesamte Zeit der 70er Jahre. Zum Teil war diese Entwicklung durch die internationalen Inflationsraten der Jahre 1973 und 1974 bedingt. Die inländische Ursache für die Inflation ist jedoch wieder in der Entscheidung der Regierung zu sehen, die Staatsausgaben nach den Preissteigerungen für Erdöl auf dem Weltmarkt von 1973 zu erhöhen. Im Zuge der steigenden Nachfrage kam es zur Hyperinflation und dem starken Anstieg der Zinsen. Der starke Rückgang der Erträge aus dem Erdöl von 1975 hätte diesen Trend revidieren und umkehren können. Doch die Entscheidung der Regierung, die hohen Ausgaben durch Verschuldung aufrechtzuerhalten, verschlimmerte diese Situation. Anstatt die Wirtschaftspolitik nun auf eine Begrenzung der Ausgaben umzustellen, wurde das hohe Budget weiterhin beibehalten. Zum ersten Mal erntete der Staatshaushalt ein Defizit.

Der fünfte Plan 1973-1977 wurde damals eilig nach oben revidiert, um die Windfallprofite auszugeben. Diese Entscheidung wurde durch den Schah getroffen trotz der

³⁵ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 56

Warnung der wirtschaftspolitischen Berater und Experten vor möglichen Folgen der Übertreibung der Ausgaben. Folglich waren die Staatsausgaben in 1974 viermal so hoch wie 1972. Von diesen Staatsausgaben wiederum waren Dreiviertel direkte Ausgaben, die einen enormen Druck auf die Nachfrage ausübten, während die sozioökonomische Infrastruktur an ihre Grenze stieß.³⁶ Das Geld wurde überwiegend für die materielle und personelle Expansion der zivilen und militärischen Bürokratie ausgegeben. Die Anzahl der Staatsangestellten verdoppelte sich zwischen 1972 und 1974. Die Militärausgaben stiegen von 1,4 Mrd. US\$ in 1972 auf über 9,4 Mrd. US\$ in 1977. Ein großer Teil der Verteidigungsausgaben floss in die Zahlungen der importierten Militärausrüstung, speziell aus den USA. In der Zeit von 1972-1977 wurden über 16 Mrd. US\$ für Militärimporte allein aus den USA ausgegeben.³⁷

Die Rezession setzte ein, und es entstand ein volkswirtschaftliches Dilemma. Die Preise stiegen, auch aufgrund der verteuerten Importe, die wiederum vom gestiegenen Erdölpreis abhingen. Es kam zur Inflation und einem erheblichen Anstieg der Zinsen. Der starke Anstieg der Preise und der Zinsen im Hinblick auf ein ohnehin schon hohes Lohnniveau verschlechterte die Profitabilität im Privaten Sektor, der nun wiederum seine Neuinvestitionen zurückhielt. Im Jahre 1976/77 sanken die Investitionen des Privaten Sektors um 65 % gegenüber dem Vorjahr.³⁸

Der inflationäre Druck konzentrierte sich vor allem auf den Immobilienmarkt, welcher zu einem starken Anstieg der Immobilienpreise führte. Auf staatlicher Seite wurde auf die Inflation mit staatlichen Preiskontrollen und Antipreistreiberei-Kampagnen reagiert, anstatt die staatlichen Ausgaben zu kürzen und die Verschuldung im Privaten Sektor zu begrenzen. Der Schah verstand die wahren Ursachen des ernstzunehmenden Inflationsproblems nicht, und reagierte mit einer Anti-Wucher-Kampagne und Verhaftungen unter den *basaaris*. Viele Geschäfte wurden geschlossen und Tausende von Ladenbesitzern eingesperrt. Gerichtet war diese Attacke vor allem gegen die einflussreichen *basaaris*, die sich wiederum hierdurch vom Staat distanzierten und sich in einer historischen Allianz³⁹ mit der Ulama verbündeten. Die schiitischen Klerikalen

³⁶ Vgl. Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 47-48 und Brauksiepe, R. (1995): Wirtschaftsordnungen, S. 197-199

³⁷ Vgl. Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 50

³⁸ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Transition, S. 196-197

³⁹ Vgl. Parvizi Amineh, M. (1999): Islam, S. 15-17

Ulama und die merkantilen *basaaris* spielten daher eine entscheidende Rolle in der Revolution von 1979.⁴⁰

1.2. WIRTSCHAFTSPOLITIK EINES ERDÖLSTAATES

1973 forcierte der Schah die Erhöhung des Erdölpreises innerhalb der OPEC von 5,032 US\$ auf 11,75 US\$ pro Barrel. Primäres wirtschaftliches Motiv dieser Entscheidung war, erhöhtes Einkommen für die Finanzierung der Industrialisierung durch Importsubstitution zu generieren. Es kündigte sich eine Periode der „Super-Modernisierung“ des Irans an und verstärkte insgesamt die Abhängigkeit des Landes von Erdölexporten. Im Folgenden werden die sozioökonomischen Folgen und wirtschaftsstrategischen Zusammenhänge innerhalb der Erdöl-basierten Wirtschaft dargestellt.

1.2.1. Die Bedeutung des Erdöls für die Staatswirtschaft

Die komplexe Rolle des Erdöls ist auch in der komplizierten Verbindung zwischen dem Erdölsektor und anderen Sektoren der Wirtschaft verankert. Speziell waren die Auswirkungen der Erdöleinnahmen auf die Produktion und den Konsum im Inland spürbar. Der einzige Faktor, der das Wachstum vorantrieb, war der jahrzehntelange Anstieg der Erdölpreise. Dieser Trend wurde durch den Schah in der OPEC auch forciert. Von 1971 bis 1973 trieb die OPEC den Erdölpreis von 1,75 US\$ auf 11,75 US\$.⁴¹ Diese Entwicklung ermöglichte einen historischen Transfer von Wohlstand aus westlichen Industrieländern zu den Erdölländern. Ein Eckpfeiler der Wirtschaftspolitik des Schahs bestand in der Idee, den Wohlstand aus dem Erdöl schnellstmöglich für eine florierende, moderne Industrienation umzusetzen. Der Iran sollte so schnell und so viel Erdöl wie möglich fördern und exportieren, um die Erträge in die industrielle Entwicklung zu

⁴⁰ Vgl. Pesaran, M.H. (1995): Pahlawi Era, S. 6-8

investieren. Mit dieser Politik erreichte die Kapazität der Erdölproduktion in 1979 6 Mio. Barrel pro Tag. Das Erdöl war mit Abstand das größte und das dynamischste Gut im Exportbereich des Landes – mit einem Anteil von fast 98 % der gesamten Güterexporte in 1976.⁴²

Die erhöhte Abhängigkeit von Erdölerträgen erschien im Jahr 1977 verhängnisvoll - im Hinblick auf die weltweite Rezession, bei der die internationale Nachfrage nach Erdöl erheblich gesunken war. Die iranische Wirtschaft reagierte ebenfalls mit Rezession, und die industrielle Entwicklung im Inland kam fast zum vollständigen Stillstand. Die wichtigste Konsequenz aus den gestiegenen Erdöleinnahmen war die Dominanz des Staates in der Wirtschaft. Der Staat besaß und kontrollierte die Hauptquellen des Wohlstandes wie Erdöl, Mineralien und Energiequellen, alle großen modernen Industriezweige, das Finanzwesen, eine Vielzahl an Farmen und landwirtschaftlichen Großbetrieben, das Transportwesen, die Kommunikationsanlagen und Versicherungen. Der Private Sektor umfasste weniger als 20 % des nationalen Einkommens.⁴³

Der damalige Wirtschaftsminister Jahangir Amuzegar veröffentlichte später in einer Analyse die folgenden drei Ansichten und Ergebnisse bezüglich der einseitigen Abhängigkeit des Landes vom Erdöl.⁴⁴

1. Die Diversifikation und Industrialisierung eines Landes kann nicht über den gesamten Prozess von nur einem einzigen Rohstoff gelenkt werden. Die Abhängigkeit vom Erdöl als die einzige primäre finanzielle Basis für die wirtschaftliche Entwicklung ließ das Land nicht nur extrem empfindlich gegenüber internationalen Preisschwankungen werden, sondern es entstand auch eine andauernde Instabilität in bestimmten Sektoren der Wirtschaft.
2. Die Staatsausgaben waren im höchsten Maße abhängig von den Profiten aus dem Erdöl. Eine grundsätzliche Änderung der Staatsausgaben ergab sich 1975, als die Ausgaben im Verhältnis zu den Erdöleinnahmen signifikant stiegen. Dieser Schritt in der Fiskalpolitik verursachte zwischen 1975 und 1977 einen dramatischen Anstieg in

⁴¹ auf Bestrebungen des Schah. Daher war der Schah auch nicht mehr tragbar für die USA unter Präsident Carter

⁴² Vgl. Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): Iran, S. 128

⁴³ Vgl. Katouzian, H. (1981): Modern Iran, S. 370 und Morady, F. (1996): Oil, S. 10

⁴⁴ Jahangir Amuzegar doziert nun in den USA

der Staatsverschuldung. Nach einem Überschuss von 142 Mrd. Rial in 1974/75 folgte in der Bilanz bereits 1977 ein Defizit von 87,6 Mrd. Rial.

3. Während rückläufige Erdöleinnahmen einen großen Einfluss auf die Staatsausgaben hatten, war der Private Sektor nicht signifikant berührt. Speziell die Abhängigkeit von den Erdölexporten war minimal im Bereich der Industrialisierung des Privaten Sektors. Dieses Problem lag vor allem darin begründet, dass die Gewinne aus dem Erdölexport überwiegend für Konsum als für Investitionszwecke genutzt wurden und die Wirtschaft insgesamt nicht mit dem Exportsektor integriert war.⁴⁵

Die absolute Abhängigkeit von Erdöleinnahmen und die rasant voranschreitende Industrialisierung haben ernsthafte soziale Probleme und ökonomische Ungleichmäßigkeiten produziert, die durch Mangel an Koordination, ungenügende Planung, Korruption und einer grundsätzlichen Vernachlässigung der sozialen Folgen entstanden. Die Entwicklung des Industriesektors war geprägt durch Probleme des Angebotes, der Distribution und des Marketing. Diese Schwierigkeiten und ebenso der schnelle ökonomische Wandel erzeugten Unzufriedenheit in der Bevölkerung.⁴⁶

1.2.2. Die Industrialisierung durch Importsubstitution

Das starke Wachstum der iranischen Wirtschaft in den beiden Jahrzehnten vor der Revolution von 1979 geschah vor dem Hintergrund einer Industrialisierung durch Importsubstitutions-Strategie, wie sie in vielen Entwicklungsländern Anwendung fand. Dieser Prozess war ursprünglich auf Konsumgüter ausgerichtet. Kurzgefasst bedeutete diese Strategie die ständige Bemühung der Regierung, die importierten (Konsum-)Güter und Fertigerzeugnisse langfristig mit inländischen Produkten und Angeboten zu ersetzen. Die importierten Industrieanlagen sollten allmählich Produkte für den Export herstellen. Bis dahin jedoch sollten die Erträge aus dem Erdöl zum Einkauf von Know-How und Fertigerzeugnissen verwendet werden. Diese Basis sollte der „künstlichen“ Industrialisierung zur Weiterentwicklung dienen.

⁴⁵ Vgl. Amuzegar, J. (1997b): Islamic Republic, S. 189-191

⁴⁶ O. V. (1982): Krise, S. 8

Die Importsubstitutions-Strategie, wie sie im Iran praktiziert wurde, folgte diesem Vorbild gleichermaßen, jedoch mit einem wesentlichen Unterschied: viele der Entwicklungsländer zahlten für einen wachsenden Anteil ihrer Importe, indem sie ihre selbsterzeugten Produkte exportierten und dadurch vor allem auf Auslandskredite angewiesen waren. Der Iran hingegen war weiterhin ausschließlich auf Erdölexporte angewiesen. Zwischen 1963 und 1972 waren die Deviseneinnahmen aus Erdöl und Erdgas für über 76 % der Exporterträge des Landes verantwortlich, und machten das Land somit relativ unabhängig von seinen Nicht-Öl-Exporten und Auslandskrediten.⁴⁷

Im Gegensatz zu anderen Entwicklungsländern, die Importe durch eigene Exporte zu finanzieren versuchten, versäumte der Schah es, die Importe langfristig nicht nur durch Erträge aus dem Erdöl auszugleichen, sondern auch eine leistungsfähige Produktion für den Export aufzubauen. Die wachsenden Erträge aus dem Erdöl aber überschatteten diese Notwendigkeit. Die Industrialisierung und Produktion, wie sie sich im Iran entwickelte, war im Grunde nichts anderes als ein Montagewerk mit importierten Fertigungsteilen.

Die Importe zwischen 1963 und 1973 wuchsen doppelt so schnell wie das Bruttosozialprodukt. Die Arbeitslosigkeit war allerdings noch relativ gering. Bis zum Jahre 1971 war die Einkommensverteilung zwar nicht günstig, aber auch nicht extremer als in anderen Entwicklungsländern. Die Phase der Industrialisierung ging nicht unbedingt auf Kosten der Agrarwirtschaft, stattdessen wurde sie durch die Erträge aus dem Erdöl getragen. Die Jahre 1963 bis 1973 galten demnach als die glorreiche Phase der iranischen Wirtschaft. Erst die Folgejahre sollten die Konsequenzen der Fehlplanung verdeutlichen.⁴⁸

Die Ergebnisse dieser Politik wirkten sich verheerend auf die gesamte innere Struktur der Wirtschaft aus. Paradoxerweise war das Ergebnis dieser Strategie, dass die Wirtschaft zunehmend abhängig von Erdölexporten wurde, um die Importe zu finanzieren, die in der nach außen stark geschützten iranischen Wirtschaft benötigt wurden.⁴⁹ Die Ökonomen Todaro und Ghazanfar⁵⁰ identifizierten die ökonomischen Effekte aus der Industrialisierung durch Importsubstitution wie folgt:

⁴⁷ Afshar, H. (1985): *turmoil*, S. 87

⁴⁸ Vgl. Todaro, M. (1989): *Development*, S. 435

⁴⁹ Die Politik der Importsubstitution ISI führte zu Wachstum statt zu einem Rückgang der iranischen Importe. Die Importe stiegen von 906 Millionen US\$ in 1974 auf 3,5 Milliarden US\$ in 1976 für Fertigwaren.

⁵⁰ Diese Darstellung ergibt sich aus einer Zusammenfassung von Ergebnissen von Ghazanfar (1991): *Revolution* S. 42 und Todaro (1989): *Development*, S. 435

1. Die eigentlichen Nutznießer der Strategie des Irans waren ausländische Unternehmen, die die liberalen Steuer- und Investitions-Incentives ausnutzten. Diese multinationalen Unternehmen horteten ihre Gewinne im Ausland und ließen nur einen kleinen Teil im Iran, der wiederum nur den wohlhabenden Iranern zugute kam.
2. Die Einnahmen aus den Erdölexporten ermöglichten eine massive Erhöhung der öffentlichen Ausgaben, speziell für Verteidigung und Infrastruktur, während diese wenig Wachstumseffekte in der herstellenden Industrie erzeugten, jedoch den Konsum an Luxusgütern in den Städten weiter förderten. Den sich ergebenden inflationären Kräften wurde mit unpopulären Anti-Inflationsmaßnahmen begegnet, die die Opposition gegen den Schah weiter verstärkte und die Allianz zwischen *ulama* und den *basaaris* festigte.
3. Die Importsubstitutions-Strategie verschlechterte die *terms of trade* durch die Erhöhung der Importe von Konsumgütern und die Verringerung der Nicht-Öl-Exporte. Das Exportvolumen sank im Jahre 1977 um 20 % aufgrund der künstlichen Überbewertung der Wechselkurse, da importierte Güter nun günstiger als inländische waren.⁵¹
4. Die Industrialisierungsstrategie verursachte eine massive Landflucht. Dieses Phänomen war nicht nur zerstörerisch für den ländlichen Sektor, es erzeugte auch ein großes Heer an Arbeitslosen und Unterbeschäftigten in den Vororten der Städte, die später eine wesentliche Kraft der revolutionären Bewegung wurden.
5. Die Importsubstitution führte dazu, dass in Relation zu der zu teuren Arbeitskraft Kapital preislich unterbewertet war. Dies führte zu Investitionen in kapitalintensive Produktionsanlagen mit weniger Arbeitern. Die Folge war steigende Arbeitslosigkeit, ungleichmäßige Einkommensverteilung und wachsende Landflucht.
6. Schließlich ist zu bemerken, dass die Entwicklungsstrategie, die 1963 im Rahmen der „Weißen Revolution“ durchgeführt wurde und den ländlichen Sektor in großen Teilen vernachlässigte, zu negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung führte. Die Macht der traditionellen Großgrundbesitzer wurden zwar

⁵¹ Vgl. Afshar, H. (1985): *turmoil*, S. 27

in ihrer Form gebrochen, doch es entstand eine neue bürokratische Bourgeoisie. Das Landumverteilungsprogramm griff den schiitischen Klerus an und förderte die extreme Polarisierung der ländlichen sozioökonomischen Struktur.

7. Die Strategie des Schah bedachte die Landwirtschaft überhaupt nicht und die fortschrittsbedingte Mechanisierung derselben setzte eine Vielzahl an Arbeitskräften frei. Die Regierung erwies sich als unfähig, eine profunde Lösung für dieses Problem zu finden.
8. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die kapitalintensive und auf Grosstädte fokussierte Industrialisierung durch Importsubstitution letztlich den Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung signifikant verschlechtert hat, speziell den der Mittelklasse und der *basaaris*. Irans Industrialisierungsbemühungen gingen direkt zu Lasten des landwirtschaftlichen Sektors. Die kränkelnde Landreform bedachte eine große Anzahl von Farmern nicht, verstärkte die Mechanisierung und Automatisierung in der Landwirtschaft und konnte letztlich dem steigenden Bedarf von Lebensmittelimporten nicht entgegenhalten.⁵²

Der letzte Punkt nimmt dabei eine Schlüsselrolle zur Entstehung der Revolution ein. Als Gesamteffekt der Importsubstitutions-Strategie ist für die Mehrheit der Bevölkerung eine breite Verschlechterung der Lebensbedingungen festzustellen. In 1972 jedoch wurden allmählich Modifikationen bezüglich der bestehenden Importsubstitutions-Strategie vorgenommen. Dabei ging es vor allem darum, die Nicht-Öl-Exporte weiter auszubauen und die Importe zu verringern, auch um die Handelsbilanz zu verbessern.⁵³ In der Praxis war das Programm der Regierung in diesem Bereich im Wesentlichen das Erzeugen von Anreizen (Incentives), um die Exporte zu diversifizieren und um jeden Preis einen großen Teil der Importe durch inländische Produktionen zu substituieren. Die ursprüngliche Industrialisierungs-Strategie durch Importsubstitution wurde später erweitert durch eine Export-Förderungs-Strategie, die nun das essentielle Ziel der Regierung war. Die Importsubstitutions-Strategie führte zur Knappheit von Devisen und wurde die Brücke für die Erweiterung der Geschäfte der multinationalen Konzerne

⁵² Die Unfähigkeit der Regierung, eine entsprechend tiefgründige Strategie für die Entwicklung auf dem Lande zu erstellen, wird von vielen Wissenschaftlern und Autoren als einer der wesentlichen wirtschaftlichen Faktoren angebracht, die zur Revolution führten.

innerhalb des Landes. Mit dem Wechsel zur Export-Entwicklungs-Strategie wurde der Auslandssektor und das private Inlandskapital zunehmend wichtiger für die Wirtschaft. Die wachsenden Investitionen wurden weitgehend durch steigende Erträge aus dem Erdöl, statt durch inländische oder ausländische Ersparnisse finanziert. Allerdings wurde durch die stets wachsenden Devisenerträge aus dem Erdölexport die Notwendigkeit und Bedeutung der Export-Entwicklungsstrategie in den Hintergrund gedrängt.⁵⁴

1.2.3. Die sozialen Aspekte des Wachstums in Stadt und Land

Die letzten zehn Jahre vor der Revolution waren durch ein ununterbrochenes Wachstum gekennzeichnet. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes betrug jährlich durchschnittlich 14,3 %. Das Wachstum war sehr ungleichmäßig und auf bestimmte Industriesektoren begrenzt und wiederum nur in bestimmten Städten spürbar. Der reiche Norden Teherans erhielt 80 % der öffentlichen Ausgaben für städtische Infrastruktur. Der gewonnene Wohlstand war in den Händen von etwa 150 Familien, die aus der Gruppe der *basaari*, der Pahlawi-Familie und einigen Großgrundbesitzern kamen. Diese Gruppe hielt 67 % der Industrie- und Finanzinstitutionen. Im Kontrast dazu waren die Lebensbedingungen der größten Gruppe der Bevölkerung so katastrophal, dass einige nicht einmal ein Dach über dem Kopf hatten. Als Folge der Wohnungsnot entstanden in den Vororten der Städte Slums. Allein in Teheran lebten schätzungsweise 500.000 bis 1 Million Menschen in Häusern ohne Wasser, Elektrizität und Müllentsorgung.⁵⁵

Es gibt wenig Statistiken, die die Einkommensverteilung beschreiben, aber die erhältlichen Informationen über die Gesamtausgaben lassen auf eine ungleichmäßige Verteilung der Früchte dieses schnellen Wachstums schließen. Das Statistische Amt des Irans erklärte, dass schon während der 60er Jahre der Gini-Koeffizient sich von 0.4188 auf 0.4545 erhöhte. In den Folgejahren bis zur Revolution konzentrierte sich das Volkseinkommen noch mehr bei der *élite* des *ancien regime*. Im Jahre 1972 stieg der Koeffizient weiter auf 0.5051. Diese auf Ausgaben basierenden Proportionen zeigen bereits eine ungerechte Verteilung. Aufschlussreich ist, dass die Oberschicht etwa 10 %

⁵³ Vgl. Ghazanfar, S.M. (1991): Revolution, S. 39-42

⁵⁴ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition, S. 195

⁵⁵ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 11-22

der Bevölkerung stellte, aber 34 % der Ausgaben tätigte.⁵⁶ Darüberhinaus floss ein erheblicher Teil des Einkommens ins Ausland. Dieser Anteil erscheint wiederum in keiner Statistik und lässt auf eine noch ungleichmäßigere Einkommensverteilung schließen.⁵⁷

Die Agrarwirtschaft blieb von dem „*Oil-Boom*“ fast unberührt. Die Importsubventionen und die Fokussierung auf den Industriesektor führten zu keinem boomartigen Aufschwung in der Landwirtschaft. Dem Schah-Regime wurde vorgeworfen, nicht ausreichend in die Agrarwirtschaft investiert bzw. keine funktionierende Rolle für sie vorgesehen zu haben: das Rückgrat einer jeden Nation war im Iran unterentwickelt. Stattdessen baute man nur auf die Erdölreserven, die ohne Rücksicht auf deren vorkommensmäßige Grenzen die einzige Basis der Wirtschaft darstellten.⁵⁸

Das Leben auf dem Land unterschied sich erheblich vom Leben in der Stadt. Im Sinne seiner Industrialisierungsziele taktierte der Schah mit der „First Growth, Redistribution later“-Strategie. Diese Philosophie behielt das Regime bis zu seinem Ende auch bei. Das oberste Ziel war Wachstum, die Verteilungsfrage war zweitrangig; das Wachstum bringe letztlich Wohlstand für alle Bürger, so lautete die Devise. Die ländliche Bevölkerung hatte das größte Nachsehen durch die Lebensmittelknappheit, die Stromausfälle und die anderen mangelhaften staatlichen Dienstleistungen wie Ausbildung, Polizei und Gesundheit. Armut und Analphabetismus waren auf dem Land stets die Regel.⁵⁹

Der erwartete Effekt dieser Politik war ein dramatischer Anstieg der Landflucht in den 60er und 70er Jahren. Jährlich wanderten ca. 8 % der ländlichen Bevölkerung in städtische Gebiete. Die Großstädte absorbierten den Großteil dieser Migranten, wobei die Bevölkerung von Teheran von 1,7 Mio. in 1956 auf 4,5 Mio. in 1978 anstieg. Mitte der 70er Jahre wurde die vorher hingenommene Land-/Stadtflucht aktiv bekämpft, nachdem die Wirtschaftsplaner eingesehen hatten, dass das Wachstum der Strategie der Importsubstitutions-Industrialisierung letztlich die Verstädterung beschleunigt hatte und nicht genügend Arbeitsplätze hierfür geschaffen waren. Inflation, Arbeitslosigkeit und

⁵⁶ Vgl. Nazimi, N. (1989): *Economic Growth*, S. 45-46. Der Gini-Koeffizient beschreibt indexweise den Grad der „gerechten“ Verteilung.

⁵⁷ Vgl. Hunter, S.T. (1992): *After Khomeini*, S. 58

⁵⁸ Vgl. Amuzegar, J. (1992): *Iranian Economy*, S. 415

⁵⁹ Vgl. O. V. (1982): *Krise*, S. 13

akute Wohnungsnot plagten die Großstädte des Irans und in erschreckender Anzahl bildeten sich Slums in den Vorstädten, wie z.B. Jole in Süd-Teheran.⁶⁰

1.2.4. Die Zuspitzung sozialer Spannungen

Die Opulenz des Schahs und seines Hofes, aber auch der *Nouveaux Riches* stellten sich als zutiefst provokativ für den Rest der Bevölkerung heraus. Palastartige Villen, deutsche Luxusautos, italienische Mode und teure Juwelen wurden als Früchte der Korruption und als Dekadenz gegenüber der Persischen Kultur empfunden. Die Opposition gegen den Schah wurde immer deutlicher.⁶¹ Seit der Ausrichtung der 2.500-Jahr-Feier der Persischen Monarchie in Persepolis im Jahre 1971 war die Unterdrückung der Oppositionellen durch die SAVAK - dem berüchtigten staatlichen Geheimdienst - an der Tagesordnung. Die ungerechte Wohlstandsverteilung und die sinnlose Dekadenz schürte die Gefühle der *mostasaffin*. Diese Ablehnung wurde verstärkt durch die Anwesenheit von Zehntausenden von Ausländern im Rahmen wirtschaftlicher und militärischer Projekte. Die Zahl der Fremden (z.T. mit Sonderrechten) mit einer sich von der breiten Masse unterscheidenden Lebensweise überstieg die soziale Toleranz und verstärkte die These von einem fremdbestimmten Iran.⁶²

Somit kam es in den Städten zu Spannungen zwischen dem Staat, der Bourgeoisie und den Arbeitern, von denen einige gerade erst in die Stadt übersiedelt waren. Der Iran war nicht länger mehr eine auf Agrarwirtschaft basierende Gesellschaft: im Jahre 1979 lebten über 50 % der Bevölkerung in Städten, gegenüber nur 35 % im Jahre 1960.⁶³ Das Momentum stieg, als die Intellektuellen und Studenten sich auch mit einmischten. Die ökonomische Situation 1977 war sehr bedrohlich und wurde verschärft durch die innenpolitischen Zustände. Im Sommer 1978 flohen Tausende von wohlhabenden iranischen Familien und nahmen schätzungsweise 1,5 bis 3 Mrd. US\$ mit ins Ausland.⁶⁴ Bereits 1977 verkauften viele große multinationale Konzerne ihre Anteile und verließen das Land. Inländisches Kapital wurde noch ein wenig länger im Land gehalten, aber ein

⁶⁰ Vgl. Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): Iran, S. 128

⁶¹ Vgl. Fischer, W.B. u. Lawless, R. (1993): Iran, S. 390

⁶² Vgl. Konzelmann, G. (1990): Allah, S. 210

⁶³ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 11

Abfluss ins Ausland war im Folgenden Jahr nicht mehr zu stoppen. Insgesamt wurden allein in 1978 5 Mrd. US\$ in fremder Währung aus dem Land herausgezogen. Am 27. November 1978 veröffentlichte die iranische Zentralbank eine Liste von 177 Personen des *Ancien-Regime*, die zusammen den Transfer von 2,5 Mrd. US\$ ins Ausland organisierten. Darunter waren der Wirtschaftsminister des Schahs und der Direktor der iranischen Erdölgesellschaft, der allein 68 Mio. US\$ der iranischen Erdölgesellschaft mit sich nahm. Tatsächlich erbte die neue nach-revolutionäre Regierung genauso viel Auslandsguthaben wie Auslandsschulden, die etwa 11 Mrd. US\$ betrugen.

Schließlich wurde durch die Massendemonstrationen und den Streiks – speziell der Erdölarbeiter - die Wirtschaft zum Erliegen gebracht. Es kam zu blutigen Auseinandersetzungen und bürgerkriegsähnlichen Revolten auf den Strassen. Am 16.1.1979 verließ der Schah mit seiner Familie endgültig das Land und starb einige Monate später in Panama an Krebs. Seine Familie siedelte dann in die USA über. Die Regentschaft von Schah Reza Pahlawi ging nach 34 Jahren zu Ende.⁶⁵

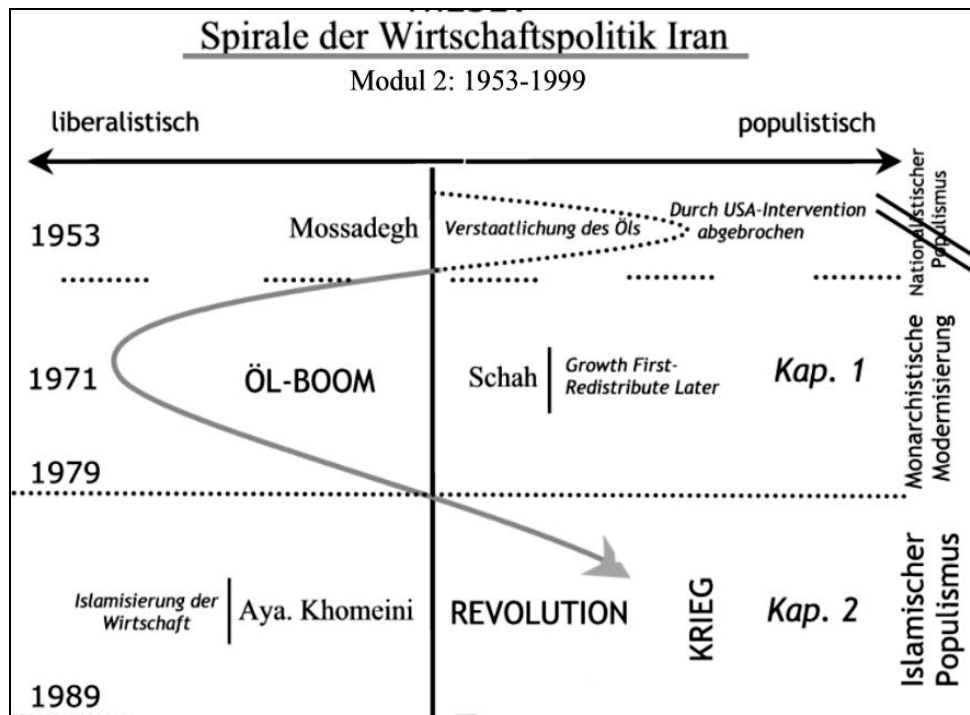
⁶⁴ Vgl. Nazimi, N. (1989): *Economic Growth*, S. 48-49

⁶⁵ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): *Economic Transition*, S. 20

2. ISLAMISCHER POPULISMUS VON 1979-1989

Die iranische Revolution geschah im Hinblick auf die sich verschlechternden sozioökonomischen Bedingungen, den wachsenden Ungleichmäßigkeiten und der politischen Unterdrückung durch das Schah-Regime, das eine liberalistische Wirtschaftspolitik verfolgte. Durch die starke Aura Ayatollah Khomeinis als Gegenspieler des Schahs erlangte die religiöse Bewegung die Oberhand der politischen Macht. Die Theokratie erhielt Einzug in die politische Führung des Landes und es folgte eine islamistisch-populistische Umorientierung in der Wirtschaftspolitik. Die vom Schah eingeläutete Modernisierung der Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft wurde durch die Revolution abrupt zum Ende gebracht. Die Phase des Islamischen Populismus in der iranischen Wirtschaftsgeschichte wird nun dargestellt.

Abbildung 4: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik: Modul 2 (1953-1999)



Quelle: Eigene Darstellung

2.1. DIE ISLAMISCHE REVOLUTION VON 1979

2.1.1. Die Islamische Republik und Ayatollah Khomeini

Die Revolution von 1979 eliminierte die säkulare und westlich orientierte Elite des Irans fast vollständig. Die Gründung der Islamischen Republik war ein unerwartetes Phänomen im 20. Jahrhundert. Die Bildung einer Theokratie galt als ein Paradoxon, eine vorkapitalistische Ideologie, die auf den Ideen des Islams des 7. Jahrhunderts gegründet war. Im Namen des Islams setzte die neue islamische Führung unter Ayatollah Khomeini sehr drastische Maßnahmen in Gesellschaft und Wirtschaft durch. Diese machten vor allem den ohnehin schon wichtigen staatlichen Sektor noch mächtiger und fügten der Regierung viele weitere neue Rollen hinzu.⁶⁶

2.1.1.1. Die sozioökonomischen Ursachen der Revolution

Die westlichen Länder, die als Vorbilder des Schahs galten, vollzogen ihren sozialen Wandel über mehrere Generationen. Die Bauernaufstände in Deutschland, die bürgerlichen Revolutionen in Frankreich in den Jahren 1789 und 1848, oder letztlich die „friedlichen“ Revolutionen wie die Entwicklung des Kapitalismus in Europa und in den Vereinigten Staaten waren die historischen Meilensteine der modernen westlichen Industriestaaten. Der Schah aber wollte mit seinem hohen Anspruch der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung Irans diese Entwicklungsphasen überspringen. Der Iran sollte die militärische Macht in der Region werden und zu den führenden Industrieländern der Welt aufsteigen. Gleichzeitig sollte ein Wohlfahrtsstaat nach westlichem Vorbild aufgebaut werden. Alle diese Ziele sollten mit Hilfe des Erdöls und innerhalb einer einzigen Generation erreicht werden. Diese Ziele stellten sich als zu ehrgeizig heraus und das Volk lehnte sich gegen diese massive Modernisierung, die traditionelle Lebensweise und bestehende Wirtschaftskreisläufe zerstörte, auf. Aus einem

gewissen Blickwinkel wurden einige dieser Ziele erreicht, der Schah versäumte es jedoch, sich eine solide und breite Anhängerschaft aufzubauen.⁶⁷

Die Revolution von 1979 wurde im Nachhinein die Islamische Revolution genannt, aber es war vielmehr eine Bauernrevolution. Der Islam spielte stets eine wichtige Rolle in der iranischen Gesellschaft, doch dies waren wohl nicht die hauptsächlichen Gründe der Revolution von 1979. Die Iranische Revolution geschah im Hinblick auf die sich verschlechternden sozioökonomischen Bedingungen, den wachsenden Ungleichmäßigkeiten und der politischen Unterdrückung durch das Schah-Regime. Die Machtergreifung der islamischen Führer war also nicht unausweichlich, die säkularen Kräfte konnten sich einfach nicht auf eine politische Hegemonie einigen.⁶⁸

Eine der am weitesten verbreiteten Erklärungen für die iranische Revolution behauptet, dass die Gesellschaft des Landes durch die schnelle Modernisierung zerbrach. Durch den vehementen Anstieg der Erdölpreise Anfang der 70er hat der Iran eine Serie von ehrgeizigen wirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen gestartet. In dieser Prozedur wurde ein erheblicher Teil der Erträge aus dem Erdölexport in den Aufbau der Industrie, der Infrastruktur und andere Projekte gelenkt. Der neue wirtschaftliche Boom brachte die soziale Stabilität und die existierenden Klassenverhältnisse ins Wanken. Während einige Iraner enormen Profit aus diesen Projekten für ihren persönlichen Nutzen abzweigen konnten, führten die Modernisierungsprogramme für die Mehrheit der Bevölkerung jedoch zu Erschwernissen. Die eigentlichen Nutznießer dieser Entwicklungsprojekte waren die neuen Industriellen, Banken und die großen landwirtschaftlichen Unternehmen, die nicht so stark mit dem inländischen Markt verbunden waren.

Die Revolutionäre prangerten das Regime des Schahs für eine fehlgeschlagene Wirtschaftspolitik für das Land an. Das Schah-Regime hatte ein westliches Entwicklungsmodell übernommen, und dabei nationale und kulturelle Interessen unberücksichtigt gelassen. Der Iran wurde abhängig von westlicher Technologie, Management und Know-how sowie Industrie und Kapital. Es wurde kritisiert, dass die Bodenschätze für ausbeuterische Interessen des Auslands ausgeplündert und für „wertlose“ Militärgüter verschwendet wurden. Der Schah vernachlässigte die Agrarwirtschaft und die traditionelle ländliche Struktur; die Modernisierung und

⁶⁶ Vgl. Morady, F. (1996): Oil S.10-12

⁶⁷ Vgl. Vakily-Zad, C. (1991): Structure, S. 27-29

⁶⁸ O.V. (1982): Krise, S. 12

Industrialisierung unterwarf den Iran dem Diktat ausländischer Interessen. Im tieferen Sinne manifestierte sich in der Revolution die kulturelle und nationalistische Reaktion auf den westlichen Imperialismus. Es existierte der starke Wille, zu den alten und traditionellen Strukturen zurückzukehren.⁶⁹ Die Revolution hatte zum Ziel, den Agrarsektor auszuweiten und die Nahrungsmittelversorgung aus eigenem Anbau zu gewährleisten. Des Weiteren sollten die Nicht-Öl-Exporte diversifiziert und erhöht, jedoch die Importe von Konsumgütern reduziert werden. Letztlich sollte die Abhängigkeit vom Westen eingeschränkt werden.⁷⁰

2.1.1.2. Der politische Triumph der Theokratie

Ein neuer Weg in der Wirtschaftspolitik musste gefunden werden, um die Wirtschaft aus ihrer Abhängigkeit von der „Welt der Kapitalisten“ zu retten. In Fragen der wirtschaftspolitischen und sozioökonomischen Ziele des Iran, des Umfangs der Reformen, der Rolle des staatlichen Sektors und des Außenhandels gingen die Meinungen auseinander. In der Opposition herrschte Einigkeit nur in der Ablehnung der Pahlawi-Visionen von der Wirtschaft des Iran. Folgende politische Strömungen waren neben den Theokraten im revolutionären Iran ausgeprägt⁷¹:

- Die Marxisten und die Linksradiكالen (vertreten durch die *Tudeh-Partei*⁷² und die *Mojahedin-e-Khalq*) folgten den Grundsätzen von Marx und Lenin mit einem islamischen Grundton. Sie forderten die Errichtung der idealen Gesellschaft, die frei von Konsuminteressen sein sollte. Die Staatsstruktur sollte dezentralisiert und Entscheidungen auf unterer Ebene getroffen werden. Die Erdöleinnahmen sollten zuerst an die weniger bevölkerten Gebiete abgeführt werden.
- Die Demokraten wurden vertreten durch die islamischen Progressiven und die „*Nationale Front*“, deren Führer der spätere erste Premierminister Mahdy

⁶⁹ Vgl. Amuzegar, J. (1994a): Imbalances, S. 16

⁷⁰ Vgl. Mofid, K. (1992): Foreign Trade, S. 142

⁷¹ Vgl. Amuzegar, J. (1992): Reconstruction, S. 414 und Amirahmadi, H. (1995): Strategic Issues, S. 168

⁷² An die Sowjetunion angelehnte Kommunistische Partei

Bazargan war. Auch hier war ein islamischer Unterton in Verbindung mit dem Ziel eines europäisch ausgelegten Sozialstaates zu finden.

- Das rechte Zentrum bestand aus den *basaaris*, die liberal und weltlich eingestellt waren. Außerdem gehörten die bürgerlichen Industriellen und Großgrundbesitzer dieser Gruppe an. Sie hatten eine entscheidende Machtrolle während der Revolution, da sie kurzfristig die Märkte kontrollieren konnten.

Die moslemischen Fundamentalisten, die sich mehrheitlich um Ayatollah Khomeini organisierten, strebten eine Rückkehr zu einer islamischen Wirtschaft wie zu Zeiten des Propheten Mohammed an. Die Verfremdung der Kultur und die Uneinigkeit in der Opposition führten als Reaktion unweigerlich zu einer Erstarkung der Person Ayatollah Khomeinis. Dieser war entschlossen und taktierte geschickt, vor allem mit den *basaaris* und den traditionell religiösen Bauern. Insofern ist die Revolution aus sozioökonomischer Sicht eine Bauernrevolution, da sie auf die breite Basis der Landarbeiter aufbaute.⁷³ Diese Revolution wurde dann in ihrer Führung und ihren Reformen zu einer Islamischen Revolution transformiert. Die religiöse Gruppe um Ayatollah Khomeini triumphierte recht bald im Kampf um die politische Führung. Dieses lag laut Saeidi vor allem an der religiösen Aura von Ayatollah Khomeini als charismatischen Führer der populistischen Bewegung.⁷⁴

Obwohl die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ein wesentlicher Punkt für die Mehrheit der Iraner war, schaffte es der Klerus trotzdem, den Ruf der Bevölkerung nach politischer Freiheit, Unabhängigkeit, wirtschaftlichem Wohlergehen und sozialer Gerechtigkeit umzumünzen in eine Kampagne für eine islamische Staatsordnung - ohne eines konkreten wirtschaftlichen Programms. Der Klerus vermied es, konkrete oder kontroverse wirtschaftliche Programme zu manifestieren.⁷⁵

⁷³ Vgl. Konzelmann, G. (1989): Allah, S. 139-142

⁷⁴ Vgl. Saeidi, A. (2001): Political Authority, S. 222

⁷⁵ Vgl. Konzelmann, G. (1989): Allah, S. 139-144 und Hetsch, I. (1992): Islam und Unterentwicklung, S. 74-80

2.1.1.3. Die Präambel der Islamische Republik Iran

Im Einklang mit den Ideen seiner islamischen Regierung forderte Ayatollah Khomeini eine Erhebung aller Klassen gegen den Schah und rief die Islamische Republik aus. Im März 1979 wurde ein Referendum abgehalten, das die Monarchie offiziell beendete und die Islamische Republik gründete. Der erste Schritt der Islamisierung der Gesellschaft und Wirtschaft war vollzogen. Ayatollah Khomeini ordnete eine „hundertprozentig islamische“ Verfassung an.⁷⁶ Die Präambel der Islamischen Republik verdeutlicht die politischen Zielsetzungen des Regimes:

„Im Namen Gottes, des Allerbarbers, des Gnädigen. Die Verfassung der Islamischen Republik Iran strebt eine Gestaltung der kulturellen, sozialen und ökonomischen Institutionen der iranischen Gesellschaft nach islamischen Grundsätzen und Regeln an; sie entspricht dem innigsten Wunsch der islamischen Glaubensgemeinschaft. Dieser grundlegende Wille kam durch den Gehalt der großen Islamischen Revolution im Iran ebenso zum Ausdruck wie durch die entschiedenen und überwältigenden Lösungen aller Volksschichten in jeder Phase des siegreichen Kampfes der islamischen Bevölkerung. Und nun, da dieser große Sieg hereinbricht, fordert unsere Nation mit all' ihrer Kraft das Erreichen dieses Zieles.

Das grundlegend Neue dieser Revolution ist, im Vergleich mit anderen Bewegungen im Iran während der letzten hundert Jahre, ihr von der islamischen Lehre bestimmter Charakter. Das islamische Volk gelangte nach der Erfahrung mit konstitutionellen Bewegungen gegen Willkürherrschaft und mit der eine Nationalisierung der Erdöl-Industrie anstrebbenden antikolonialistischen Bewegung zu der wertvollen Einsicht, dass der maßgebende und deutlich sichtbare Grund für das Scheitern dieser Bewegungen im Fehlen einer den Kampf tragenden Weltanschauung bestand.“⁷⁷

Nach dem Sturz des nicht-klerikalen Präsidenten Banisadr im Juni 1981 übernahm der Klerus die vollständige Kontrolle über den Staat. Die Konfrontation der beiden Fraktionen innerhalb der Klerikalen wurde offen ausgetragen: In dem Getümmel der Slogans der Regierung über Unabhängigkeit und wirtschaftliche Gerechtigkeit dominierten von nun an zwei Fraktionen die Debatten. Die Fraktion mit einer populistischen Tendenz zielte auf extensive Kontrollen des Staates über die Wirtschaft

⁷⁶ Vgl. Amzuegar, J. (1994): Islamic Republic, S. 28-33

⁷⁷ Vgl. Islamische Republik Iran (1980): S. 4

ab, während die andere mit einer *laissez-faire* Marktorientierung argumentierte.⁷⁸ Die Ziele der klerikalen Revolutionäre lauteten:

- Verbesserung der Bildung und Kultur, freie Schulen und Universitäten;
- Unabhängigkeit vom Ausland und Diversifikation der Wirtschaft;
- Soziale Sicherheit und Wohnungsbau;
- Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Schutz der Unterdrückten;
- Landwirtschaft als Rückgrat der Nation.
- Die Industrie soll teilweise aufs Land verlagert werden, um die Landflucht einzudämmen; die großen Städte sollen nicht weiter vergrößert werden.
- Die verschiedenen ökonomischen Sektoren sollen miteinander integriert werden
- Erhöhung der Nicht-Öl-Exporte.⁷⁹

Währenddessen wurden Ad-hoc-Maßnahmen für die Wirtschaft erlassen, um die wichtigsten und nötigsten Probleme der Wirtschaftskrise zu meistern und die Grundversorgung der Massen sicherzustellen. Im öffentlichen Dienst und für die innere Sicherheit waren weitgehend „nicht-ideologische“ zivile und militärische Personen tätig. In den ersten Tagen der Revolution entwickelten sich jedoch parallel die Revolutionären Garden (*pasdaran*) und die Ortskammern (*komiteh*). Die örtlichen Moscheen wurden die Stützpunkte der Aktivitäten der *komiteh*, wodurch sie sich zu wichtigen politischen Zentren des Stadtteils entwickelten und gleichzeitig öffentlich-staatliche Aufgaben übernahmen. Dazu gehörten Polizeiaufgaben, Gesetzeshütung und auch die Verteilung der geplünderten und verlassenen Güter an Bedürftige und Sympathisanten.⁸⁰ Viele Grundnahrungsmittel und Haushaltswaren wurden aufgrund der Engpässe und wirtschaftlichen Probleme rationalisiert. Da die Moscheen die Aufgabe der Verteilung übernommen hatten, erhöhte sich ihre politische Bedeutung auch im alltäglichen Leben. Die *komiteh* waren auch für die Einhaltung der Sittenregeln wie Verschleierung, Alkoholverbot, Glücksspiel und Zensur zuständig. Ihre Befehle erhielten sie vom

⁷⁸ Vgl. Behdad, S. (2000): *Economic Liberalism*, S. 100-104

⁷⁹ Vgl. Hunter, S.T. (1992): *After Khomeini*, S. 66

⁸⁰ Vgl. Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): *Iran*, S. 136-137 und Amirahmadi, J. (1991): *Transition*, S. 21

klerikalen Lager der Anti-Schah-Opposition. Nach der Machtübernahme des Klerus wurden sie als feste Institution in den Staatsapparat eingegliedert.⁸¹

2.1.2. Transformation des Wirtschafts- und Sozialsystems

Die Gründung der Islamischen Republik führte zur Wiedererstarkung des Islam, speziell des shiitischen Islam und der Rückkehr zu frühmittelalterlichen Wert- und Normvorstellungen. Für die Theokraten stellte dies die Stärkung einer Ideologie und den radikalen Weg des Islams in einer aktiven Opposition zum Kapitalismus und Sozialismus dar, und galt als „Dritter Weg“.⁸² Es erfolgte eine Islamisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen wurden in der neuen Verfassung konstituiert und zeigten eine deutliche Ausrichtung für die ärmeren Bevölkerungsschichten und für die Landbevölkerung. Im Folgenden werden die wirtschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen mit der neuen Phase des Islamischen Populismus dargestellt.

2.1.2.1. Islamisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft

Am 1. Mai nach der Revolution von 1979 würdigte Ayatollah Khomeini die Arbeiter als die wichtigste Klasse innerhalb der Gesellschaft und dankte ihnen für deren Beitrag auf dem Pfade der Revolution:

„Wir sind für den Islam, nicht für den Kapitalismus und den Feudalismus, nicht für die Landverschlingenden⁸³, sondern für die Barfüßigen, für die unterdrückte Klasse. Der Islam entsprang von den Massen, nicht von den Reichen. Die Märtyrer der islamischen Revolution waren alle Angehörige der niederen Klassen, der Landarbeiter, der Industriearbeiter und den Bazarhändlern und Händlern.“⁸⁴

⁸¹ Vgl. Katouzian, H. (1989): Analysis, S. 56-57

⁸² Der dritte Weg, nicht Westen, nicht Osten

⁸³ Zamin Kharan

⁸⁴ zitiert nach Saeidi, A. (2001): Political Authority, S.224

Die iranische Revolution von 1979 wurde von den Menschen aus unterschiedlichen ideologischen Lagern unterstützt. Trotz der Vielfalt der wirtschaftspolitischen Ziele aus diesen unterschiedlichen politischen Fraktionen wurde - zumindest in den Grundzügen der politischen Ideologie, - jene Vision von Ayatollah Khomeini zum Gesetz, die er in seinem politischen Werk *Velayat-e-Faqih* verfolgte. Die *fundamentale* Restrukturierung des Systems, wie sie Ayatollah Khomeini im März 1980 forderte, rief nicht nur nach der Islamisierung von Ideen, sondern auch der Schulbücher und Erziehungsmethoden. Die islamische Kultur legte größeren Wert auf religiöse Hingabe (Tahod) statt auf technische Kompetenz (Takhassos) als Kriterium für die Verbeamtung und Einstellung im Öffentlichen Sektor. Ähnliche Prioritäten wurden auch bei der Vergabe von Führungspositionen in öffentlichen Unternehmen angewendet.⁸⁵

Die Islamisierung der Wirtschaft hatte auch Auswirkungen auf das technische Training und die Aufnahmebedingungen für die Institutionen der höheren Bildung. Das Universitätssystem vor der Revolution wurde gleich nach der Revolution für drei Jahre ausgesetzt, um die kulturellen Anpassungen vorzunehmen.⁸⁶ Die Zulassung zur Universität wurde später abhängig gemacht von islamischer Eignung und dem „potenziellen Wert“ des Bewerbers für die neue islamische Gesellschaft. Höhere Erziehung und Bildung wurden als ein Mittel zur Schaffung von sozialer Gerechtigkeit angesehen. Einige Studenten waren von den Eingangstests befreit, da sie zu bestimmten sozialen Randgruppen und religiös-islamisch bevorzugte Gruppen innerhalb der Gesellschaft gehörten. Diese Regeln führten dazu, dass niedrigere akademische Standards erfüllt und eher die Mittelmäßigkeit statt Exzellenz in der Ausbildung gefördert wurde.⁸⁷

Die islamische Führung hatte die kulturellen Werte des Westens stets in Frage gestellt. So hat das Regime in den radikalsten Phasen der Revolution ein Verbot für Videofilme, Musik, Schachspiel und Boxsport ausgesprochen sowie eine strikte Kleidungs Vorschrift erlassen. Frauen mussten ihre Haare bedecken und dezente Kleidung tragen. Männer mussten lange Ärmel tragen und durften keine Krawatten binden. Einige dieser

⁸⁵ Vgl. Bjorvatn, K. (1996): Islamic economics, S. 2-4 und Encke, U. (1993): Islamischen Wirtschaft, S. 17-23

⁸⁶ Vor allem ging es darum, die ausländischen Einflüsse innerhalb der Studentenschaft und der Fakultät zu beseitigen.

⁸⁷ Vgl. Kanovsky, E. (1997): economic morass, S. 66

Vorschriften versagten und die iranische Bevölkerung fand weiterhin ihre Wege, um ihre Musik zu hören, ihre Filme zu sehen, und benutzte demnach auch Satellitenfernsehen und ging weiterhin verbotenen Interessen und Beschäftigungen nach.⁸⁸

2.1.2.2. Die sozioökonomische Entwicklung und Erschwernisse

Die wirtschaftliche Krise seit der Revolution bedeutete für breite Bevölkerungsschichten bis 1980/81 ein ständig sinkendes Pro-Kopf-Einkommen. Demnach war von 1977 auf 1980 ein Rückgang von 32 % zu verzeichnen. Aufgrund der staatlichen Lebensmittelsubventionen waren die unteren Schichten anfangs weniger betroffen. Durch Enteignung und Verstaatlichung reduzierte das Regime das Einkommen der Oberklasse der iranischen Gesellschaft zusätzlich. Zu Beginn der Revolution wurden auch Lohnerhöhungen für die Arbeiter und einige Beamte erlassen. Der wirtschaftliche Rückgang jedoch, der durch den Krieg, die fallenden Erdölpreise und eine verfehlte Politik einsetzte, führte zu einer Verarmung im Land. Die Lebensstandards fielen, und die Ärmsten, die Beamten und andere Gehaltsempfänger litten am stärksten unter diesen Umständen.⁸⁹

Eine wesentliche Auswirkung auf die sozioökonomischen Zustände des Irans hatte die kriegsbedingte Entstehung von hochrentablen Spekulationsgelegenheiten, die von einigen großen Zwischenhändlern, Maklern und Mittelsmännern erschlossen wurden. Das Ergebnis war eine signifikante Konzentration von Einkommen und Vermögen. Vor der Revolution wurden ungefähr 100 Familien als Tuman-Milliardäre⁹⁰ eingeschätzt, bis 1988 hatte sich diese Zahl auf 900 erhöht. Das schnelle Bevölkerungswachstum, die rapide Urbanisierung und die expandierende Bürokratie verbunden mit der Korruption waren mitverantwortlich für diese Entwicklung.

Mit den Emigrationswellen war eine verheerende Kapitalflucht verbunden. Gerade die Personen, die geflüchtet waren, besaßen den größten Teil des Kapitals des Iran. Allein

⁸⁸ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 23, auch aus eigenen Beobachtungen auf diversen Reisen im Iran.

⁸⁹ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 69-70

⁹⁰ Ein Tuman entspricht 10 Rial. Bezüglich des Begriffes „Milliardär“ muss noch erwähnt werden, dass durch die Inflation die Geldeinheit Tuman im Vergleich zum US\$ nur noch ein Bruchteil wert war. Die Konzentration von Vermögen und der Abstand zu den Gehaltsempfängern, Bauern und überhaupt der Unter- und Mittelschicht wird durch die wachsende Zahl der „Milliardäre“ verdeutlicht.

der Schah und die königliche Familie hatten nach Schätzungen 120 Mrd. US\$ auf ausländische Konten transferiert. Die Kasse der National Iranian Oil Company war geplündert und auch sonst waren alle liquiden Mittel ins Ausland geschafft worden.⁹¹ Bedingt durch die Emigrationswelle fehlte auch Fachpersonal. Es wird geschätzt, dass seit dem Sturz des Schahs etwa 2 Mio. Menschen das Land verlassen haben. Darunter waren viele westlich orientierte und westlich ausgebildete Berufstätige wie Ärzte, Ingenieure und Kaufleute. In den Ämtern und allen anderen staatlichen Institutionen wie Universitäten und Schulen verschwanden viele führende und leitende Fachkräfte. Der Konflikt zwischen der ideologischen Säuberung und den administrativen Bedürfnissen der Ämter führte zu einem plötzlichen Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften. Zu Beginn der Revolution wurde im Sinne einer Fortführung der Staatsgeschäfte und Wahrung der Ordnung die ideologische Säuberung noch zurückgehalten.⁹²

2.1.2.3. Der Bruch mit dem Westen und den USA

Mit dem Rücktritt von Premierminister Mahdy Bazargans 1980 wurde die Position der gemäßigten Kräfte und des Mittelstandes, die die Revolution namentlich in ihrer ersten Phase getragen hatten, geschwächt. Die Besetzung der amerikanischen Botschaft und die Geiselnahme⁹³ im November 1979 wurden als ein Akt der Kriegserklärung gegen die USA aufgefasst.⁹⁴ Die diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen dem Iran und den USA und dem Westen führten zum Einfrieren der Goldvorräte, die der Iran im Ausland angelegt hatte. Der damals schwache US-Dollar und die angespannte Lage in der Golfregion bewegten die Amerikaner zu diesem Schritt, um den geplanten Abhebungen vorzubeugen und das Regime unter Druck zu setzen. Dabei ging es um Beträge von ungefähr 20 Mrd. US\$. Im April 1980 verhängten die USA schließlich ein Handelsembargo gegen den Iran.

⁹¹ Vgl. Nußbaumer, H. (1982): Khomeini, S. 121

⁹² Vgl. Vakily-Zad, C. (1991): Structure, S. 30

⁹³ Iranische Studenten, die sich als "Studenten in der Linie von Khomeini" bezeichneten, besetzten die US-Botschaft in Teheran und nahmen 62 US-Bürger und 36 Bürger anderer Nationalitäten als Geisel. Sie wurden nicht freigelassen bis zum Januar 1981.

⁹⁴ Vgl. O.V. (1982): Krise, S. 14

Die Europäische Gemeinschaft verhielt sich uneinheitlich. Deutschland wurde – zumindest nach der Geiselauffäre – als Handelspartner noch bedeutender, während Frankreich und England ihren Handel zeitweise einschränkten. Offiziell durften laut EG-Verordnung nach dem Tage der Geiselnahme keine neuen Verträge mehr eingegangen werden. Allerdings wurden viele Geschäfte über Mittelsmänner und dem Staate Dubai abgewickelt. Der Iran verlagerte zu dieser Zeit seine Geschäftsbeziehungen weiter nach Japan und der Sowjetunion, zumal gerade Japan seine Erdölnachfrage erhöht hatte. Die EG erhöhte ihren Anteil am iranischen Außenhandel von 45 % auf 54 %. Die Beziehungen zwischen dem Iran und den USA verschlechterten sich jedoch stetig bis auf den Nullpunkt.⁹⁵

In den Folgejahren der Revolution wurden die Außenhandelsbestimmungen auch seitens der iranischen Führung immer mehr verschärft. Die Intensität der Handelsbeziehungen war abhängig vom „Rang“ des jeweiligen Landes in Bezug auf dessen Politik, Ideologie und dessen Haltung gegenüber dem Islam. An letzter Stelle stand der wirtschaftliche Nutzen als Kriterium. Aufgrund dessen wurde der Handelsschwerpunkt vom Westen auf die Länder der Dritten Welt und des Ostblocks verlagert. Die Erdölexporte behielten ihre Stellung als Hauptexportgut bei. Durch den kriegsbedingten Rückgang der Erdölförderung, aber auch durch den Fall der Erdölpreise Ende 1985 ging der Export von iranischem Erdöl weiter zurück. Zu verzeichnen war ein erheblicher Fall der Erdölexporte besonders nach Amerika. Ihr Anteil am US-Import fiel von 23,5 % auf 4,5 %, wobei erwähnt werden muss, dass der Handel mit den USA verboten war. Die verbleibenden Verkäufe wurden über Tochterunternehmen und Drittländer vollzogen.⁹⁶

2.1.2.4. Wirtschaftspolitischen Implikationen der Islamischen Verfassung

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind in den Klauseln der Verfassung von 1979 festgelegt. Die Islamische Verfassung hat den Anspruch, die Konzepte, die aus der Zeit des Propheten Mohammad überliefert sind, in die moderne Zeit zu transformieren. Hierzu werden einige Grundzüge der Verfassung beschrieben. Die Islamische Revolution von 1979 ersetzte die vorherige, verhältnismäßig sekuläre Verfassung von 1906 durch

⁹⁵ Vgl. Amuzegar, J. (1994): *Islamic Republic*, S. 162-165

die Islamische Verfassung. Nach dieser ist es die Regierung und nicht das Individuum, die die Verantwortung hat, diese Ziele zu erreichen.

Die Präambel der Verfassung besagt, dass das fundamentale Ziel der Wirtschaft „die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse des Menschen ist im Einklang mit seinem generellen Wachstum und seiner Weiterentwicklung“. Dieses Prinzip ist explizit formuliert im Kontrast zu anderen nicht-islamischen Wirtschaftssystemen, deren Ziel „die Konzentration und Akkumulierung von Wohlstand und die Maximierung von Profit“ ist.⁹⁷ In der islamischen Kultur ist die Wirtschaft nicht ein Ziel für sich, sondern ein *Mittel*, um das endgültige Ziel zu erreichen; gemeint ist die Annäherung an Gott.⁹⁸

Entsprechend dieser Zielsetzung legt Artikel 3 des ersten Kapitels die wirtschaftlichen Prämissen der islamischen Regierung fest: die Planung eines gerechten ökonomischen Systems, um Wohlstand zu erreichen, Armut zu bekämpfen und alle Formen der Unterdrückung zu verhindern in bezug auf Lebensmittel, Wohnungsbau, Arbeit und Gesundheitswesen und der Beschaffung und Versorgung von allgemeiner Versicherung. Außerdem wird vorgeschrieben, die Selbstversorgung im Industrie-, Landwirtschafts- und Militärbereich, Technologie u. ä. zu erreichen.⁹⁹

Die islamische Verfassung gibt generell die Rahmenbedingungen für die iranische Wirtschaft vor; dies ergibt sich aus Artikel 44, in dem unterschiedliche Formen von islamisch orientierte Eigentumsverhältnissen diskutiert werden. Dieser Artikel erkennt drei Formen von Eigentum an (öffentliches, kooperatives und privates Eigentum), mit einer zentralen Stellung für das öffentliche Eigentum. Die Verfassung definiert die zentrale Rolle des Öffentlichen Sektors durch die Typen der Industrien, die laut Verfassung im Besitz der Regierung sind.

Laut Artikel 44 soll der staatliche (öffentliche) Sektor alle Großunternehmen beinhalten, die Schlüsselindustrien, den Außenhandel, große Minen, Banken, Versicherungsgesellschaften, elektrische Energiewirtschaft, Staudämme, Telekommunikation, Radio und Fernsehen, die Post, die Fluggesellschaften, Schifffahrt, Stahlindustrie und ähnliche Industrien. Artikel 45 der Verfassung von 1979 vervollständigt Artikel 44, indem der Öffentlich Sektor durch folgende Gebiete erweitert wird: unterentwickeltes Land, ungenutztes oder von seinen Eigentümern verlassenes

⁹⁶ Vgl. Katouzian, H. (1989): Analysis, S. 60 und Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): Iran, S. 134

⁹⁷ Vgl. Amuzegar, J. (1997b): Islamic Republic, S. 27

⁹⁸ Vgl. Amuzegar, J. (1994): Islamic Republic, S. 173-174

Land, Minen, Seen, Meere, Flüsse und andere öffentliche Wasserwege, Gebirge, Täler, Wälder und andere Feuchtgebiete, nicht zugewiesene Gebäude, Immobilien, deren Besitzer nicht bekannt sind und öffentliche Besitztümer, die auf ungesetzmäßige Weise besetzt wurden, sollen gesamtheitlich unter die Kontrolle der islamischen Regierung gestellt werden.¹⁰⁰

Der Private Sektor beinhaltet die Agrarwirtschaft, die Industrie, den Handel und alle Dienstleistungen, die nicht schon durch die wirtschaftliche Aktivität des Staates und des kooperativen Sektors abgedeckt sind. Es wird deutlich, dass der Private Sektor nur eine untergeordnete Rolle spielt. Artikel 46 erklärt zudem, dass jeder „der Eigentümer der Früchte seiner rechtmäßigen Dienst- und Handelstätigkeiten“ ist. Dieser Artikel war ein wichtiges Moment für die traditionellen *basaaris* und die Verfechter von freiem Unternehmertum im Iran. Im Gegensatz zu dem, was im Kapitalismus hierunter verstanden wird, ist der Private Sektor nicht der Regulator der gesamten Wirtschaft. Er ist lediglich nur ein vervollständigendes Komplement des Öffentlichen Sektors. Der kooperative Sektor besteht aus Gesellschaften und Institutionen, die in Einklang mit islamischen Kriterien wirtschaften und eine Staatsbeteiligung aufweisen. An dieser Stelle wird festgestellt, dass einige dieser Regelungen allerdings nicht eingetreten sind.¹⁰¹

Die Verfassung von 1979 stattet die islamische Regierung mit Macht aus, die nicht nur auf die nationale Wirtschaft beschränkt ist. Es wird ihr auch die Verantwortung aufgebürdet, den Außenhandel zu regulieren. Hierzu legt Artikel 43 fest, dass die Regierung beauftragt ist, „die Dominanz der iranischen Wirtschaft durch fremde Länder zu verhindern“. So legt der Artikel 81 fest, „dass es absolut verboten ist, ausländischen Unternehmen die Erlaubnis zu erteilen, Unternehmen oder Gesellschaften im Bereich Handel, Produktion, Minen und Dienstleistungen zu gründen.“ So ist zum Beispiel die Vergabe von Konzessionen jeglicher Art an ausländische Organisationen strengstens verboten, damit sich die Fehler der Geschichte nicht wiederholen. Des Weiteren werden die Prozeduren für Staatsanleihen geregelt und die Ratifizierungen internationaler Verträge vorgeschrieben. Artikel 82 geht sogar soweit, selbst der islamischen Regierung den Einsatz von ausländischen Beratern zu verbieten. Im Falle des Bedarfes muss ein Parlamentsbeschluss vorliegen.

⁹⁹ Vgl. Hosseini, H. (1995): Rafsandjani's Perestroika, S. 174

¹⁰⁰ Vgl. Verfassung der Islamischen Republik Iran

¹⁰¹ Vgl. Amuzegar, J. (1994): Islamic Republic, S. 28-29

Eine genauere Untersuchung der Verfassung gibt Aufschluss über die Ansichten und den politischen Druck auf die Mitglieder des Expertenrates (*Velayat-e-Faqih*), der wiederum aus Personen des säkularen und klerikalen Lebens besteht. Der Einfluss der so genannten radikalen Mullahs im Expertenrat ist in den Artikeln zur volkswirtschaftlichen Planung, zur Unabhängigkeit vom Ausland, zum Staatsmonopol auf die natürlichen Ressourcen und dem Außenhandel erkennbar. Aber auch hier stieß die unmittelbare Durchsetzung der Gesetze auf Grenzen aufgrund fehlendem Know-How und mangelnde Technologie, so dass man auch hier im späteren Verlauf Kompromisse einging.¹⁰²

2.1.3. Die populistischen Maßnahmen der Theokratie

2.1.3.1. Die Landreform nach der Revolution 1979

Das islamische System als Ergebnis der Revolution sollte nun den *mostasaffin*, die Entrechteten, vertreten und eine angemessene Versorgung sicherstellen. Die Einnahmen des Staates sollten aufgrund der Kompensation des Gefälles nun stärker an die ländlichen Gebiete abgeführt werden. Die Infrastruktur und die Agrarwirtschaft waren die primären Ansatzpunkte der Entwicklungspolitik. Die ländlichen Behörden erhielten eine stärkere Beachtung und Unterstützung als vorher. Die Landwirtschaft wurde als ein Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik der islamischen Regierung betrachtet.¹⁰³ Die Revolutionäre kritisierten die Landreform des Schahs vom Jahre 1963 in folgenden Punkten:

1. Das Land wurde nicht an alle Bauern, sondern nur an die Pächter verteilt.
2. Die Größe der zu bearbeitenden Fläche war für eine wirtschaftliche Nutzung nicht ausreichend bemessen.
3. In den folgenden Jahren wurden Agrargroßbetriebe gefördert und die Kleinbauern vernachlässigt.
4. Die neuen Landbesitzer erhielten keine ausreichende finanzielle und technische Unterstützung.

¹⁰² Vgl. Katouzian, H. (1989): Analysis, S. 59 und Tellenbach, S. (1990): Verfassung, S. 45-49

¹⁰³ Vgl. Nußbaumedder, H. (1980): Khomeini, S. 91-102

Die fehlgeschlagenen Landreformen des Schahs führten als Konsequenz zu einer Landflucht der verarmten Bauern. Diese Wanderung verstärkte sich kurz nach der Revolution. Die Bevölkerung von Teheran hatte sich seit der Revolution verdoppelt. Es ergaben sich Engpässe in der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Energie, insbesondere Erdgases und anderen Gütern des täglichen Bedarfs. Die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik waren gestiegene ländliche Armut, Landflucht, Abhängigkeit von Importen¹⁰⁴ und die Rückbildung des Agrarsektors vor allem durch die Vernachlässigung der Klein- und Mittelbauern. Das Ziel war nun die Wiedergewinnung der Selbstversorgung des Irans mit den wichtigsten Nahrungsmitteln.¹⁰⁵

Die provisorische Regierung beschloss bereits 1979 einige Reformen in der Landwirtschaft. Zunächst wurden die großen Staatsbetriebe aufgelöst und den Bauern zugeteilt. Grundsätzlich wurde der staatliche Eingriff im Sinne von technischer Unterstützung und staatseigenen Betrieben eingeschränkt, jedoch durch feste Einkaufspreise und günstige Kredite ausgeglichen. Die Obergrenze beim Landeigentum wurde auf das Dreifache der damaligen Mindestgröße festgelegt.¹⁰⁶ Die Klein- und Mittelbauern erhielten eine bevorzugte Unterstützung, wenn die vom Eigentümer verlassenen Länder parzelliert verteilt wurden. Nach Angaben des Zentralbüros für Landwirtschaft wurden bis 1990 1,25 Mio. Hektar an Ackerflächen, zeitlich begrenzte Nutzungsrechte an Staatsländereien und Industriegelände an 220.000 Familien aus der Landbevölkerung verteilt. In den Folgejahren war die Landwirtschaft der Sektor mit dem höchsten Wachstum, wie in der Tabelle zu sehen ist.¹⁰⁷

¹⁰⁴ etwa 25-30 Prozent der benötigten Agrarprodukte mussten importiert werden

¹⁰⁵ Vgl. Encke, U. (1993): Islamischen Wirtschaft, S. 96-99

¹⁰⁶ Vgl. Valibeigi, M. (1993): Islamic economics, S. 804-807

¹⁰⁷ Vgl. Meyer, L. (1984): Wirtschaft, S. 302-304 und Amuzegar, J. (1994): Islamic Republic, S. 180-185

Tabelle 2 Die Entwicklung der Sektoren, (in Mrd. Rial in Preisen von 1974)

Sektoren	1979/80	1980/81	1981/82
Landwirtschaft	356,4	356,6	392,9
Industrie	455,4	404,6	410,8
Öl	754,2	207,1	211,2
Dienstleistung	1.634,1	1.716,1	1.710,0

Quelle: Bank-Markazi, 1984

In den ersten zwei Jahren nach der Revolution sank das Bruttoinlandsprodukt um 24 %. Im Jahre 1988/89 lag dieses 13 % unter dem Niveau des Jahres 1977/78, obwohl in diesem Zeitraum die Bevölkerungszahl um 53 % zugenommen hatte. Trotz verstärkter Förderung der Landwirtschaft erreichte die Produktion im Agrarsektor nicht den gewünschten Selbstversorgungsgrad und stieg durchschnittlich um ca. 5 % jährlich an. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln war ein Hauptthema für die Regierung. Während desselben Zeitraums sind die Weizenimporte von 1,2 Mio. Tonnen auf 5,3 Mio. Tonnen gestiegen, während der Verbrauch von 5,9 Mio. Tonnen auf 10,6 Mio. Tonnen gestiegen war. Die inländische Weizenproduktion in 1989/90, die sich zudem in den folgenden drei Jahren nochmals erheblich erhöhte, ist praktisch über diese Zeit gleich geblieben auf dem Wert von 1977 mit exakt 5,5 Mio. Tonnen. Die Ausrichtung auf die ländliche Bevölkerung hat tatsächlich zu einer spürbaren Verbesserung für die breite Bevölkerung geführt.¹⁰⁸

2.1.3.2. Verstaatlichung des Industrie- und Bankensektors 1979

In den ersten Tagen nach der Revolution wurden die Besitztümer vieler iranischer Industrieller konfisziert. Dies wäre unter normalen Umständen als unislamisch angesehen worden, sie waren jedoch angeordnet von Ayatollah Khomeini, der zum politisch-religiösen Führer des Irans aufstieg. Nach einem von ihm erlassenen Dekret im Jahre

¹⁰⁸ Vgl. Meyer, L. (1984): Wirtschaft, S. 299 und Hakimian, H./Karshenas, M. (2000): Economic Reform, S. 35

1979 an den Revolutionären Rat wurde der Auftrag gegeben, die Besitztümer der Pahlawi-Familie und der königlichen Familie und ihrer Verbündeten zu konfiszieren, da sie sich diese auf illegale Weise angeeignet hatten.¹⁰⁹ Grundzüge dieses Dekretes vom 5. Juli 1979 lauteten:

1. Die Industrien aus den Bereichen Erdöl, Erdgas, Petrochemie, Stahl, Elektrizität, Eisenwaren und andere, die zur Zeit des Schahs staatlich geführt waren, blieben unter der Kontrolle der Regierung, auch nach der Revolution. Bis zum Sommer 1980 erweiterte die Regierung ihre Kontrolle auch in den Bereichen von anderen strategischen Industriezweigen, wie der Metall-, Automobil-, Schifffahrt- und Luftfahrtindustrie. Bald wurden auch ausländische Jointventures im Bereich Erdölförderung übernommen.
2. Wirtschaftliche Konglomerate, die der Schah und seine Verwandten häufig auf illegale Weise und korrupten Mitteln aufgebaut hatten, wurden verstaatlicht.
3. Die Verstaatlichung wurde auf Unternehmen ausgeweitet, die gegenüber den Banken verschuldet waren, da sie auf einer fehlerhaften Finanzierung gründeten. Durch die Überschuldung wurde die islamische Regierung über die verstaatlichte Bank Teilhaber dieser Nicht-Öl-Unternehmen.

Im August 1979 bestätigte die provisorische Regierung von Mahdy Bazargan das so genannte Gesetz zum Schutz und zur Entwicklung der nationalen Industrie. Nach diesem Gesetz wurden 580 Unternehmen verstaatlicht und die „Organisation of National Iranian Industries“ (ONNI) gegründet, um diese Unternehmen zu kontrollieren und selbst staatlich zu führen. Die Verstaatlichung geschah im Einklang mit der Entwestlichung und Islamisierung der iranischen Wirtschaft.¹¹⁰ Der Beschluss der Verstaatlichung überraschte viele im Iran, da der Islam traditionell das Recht auf Privateigentum respektierte, einschließlich des Eigentumsrechts als ein Mittel der Produktion. Die Gründe für die Verstaatlichung werden von einigen Experten als der Versuch angesehen, die wirtschaftliche Basis des *Ancien-Regimes* zu schwächen, wohingegen andere eine Lösung hierin sahen, die wirtschaftliche Krise im Anschluss an die Revolution zu

¹⁰⁹ Vgl. Hosseini, H. (1995): Rafsandjani's Perestroika, S. 170

¹¹⁰ Vgl. Akhavi-Pour, H. (1995): Privatization, S. 188-190

meistern. Hierzu sagte der erste Premierminister der Islamischen Republik Mahdy Bazargan 1979:

„Wir respektieren privates Eigentum, aber angesichts der unerwünschten und unprofitablen Bedingungen oder Zustände bei den Banken, auch im Sinne des Schutzes von nationalen Rechten und Vermögen, aber auch um die Räder der Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, sehen wir es nun als notwendig an, die Banken zu verstaatlichen.“¹¹¹

Es wurde entsprechend ein beachtlicher Teil der modernen Großindustrie sowie das gesamte Banken- und Versicherungswesen verstaatlicht. Diese Verstaatlichungen waren teilweise notwendig, da die ursprünglichen Eigentümer und Führer dieser Fabriken das Land verlassen hatten und andere Unternehmen kurz vor dem Kollaps standen. Der Staat hatte nun direkten Einfluss auf ca. 80-85 % der Industrie. Fast die gesamte Schwerindustrie des Landes fiel in den staatlichen Sektor, viele Betriebe waren unprofitabel.¹¹²

Es muss erwähnt werden, dass die starke Stellung des staatlichen Sektors zunächst auch ideologische und reformatorische Gründe hatte bzw. auch durch die staatliche Erdölindustrie als Löwenanteil zustande kam. In den verschiedenen politischen Lagern gab es Überlegungen, auch den inneren Handel zu verstaatlichen.¹¹³ Diese Tendenz ergab sich aus den Wirren der Revolution: viele führende Manager dieser Positionen waren ins Ausland geflüchtet und viele Industrien und Dienstleistungsgewerbe waren im hohen Maße beim Staat verschuldet. Die Verstaatlichung dieser Betriebe war möglich durch die einfache Annullierung ihrer hohen Schulden an den Staat. Die Banken wurden nach der Revolution vollständig verstaatlicht, zumal sie vorher ohnehin nur mit staatlichem Kapital gearbeitet hatten. Diese verstaatlichten Banken wurden nun auch Eigentümer einer Vielzahl von verlustreichen staatlichen Industriebetrieben. In den drei Jahren nach der Revolution expandierte der staatliche Sektor.¹¹⁴

Der Außenhandel war offiziell bereits verstaatlicht. Sowohl die ausländischen Wechselkurse als auch der Export von finanziellen Mitteln standen unter strenger

¹¹¹ Zitiert über Akhavi-Pour, H. (1995): Privatization, S. 189

¹¹² Vgl. Hakimian, H. / Karshenas, M. (2000): Economic Reform, S. 34 und Ehteshami, A. (1993): Liberalization, S. 218-219

¹¹³ Vgl. Valibeigi, M. (1991): Islamization, S. 75

¹¹⁴ Vgl. Amirahmadi, H. (1994a): Imbalances, S. 101-102. Vor der Revolution waren 36 Banken tätig

Kontrolle. Die Regierung glaubte, der Private Sektor sei ungeeignet, den Außenhandel im nationalen Sinne zu führen. Im Wesentlichen gab es folgende vier Gründe: die private Gewinnmotivation unterscheide sich von der nationalen, sozialen Motivation des Staates; es werde der unfaire Wettbewerb mit lokalen Herstellern und ebenso das Horten von Gewinnen im Ausland und die Steuerhinterziehung gefördert.

Der Außenhandel blieb offiziell ein Monopol des Staates, aber trotzdem wurde ein großer Teil des Im- und Exportes durch autorisierte private Agenten getätigt. Dies galt sogar für den Rohölexport und den Import von Militärgütern. Diese Divergenz zeigt den Konflikt zwischen den ideologischen Prinzipien und die Schwierigkeiten zur Führung staatlicher Geschäfte. Um die Wirtschaft nicht vollständig zum Erliegen zu bringen, wurden diese Ausnahmen geduldet und Kompromisse eingegangen. Tatsächlich ist die Rolle des staatlichen Sektors wesentlich schwächer ausgefallen als ursprünglich verfassungsmäßig geplant.¹¹⁵

2.1.3.3. Der erweiterte Rolle des Staates in der Wirtschaft

Die aktive Rolle des iranischen Staates in der Wirtschaft hat historische und strukturelle Hintergründe. Die Wurzeln dieses zentralistischen Wirtschaftssystems liegen in der mittelalterlichen Wirtschaftsstruktur des Iran. Traditionell führte in Ländern des Mittleren Ostens, speziell im Iran, der Staat eine große Rolle im wirtschaftlichen Leben und in der Kontrolle der wirtschaftlichen Güter. Durch das Monopolrecht über die Erdöleinnahmen besaß der Staat entsprechende finanzielle Unabhängigkeit und wirtschaftliche Macht, wobei die zentrale Rolle die Verteilung des Vermögens an die Bevölkerung ist durch direkte Subvention und Erzeugung von wirtschaftlicher Aktivität.¹¹⁶

Die Islamische Revolution von 1979 hatte ebenso eine erweiterte Rolle des Staates postuliert, um die „linke Natur der Revolution“ zu schützen.¹¹⁷ Zu Beginn deutete sich eine allgegenwärtige Tendenz einer noch stärkeren Staatswirtschaft an. Die ursprüngliche Verstaatlichung der Industrie und der Banken hatte den staatlichen Sektor bezüglich

¹¹⁵ Vgl. Amuzegar, J. (1994): *Islamic Republic*, S. 18-21

¹¹⁶ Vgl. Katouzian, H. (1981): *Modern Iran*, S. 300-302 u. 370

¹¹⁷ Vgl. Mazarei, A. (1996): *Iranian economy*, S. 289-314

seiner technischen oder administrativen Kapazitäten überexpandieren lassen. Mit diesem Ungleichgewicht unter den Sektoren musste der Staat noch stärker in das wirtschaftliche Leben eingreifen, so dass seine wirtschaftliche Aktivität ironischerweise noch weiter wuchs. Allerdings ging der große Teil der mittlerweile verdreifachten Staatsausgaben für die Subventionszahlungen der Grundnahrungsmittel, aber auch für die neu geschaffenen post-revolutionären und ideologischen Institutionen wie die *komiteh* auf. Im Jahre 1986 hatte der Staat ungefähr ein Drittel der gesamten Arbeitskräfte des Landes beschäftigt.¹¹⁸

Die verstärkte Rolle des Staates im nachrevolutionären Iran war nicht nur durch eine Verschiebung des Gleichgewichts von privatem zu öffentlichem Eigentum erkennbar. Sie manifestierte sich auch durch direkten Interventionen in die Geschehnisse des Marktes wie Devisenkontrollen, die Führung eines komplexen *Multiple-Kurs-Systems* für den Devisenumtausch, Kontrollen der Zinsen und Bankkredite – sowie durch direkte Preiskontrollen bei vielen Gütern.¹¹⁹ Es ergaben sich tiefreichende Preisverzerrungen in der Wirtschaft, mit weitreichenden Folgen für alle Bereiche des wirtschaftlichen Treibens vom Investment zur Produktion, Handel, Distribution und des Konsums.¹²⁰

Speziell das Bankensystem erfuhr wichtige Veränderungen seit der Revolution. Eine dieser Veränderungen war auf dem Gebiet der Wechselkurse zu beobachten: während im Iran in den letzten Jahren des Schah-Regimes keine Devisenkontrollen existierten, führte die islamische Regierung strikte Wechselkurskontrollen ein. Ursprünglich war diese Maßnahme eingeführt worden, um die Kapitalflucht zu stoppen. Doch wurde sie nach gewisser Zeit auch ein integraler Teil der Politik der islamischen Regierung, um die bestehenden Vorräte an Devisen angesichts der Devisenknappheit zu rationieren.¹²¹

2.1.3.4. Das wirtschaftliche Chaos unmittelbar nach der Revolution 1979-80

Der Triumph der Revolution wurde von einer wirtschaftlichen Situation begleitet, die völlig daniederlag. Mehr als ein Jahr der politischen Unruhen, öffentlichen Aufruhr, Streiks, Sabotage und physischer Zerstörung hatten die Wirtschaft in ein Chaos geführt.

¹¹⁸ Vgl. Ehteshami, A. (1993): *Liberalization*, S. 224

¹¹⁹ Hierauf wird im 4. Abschnitt dieser Arbeit tiefer eingegangen.

¹²⁰ Vgl. Karshenas, M. u. Pesaran, H.M. (1995): *Reform*, S. 99-101

¹²¹ Vgl. Behdat, S. (1988): *Foreign exchange gap*, S.18-21

Die volkswirtschaftliche Aktivität befand sich in einer völligen Rezession. Die Erdölproduktion und die Exporte und somit auch die Staatseinnahmen waren auf die Hälfte ihres Vorjahreswertes gesunken. Das Bankensystem stand aufgrund der massiven Geldabhebungen und der geplatzten Kredite vor einem imminenten Kollaps. Arbeitslosigkeit, Inflation und Kapitalflucht stiegen unaufhaltsam. Der Außenhandel, die inländischen Investitionen und das Vertrauen der Öffentlichkeit erlebten einen tiefen Einbruch. Eine Vielzahl nicht abgeschlossener Projekte wie der Bau von Industrieanlagen, Kraftwerke und Hochhäuser aus der Schah-Zeit sahen einer ungewissen Zukunft entgegen. Die Landwirtschaft war der einzige Sektor, der relativ unbeschadet blieb.¹²²

Die Wirtschaft ist – allen Prophezeiungen zum Trotz – nicht zusammengebrochen und hat sich zur Selbsterhaltung befähigt. Die Islamische Republik sah sich schon kurz nach ihrer Gründung dem massiven Exitus von erfahrenen Unternehmern und Managern, Tausende von führerlosen Unternehmen mit Kapitalnot, einem zerbrechlichen Banken- und Finanzsystem, einer anhaltenden Kapitalflucht und dem Chaos zwischen den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft ausgesetzt. Im Anschluss daran kamen bald die Einfrierung der dringend benötigten Geldguthaben in den USA, das Handelsembargo und die harten Wirtschaftssanktionen hinzu. Diese erschwerenden Bedingungen und Probleme konnte die Wirtschaft dennoch überstehen, hauptsächlich aufgrund des weiterlaufenden Exportes von Erdöl. So konnte eine lebensbedrohende Knappheit an Lebensmitteln, eine galoppierende Hyperinflation und astronomische Auslandsverschuldung vermieden werden. Selbst in der schlimmsten Phase des Iran-Irak-Krieges waren fast alle Güter – vor allem die der Grundversorgung erhältlich, - entweder rationiert oder zu Schwarzmarktpreisen.¹²³

Die Preise waren bereits unmittelbar nach der Revolution erheblich gestiegen, mit Ausnahme der rationierten und subventionierten Grundnahrungsmittel. Der später im Jahre 1982 einsetzende Krieg erzeugte über die Kriegsjahre einen weiteren inflationären Druck. Besonders nach der internationalen Isolierung und nach dem Fall der Erdölpreise, Mitte der 80er Jahre, war im Durchschnitt eine jährliche Inflationsrate von circa 20 % zu verzeichnen. Die Auswirkungen der Inflation wurden vor allem für die Gehaltsempfänger aus der Unter- und Mittelklasse durch Subventionen und Rationierung zumindest

¹²² Vgl. Katouzian, H. (1989): Analysis, S. 63-64

teilweise aufgefangen. Die Inflation und die Preisschwankungen wegen des labilen Wechselkurssystems bewogen viele Unternehmer dazu, aus dem produktiven Bereich in den spekulativen Bereich zu wechseln.

Hierunter fällt auch der Devisenhandel. Der Schwarzmarktkurs des Dollars war zu Anfang der Revolution etwa dreimal so hoch wie die *official rate*, nach Kriegsende war dieser Abstand auf ein Zwanzigfaches gewachsen. Diese Überbewertung der *official rate* zeigte die enormen Subventionen, die der Staat der Wirtschaft über die „Öl-Dollars“ zuführte. Die Preisindizes im Inland sollten stabil gehalten und über die Devisen sollte der Außenhandel kontrolliert werden. Dies geschah auch mit dem politischen Hintergedanken, dass die Unter- und untere Mittelschicht, welche die politische Basis der klerikalen Führung darstellten, nicht zu sehr beansprucht wurden. Die Subventionen kosteten volkswirtschaftliche Effizienz, und die Korruption im Staatsapparat stieg an. Die Regierung hatte es vermieden, sich übermäßig zu verschulden und zahlte sogar einige ihrer langfristigen Verbindlichkeiten zurück, wenn auch zum Teil aus Rücklagen aus Zeiten des Schahs. Im Staatshaushalt waren die Ausgaben für den Krieg nicht explosionsartig gestiegen,¹²⁴ vor allem durch die erheblichen privaten Spenden aus der Bevölkerung.¹²⁵

¹²³ Vgl. Amuzegar, J. (1992): *Iranian Economy*, S. 420-422

¹²⁴ im Gegensatz zum Irak, der in Relation zum Iran fast doppelt soviel seines Haushaltes hierfür ausgab.

¹²⁵ Vgl. Amuzegar, J. (1992): *Iranian Economy*, S. 424 und Karshenas, M. u. Pesaran, H.M. (1995): *Reform*, S. 98

2.2. ISLAMISCHE WIRTSCHAFTSTHEORIE

An dieser Stelle sollen einige Grundkonzepte der Islamischen Wirtschaft näher gebracht werden, um die Revolution besser verstehen und die Auswirkungen auf die Wirtschaftsordnung erfassen zu können. Die Bildung einer Theokratie galt als ein Paradoxon, eine vorkapitalistische Ideologie, die auf den Ideen des Islam des 7. Jahrhunderts gegründet war.¹²⁶ Der Ansatz des *Homo Islamicus* erklärt wissenschaftlich die ökonomische Zielsetzung eines Individuums im Islam und macht sie für die westliche Denkweise verständlich. Islamische Wirtschaftslehre ist Teil der Bewegung des islamischen Fundamentalismus, der in vielen Teilen der islamischen Welt an Bedeutung gewann. Es werden verschiedene zentrale Ideen der islamischen Wirtschaft, am Beispiel des Irans und des islamischen Bankwesens dargestellt.

2.2.1. Die religiösen Grundsäulen des Islam

Der Islam ist in Saudi-Arabien entstanden und durch Streitigkeiten um die Nachfolge des Propheten Mohammad in zwei wesentliche Gruppierungen geteilt: die Sunniten, denen der Grossteil der Muslims angehören – wie beispielsweise die arabische Liga- und den Schiiten, die überwiegend im Iran leben. Grundlage der Religion ist immer der Koran. Der Islam basiert auf fünf Grundpfeilern:

1. Jeder, der die *shahada* (Glaubensbekenntnis) „Es ist kein Gott außer Allah, und Mohammed ist sein Prophet“ vor muslimischen Zeugen ausspricht, ist damit zum Islam übergetreten. Die *shahada* wird mehrmals im Tagesgebet aufgesagt, und betont den Glauben an nur den einen Gott.¹²⁷
2. Der Moslem muss fünfmal am Tage das Pflichtgebet *salat* beten, und sich dabei richtungsmäßig gen Mekka wenden.

¹²⁶ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 10-12

¹²⁷ „Allah“ ist die arabische Übersetzung des Wortes Gott. Der Gott des Islam ist derselbe wie der des Christentums oder des Judentums.

3. Die Almosensteuer *sakat* ist neben dem Pflichtgebet das wichtigste Gebot des Islam.¹²⁸ Ursprünglich war sie die einzige Steuer, die ein Moslem abführen musste. Der Koran erklärt in der Sure 9,60, an wen die Erträge zu zahlen sind. In vielen arabischen Ländern (besonders den Erdölländern) gilt dieses Prinzip noch heute.
4. Die vierte Säule schreibt das einmonatige Fasten, genannt *sawm*, im Monat Ramadan¹²⁹ vor. Tagsüber ist das Essen und Trinken strengstens verboten, nachts hingegen besteht kein Fastengebot. Ausgenommen sind Schwangere, Schwerkranke und Reisende.
5. Die Wallfahrt nach Mekka ist die fünfte Säule und wird *hadsch* genannt. Alle Moslems, die gesundheitlich und finanziell dazu in der Lage sind, müssen einmal in ihrem Leben die *hadsch* antreten. Dafür erhalten sie den Ehrentitel *hadschi*. Jährlich pilgern in zwei festgelegten Wochen weit über eine Million Pilger ins saudi-arabische Mekka.

Die Religion spielt in den islamischen Ländern historisch eine vielfältige Rolle. In den frühen Zeiten gab es kein Rechtswesen, Schulwesen oder Wissen über Gesundheit, Medizin, Erziehung und Familie. Hierfür war der Koran eine geeignete Quelle, die in allen Lebenslagen weiterhelfen sollte. Der Prophet Mohammad hat seinen Inhalt von Gott übermittelt bekommen. Es wird beschrieben, wie man z.B. sich gesund ernährt und Tiere schlachtet, aber auch wie man Alte pflegt und die Ehepflichten regelt. Selbst Mehrehen sind ursprünglich vorgesehen mit dem sozialen Ziel, den vielen Witwen der Glaubenskriege ein gesichertes Leben neben einem Mann zu garantieren. Diese Prinzipien zeigen die soziale Bedeutung des Koran. Der Koran galt auch als Gesetzbuch, um Prozesse zu führen und Strafen festzulegen. Die Religion hatte also aufgrund des zivilisatorisch unterentwickelten Standes historisch erheblichen Einfluss auf das private Leben der Menschen und auch auf die staatlichen Institutionen und auf die Wirtschaft.¹³⁰

¹²⁸ Vgl. Roskopf, F. (1991): Steuersystem, S. 28-29

¹²⁹ der neunte Monat des islamischen Kalenderjahres

¹³⁰ Vgl. O.V. (1982): Krise, S. 62-65 und Sirageldin, I. A. (1995): economic policy, S. 231-232

2.2.2. Die Theorie des Homo Islamicus

Die Islamische Wirtschaftslehre erkennt weder Kapitalismus und dessen Ideologie, noch den Marxismus und sein Ideal eines sozioökonomischen Systems an. Es herrscht Übereinstimmung, dass der Islam ein alternatives Programm anbietet, das mit den eigenen Grundsätzen im Einklang steht, um die muslimische Gemeinschaft zu führen. Während westliche Theorien des Kapitalismus und Marxismus auf materialistischen Theorien basieren, will der Islam sicherstellen, dass die Verarbeitung des Materials mit den moralischen Bedürfnissen des Menschen übereinstimmt.¹³¹

Für die islamischen Gelehrten¹³² ist der Islam die einzige Ideologie mit Dimensionen, die sowohl das Leben in dieser Welt als auch danach abdecken. Es ist praktisch nur der Islam, der sowohl die spirituellen als auch die temporalen Aspekte des menschlichen Lebens erfragt, während andere soziale Systeme nur auf die sozialen und ökonomischen Aspekte beschränkt sind. So ergibt sich, dass der Islam als Hauptaufgabe des Systems die materialistischen Konzepte des Lebens verändern soll, um Konzepte für die Gesellschaft zu beschaffen, in denen jedes Individuum automatisch ein Werkzeug im Dienste der Gesellschaft ist. Die islamische Wirtschaft wiederum basiert laut Siralgedin auf vier Hauptprinzipien, die die islamische Gesellschaft charakterisieren:

1. Das ethische Wertsystem wird aus islamischen Prinzipien hergeleitet.
2. Die Gesetze und praktischen Vorgaben werden vom ethischen System abgeleitet und dienen als Basis für die Führung des Systems (Gesetze und Normen in einer islamischen Gesellschaft).
3. Das unterstellte Verhalten eines repräsentativen mikro-ökonomischen Agenten, z.B. ein Individuum, ein Haushalt oder ein Unternehmen, speziell in Bezug auf den generellen Einklang mit den ethischen Prinzipien und den Gesetzen des Systems.
4. Der Staat hat eine übergeordnete Rolle in der Gesellschaft

Die Islamische Volkswirtschaftslehre impliziert, dass der Homo Oeconomicus durch den Homo Islamicus ersetzt wird. Dieser Tatbestand macht diese Theorie auch unabhängig

¹³¹ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): *Secular Miracle*, S. 134

¹³² wie Ali Shariati, Ayatollah Talegani oder Ayatollah Khomeini

von der neoklassischen oder keynesianischen Wirtschaftsordnung des Westens. Der Islam akzeptiert zwar viele Attribute kapitalistischer Institutionen wie das Streben des Individuums nach Anhäufung von Geld und Konsum. Die neoklassischen Ansätze werden jedoch für unvollständig gehalten bzw. ihre Universalität angezweifelt, um das Verhalten vollständig zu erklären; anders in der Islamischen Volkswirtschaftslehre, wo der Koran in der ökonomischen Erklärung des Verhaltens einen Einfluss hat.¹³³

Die Motivation jedes wirtschaftlichen Handelns ist definiert durch das islamische Konzept der *sharia*, das *halal* (zulässig) und *haram* (unzulässig) regelt. Zum Beispiel ist der Moslem befugt, für seinen eigenen Profit zu produzieren und Handel zu betreiben. Aber ein Moslem darf sich zum Beispiel nicht an dem unzulässigen Handel mit Schweinefleisch oder Alkohol beteiligen. Nach dieser Maßregel verhält sich das Individuum im theoretisch idealen Fall. Dem Individuum werden noble Gesten unterstellt, wenn diese in einer islamischen Umgebung anerzogen worden sind. Entscheidend ist, dass der quantitativ-analytischen Motivation des Homo Oeconomicus die gottberufene Motivation zur Erfüllung der Religion nahe gelegt wird.¹³⁴

2.2.3. Die Islamische Gesellschaft und Wirtschaft

Die islamische Wirtschaft wird als eine Verbindung von sozioökonomischen Prinzipien mit Bezug auf Produktion und Konsum sowie Verteilung der Güter verstanden. Sie wird im Hinblick auf eine „gerechte Gesellschaft“ und bestimmte Verhaltensweisen der Individuen ausgelegt. Es soll sichergestellt werden, dass eine „Gesellschaft der göttlichen Einheit“ geschaffen wird. Mit anderen Worten ist die islamische Wirtschaft ein integraler Teil der *Kultur* der islamischen Gesellschaft.

Die eigene Nutzenmaximierung, die Motivation und das Streben nach materieller Vergütung wird als notwendig und konstruktiv anerkannt. Die Regierung hat jedoch die Verpflichtung, diese Instinkte auf die „richtigen Pfade“ zu führen. Im Gegensatz zum Kommunismus ist das Individuum hier nicht nur ein kleiner Bestandteil in der

¹³³ Vgl. Sirageldin, I. A. (1995): economic policy S. 230-233 und Encke, U. (1993): Islamischen Wirtschaft, S. 135-145

Staatsmaschinerie. Es ist frei, das eigene Schicksal zu verbessern und in die Hand zu nehmen. Auf der anderen Seite ist das Individuum – im Gegensatz zum Kapitalismus – nicht ermächtigt, seine egoistischen Interessen in jeder Art und Weise zu verfolgen.

Die Moslems sind frei, um ihr Leben zu führen und ihr Eigentum zu verwalten. Allerdings darf die Ausführung ihrer Freiheiten nicht das Leben und die Besitztümer anderer berühren. Die islamische Wirtschaft gestattet dem Individuum die Freiheit, seine Beschäftigung und Aktivität, seinen Handel und die Produktion und andere legitime Maßnahmen zu wählen. Die staatliche Kontrolle und Führung stellt idealerweise sicher, dass niemandem die Gelegenheit der Selbstversorgung genommen wird und generell unterdrückt oder „vergewaltigt“ wird. Dennoch – und trotz der staatlichen Kontrollen – werden einige Menschen in Führung sein und andere wiederum zurückbleiben. Das Schicksal wird einige gegenüber anderen bevorzugen; der Islam ruft hier nach dem Aufbau einer integrierten Gesellschaft, wo brüderliche Liebe und Freundschaft zwischen den Menschen so stark sind, dass sie jedes Gefühl von Neid verdrängen, und von Differenzen in Wohlstand und Status absehen können. Um diese Differenzen zu ebnen, werden in einer „ehrlichen islamischen Gesellschaft“ die Menschen mit unterschiedlichen Möglichkeiten zu „vertraglichen Brüdern“, wo jeder *Zugriff* auf die Anteile des Wohlstands und Besitztümer des anderen haben kann.¹³⁵

Eigentum wird in einen Öffentlichen und einen Privaten Sektor unterteilt.¹³⁶ Während privates Eigentum im Islam anerkannt und geschützt wird, unterliegt es dennoch einigen Beschränkungen und sozialen Verpflichtungen. Private Geschäfte müssen gesund, human, selbstaufopfernd und konform mit den islamischen Kriterien der sozialen Gerechtigkeit sein. In einer islamischen Wirtschaft ergibt sich privates Eigentum aus der menschlichen Arbeitskraft heraus, die Früchte des Eigentums können transferiert werden durch Schenkung, Vererbung, Konfiszierung und andere legitime Sozialverträge. Außer für Naturvorkommen (wie z.B. Mineralien, Wälder und Flüsse), die dem Staat gehören, gibt es kein Verbot für die Anhäufung von Wohlstand, solange es auf legitime Weise erworben wurde, und für „Gottes Weg“ eingesetzt wird und für das Wohl der gesamten

¹³⁴ Vgl. Hosseini, H. (1991): *Homo Islamicus*, S. 108-110 und Farhadian, M. (1995): *Revolution*. Diese Motivationen sind interessanterweise noch einmal getrennt in sunnitische und schiitische Normen. Für weitere Ausführungen siehe Hosseini, H. (1991): *Homo Islamicus*, S. 104-114

¹³⁵ Vgl. Kooroshy, J. (1990): *Wirtschaftsordnung*, S. 58-65, 89 und Forati Kashani, V. (1998): *Finanzsystem*, S.16-24

¹³⁶ Dabei gehören fast alle Naturschätze dem Staat.

Menschen (*enfaq*) verwendet wird.¹³⁷ Der Begriff des islamischen Eigentums jedoch ist nicht im Sinne der kapitalistischen Bourgeoisie zu verstehen.¹³⁸

Wohlstand ist nicht ein Ziel in sich, sondern ein Weg, um den Wohlstand für andere zu mehren. Die ideale islamische Wirtschaft hat eine gerechte Einkommensverteilung und sieht keine extrem Reichen oder extrem bedürftigen Menschen in ihrer Gesellschaft vor. Die gerechte Verteilung des Einkommens wird erreicht durch die obligatorischen, individuellen Abgaben (z.B. Khoms und Zakat) an den Staat und die Gesellschaft sowie das freiwillige Teilen des Einkommens. Die moralische Pflicht eines Individuums gegenüber seinen Mitmenschen geht jedoch über die bloße Abgabe von Zahlungen hinaus. Es wird humanitäres Verhalten erwartet. Horten, das Besetzen und Nicht-Nutzen von Wohlstand (ähnlich einem „unsozialen“ Verhalten nach westlichen Vorstellungen) werden als Gegensatz und als unerwünscht angesehen im Hinblick auf die Gründung einer „brüderlichen Gesellschaft“ und Umgebung. In einer idealen islamischen Gesellschaft gibt es keine Zurückhaltung von Ressourcen, Wucherei oder den Missbrauch von wirtschaftlicher Macht. Der Unterdrücker und Tyrann in diesem Gesellschaftsbild ist der *Taghut*.¹³⁹

Obwohl der Staat nun durch eine Theokratie geführt wird, heißt dies nicht zwangsläufig, dass eine Rückbesinnung auf die Verhältnisse im 7. Jahrhundert erforderlich ist. Religion, der Islam inbegriffen, ist nicht unabhängig von der Gesellschaft als Ganzes, und muss auch wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen Rechnung tragen. Der Islam hat verschiedene Gesellschaftsformen überlebt, weil er sich diesen Veränderungen anpassen konnte.¹⁴⁰ Während der Islam Privateigentum legitimiert, wohl auch hauptsächlich deswegen, weil der Klerus seine finanzielle Unterstützung von den Großgrundbesitzern, den Händlern und den Kapitalisten bekommt, hat er sich doch auch stark der Masse der Menschen hingegen und versucht eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu verschaffen. Der Islam hat keinen festgelegten Charakter, er hat seine eigene Dynamik und ist nicht gleichzusetzen mit Fundamentalismus.¹⁴¹

¹³⁷ Vgl. Amuzegar, J. (1997b): Islamic Republic, S. 19

¹³⁸ Vgl. Bjorvatn, K. (1996): Islamic economics, S. 5-7

¹³⁹ Ein Schimpfwort der Revolutionäre, ähnlich wie Bonze oder Kapitalistenschwein

¹⁴⁰ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 7

¹⁴¹ Vgl. Behdad, S. (2000): Economic Liberalism, S. 102

2.2.4. Einführung des Islamic Banking im Iran

Seit den 60er Jahren versuchten einige islamische Länder die Islamische Theorie des Bank- und Geldwesens in die Tat umzusetzen. Von 45 islamischen Ländern haben nur der Iran und Pakistan diesen Schritt der vollständigen Islamisierung des Finanzsystems vorgenommen. Während man in Pakistan eine schrittweise Islamisierung der Wirtschaft, ausgehend vom Bankensystem, vornahm, entschied sich die Islamische Republik Iran für die gleichzeitige Islamisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft einschließlich der Finanzinstitutionen.¹⁴²

Vor diesem Hintergrund war der prägnanteste Schritt in Richtung der Islamisierung der Wirtschaft die im Jahre 1982 vollzogene Einführung des zinsfreien Bankwesens, das so genannte „Profit-Loss-Sharing“ (PLS). Islamische Banktransaktionen lösten die regulären Kredite und Verleihpraktiken ab. Die Bank ist also statt Gläubiger ein Partner des Schuldners. Dementsprechend gab es keine Zinsen,¹⁴³ sondern eine Teilung des Gewinnes und auch der Verluste. Obwohl mehrere verschiedene Formen des „Islamic Banking“ vorgeschlagen wurden, sind die folgenden Charakteristika laut Hosseini¹⁴⁴ maßgebend:

- a) Wie in kapitalistischen Banken richten die Teilnehmer Konten ein.
- b) Um der Bank die Forderungen zu garantieren, werden Servicegebühren (aber keine Zinsen) gezahlt.
- c) Auf Sparguthaben gibt es keine festgelegte Rendite oder Zinsen.
- d) Wie bei kapitalistischen Banken entscheidet die islamische Bank über die Höhe der Transaktion.
- e) Im Gegensatz zu kapitalistischen Banken soll der Sinn des „Darlehens“ nicht der Zinsertrag sein, sondern ein „Business-Venture“.
- f) Der Islam respektiert das Streben nach Profit, jedoch sollen die Gewinne dieser „Partnerschaften“ das Sparen fördern. Die Gewinne und Verluste der Transaktionen können nicht vorher festgelegt und garantiert werden.

¹⁴² Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): *Secular Miracle*, S. 162

¹⁴³ Zinsen waren nach islamischer Wirtschaftslehre *haram*, also unzulässig.

¹⁴⁴ Vgl. Hosseini, H. (1991): *Homo Islamicus*, S. 113-115

Das Islamische Bankwesen trat offiziell 1984 in Kraft. Die Servicegebühr für das verliehene Geld betrug nur 4 % gegenüber den traditionellen 14 %. Die Gewinnbeteiligung, die die Zinsen ersetzte, wurde mit schätzungsweise 7 bis 8,5 % angesetzt. Die Rate, mit der ausgezahlt wird, wird durch einen Oberrat der Banken festgelegt, dessen Mitglieder, sowie der Minister für Wirtschaft und Finanzierung, dem Chef der Bank Markazi und den Vorständen der Banken.¹⁴⁵

Der Artikel 20 des Gesetzes des „zinsfreien Bankwesens“ besagt, dass zusätzliche Instrumente eingeführt werden, die die Intervention in monetäre und bankbezogene Aktivitäten vereinfacht. Eines davon ist die Festsetzung einer Ober- und Untergrenze der Rendite in einem Jointventure oder ähnlichen Aktivitäten, die durch die Bank unternommen werden. Ein anderes ist die Fixierung des Mindestrenditesatzes für unterschiedliche Investitionen und Beteiligungen.¹⁴⁶ Zu diesem Zeitpunkt waren die Instrumente des Islamic Banking noch nicht vollständig angewandt, vor allem aufgrund des Fehlens an Erfahrungswerten und der Ausbildung des Bankpersonals. So konnte also die begrenzte Anwendung dieser neuen Instrumente nicht dazu führen, dass das Islamic Banking die klassisch-traditionellen Finanzierungsmethoden der Wirtschaftstransaktionen beeinflusste oder ersetzte. Das Konzept des zinsfreien Bankwesens hatte auch Auswirkungen auf das Börsenwesen, die Staatsanleihen und andere Finanztransaktionen. Auch bei dieser Zielsetzung mussten Kompromisse eingegangen werden, um die Zusammenarbeit mit ausländischen Banken zu ermöglichen.¹⁴⁷

¹⁴⁵ Vgl. Fischer, W.B. u. Lawless, R. (1993): Iran, S. 419

¹⁴⁶ Vgl. Ghasimi, M.R. (1992): Economic Appraisal, S. 608-609

¹⁴⁷ Für tiefergehende Ausführungen zum Islamic Banking in deutscher Sprache: Farhadian, N. (1991): Diplomarbeit Universität Hamburg sowie Forati Kashani, V. (1998): Finanzsystem, S. 100-130

2.3. DIE WIRTSCHAFT WÄHREND DES IRAN-IRAK-KRIEGES

Kurz nach der Revolution wurde der Iran in einen achtjährigen Krieg hineingerissen: Saddam Hossein griff den Iran an. Einer der kostenaufwendigsten Kriege des Jahrhunderts wurde ausgetragen, und zerrte an den menschlichen sowie wirtschaftlichen Ressourcen des Landes. Entsprechend ist dieses Ereignis das größte Erschwernis in der gesamten späteren Entwicklung des Landes. In diesem Abschnitt soll die Kriegsphase untersucht und die Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Staatspolitik und die Sozioökonomik analysiert werden. Die Angaben sind daher von besonderer Bedeutung, da der wirtschaftliche Wiederaufbau auf diese Gegebenheiten anknüpft.

2.3.1. Der Iran-Irak-Krieg 1980-88

Während der innenpolitische Kampf um die Macht, die sozialen Fragen der Revolution und der außenpolitische Streit um die nationale Unabhängigkeit im Gange waren, begann der Irak am 22. September 1980 den Krieg mit dem Iran. Saddam Hossein erhoffte sich einen schnellen Eroberungskrieg, zumal der Iran in den Wirren der Revolution lag. Die Gebiete, in den der Krieg ausgetragen wurde, beherbergen einige der größten Erdölvorkommen der Welt.

2.3.1.1. Die politischen Vorbedingungen des Krieges

Bereits in den 70er Jahren wurden kriegerische Auseinandersetzungen zwischen dem irakischen Bath-Regime unter Saddam Hussein und dem iranischen Pahlawi-Regime ausgetragen, um die Hoheitsfrage des Schatt-El-Arab-Flusses zu entscheiden. Dieser Fluss liegt in der iranischen Provinz Arabestan. Wie der Name schon sagt, erheben die arabischen Iraker Anspruch auf dieses Gebiet mit einem der größten Erdölvorkommen der Welt. Der Schah und Saddam Hussein hatten sich im Abkommen von Algier im

Jahre 1975 über dieses Gebiet geeinigt. Saddam Hussein erwartete, dass die neue islamische Republik im völligen politischen Chaos nicht zu einer erfolgreichen Kriegsführung fähig sei. Sein Ziel war es daher, mit einem Angriffskrieg die wirtschaftlich wertvollen Wasserwege zurück zu erlangen, die Islamische Revolution sowohl in seinem Lande als auch im Iran abzuwenden, vor allem aber den größten Teil der iranischen Erdölfelder in Besitz zu nehmen.¹⁴⁸

Nachdem der Schah 1979 gestürzt und durch ein neues Regime ersetzt worden war, erschien der Krieg zwischen den beiden Ländern unausweichlich. Der Iran war nun eine Theokratie und ein traditioneller Staat, während der Irak säkular und modern war. Militärische Macht wurde als ein Symbol der nationalen Unabhängigkeit gesehen und die neue iranische herrschende Elite präsentierte sich selbst als den Verteidiger des Islams gegen die *Ungläubigen*. Ein großer Teil des Regimes, Ayatollah Khomeini inbegriffen, sahen auch in der generellen Mobilisierung für den Krieg eine Möglichkeit, den anderen muslimischen Staaten der Welt die Islamische Republik näher zu bringen. Viele Theorien und Ansichten wurden geäußert, um die Gründe für den Iran-Irak-Krieg zu deuten. Diese Positionen gehen von Jahrhunderte alten religiösen (Sunni vs. Shia) und ethnischen (Arabisch vs. Perser) Differenzen und Kriegen zwischen den beiden Völkern aus.¹⁴⁹

Die politischen Führer des Iran, namentlich der Klerus, hatten stets das Ziel des Exportes der Islamischen Revolution in andere Länder bzw. in den Irak im Blick.¹⁵⁰ Der Revolutionsführer Ayatollah Khomeini war ein erbitterter Feind des sunnitischen Saddam Hussein. Dieser hatte Ayatollah Khomeini kurz vor der Revolution vom irakischen Nadjaf erneut ins ferne Pariser Exil geschickt, um seine Revolutionstätigkeit im Iran zu erschweren.¹⁵¹

2.3.1.2. Der Überfall der Iraker 1982

Während der innenpolitische Kampf um die Macht, die sozialen Fragen der Revolution und der außenpolitische Streit um die nationale Unabhängigkeit im Gange waren, begann

¹⁴⁸ Vgl. Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): Iran, S. 141

¹⁴⁹ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 16

¹⁵⁰ Vgl. O.V. (1982): Krise, S. 16

¹⁵¹ Vgl. Amirahmadi (1991): War Damage, S. 303

der Irak am 22. September 1980 den Krieg mit dem Iran. Die irakische Armee besetzte erst den Fluss Schatt-el-Arab und in den darauf folgenden Wochen ungefähr 14.000 qkm iranischen Bodens. Die irakische Invasion führte über eine Front von 1.325 km und betraf die fünf südlichen und südwestlichen Provinzen von Khusestan, Ilam, Bachdaran, Kurdistan und Westaserbaidshan.

Die Waffenbestände des Schahs und vor allem die plötzliche Einigkeit unter dem Volk und der Armee führten zu einer Kehrtwende: im Juni 1982 war die zerstörte Stadt Khorramshar und die beschädigte, weltgrößte Raffinerie von Abadan zurückerobert. Die Iraker wurden vom iranischen Boden größtenteils vertrieben.¹⁵² Innenpolitisch half der Krieg von außen der Stärkung der nationalen Einheit und der Unterdrückung der Opposition, da von nun an nur noch der nationale und religiöse Fokus für die Bevölkerung zählte.¹⁵³

Die Armee der Islamischen Republik hatte sich zunächst bewährt. Nun jedoch sollte Saddam Hussein einerseits im Sinne eines dauerhaften Friedens, andererseits aber mit dem Hintergedanken einer weiteren *Islamischen Republik* abgesetzt werden. Saddam Hussein aber initiierte erfolgreich eine Friedensinitiative, die der Iran erwartungsgemäß und verständlicherweise¹⁵⁴ ablehnte. Die wenigen Friedensangebote der irakischen Regierung während der ersten zwei Jahre waren nur Lippenbekenntnisse. Man erwartete eigentlich den Kollaps des Irans und somit den Sturz der Islamischen Regierung.¹⁵⁵ Seitdem und vor allem aus Angst vor der Expansion des Islamischen Regimes wurde der Irak aus aller Welt militärisch massiv unterstützt. Diese Hilfen beinhalteten auch die Weitergabe von Militärgeheimnissen des Irans durch die USA und Unterstützungen wie High-Tech-Lieferungen durch u. a. Frankreich.¹⁵⁶

Saddam Husseins Kriegsführung war geprägt von der totalen Nichtbeachtung der Genfer Konventionen. Als Verstöße sind vor allem der „Krieg der Städte“¹⁵⁷, Raketenangriffe auf zivile und industrielle Einrichtungen, der Einsatz von chemischen Waffen und die Angriffe auf die zivile Schifffahrt im Persischen Golf zu nennen. Der Krieg erstarrte von 1983 bis 1988 in einem Stellungskrieg, wobei keiner der Kriegsparteien den

¹⁵² Vgl. Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): Iran, S. 142

¹⁵³ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 16

¹⁵⁴ da der Irak nicht als Aggressor festgestellt wurde.

¹⁵⁵ Vgl. Amirahmadi (1991): War Damage, S. 62

¹⁵⁶ Vgl. Katouzian, H. (1989): Analysis, S. 61

¹⁵⁷ Gemeint sind die Raketenangriffe auf die Städte mit Scud-Missiles.

entscheidenden Durchbruch schaffte. Der Iran war aufgrund der Zahl der Soldaten überlegen, was durch die waffenmäßige Überlegenheit der Iraker kompensiert wurde.¹⁵⁸

2.3.1.3. Die Waffenstillstandsphase und der Friedensvertrag 1988-89

In einem gemeinsamen Schreiben teilten im Jahr 1988 der Ministerpräsident, der Staatspräsident, der Parlamentspräsident und der Generaldirektor der Zentralbank dem Führer Ayatollah Khomeini die alarmierende Situation der Wirtschaft mit und baten ihn um Abhilfe. Die Angst vor einem totalen Zusammenbruch des wirtschaftlichen Kreislaufs war einer der wichtigsten Gründe für die Annahme der UNO-Resolution zur Beendigung des Krieges mit dem Irak und für die Aufgabe der jahrelangen Verweigerung einer UNO-Vermittlung durch die iranische Regierung.

Am 18. Juli 1988 akzeptierte der Iran nach acht Kriegsjahren schließlich die UNO-Resolution 598, fast ein Jahr nach der Verabschiedung der Resolution durch die Vereinten Nationen. Der Abschuss eines iranischen Airbusses durch das Kriegsschiff *USS Vincennes* blieb ohne eine Verurteilung der US-Regierung. Der Iran war soweit in die internationale Isolation geraten, dass die Fortführung des Krieges aussichtslos war.¹⁵⁹

Die Verhandlungen zwischen dem Iran und Irak für eine Beilegung der kriegesischen Auseinandersetzung und der Einigung der Streitpunkte begannen am 25. August 1988 in Genf unter der Aufsicht der UNO auf dem Niveau der Außenministerien der beiden Länder. Einer der am stärksten umstrittenen Punkte war die Gültigkeit des Abkommens zwischen Iran und Irak von Algier 1975. Dieses Abkommen sah den tiefsten Punkt des Schatt-el-Arab als Grenzlinie vor, so dass beide Länder geteiltes Hoheitsrecht über die Wasserwege erhalten würden.

Die Frage der Kriegsschuld war ein weiterer Streitpunkt in den Verhandlungen. Obwohl international anerkannt war, dass der Irak den Krieg ursprünglich begonnen hatte, lehnte der Irak diese Verantwortung ab. Der Irak verweigerte ebenfalls jegliche Reparationszahlungen, zumal die UNO-Resolution 598 solche auch nicht vorsah. Bis

¹⁵⁸ Vgl. Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): Iran, S. 142

¹⁵⁹ Vgl. Amirahmadi, J. (1991): Transition, S. 55 und Entessar, N. (1995): Realpolitik, S. 149

zum Ende des Jahres 1989, also über ein Jahr nach der Annahme der Resolution, war der Waffenstillstand der einzige erfolgreich durchgeführte Punkt der UNO-Resolution.¹⁶⁰ Unmittelbar nach dem Waffenstillstand und nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen von Genf 1989 wurden die Verhandlungen im Juli 1990 wieder aufgenommen. Sie wurden vereinfacht durch direkten Briefwechsel zwischen Saddam Hussein und Rafsandjani. Am 16. August 1990 drängte Saddam Hussein zum Abschluss des Friedensvertrages. Er war bereit, die Konditionen der iranischen Seite zu akzeptieren.¹⁶¹ Einen Tag später wurde der überwiegende Teil der Kriegsgefangenen ausgetauscht. Am selben Tag wurden die irakischen Soldaten, die an der iranischen Grenze stationiert waren, nach Kuwait verlagert. Der Durchbruch in dem Friedensprozess wurde sehr bald überschattet durch die Konsequenzen der Invasion und Annexion Kuwaits durch die Iraker im August 1990. Obwohl beide Länder die Unabhängigkeit der Friedensverhandlungen von der Kuwaitkrise erklärten, hat dem Iran dieser Umstand bei den Friedensverhandlungen genützt.¹⁶²

2.3.1.4. Neutralität Irans während der Kuwaitkrise 1990

Die Invasion Kuwaits durch den Irak wurde von iranischer Seite offiziell verurteilt. Der Iran bekräftigte seine Bereitschaft, die wirtschaftlichen Sanktionen der Vereinten Nationen einzuhalten und Neutralität in dem Kriegsgeschehen einzunehmen. An diese Zusage hielt sich der Iran und schickte dem Irak lediglich Nahrung und Medizin für humanitäre Zwecke. Der Iran konnte nicht die irakische Annexion Kuwaits hinnehmen, auch aus Sicht des Erdölvorkommen und der geostrategischen Position. Auch aus vielen anderen Gründen war es nicht vorstellbar, dass der Iran dem Irak beisteht. Auf der anderen Seite, hätte der Iran mit dem Irak kooperiert, würde der Iran selbst dem Wirtschaftsembargo unterstanden und selbst sanktioniert werden.¹⁶³

Die klerikale Führung des Irans um Ayatollah Khomeini war gespalten in der Frage der Duldung der internationalen Militärpräsenz im Persischen Golf. Irans Position als das

¹⁶⁰ Vgl. Fischer, W.B. u. Lawless, R. (1993): Iran, S. 396

¹⁶¹ Das heißt, das Abkommen von Algier ist gültig. Der Irak erklärte damit, den Krieg begonnen zu haben, jedoch sind keine Reparationszahlungen vorgesehen.

¹⁶² Vgl. Fischer, W.B. u. Lawless, R. (1993): Iran, S. 398

¹⁶³ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 129

größte Land mit der größten Küste entlang des Persischen Golfs macht es zu einem natürlichen und wichtigen Gegengewicht zum Irak. Einige radikale Gruppen sprachen sich für den Eintritt in die *jihad*, dem „Heiligen Krieg“ aus, um mit dem Irak gegen die westliche Bedrohung an den Grenzen des Landes zu kämpfen. Präsident Rafsandjani jedoch setzte sich durch und akzeptierte die Militärpräsenz der Alliierten bis zur Räumung Kuwaits.

Während der Luftangriffe gegen den Irak protestierte der Iran gegen die Zerstörung des Nachbarn. Im Januar 1991 landeten über 100 irakische Militärflugzeuge, ohne vorher um Landeerlaubnis ersucht zu haben. Der Iran beschlagnahmte diese zunächst für die Dauer des Konfliktes. Der Iran bekräftigte die Einhaltung der internationalen Grenzen und somit der Souveränität des Iraks, forderte aber auch den Rücktritt Saddam Husseins. Die islamische Regierung Irans unterstützte die kurdischen und schiitischen Rebellen in ihren Unabhängigkeitsbemühungen, wohl auch im Hinblick auf die irakische Unterstützung der im Irak stationierten iranischen Rebellen der *Mujaheddin-e-Khalgh*. Nach der Niederschlagung der schiitischen Rebellen flüchteten nach iranischen Schätzungen 600.000 schiitische Iraker in den Iran.

Nach dem Rückzug der Alliierten haben die irakischen Regierungstruppen die Kurden verstärkt bekämpft. Der Iran beherbergte daraufhin über 1 Million Kurden irakischer Abstammung. Die Bundesrepublik schickte ebenfalls Notlager und Zelte in den Iran. Im Frühling 1991 stieg auch das Ansehen des Irans bei den Europäern, durch die Politik der offenen Tür gegenüber den kurdischen Flüchtlingen, die vor Saddams Repressalien flüchteten. Das neutrale Verhalten des Irans während der Kuwaitkrise hat der Islamischen Republik die Verbesserung seines internationalen Ansehens eingebracht und die Beziehungen zum Westen verbessert. Die Schwächung des Irak hat die regionale Bedeutung des Irans verstärkt.¹⁶⁴

2.3.1.5. Die finanziellen Belastungen der Kriegsführung

Über die Dauer des Krieges ergaben sich tief greifende Preisverzerrungen, die sich in allen Bereichen der Wirtschaft, mit ernsten Folgen auf allen Ebenen der wirtschaftlichen

¹⁶⁴ Vgl. Amirahmadi, H. (1994b): Prospects, S. 137

Aktivität, von Investitionen bis zur Produktion, dem Handel, der Verteilung der Güter und des Konsums erstreckten. Durch die Kriegswirtschaft wurden Produktionskapazitäten für die Erstellung von Waffen und Kriegsgütern entsprechend belegt. Zusätzlich führte dies zu volkswirtschaftlichen Verzerrungen, da die Ressourcen nicht effizient eingesetzt werden konnten. Infolgedessen gingen auch die Investitionen im Privaten und Staatlichen Sektor spürbar zurück.¹⁶⁵

Die Wirtschaftskrise spitzte sich während der Kriegswirtschaft zu, als die Erträge aus dem Erdölsektor von 21 Mrd. US\$ in 1983 auf nur 6 Mrd. US\$ im Jahre 1986 fielen. Folglich gingen auch die Importe von einem Durchschnitt von 16 Mrd. US\$ von 1981 bis 1984 auf 11 Mrd. zwischen 1985 und 1988 zurück. Der Wert der halbfertigen und fertigen Güter erreichte 17 Mrd. US\$ im Jahre 1983 und sank auf nur 8,7 Mrd. US\$ im Jahre 1986. Dementsprechend zeigte die Handelsbilanz ein Defizit von fast 5 Mrd. US\$ im Jahre 1986. Der achtjährige Krieg zwischen dem Irak und Iran (1980-1988) erleichterte eine restriktive Wirtschaftspolitik und überdeckte das Unvermögen der politischen Führung des Landes, eine realitätsbezogene Wirtschaftspolitik in Angriff zu nehmen. Mit Hinweis auf den Kriegszustand wurden praktisch die notwendigen Entscheidungen über den künftigen Wirtschaftskurs des Landes hinausgezögert. Der Rückgang der Produktion und ein zunehmender Verfall des Einkommens wurde durch den Krieg gerechtfertigt; von der Bevölkerung wurde verlangt, Opfer zu bringen.

Eine der bedeutenden Auswirkungen war der Anstieg der Militärausgaben und der Waffenimporte. Gerade die Reduktion dieses Ausgabenblocks war ursprünglich ein Ziel der Revolutionäre. Das neue Regime im Iran hatte den Schah auch kritisiert für die immens hohen Militärausgaben, statt in Entwicklungsprojekte zu investieren. Demnach fielen auch nach der Revolution die Verteidigungsausgaben um über 50 %, aber aufgrund des danach einsetzenden Krieges mit dem Irak stieg der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt stetig bis Mitte der 80er Jahre. Der Iran wurde einer der wichtigsten Importeure von Waffen und die Kriegsgeschehnisse verschlangen 40 % des Budgets der Islamischen Republik.

Der Iran erhielt kaum Unterstützung aus dem Ausland. In seiner Rede im Juli 1989 sagte Präsident Hodjatoleslam Rafsandjani, damals noch Parlamentspräsident, „dass jährlich 60-70 % des Staatseinkommens für den Krieg ausgegeben wurde.“ Die Ausgaben für die

¹⁶⁵ Vgl. Petrossian, V. (1990): Special Report, S. XVII

Kriegsführung wurden auf etwa 110 Mrd. US\$ geschätzt.¹⁶⁶ Einem offiziellen Bericht zufolge wurden in den Jahren 1981-1986 ca. 41 Mrd. US\$ – das entsprach 16,9 % der öffentlichen Ausgaben dieser Zeit – allein für den Krieg ausgegeben. Weitere 12-15 Mrd. US\$ kamen bis zum August 1988 hinzu, so dass eine Gesamtsumme von 53-56 Mrd. US\$ für den gesamten Krieg aufgebracht worden sind.¹⁶⁷

2.3.2. Analyse der Kriegsschäden

Neben den vielen Todesopfern hatte der Krieg vor allem physische Zerstörung mit sich geführt, zumal der überwiegende Teil der Kämpfe im Iran ausgetragen wurde. Später kamen auch die Raketenangriffe auf die Großstädte hinzu. Der für die Finanzierung des Krieges so wichtige Erdölsektor wurde von gegnerischer Seite besonders intensiv angegriffen. In diesem Kapitel werden die verschiedenen Sektoren der Wirtschaft analysiert und der Zustand des Landes zum Kriegsende beschrieben.

2.3.2.1. Die Kriegsschäden und ökonomischen Konsequenzen

Die Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft sind nicht unmittelbar kalkulierbar. In jeder Hinsicht war dieser lange Krieg einer der kostspieligsten zwischenstaatlichen Konflikte des 20. Jahrhunderts. Der Iran-Irak-Krieg führte auf iranischer Seite zu mehr als 350.000 Toten.¹⁶⁸ Abgesehen von dem Verlust an Menschenleben und den Invaliden, die sich nicht quantifizieren lassen, gibt es noch enorme Auswirkungen auf die Volkswirtschaft des Iran. Auf beiden Seiten wurde sowohl menschliches als auch nicht-menschliches Kapital zerstört und die Produktivität sehr stark reduziert.¹⁶⁹ Grundsätzlich sind alle offiziellen Angaben von dem Aspekt der möglichen Forderungen von Reparationen gefärbt. Ebenso sind Umrechnungsprobleme des Währungssystems für Schwankungen verantwortlich. Deshalb ist es sinnvoll, den immensen Betrag der

¹⁶⁶ Vgl. Reiner, H. (1994): Wirtschaft, S. 560-563

¹⁶⁷ Vgl. Amirahmadi, H. (1994a): Imbalances, S. 80 und Plan and Budget Organisation (1991): Final Report, S. 52-60. Es wurden 300 Millionen US\$ pro Monat in den Anfangsjahren des Krieges ausgegeben.

¹⁶⁸ Vgl. Entessar, N. (1995): Realpolitik, S. 155

direkten Gesamtschäden von 400 Mrd. US\$ auf folgende Weise zu beziffern: die Summe der Staatseinnahmen von zwanzig Jahren aus Erdölverkäufen zur Deckung der Kriegsschäden – das sind ungefähr 20 Mrd. US\$.¹⁷⁰ Diese Zahlen verdeutlichen die Dimensionen der Schäden im Vergleich zu der Größe der gesamten Wirtschaft und ihres Exportpotenzials. Auf der anderen Seite gibt es auch eine Tendenz zur Unterschätzung der wirtschaftlichen Schäden. Es kommen hinzu:

- die Umweltschäden,
- das Erdöl, das Syrien ohne Gegenleistungen überlassen oder mit einem großen Nachlass verkauft wurde,
- zusätzliche Verschiffungs- und Versicherungskosten für Erdölexporte, die durch Umwege und erhöhtes Risiko im Persischen Golf veranschlagt wurden.

In diesen Schadenszahlen sind nicht die psychologischen, politischen und sozioökonomischen Einwirkungen auf die Bevölkerung, kriegsbedingte Inflation sowie die Verzögerung wichtiger Entwicklungsprojekten inbegriffen. Präsident Rafsandjani schätzte den Schaden in einer Rede bei einer Konferenz zum iranischen Wiederaufbau auf 600 Mrd. US\$ an direkten Schäden und die totalen Kosten des Krieges auf eine Trilliarde US\$.¹⁷¹ Von dieser Summe werden 47.15 % als direkter Schaden und der Rest als indirekter Schaden angegeben.¹⁷² Eine Schätzung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen beziffert den Schaden auf unter 100 Mrd. US\$. Diese Angabe entspricht einem Viertel der iranischen Zahlen.¹⁷³ Der Ökonom Hooshang Amirahmadi schätzt den direkten und indirekten Schaden des Krieges bis zum Jahre 1987 auf 592 Mrd. US\$.¹⁷⁴ Davon entfallen 210 Mrd. US\$ auf Schäden an Maschinen, Gebäuden, Material und anderen Posten. Der Rest entfällt z.B. auf entgangene Gewinne aus Erdölverkäufen aufgrund der Beschädigung der Raffinerien und der kriegsbedingten Mehraufwendungen

¹⁶⁹ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): *Transition*, S. 302

¹⁷⁰ 1983 war der höchste Erdölertrag im nachrevolutionären Iran, berechnet bei einem Wechselkurs von 75 Rial pro US\$. Vgl. Amirahmadi, H. (1994a): *Imbalances*, S. 68

¹⁷¹ Vgl. Hunter, S.T. (1992): *After Khomeini*, S. 73

¹⁷² Vgl. Amirahmadi, H. (1994a): *Imbalances*, S. 69 und *Plan and Budget Organisation* (1991): *Final Report*, S. 25-27

¹⁷³ Diese Wechselrate ist dieselbe, die für die Beitragszahlungen des Iran an die Vereinten Nationen genutzt wird.

¹⁷⁴ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): *Transition*, S. 84

für Staatsleistungen.¹⁷⁵ Berechnet man nun das entgangene Einkommen und die verschiedenen Schäden, so ist eine grobe Schätzung von 500 Mrd. US\$ an Kriegsschäden eine realistische Zahl.¹⁷⁶

Fast alle Industrieanlagen, landwirtschaftlichen Anlagen und Kommunikationsanlagen etc. wurden durch den Krieg beschädigt. Der Schaden in diesem Sektor lag nach einem staatlichen Bericht von 1983 bei geschätzten 199 Mrd. US\$.¹⁷⁷ Zusätzlich gab es nach 1983 die massiven irakischen Luftangriffe, so dass sich diese Schätzung entsprechend erhöht. In dieser Schätzung sind nicht die Schäden an Militäranlagen mit eingeschlossen. Die Kosten der Kriegsführung stehen den gesamten Kosten der Kriegsschäden gegenüber. Nach Angaben von Amirahmadi beliefen sich die Militärausgaben für den Krieg um die 110 Mrd. US\$.¹⁷⁸

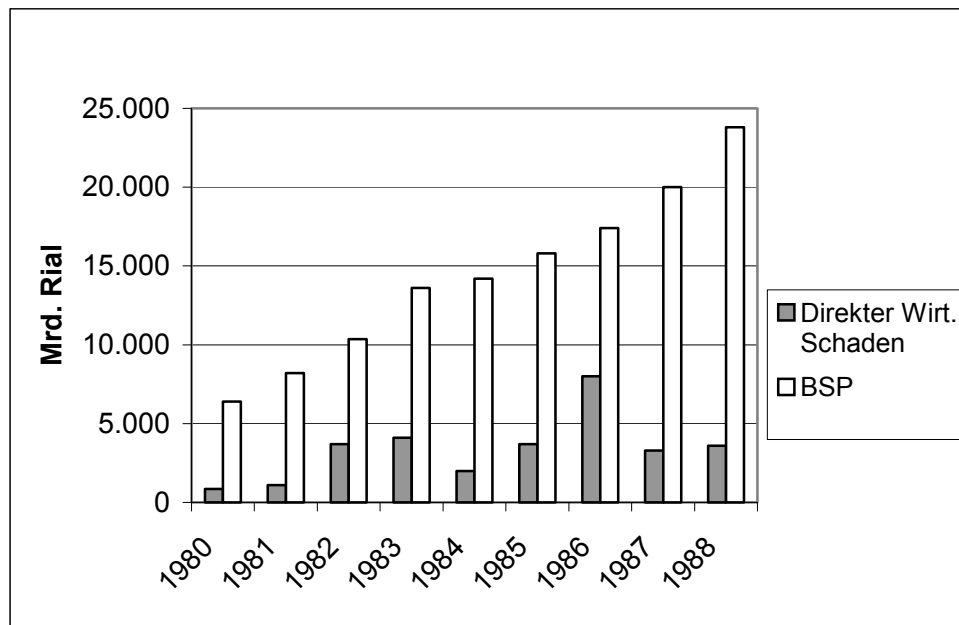
¹⁷⁵ Vgl. Amirahmadi, H. (1994a): Imbalances, S. 79-81

¹⁷⁶ Vgl. Entessar, N. (1995): Realpolitik, S. 155 und Zanganeh, H./Moore, J. (1995): Economic Development, S. 206

¹⁷⁷ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 73

¹⁷⁸ Vgl. Amirahmadi, H. (1994a): Imbalances, S. 69

Abbildung 5: Direkter wirtschaftlicher Schaden des Krieges und das Bruttosozialprodukt 1980-1988 in Mrd. Rial



Quelle: Plan and Budget Organisation: final report (1991)

In den ersten zwei Kriegsjahren waren die Kriegsschäden noch nicht so immens wie zum Kriegsende. Die meisten wirtschaftlichen und industriellen Einrichtungen des Landes und besonders der Erdölindustrieanlagen wurden nach 1982, also nach der Befreiung der Hafenstadt Khorramshar, zerstört. Zwischen 1979 und 1989 betrugen Irans Erdölerträge 145 Mrd. US\$ im Vergleich zu 410 Mrd. US\$ der direkten Kriegsschäden. Der relative Anteil der direkten Schäden am Bruttosozialprodukt über die Zeitperiode 1980-1988 war besonders hoch in den Jahren 1982/3 und 1985/86.¹⁷⁹ 1986 war das Verhältnis der direkten Schäden 48 % des gesamten Bruttosozialprodukts. Folglich wäre diese Zerstörung und Verwüstung vermeidbar gewesen, wenn die politische Führung Irans nicht durch die Fehleinschätzung eigener Kräfte aufgrund ihrer Ambitionen hinsichtlich des Revolutionsexports den Krieg fortgesetzt hätte.

Eine günstige Gelegenheit zur Beilegung des Krieges wurde auf iranischer Seite im Mai 1985 verpasst, als der saudische Außenminister als Vertreter der Islamischen Konferenz nach Teheran gereist war. Die Länder dieser Organisation ließen ihre Bereitschaft

¹⁷⁹ Vgl. Plan and Budget Organisation (1991): Final Report, S. 30

verlauten, für den Frieden eine hohe Entschädigung an den Iran zu zahlen.¹⁸⁰ Wieder wurde das Friedensangebot abgelehnt, da die iranische Wirtschaft besser dastand als unmittelbar nach der Revolution. Der Frieden war für das Islamische Regime nicht akzeptabel, solange das Baath-Regime von Saddam Hussein regierte. Der Sieg der Iraner schien nicht mehr aussichtslos und so wurde der Krieg weiterführt. Die Opposition im Iran und im Exil warf der Regierung vor, auch die Friedensangebote der Vereinten Nationen, des Golf-Kooperationsrates und der Arabischen Liga abgelehnt zu haben. Der Iran habe einige Opportunitäten verpasst, den Krieg friedlich und profitabler beizulegen.¹⁸¹ Die Führung der Islamischen Republik verteidigte seine kompromisslose Haltung ständig aufgrund moralischer, politischer und strategischer Vorbehalte. Die „nackte Aggression“ und der „aufgezwungene Krieg“ zwängen zu dieser unnachgiebigen Haltung.¹⁸²

2.3.2.2. Der Industriesektor und die Sozioökonomik

Die kriegsrische Auseinandersetzung verursachte schwere Schäden in der Infrastruktur des Landes, den Industrieanlagen, dem Agrarland und in den Metropolen. Die Art und der Umfang dieser Schäden wurden im Sinne der UN-Resolution 598 im Juni 1991 von einem UNO-Expertenteam aufgenommen.¹⁸³ Die Kriegsschäden waren besonders ausgeprägt in den fünf südlichen und südwestlichen Provinzen.¹⁸⁴ Diese Provinzen waren Austragungsort der Kampfhandlungen, zumal der überwiegende Teil des Landkrieges auf iranischem Boden ausgetragen wurde. Diese Provinzen deckten 10,8 % der gesamten Landesfläche und ca. 17 % der gesamten Bevölkerung ab.

Die totale Zerstörung der Stadt Khorramshahr mit einer Größe von 400.000 Einwohnern bedeutete den Verlust des wichtigsten Umschlagplatzes und Verkehrshafens des Iran. Selbst wenn Khorramshahr wieder aufgebaut sein wird, kann aufgrund der gesunkenen Schiffe kaum ein funktionierender Hafen betrieben werden. Khusestan ist die

¹⁸⁰ Vgl. Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): Iran, S. 143

¹⁸¹ Vgl. Amirahmadi, J. (1994b): Prospects, S. 148-152

¹⁸² Vgl. Zonis, M. u. Mokri, C.A. (1991): Iran, S. 132

¹⁸³ Vgl. UNO-Sicherheitsrat, Akte 5/22863 vom 31. Juli 1991, zitiert nach: Amuzegar, J. (1994): Islamic Republic, S. 161-162

Erdölhauptstadt des Irans und beheimatete bedeutende wirtschaftliche Anlagen wie beispielsweise Häfen, Stahlfabriken, Erdölraffinerien und petrochemische Komplexe. Bachdaran war auch eines der besser entwickelten Gebiete im Iran und ebenso wie die anderen vier Provinzen als eines der wichtigen Zentren für Landwirtschaft und traditionellen Industrien angesehen. Der Krieg war jedoch nicht auf diese Provinzen begrenzt, da die irakischen Raketenangriffe und Bombardierungen auch auf wichtige Städte im Landesinneren des Irans ausgeweitet wurden.¹⁸⁵

Transportkapazitäten, Energieversorgung, Telekommunikationseinrichtung und andere Anlagen wurden empfindlich beschädigt und führten zu anderen, indirekten Schäden, wie z.B. regelmäßige Stromausfälle und mangelhafte Telefonverbindungen. Fast 800 mittlere und größere Industriebetriebe wurden zerstört oder beschädigt. 1989 hatten die meisten Fabriken eine Auslastung von 20-30 % ihrer Gesamtkapazität, und es war eine Investitionspause von fast 10 Jahren in der Wirtschaft zu verzeichnen. Die Fischerei und die Agrarwirtschaft wurden durch die Kriegszerstörung, durch Minenfelder und die Umweltverschmutzung schwer getroffen.¹⁸⁶

Bei einer Bevölkerung von 50,6 Mio. waren 300.000 Todesfälle¹⁸⁷ zu beklagen, weitere 50.000 in Kriegsgefangenschaft sowie eine halbe Million an Verwundeten und Invaliden.¹⁸⁸ Das Ministerium für Islamische Führung verkündete einen Monat nach dem Waffenstillstand, dass 123.000 Militärangehörige (darunter 80.000 der revolutionären Garden und 30.000 aus der regulären Armee) und 11.000 Zivilisten gestorben seien.¹⁸⁹ Insgesamt wurden 52 Städte beschädigt, davon 6 völlig zerstört und weitere 14 Städte¹⁹⁰ zu ca. 50 % beschädigt. 4.000 Dörfer wurden beschädigt oder teilweise völlig zerstört. Insgesamt wurden 130.000 völlig zerstörte und 190.000 stark beschädigte Häuser festgestellt. Der Schadensumfang im sozialen Sektor (Gesundheit, Ausbildung und

¹⁸⁴ Siehe hierzu die Landkarte in der Darstellung 1, Khusestan (Arabestan): Ilam, Bachtaran, Kurdistan und West-Aserbaidjan

¹⁸⁵ Vgl. Amuzegar, J. (1994): Islamic Republic, S. 304

¹⁸⁶ Vgl. Behdad, S. (1989): Iran-Irak-war, S. 329-331

¹⁸⁷ auf irakischer Seite gab es etwa 120.000 Tote, Vgl. Entessar, N. (1995): Realpolitik, S. 155

¹⁸⁸ Vgl. Mofid, K. (1992): Foreign Trade, S. 147-149

¹⁸⁹ Im Krieg Vermisste 60.711, die Anzahl der Kriegsgefangenen im Irak: 30.000; nach der Kuwait-Krise 1990 waren die meisten dieser 30.000 mit den 50.000 irakischen Kriegsgefangenen ausgetauscht worden.

¹⁹⁰ Khoramscha, Nosud, Deloran, Gelanegab, Abadan, Bosdan, Meran, Sosangad, Schusch, Desful, Andimeschk, Bane, Sapolesohab und Sadaschd

Kultur) muss in der Zukunft noch genauer erfasst werden. Es gibt zum Beispiel Schätzungen, dass etwa 14.000 Klassenzimmer durch den Krieg zerstört wurden.¹⁹¹

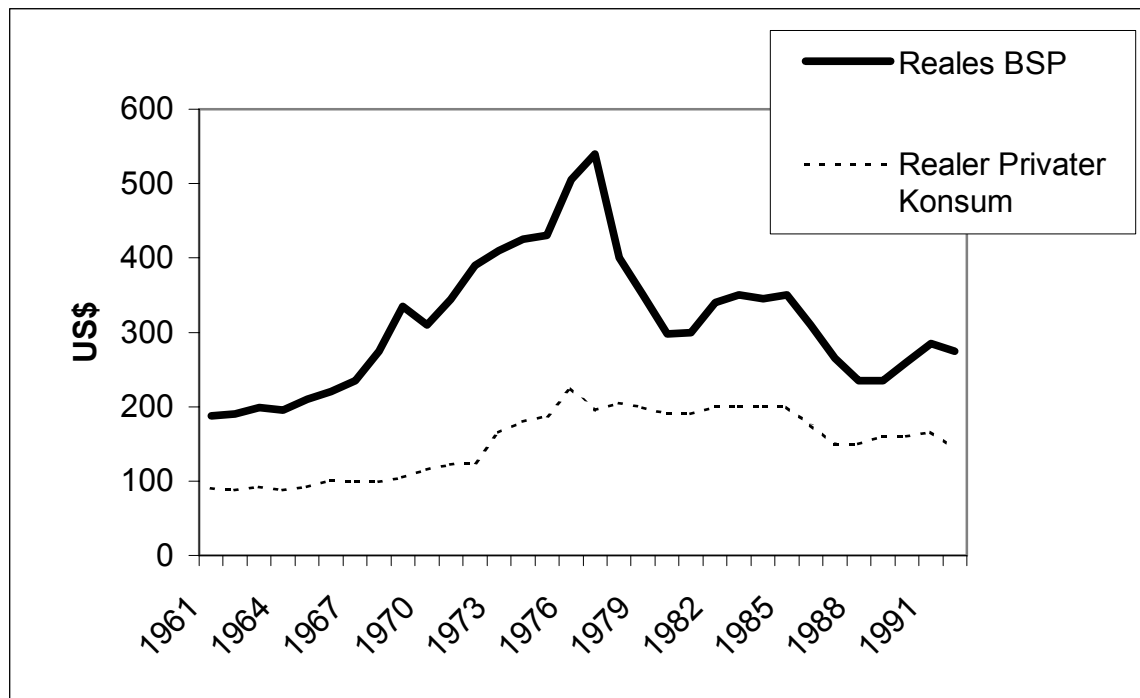
Der Gesamtschaden bei zivilen Einrichtungen belief sich auf ca. 18 Mrd. US\$. Darin waren nicht die Kosten der Inflation, der Verlust von Dienstleistungen und den Erträgen von vielen Hunderttausenden von Menschen, der Verschwendung von natürlichen Ressourcen und die Verzögerung von wichtigen Entwicklungsprojekten, die Kosten der Erziehung von den jungen Menschen und schließlich auch die Sozialunterstützungen für die Hunderttausenden Kriegsverletzten, die nicht mehr für die nationale Wirtschaft zur Verfügung stehen, enthalten.

Zwischen 1983 und 1988 sanken die Importe für Konsumgüter um fast 50 %, da Fremdwährungen knapp waren und entsprechend die Ressourcen für Kriegsgüter genutzt wurden. Zusätzlich wurde die wirtschaftliche Last für die Öffentlichkeit erhöht, indem die indirekten Steuern und die Preise der Dienstleistungen anstiegen, um die Rückgänge des Erdöleinkommens auszugleichen. Um die Folgen der Inflation auf den Lebensstandard für die große Masse der Bevölkerung aufzufangen und die Versorgung der wichtigen Konsumgüter innerhalb der Bevölkerung sicherzustellen, führte die Regierung ein verschachteltes System von Rationierung und direkten Subventionen für eine große Anzahl von Gütern während der Kriegszeit ein.¹⁹²

¹⁹¹ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Transition, S. 304

¹⁹² Vgl. Amirahmadi, H. (1994a): Imbalance, S. 82

Abbildung 6: Bruttosozialprodukt pro Kopf und privater Konsum 1961-92 in US\$



Quelle: Bank Markazi: 1986, 1992

Das Ausmaß der wirtschaftlichen Krise lässt sich daran verdeutlichen, dass das reale Bruttosozialprodukt von 1988 auf das Niveau von 1975 gesunken war, während das Pro-Kopf-Einkommen des Bruttosozialprodukts von 1988 auf den Stand von 1970 gefallen war. Seit der Revolution wuchs die Bevölkerung auf ca. 57 Mio. in 1990 bei einer Rate von ca. 3,7 % pro Jahr seit der Revolution (darin sind nicht die Flüchtlinge aus dem Irak und Afghanistan inbegriffen). Jährlich kamen über 310.000 Menschen auf den Arbeitsmarkt hinzu, so dass die Arbeitslosenzahl sich jährlich um 190.000 erhöhte. Nach Regierungsangaben waren fast 3,8 Mio. Menschen im Jahre 1987 ohne Beschäftigung, dies entspricht 28,6 % der arbeitenden Bevölkerung. Die wachsende offizielle Arbeitslosenrate von beispielsweise 15,9 % in 1988, zusammen mit der Inflation von 32,4 % in 1988 und einem sinkendem Bruttoinlandsprodukt von -1,4 % in 1988 führten zu einem erheblichen Anstieg der Armut, von der 65 % der Bevölkerung betroffen war.¹⁹³

2.3.2.3. Kriegsbedingte Auswirkungen auf dem Erdölsektor

In diesem Kapitel sollen die Kriegsschäden analysiert werden, die weitreichende Auswirkungen auf den Erdölsektor und dessen Einnahmen hatten. Der Krieg beeinflusste die Erdölförderung und somit die Staatseinnahmen nachhaltig. Der Irak attackierte während des Krieges die Erdölraffinerien und Produktionsanlagen des Irans und reduzierte damit die Förderkapazität. Die Erdölindustrie erlitt somit schweren Schaden. Die Abadan-Raffinerie und drei weitere Raffinerien waren völlig außer Betrieb gesetzt. Die Erdgas- und Erdölfelder, die Verladeinseln¹⁹⁴ und die Off-Shore-Bohrinseln wurden entweder ganz zerstört oder stark beschädigt. Am Ende des Krieges waren die Erdölhäfen von Khorramshar und Abadan ebenfalls zerstört. Dies zwang den Iran, seine Importe durch kleinere, weniger effiziente Häfen durchzuführen und mehr Importe über Eisenbahn und Straßen in die Türkei und die Sowjetunion zu führen.

Im Frühjahr 1984 begann der Irak den massiven Angriff auf den Tankerverkehr in der oberen Region des Golfes. Zwischen März 1984 und Januar 1987 wurden 106 Tanker, die iranisches Erdöl luden, angegriffen. Dadurch stiegen die Versicherungskosten immens und die Kosten für den Transport verzehnfachten sich, was 2-3 US\$ Mehrkosten pro Barrel ausmachte. Dies verursachte zusätzliche Kosten von zwei bis drei Mrd. US\$ pro Jahr. Außerdem schenkte Iran Syrien 1 Million Tonnen Erdöl als Gegenleistung für das Schließen der Irak-Öl-Pipeline. Zusätzlich musste der Iran sein Erdöl zu einem niedrigeren Preis verkaufen, um die Reedereien für einen Transport durch den Golf überreden zu können. Diese Maßnahmen minderten die Devisenerträge zusätzlich.¹⁹⁵

Saudi-Arabien, ein wichtiger Verbündeter des Westens und des Iraks, brauchte die großen Erdöleinnahmen nicht und konnte deswegen das Erdöl als politische Waffe benutzen und den Weltmarkt mit seinem Erdöl zu einem günstigeren Preis überschwemmen. In der ersten Hälfte von 1986 sanken demnach die Erdöleinnahmen Irans um 59 % im Vergleich zum Halbjahr des Vorjahres.¹⁹⁶ Der plötzliche und

¹⁹³ Plan and Budget Organisation (1991): Final Report, S. 43-46 und Amirahmadi, H. (1994a): Imbalances, S. 80-83

¹⁹⁴ die wichtigste und größte ist die Insel Kharg

¹⁹⁵ Vgl. Mofid, K. (1990): Economic Consequences. S. 120-124

¹⁹⁶ Die vergleichbaren Zahlen für Irak 30 %, Saudi-Arabien 24 % und Kuwait 8 %. Man sieht, dass der Druck auf den Iran aus wirtschaftlicher Sicht um ein Vielfaches höher war.

unvorhergesehene Fall der Erdölpreise auf den Weltmärkten in 1985 und in den folgenden Jahren führte zu einem starken Rückgang der Deviseneinnahmen des Irans, und folglich auch zur Verschärfung der Schwierigkeiten. 1986 sanken die Deviseneinnahmen zu ihrem bisher tiefsten Ergebnis von 5,6 Mrd. US\$¹⁹⁷ Der Erdölpreis fiel drastisch von 30 auf 10 US\$ in 1986 und pendelte sich bei 18 US\$ im Jahre 1987 ein.¹⁹⁸

Die Raffineriekapazität lag in 1973 bei 33 Mio. Tonnen und im Jahr 1980 bei 65 Mio. Tonnen. Sie sank jedoch auf unter 30 Mio. Tonnen in 1986. Gleichzeitig stieg der Inlandsverbrauch jedoch von 35 Mio. Tonnen in 1980 auf 65 Mio. Tonnen in 1986. Daraus ergab sich eine ernst zu nehmende Notlage und Erdölknappheit im Land selbst. Während des Krieges wurde der Erdölexporteur Iran sogar zu einem Nettoimporteur von Erdölprodukten. Der Iran musste Rohöl exportieren und raffiniertes Erdöl wieder importieren.¹⁹⁹ 1979 exportierte der Iran ungefähr 3 Mio. Barrel pro Tag, diese Zahl wiederum sank auf einen Durchschnitt von 1,2 Mio. Barrel pro Tag in 1988.²⁰⁰ Für viele Jahre verlor der Iran seinen Anteil und seine Position auf dem Erdölmarkt.²⁰¹

2.3.2.4. Ursachen der Inflation bis 1989

Seit 1975 war die Inflation im Alltag spürbar und lag bei 15 %. Seitdem stieg die Inflationsrate kontinuierlich auf 25,1 % im Jahre 1978. Dies war vor allem auf das Missmanagement der Regierung bezüglich ihrer Haushaltspolitik zurückzuführen. Die Inflation war schon seit den 70er Jahren erheblich angestiegen und ein grundsätzliches Problem der iranischen Wirtschaft. Die vorrevolutionäre Inflation war ein Symptom der überhitzten Wirtschaft und das Resultat von unbegrenzten Ausgaben aus der Zeit des Ölbooms. Die Inflation nach der Revolution wurde begleitet durch eine wirtschaftliche Abschwächung. Die hauptsächlichen Ursachen für die Inflation im Iran waren das niedrige Produktionsniveau, die Engpässe in der Versorgung, das Horten (Lagern), das Treiben auf dem Schwarzmarkt und die Unfähigkeit des Staates, den Schwarzmarkt zu

¹⁹⁷ Vgl. Statistical Center of Iran, Ausgabe 1991, 1993

¹⁹⁸ Vgl. Mirzai, M. (1994): Economic Reconstruction, S. 175

¹⁹⁹ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 17 und Amirahmadi, H. (1994c): Oil, S. 188

²⁰⁰ Die Bomben auf die Erdölfelder und Tanker hatten eine starke Auswirkung auf Irans Erdölexporte

²⁰¹ Vgl. Katouzian, H. (1989): Analysis, S. 58-60

kontrollieren. In der Vergangenheit schritt die Regierung mit strafrechtlichen Vorgehensweisen und harten Maßnahmen gegen die Schwarzmarkthändler ein. Die Inflation berührte speziell diejenigen mit festgelegtem Einkommen, wie z.B. Beamte, die wiederum keine bedeutsamen Lohnerhöhungen erhielten. Die Rentner litten am stärksten unter der Inflation.²⁰²

In den 80er Jahren stiegen die Preise steil an, als die Unausgewogenheiten in der Wirtschaft zunahmen. Hinzu kam der inflationäre Druck des Krieges, der sich während der Kriegsjahre aufgestaut hatte. Als Reaktion hierauf sahen die iranischen Politiker vor, die Preiskontrollen auf wichtige Güter einzuführen, statt eine wohl effektivere, aber auch schwierigere Verlagerung hin zu einer nachfragebezogenen Politik zu verfolgen. Die Kontrollen und Rationierungen verbesserten das Inlandsangebot an Gütern und Dienstleistungen, und führten zu einer besseren Verfügbarkeit der Importe, so dass die Preise im Zeitraum 1985/86 lediglich um nur 4 % anstiegen. Aber nur ein Jahr später stieg die Inflation auf 21 % aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen und der Verstärkung der Kriegsauswirkungen mit dem Irak. Der Preisauftrieb setzte sich 1987 und 1988 mit jeweils 28 % fort und pendelte sich bei 17,4 % ein.²⁰³

Versorgungsengpässe, eine weit verbreitete Ineffizienz im Verteilungssystem, starke Veränderungen der Erträge aus dem Erdölexport, die Wirtschaftssanktionen und der anhaltende Krieg begünstigten die Inflation im Iran über die gesamte Zeit. Einige Ökonomen sehen jedoch vor allem den Nachfragedruck, der sich aus dem Mechanismus der Haushaltsfinanzierung ergab, als den Hauptgrund hierfür.

Es ist schwierig, eine reale Rate der Inflation im Iran festzulegen. Die offiziellen Zahlen bewegten sich in den 80er Jahren zwischen 10 % bis 25 %. Nach offiziellen Angaben lag die Inflationsrate bei 23 % in den Jahren 1986/87, 27 % im Jahre 1987/88 und bei 29 % im Jahre 1988/89. Es ist anzunehmen, dass die tatsächliche Inflationsrate jedoch höher lag als die der offiziellen Angaben. Die akkumulierte Rate der Inflation seit der Revolution bis Kriegsende wird teilweise auf bis zu 400 % geschätzt.²⁰⁴

²⁰² Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): *Secular Miracle*, S. 169 und Pant, G.C. (1996): *revolution*, S. 345

²⁰³ Vgl. Bank Markazi: *Iran Economic Reports*, 1985/86, 1990

²⁰⁴ Vgl. Hunter, S.T. (1992): *After Khomeini*, S. 78-79

2.4. DAS ERDBEBEN VON 1991

Das iranische Hochland ist eines der gefährdetsten Regionen für Erdbeben in der Welt. Das Land wurde regelmäßig von katastrophalen Erdbeben heimgesucht, seit Beginn dieses Jahrhunderts waren es acht, und allein drei Erdbeben seit 1970. Über 160.000 Menschen haben ihr Leben verloren und Millionen wurden verletzt oder obdachlos, oder verloren ihre Arbeitsplätze und Eigentümer. Allein in dem Erdbeben von 1978 in Tabas verloren 25.000 Menschen ihr Leben. Das verheerendste Erdbeben im modernen Iran ereignete sich am 21. Juni 1990. Es erreichte einen Ausschlag von 7,5 auf der nach oben offenen Richter-Skala und erstreckte sich über eine Fläche von ca. 30.000 qkm der Provinzen Gilan und Sandjan. In dieser Region lebten 750.000 Einwohner in 1.600 Dörfern und zwei Kleinstädten.²⁰⁵

Nach staatlichen Angaben verloren 37.000 Menschen ihr Leben und es gab 300.000 Verwundete und Obdachlose. Die physische Zerstörung war am stärksten im Bereich der Gebäude. Über 100.000 Häuser wurden zerstört und mussten neu errichtet werden, während andere beschädigt wurden und Reparaturen benötigten. Der große und strategisch wichtige Damm Safidrot in Manshil war teilweise beschädigt. Dies hatte weitreichende Auswirkungen für den Reisanbau in der Provinz Gilan im Sommer 1991. Das Erdbeben zerstörte 12 Groß- und Kleinstädte; einige darunter, wie Mangil, Luschan oder Rudba wurden vollständig dem Erdboden gleichgemacht. Andere wiederum, wie Taram, Alamod, Gagazan oder Dailamon wurden im hohen Maße beschädigt. Zusätzlich wurden 270 Dörfer zu über 60 % beschädigt und weitere 500 Dörfer teilweise beschädigt.²⁰⁶

Die Infrastruktur und das gewerbliche Verteilungssystem wurden verheerend beschädigt. Hierzu gehörten 1.329 Schulen mit 7.391 Klassenzimmern und 672.890 qm an Gebäuden. Außerdem waren über 260 Gesundheitszentren zerstört, darunter zwei große Kliniken. Weitreichende Beschädigungen wurden an 68 Industrieanlagen festgestellt. Eine unbekannte Größe an Beschädigungen war in Geschäften, auf öffentlichen Plätzen, Brücken, Schnellstraßen und Fernstraßen, landwirtschaftlichen Produktionsanlagen und verschiedenen Infrastruktureinrichtungen in diesen Gebieten zu verzeichnen. Der

²⁰⁵ Vgl. Petrossian, V. (1991): Special Report Iran, S. 12

²⁰⁶ Vgl. Amirahmadi, H. (1994a): Imbalances, S. 83

Schaden dieser Naturkatastrophe wird auf 7 bis 10 Mrd. US\$ geschätzt, dies entspricht über Zweidritteln der Erträge aus den Erdöleinnahmen von 1989. Der Wiederaufbau der Häuser allein würde nach Schätzungen 5,1 Mrd. US\$ kosten.

Eine Delegation des IMF besuchte den Iran im März 1990 und eine Delegation der Weltbank kam im Sommer 1990. Anfänglich wurde die Annahme von ausländischer Hilfe abgelehnt. Die Frage, ob und von wem man Hilfe annehmen sollte, wurde schnell eine zentrale Frage für die Außenpolitik. Die Moderaten versuchten diese Gelegenheit dafür zu nutzen, auch international die Diplomatie auszubauen. Sie sahen diese Situation auch als eine Chance, den Menschen zu zeigen, dass man auch Hilfe vom Ausland bekommen konnte.²⁰⁷

Als das verheerende Ausmaß der Schäden deutlich geworden ist, sind Hilfen von allen Ländern bis auf Südafrika und Israel angenommen worden. Dies schloss die USA, Großbritannien und Saudi-Arabien ein, zu denen zu dem Zeitpunkt keine diplomatischen Beziehungen existierten. Die internationale Reaktion, speziell aus dem Westen, war nicht unbedingt genauso hoch wie bei anderen ähnlichen Naturkatastrophen, aber dennoch großzügig. Von den westlichen Ländern stellten Deutschland und Frankreich das größte Hilfspaket zur Verfügung. Selbst der Erzrivale Saudi-Arabien half großzügig. Die Pragmatiker in der Führung des Irans begrüßten die Hilfsmaßnahmen. Durch die humanitären Aktionen konnte das Land dem Ausland gegenüber weiter geöffnet werden. Schließlich hat das Erdbeben im Juni 1990 einen unglücklichen Schlag in das Leben der kränkelnden Wirtschaft herbeigeführt, gerade nachdem das Land sich nach dem Waffenstillstand des August 1988 stabilisieren wollte.²⁰⁸

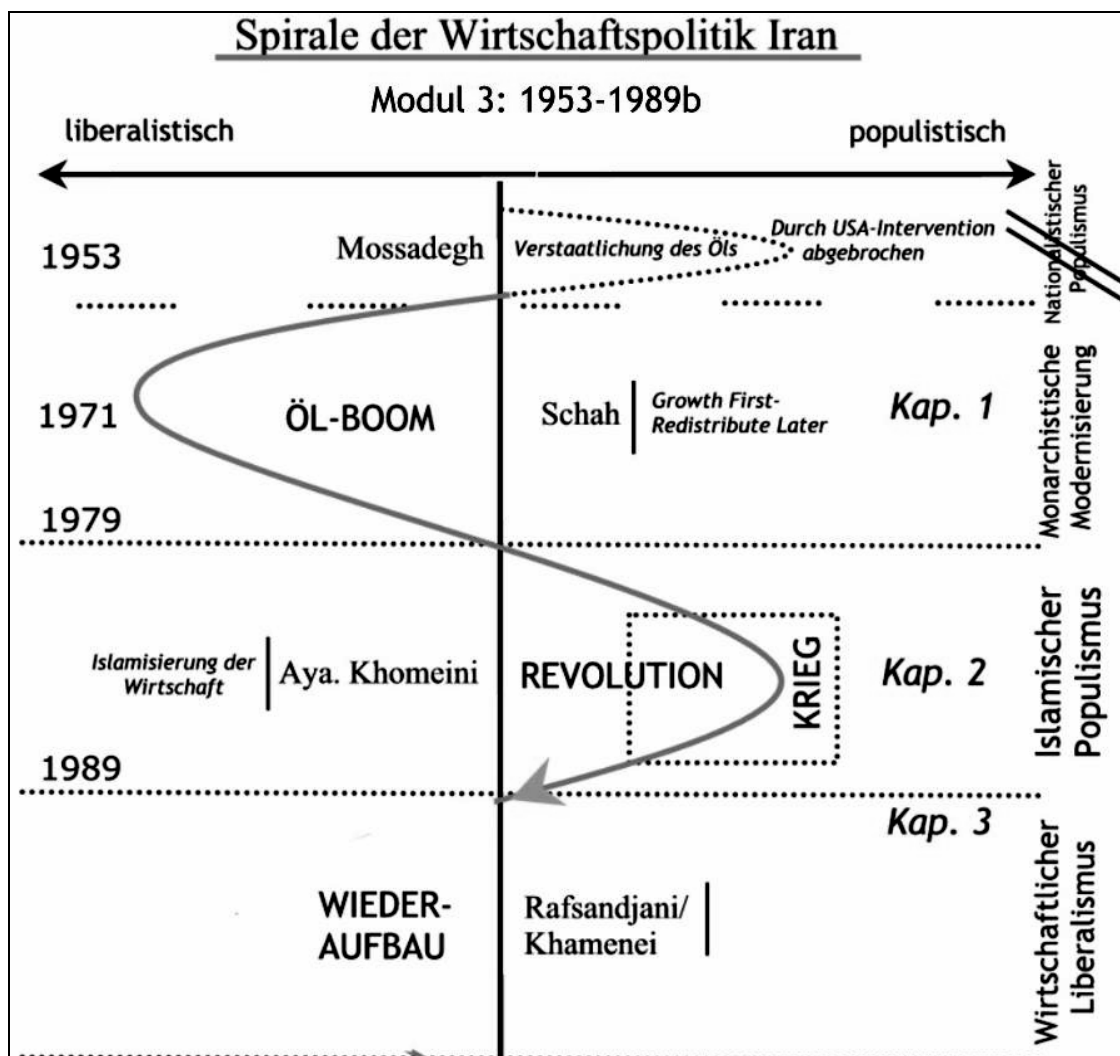
²⁰⁷ Vgl. Hunter, S.T. (1992): *After Khomeini*, S. 126

²⁰⁸ Vgl. Amirahmadi, H. (1994a): *Imbalances*, S. 83-85

3. WIRTSCHAFTLICHER LIBERALISMUS 1989-1997: STRATEGIE DES WIEDERAUFBAUS

Nach dem Ende des Iran-Irak-Krieges entfachte 1988 eine Debatte über die zukünftige Wirtschaftspolitik in Bezug auf die Wiederaufbaustrategien. In dieser Zeit wurde die Nachfolge Ayatollah Khomeinis vollzogen, bei dem ein auch innenpolitischer Kampf um die zukünftige Wirtschaftsordnung zwischen den Radikalen und den Pragmatikern ausgetragen und schließlich zu Gunsten der Pragmatiker entschieden wurde. Die Phase des Islamischen Populismus wird durch die Phase des Wirtschaftlichen Liberalismus abgelöst.

Abbildung 7: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 3 (1953-1989)



Quelle: Eigene Darstellung

3.1. WIRTSCHAFTSPOLITISCHE NEUORIENTIERUNG NACH DEM KRIEG

Unter der Führung von Revolutionsführer Ayatollah Khomeini und seinem Premierminister Mussavi wurden konkret die radikale Strategie der Geschlossenen Tür mit dem Ziel der Selbstversorgung der Wirtschaft und demgegenüber der Laissez-faire-Ansatz der Moderaten, die ein schnelles Wachstum der Wirtschaft durch Öffnung und Marktorientierung anstrebten, diskutiert. Diese Debatten gelten als wichtige ideologische Vorbereitung für die Abkehr vom Islamischen Populismus, da in ihnen innerhalb der eigenen Reihen der Klerikalen der Ruf nach wirtschaftlicher Neuorientierung und einer Abkehr von der vom Staat dominierten Wirtschaftspolitik deutlich wurde.

3.1.1. Wirtschaftspolitische Direktive von Ayatollah Khomeini

Nach dem Waffenstillstand im August 1988 trugen drei politische Fraktionen innerhalb der klerikalen Elite ihre verschiedenen Ansichten über den Wiederaufbau nach dem Krieg vor.²⁰⁹ Spezielle Ziele, Prioritäten, Maßnahmen und die Rolle der Regierung und des Marktes waren die wichtigsten Themen der Debatte. Man war sich bewusst, dass der eingeschlagene Kurs langfristig die Natur des Systems des Landes formen würde. Dementsprechend war die Debatte auch auf den Wiederaufbau der Gesellschaft im Gleichklang mit den Zielen der Verfassung angelegt. Im Herbst 1988 verfasste Ayatollah Khomeini ein Kommuniqué, das an die Führer der drei politischen Fraktionen bei der Diskussion des Wiederaufbaus gerichtet war. Die Liste der Prioritäten aus Sicht Ayatollah Khomeinis waren:²¹⁰

1. Sicherstellung von allen erdenklichen sozioökonomischen und kulturellen Privilegien für die Familien der Märtyrer und der Unterstützer während des Krieges;

²⁰⁹ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): *Economic Transition*, S. 241

²¹⁰ Vgl. Saeidi, A. (2001): *Political Authority*, S. 223

2. Verbesserung der Verteidigungskapazitäten des Landes und Entwicklung der Militärindustrie;
3. Selbstversorgung in der Landwirtschaft und Erweiterung der wissenschaftlichen Forschung;
4. Planung für einen Wohlstand auf breiter gesellschaftlicher Basis;
5. Liberalisierung des internationalen Handels für bestimmte Konsumgüter;
6. Beteiligung des Privaten Sektors am Wiederaufbau.

Jedoch wurde ausdrücklich festgelegt, dass die USA und die UdSSR weiterhin Gegner und Feinde des Islams und der Islamischen Republik seien.²¹¹ Soziale Gerechtigkeit, die ein stetiger Fokus der Revolution war, wurde von der Prioritätenliste in dieser Phase gestrichen.²¹² Es gab einige Gründe für die Abkehr der Politik von der ursprünglichen Ideologie des Regimes: Die oftmals ausgesprochenen Phrasen, wie Selbstversorgung, „weder West noch Ost“ und der Export der Revolution waren nicht mehr Punkte der Tagesordnung.²¹³

Knapp ein Jahr nach dem Beginn dieser Aufbauphase starb Ayatollah Khomeini im Juni 1989 und Ayatollah Khamenei wurde zu seinem Nachfolger ernannt. Kurze Zeit später (August 1989) wurde Hodjatoleslam Rafsandjani zum 1. Staatspräsidenten nach der Verfassungsänderung gewählt. Es ist der Beginn der „Zweiten Republik“, die die Phase des Wirtschaftlichen Liberalismus im Iran einläutet.

²¹¹ Diese Direktive wurde die Basis für die Revision des ursprünglichen Fünfjahresplans und der nachträglichen neu revidierten Version, die von der Regierung, vom Premierminister Mussavi gleich nach dem Waffenstillstand verfasst war, der als der Mussavi-Plan bezeichnet wurde.

²¹² Vgl. Amirahmadi, H. (1991): *Economic Transition*, S. 241

²¹³ Vgl. Morady, F. (1996): *Oil*, S. 19-20

3.1.2. Grundsatzdebatte der Fraktionen über den Wiederaufbau

Unmittelbar nach dem Waffenstillstand war die Frage der zukünftigen Wirtschaftsordnung Gegenstand von heftigen Debatten in der *majles* und wurde im Wesentlichen von den folgenden drei Vorschlägen dominiert:

1. Die *Politik der Offenen Tür*, mit der Beteiligung des inländischen Privaten Sektors und ausländischer Investitionen am Wiederaufbau.
2. Die Strategie der *Selbstversorgung* mit extensivem staatlichem Eingriff und Wiederaufbau mit eigenen inländischen Mitteln.
3. Die „*Kombinierten*“ Strategie, auch „*mixed-approach*“ genannt, verschmolz die beiden zuerstgenannten Vorschläge.²¹⁴

In den folgenden drei Kapiteln werden diese Vorschläge und ihre politischen Vertreter dargestellt.

3.1.2.1. Die populistische Tendenz der Radikalen

Die „linke“ Fraktion, die aus radikalen Strömungen bestand und von Ex-Premierminister Mussavi angeführt war, strebte eine vom Staat kontrollierte Wirtschaft an und forderte die strikte Einhaltung islamischer Gesetze. Sie lehnten die Liberalisierung der Wirtschaft sowie die Öffnung des Landes gegenüber dem Westen ab. Diese Fraktionen, überwiegend die Radikalen, waren der Ansicht, dass die Geschwindigkeit des Wiederaufbaus gemächlicher sein sollte. Das Land sollte in Industrien investieren, die es dazu braucht, um die Materialien für den Wiederaufbau zu erzeugen – wie z.B. Zement, Stahl und Maschinenbauindustrie – oder soziale Dienstleistungen, um den Bedürftigen zu helfen.

²¹⁴ Vgl. Behdad, S. (2000): Economic Liberalism, S. 104

Demnach sollte der Wiederaufbau überwiegend durch inländische Ressourcen, am besten durch selbst produzierte Waren, vollzogen werden. Ebenso sahen sie keinen Bedarf an ausländischen Devisen, um die Situation in der Landwirtschaft und Kleinindustrie zu verbessern. Ihrer Ansicht nach sollten die Menschen, die extreme Härte während der letzten 10 Jahre ertragen mussten, noch ein wenig länger auf die Verbesserung ihres Lebensstandards warten können.

Weiterhin sollte sich die Regierung statt der Verstärkung des Privaten Sektors in der Entwicklung von Kooperativen in der Produktion und den Aufgaben der Distribution bemühen.²¹⁵ Die Regierung sollte die Politik der Selbstversorgung mit Maßnahmen der Protektion der inländischen Produktion verfolgen und nicht der Versuchung der schnellen Lösungen ihrer Probleme durch eine *Politik der Offenen Tür* verfallen. Es wurde befürchtet, dass das Land schnell wieder in die Fänge von ausländischen Regierungen und Unternehmen geraten könnte, speziell in die der multinationalen Konzerne.²¹⁶

Die Radikalen befürworteten außerdem Preiskontrollen, Subventionen und Rationierungen der Grundnahrungsmittel und waren gegen die Privatisierung der öffentlichen Industrien. Außerdem sollte aus wirtschaftlichen Beweggründen der Rial nicht entwertet werden. Die Entwertung des Rial, so deren Befürchtung, würde die Preise der Importe erhöhen, dabei aber keine Auswirkung auf die Exporte der Nicht-Ölprodukte des Landes haben, welche die Hauptzielsetzung in der iranischen Wirtschaft waren. Demnach würden die Handelsdefizite steigen und als Konsequenz die Inflation, von der die ärmsten Bevölkerungsschichten besonders betroffen sein würden, weiterhin steigen. Nur der Staat könne dies vermeiden und müsse deshalb die entscheidende Rolle in der Wirtschaft spielen. Die soziale Gerechtigkeit sei wichtiger als der kurzfristige wirtschaftliche Erfolg des Iran.

Die radikalen Gruppierungen befürworteten höhere Verteidigungsausgaben; sie sahen militärische Stärke als weiterhin effektivstes Instrument in der Außenpolitik an und misstrauten dem Irak in seinen selbst erklärten friedlichen Zielen. Zeitgleich sollte der Staat seine stillgelegten produktiven Kapazitäten revitalisieren und sein Militär wieder

²¹⁵ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition. S. 244

²¹⁶ Die Politik der „offenen Tür“ wurde in Ägypten nach Nasser als *enfitah* bekannt, dieser hat die ausländische Abhängigkeit Ägyptens erhöht und die Ungleichmäßigkeiten in der Einkommensverteilung verstärkt und dabei für eine Minderheit einen Konsummarkt geschaffen und, relativ gesehen, den Standard der Industrialisierung reduziert.

aufbauen, sofern die Armee der Islamischen Republik der des Iraks in Stärke Einhaltung bieten sollte.²¹⁷

3.1.2.2. Verfechter der liberalistischen Politik um Rafsandjani

Für die Gruppierung der „Moderaten“, eine Kombination aus Konservativen und Pragmatikern, geführt von Staatspräsident Rafsandjani, hatte das wirtschaftliche Wachstum höchste Priorität. Es wurde argumentiert, dass in der neuen Weltordnung wirtschaftliche Stärke die effektivste Waffe in der internationalen Diplomatie sei.²¹⁸ Wirtschaftliches Wachstum war ebenso von größerer Wichtigkeit, da der Staat in einer absehbaren Zeit ca. 4-5 Mio. Arbeitsplätze schaffen und die explodierenden Preise kontrollieren musste. Der Bedarf an Ressourcen für den Wiederaufbau sei demnach enorm und inländische Ressourcen seien für diese Aufgabe nicht ausreichend. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Islamische Republik sehr wenig ausländische Hilfe in Anspruch genommen und war grundsätzlich von inländischen Ressourcen abhängig. Doch die Vertreter einer *Politik der Offenen Tür*, überwiegend Konservative mit Beziehung zum Bazar, argumentierten, dass die *Politik der Selbstversorgung* nicht für den Bereich des Wiederaufbaus greife, da das Land sich schnell fortbewegen müsse und die Not groß sei. Sie behaupteten, dass die Menschen Opfer gebracht hätten und nun nicht mehr länger warten wollten, um eine Verbesserung ihres Lebens zu sehen.²¹⁹ Investitionen in Projekte mit schnellem Ertrag und Leistung für den unmittelbaren Wohlstand der Bevölkerung sollten höher eingestuft und bevorzugt werden gegenüber langfristigen Projekten.²²⁰

Die so genannte „moderate“ Fraktion war liberaler in ihrem Ansatz zu Wirtschaft und Politik, speziell befürwortete sie eine privatisierte Wirtschaft, aktive Einmischung in das internationale Weltgeschehen und relative politische Freiheit. Die Verfechter der *Politik der Offenen Tür* waren im wesentlichen Pragmatiker und Technokraten in den Regierungskreisen, gestützt von den *basaaris*, also den Kaufleuten und Unternehmern.

²¹⁷ Vgl. Ehteshami, A. (1993): Liberalization, S. 234

²¹⁸ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition, S. 242

²¹⁹ Die Anhänger dieser Fraktion bezeichnen ihre Politik als „Goshayesh“, was soviel wie „Linderungspolitik“ heißt.

²²⁰ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition, S. 243

Der freie Markt war das angestrebte Ziel dieser Strategie, mit einer umgehenden Aufhebung von Restriktionen und Markteingriffen des Staates.

Die Konservativen als Teil der Gruppe der „Moderaten“ argumentierten, dass der Private Sektor durch steuerlich-monetäre Anreize dazu bewegt werden solle, Verantwortung und Risikobereitschaft zu zeigen und Initiative zu ergreifen. Sie waren gegen Preiskontrollen, rationierte Märkte und Subvention, sie begrüßten Lohnkontrollen, die Entwertung des Rial auf das Niveau des Schwarzmarkts, die Schließung von verlustmachenden staatlichen Unternehmen und den Verkauf der verstaatlichten Industrie an den Privaten Sektor. Ein schnelles Wachstum erfordert ebenso – aus deren Sicht – den Einsatz von ausländischen Ressourcen und Wissen.²²¹

3.1.2.3. Der „Mixed-Approach“-Strategie als Lösung

Ayatollah Ali Khamenei, der neue Revolutionsführer der Islamischen Republik und Nachfolger des am 3. Juni 1989 verstorbenen Ayatollah Khomeini, ist dafür bekannt, dass er ähnliche Ansichten vertrat, bevor er dieses Amt antrat. Demnach ist er eher dem pragmatischen Lager zuzuordnen, was wiederum seine Nähe zu Rafsandjani erklärt. Diese Positionen waren in den politischen Gruppen jedoch nicht fest verankert. Ihre Mitglieder haben stets sich von rechts nach links oder von links nach rechts bewegt, um jeweils ihr politisches Überleben zu gewährleisten.²²²

Im Gegensatz zu diesem „mittleren Kurs“ der Entwicklung standen „der westliche Kapitalismus“, der wiederum ungerecht und ausbeuterisch sei, und der „östliche Kommunismus“, der „die private Initiative töte“, und „den Abstand zwischen Staat und Bevölkerung vergrößere“.²²³ Auch Hossein Mussavi, der frühere Premierminister und Berater von Präsident Rafsandjani, der dafür bekannt war, die radikale Position zu vertreten, zeigte jedoch bei Zeiten auch Flexibilität bei der Akzeptanz von überwiegend moderaten und pragmatischen Maßnahmen. Das Ergebnis war eine Kombination, bei welcher der Private Sektor eine wichtige Rolle spielte, der Staat aber weiterhin starke wirtschaftliche Kontrollfunktionen innehielt.

²²¹ Vgl. Afrasiabi, K. L. (1997): After Khomeini, S. 30-32

²²² Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 25

²²³ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition, S. 245

Der Staat sollte die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft aktiv gestalten und beim Wiederaufbau mitwirken. Im Hinblick auf die bis dahin starken Eingriffe des Staates sollte die Liberalisierung nicht plötzlich vollzogen und die Märkte schrittweise auf die freien Kräfte vorbereitet werden, vor allem durch einen langsamen Abbau der gewaltigen Subventionierungen.²²⁴ Dadurch würden einige Aktivitäten oder sogar ganze Sektoren sich verkleinern und andere würden expandieren, da die Ressourcen nun dahin fließen könnten, wo die höchste Effizienz und Profitabilität erreicht wird. Es wurde eine „strukturelle Anpassung“ erwartet. Die Befürworter der ökonomischen Liberalisierung und strukturellen Anpassung bemerkten, dass diese Maßnahmen in Richtung von mehr Transparenz (saffafiyat) bei Markttransaktionen dazu führe, dass die Richtung des Flusses der Ressourcen klarer werde. Im Ergebnis sollte mehr exportiert und weniger importiert werden, und dafür eine höhere Produktion und geringere Arbeitslosigkeit erreicht werden.²²⁵

Die neue, kombinierte Strategie, nun geführt von Präsident Ali Akbar Hashemi Rafsandjani, beinhaltet auch eine teilweise marktorientierte und teilweise Planungsvorsätzen folgende Politik, bei welcher der Öffentliche, Private und Kooperative Sektor koexistieren. In diesem „kombinierten Ansatz“ trägt der Öffentliche Sektor die Dominanz bei den Industrien und Minen, dem Bankensystem, dem Export, einigen sozialen Dienstleistungen und der gesamten Infrastruktur, während die anderen beiden Sektoren sich im Wohnungsbau, der Landwirtschaft, den Kleinindustrien und Produktionsanlagen, den Importen und den Dienstleistungen, dem Konsum und der Verteilung der Güter betätigen.

Die Befürworter dieser Strategie sind auch zu einem gewissen Grade für eine politische Öffnung und haben eine positive Einstellung gegenüber den ausgebildeten Iranern, die außerhalb des Landes (Exilierte und selbst Exilierte) leben. Der kombinierte Ansatz ist ebenfalls geprägt von einer Außenpolitik der Nichtkonfrontation, die auf wirtschaftlicher und militärischer Stärke basiert und ebenso versucht, die Islamische Revolution zu exportieren, aber mehr durch Vorbildfunktion statt durch Gewalt. Dieser Gedankengang ist eine Konsequenz aus der internationalen Isolation des Iran. Der kombinierte Weg sah offene Beziehungen zum westlichen und östlichen Ausland vor. Dabei sollten kurz- und

²²⁴ Vgl. Amirahmadi, H. (1990): War Damage, S. 38

²²⁵ Vgl. Behdat, S. (2000): economic liberalism, S.109. Behdat prägte den Begriff der Strukturellen Involution.

mittelfristig auch finanzielle Hilfen und Investitionen des Auslands angenommen werden.²²⁶

3.1.2.4. Prioritäten und Kapitalbedarf des Wiederaufbaus

Nachdem die Grundrichtung der Wirtschaft gefunden war, sollten zunächst die konkreten Prioritäten für den Wiederaufbau festgestellt werden. Die bisher genutzten und erhältlichen Ressourcen waren nicht ausreichend, um alle Nöte zu beheben. Die Staatserträge bestanden zu 90 % aus Erdölverkäufen, die wiederum bei den damaligen Erdölpreisen und der durch den Krieg dezimierten Förderkapazitäten nicht über 12 Mrd. US\$ versprachen. Es wird daher deutlich, wie sehr ausländische Devisen tatsächlich fehlten, um zunächst nur die Prioritäten zu behandeln. Die folgenden vier Punkte wurden festgelegt:

1. Wiederaufbau der Armee, sowohl als politische Institution als auch im Sinne der technischen Ausstattung und des Materials, gerade im Hinblick auf die irakische Bedrohung;
2. Wiederbelebung der Wirtschaft;
3. Schaffung von Wohlstand für die Gesamtheit der Bevölkerung, besonders für jene Familien, die durch den Krieg besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden;
4. Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete.²²⁷

Speziell der zuletzt genannte Punkt hatte für die Regierung eine hohe Priorität für die Wiederaufbaubemühungen:

- Die Infrastruktur sollte instand gesetzt und erweitert werden (z.B. wissenschaftliche und technologische Forschung, Kraftwerke, Straßen und Häfen).

²²⁶ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): *Economic Transition*, S. 245

²²⁷ Vgl. Amirahmadi, J. (1990): *War Damage*, S. 38-39

- Die Erdölindustrie sollte wieder aufgebaut werden, wie Erdölbohrungen, Raffinerien, die Petrochemie als Ganzes und die Erdölexportfazilitäten sowie Pipelines.
- Die Landwirtschaft und ihre notwendige Infrastruktur sollte entwickelt werden, d.h. der Ausbau von Dämmen und Kanälen.
- Die Industrie für den Hausbau wie Zement- und Glasfabriken, sollte wieder aufgebaut und erweitert werden.
- Die Hauptindustrieweige wie Stahl- und Maschinenbauanlagen sollten wieder hergestellt werden²²⁸

Die soziale Gerechtigkeit wurde zu Gunsten der schnellen Wiederbelebung der Wirtschaft, gegen den Willen der radikalen Gruppen, aus der Liste der Prioritäten gestrichen. Es zeichnete sich eine Wirtschaftspolitik ab, die der Steigerung des Wirtschaftswachstums hohe Bedeutung beimaß. Die Regierung musste in angemessener Zeit 4 bis 5 Mio. Arbeitsplätze schaffen sowie die ständig steigenden Preise und die Inflation unter Kontrolle bekommen. Der Staat musste die bestehenden und nicht genutzten Kapazitäten revitalisieren, die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen und das Militär der Islamischen Republik wiederaufbauen, um ein Gegengewicht zu der starken irakischen Armee zu schaffen.

Eine der Grundvoraussetzungen für den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung des Irans ist der industrielle Input (wie Rohstoffe, Halbfertigerzeugnisse, Maschinen und Technologie), der zu einem großen Teil importiert werden musste. Die iranische Industrie war zu 65 % ihres Inputs von internationalen Importen abhängig. Der Bedarf an ausländischen Devisen für die jährliche Versorgung der Industrie betrug 6,5 Mrd. US\$. Nur ein kleiner Teil des militärischen Bedarfes konnte aus inländischer Produktion gedeckt werden. Der Jahresbedarf an Devisen für den Import von Ersatzteilen und der Ausstattung des Militärs betrug umgerechnet ca. 3 US\$ Mrd. Zusammen mit den benötigten und subventionierten Nahrungsmittelimporten sowie den Kosten für das Außenministerium, Auslandsstipendien und ähnlichem kam ein Gesamtbedarf in ausländischer Währung von jährlich 15 US\$ Mrd. zustande. Anhand dieser Zahlen wird

²²⁸ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): *Economic Transition*, S. 246

deutlich, dass die im Jahre 1989 zu erwartenden Devisenerträge aus Erdölexporten von 12 Mrd. US\$ bei weitem nicht ausreichten und ausländische Devisen benötigt würden.²²⁹

3.1.2.5. Beginn der Liberalisierungsphase unter Mussavi

Nach dem Waffenstillstand erfolgte erwartungsgemäß der erste konkrete Schritt in Richtung einer Deregulierung, die den Interessen der mächtigen *basaaris* entsprach, und die Aufhebung der Importrestriktionen auf viele Luxus- und Konsumgüter ermöglichte. Dem folgte im April 1989 die Ankündigung der Privatisierung aller nicht-strategischen staatlichen Unternehmen.²³⁰ Ein weiterer wichtiger Punkt war die Aufnahme von Kapital aus dem Ausland. Die Regierung Mussavi versuchte, die Entscheidung in diesem Punkt hinauszuzögern. Mit dem immer mehr beschleunigten Wiederaufbau musste auch diese Frage geklärt werden. Als eines der wenigen Länder der Welt war der Iran schuldenfrei und genoss einen guten Ruf für pünktliche Zahlungen und damit eine hohe Kreditwürdigkeit. Die Macht des Premiers war jedoch nicht groß genug und auch die Entschlossenheit nicht vorhanden, um die Macht der radikalen Gruppierungen im *majles* zu brechen und gleichzeitig die von den *basaaris* geforderten Maßnahmen durchzusetzen.²³¹

Die Ungewissheit in der Wirtschaft wurde durch die lange Phase von über einem Jahr zwischen dem Waffenstillstand und dem endgültigen Frieden verstärkt und verschlechterte die Position der Regierung Mussavi zunehmend.²³² Er plante ursprünglich, den wirtschaftlichen Wiederaufbau in drei Phasen voranzutreiben.

- Die erste Phase würde die Wirtschaft in ihrer normalen Funktion wieder herstellen, indem die Ressourcen und Kräfte bis aufs Äußerste in die bestehenden Produktionsanlagen, Infrastruktur usw. fließen würden.

²²⁹ Vgl. Amirahmadi, H. (1990): War Damage, S. 37-38

²³⁰ Vgl. Amirahmadi, H. (1994b): Prospects, S. 112-113; sowie Amirahmadi, H. (1991): Transition, S. 267

²³¹ Vgl. Ehteshami, A. (1993): Liberalization, S. 226-227

²³² Vgl. Petrossian, V. (1990): Special Report Iran, S. IV-V

- In der zweiten Phase sollten die Erträge aus dem Erdöl zur Erreichung des wirtschaftlichen Wachstums und eines höheren Pro-Kopf-Einkommens verwendet werden.
- In der letzten Phase sollte der Wachstumsprozess konsolidiert werden und zur Unabhängigkeit von Erdölexporten führen.

Der Mussavi-Plan wurde intensiv im Parlament diskutiert, doch bevor er zum Gesetz wurde, wurde die Regierung abgelöst. Die Wiederwahl des Premierministers Mussavi im Mai 1988 stellte sich als nur kurzer Erfolg heraus. Bereits im August 1989 wurde sein Amt auf Initiative des damaligen Parlamentssprechers Haschemi Rafsandjani und mit der Unterstützung des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini per Verfassungsänderung aufgehoben. Doch in seiner kurzen Phase als Premierminister des Irans nach dem Waffenstillstand hat Mussavi zumindest die Liberalisierung eingeläutet.²³³

3.2. PRAGMATISMUS UNTER RAFSANDJANI

Mit dem Ableben von Ayatollah Khomeini wurde Ayatollah Khamenei neuer Revolutionsführer. Nach einer Verfassungsänderung wurde zudem Rafsandjani erster Staatspräsident der Islamischen Republik mit erweiterter Machtbefugnis. Durch eine Allianz zwischen Khamenei und Rafsandjani wurde die Reform der Politik Realität und die Phase des Islamischen Populismus durch die Phase des Wirtschaftlichen Liberalismus abgelöst. Die globalen Veränderungen und der Zerfall des Ostblockes begünstigte die pragmatische Neuorientierung in der klerikalen Führung. Es liegt nahe, die Veränderungen, die sich im Iran abspielten, mit denen Gorbatschows Perestroika zu vergleichen. In der Literatur wird auch von der „Perestroika“ Rafsandjanis und der „Zweiten Republik“ gesprochen. Im Folgenden wird dieser bedeutsame Prozess dargestellt und die Zusammenhänge erläutert.

²³³ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition, S. 251

3.2.1. Die „Perestroika“ von Rafsandjani

Haschemi Rafsandjani übernahm die Regierungsgeschäfte im Juli 1989. Das neue pragmatische Kabinett von Präsident Hashemi Rafsandjani entschied, dass es härtere, flexiblere und stärker marktorientierte Pläne benötigte. Der neue *majles* war größtenteils gewillt, den Präsidenten bei seinem neuen Plan zu unterstützen. Der Plan beabsichtigte die Schaffung einer „gemischten“ Wirtschaft, in welcher die Rolle des Privaten Sektors weiter wachsen sollte, während der Öffentlich Sektor sich auf strategische Sektoren beschränkt. Dieser von nun an „Haschemi“-Plan genannte Entwurf wurde von der *majles* am 31. Januar 1990 verabschiedet.²³⁴ Im Folgenden wird verdeutlicht, wie Pragmatismus in der Wirtschaftspolitik der theokratischen Elite Realität wurde.

3.2.1.1. Der Mussavi-Plan wird „Haschemi“-Plan

Der Plan, der von der Rafsandjani-Administration dem Parlament vorgeschlagen wurde, war eine umfassend revidierte Version eines vorher von Premierminister Hussein Mussavi vorgelegten Planes, der von nun an als *Haschemi*-Plan bezeichnet wurde, vollzogen und an den *majles* im August 1989 überreicht. Der *Haschemi*-Plan sah bedeutende Veränderungen in einer Anzahl der Maßnahmen, speziell der quantitativen Zielgrößen vor. Ebenso wie der Mussavi-Plan sah der Hashemi-Plan die Theorie des Wachstums in Phasen vor, aber entgegen seines Vorgängers setzte er eine stärkere Betonung auf wirtschaftliches Wachstum durch Erhöhung der industriellen Produktionen.²³⁵

Der neue Plan unterschied sich nicht nur aufgrund der neuen wirtschaftlichen Überlegungen und Unterschiede in der wirtschaftlichen Philosophie zwischen Ex-Premierminister Mussavi und Präsident Rafsandjani, sondern auch aufgrund der dramatischen Ereignisse in der Sowjetunion und Osteuropa hatte sich die internationale

²³⁴ Vgl. Amuzegar, J. (1994): Islamic Republic, S. 316-317

²³⁵ Auf den ersten Blick sieht es so aus, dass die Zahlen lediglich um ca. 1 % erhöht sind, so z. B. die Investitionen von 12.478 Milliarden Rial statt vorher 11.869 Milliarden Rial im Mussavi-Plan.

politische Szene geändert. Die Mussavi-Regierung hatte sich wegen ihrer ideologischen Ausrichtung überwiegend auf Kooperationen mit der damaligen Sowjetunion, den osteuropäischen Staaten, China und Nordkorea konzentriert, während der Rafsandjani-Plan vorsah, über die Kooperation mit den Sowjets hinaus auch mit anderen Staaten zu kooperieren, um an Kapital und Technologie zu gelangen.²³⁶

Diese Reformen beinhalteten die Öffnung gegenüber dem Westen, sogar gegenüber den USA. Die Bürokratie sollte „abgespeckt“, verlustmachende Betriebe abgestoßen und die ausländische Hilfe angenommen werden. Die Reformen und der Wiederaufbauplan verursachten natürlich Kosten. Die Gesamtkosten des Planes wurden auf 394 Mrd. US\$ mit einem Anteil ausländischen Kapitals von 119 Mrd. US\$ geschätzt. Die Regierung sah Währungseinnahmen aus Erdöl- und Erdgasverkäufen über die gesamte Plandauer von 83 Mrd. US\$ vor.

Die Entwicklung in der ehemaligen UdSSR unter der *Perestroika* Gorbatschows diene als Leitbild. Rafsandjanis *Perestroika* sah die Öffnung des Irans gegenüber den Marktmechanismen der Welt vor. Die Erhöhung der Steuern, Subventionskürzungen, Vereinheitlichung der Wechselkurse und Angleichung der Löhne an die Produktivität werde Ablehnung in der Bevölkerung erzeugen und kurzfristig die Inflation und Arbeitslosigkeit erhöhen. Doch die Notwendigkeit dieser Reformen wurde weitgehend akzeptiert. Wichtige Kürzungen der Subventionen auf Konsumgüter sowie die Bemühung um die Privatisierung der Unternehmen wurden allerdings effektiv durch den *majles* blockiert.²³⁷

3.2.1.2. Pragmatisch-wirtschaftliche Ausrichtung des Kabinetts

Nach einem Jahrzehnt der aktiven Interventionen des Staates in die Wirtschaft verschob sich die *balance of power* innerhalb der Wirtschaft, weg von den *mostasaffin*, den *Unterdrückten*, und hin zu der Bourgeoisie und ihrer verbündeten Mittelklasse. Dieser Trend wird verstärkt durch die Deregulierung der Preise auf Lebensmittel und andere Güter sowie Dienstleistungen. Die Bedeutung des Planes lag aber nicht vorrangig in den

²³⁶ Vgl. Amuzegar, J. (1992): *Iranian Economy*, S. 424

²³⁷ Vgl. Amirahmadi, H. (1994c): *Oil*, S. 189

gesetzten ökonomischen Zielen, sondern vielmehr in der politischen Mission, die im Plan steckte. Dieser Plan, der als *Stabilitätspolitik der Wirtschaft* bekannt wurde, stellte einen Wendepunkt in der Wirtschaftspolitik der politischen Führung Irans dar. Denn die Ratifizierung und Durchsetzung dieser Politik hätte eine Abkehr von der bis dahin herrschenden dirigistischen bzw. etatistischen Wirtschaftspolitik bedeutet.²³⁸ Dementsprechend war die Durchsetzung des Planes mit den Veränderungen der Kräfteverhältnisse innerhalb der politischen Führung des Landes verbunden. Die sozialradikale Fraktion um den früheren Ministerpräsidenten Mussavi, die eine stark dirigistische Wirtschaftspolitik vertrat, wurde entmachtet und an den Rand der politischen Hierarchie gedrängt. Dies geschah durch eine stille Koalition zwischen der rechtskonservativen Geistlichkeit und der pragmatisch orientierten Strömung um den Staatspräsidenten Hashemi Rafsandjani. Verschiedene Faktoren, darunter der Tod des religiösen Führers Ayatollah Khomeini, aber auch die richtige kooperative Führung um die Achse Rafsandjani/Khamenei, erlaubten die Einführung eines radikalen Wandels in der Wirtschaftspolitik.

Sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments gab es auch Fraktionen und Gruppierungen, die sehr einflussreich waren und der Beteiligung ausländischen Kapitals sehr skeptisch gegenüberstanden. Es wurde Kritik aus diesem Lager spürbar, das die Reformen als „*anti-poor*“ bezeichnete, also als gegen die Armen gerichtet. Rafsandjanis Wahl der Minister zeigte eine starke Bevorzugung von Technokraten, jedoch auch eine gewisse Kontinuität des Vergangenen. Viele der Personen, die in seinem so genannten „Reconstruction-Kabinett“ mitarbeiteten, hielten schon ähnliche Ämter unter Premierminister Mussavi in dem vorhergehenden Kabinett. Diese Kontinuität untermauerte die Stabilität in seinen Amtshandlungen, während er den Weg der wirtschaftlichen Erneuerung suchte.²³⁹ Das neue pragmatische Kabinett beschloss eine klare und durch die erweiterte Macht des Staatspräsidenten auch akzeptierte Strategie, die Transparenz, Flexibilität und Marktorientierung zum Inhalt hatte. Die Regierung hoffte mit der finanziellen Hilfe der Erträge aus dem Erdöl, die kurz- und mittelfristiger Verschuldung bei ausländischen Banken und den inländischen Ressourcen des Privaten

²³⁸ Vgl. Saadatmand, Y. (1991): continuity, S. 185-186

²³⁹ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 102

Sektors die Wirtschaft des Landes auf eine stabile Grundlage zu stellen.²⁴⁰ Der neue Plan betonte das Wachstum und die Industrialisierung durch Importsubstitution, gestützt durch die Ausnutzung sämtlicher inländischer Ressourcen, der Aufhebung aller Engpässe in der Wirtschaft und der vollen Auslastung der bestehenden Kapazitäten durch stärkeren Import von Halbfertigerzeugnissen.²⁴¹

3.2.1.3. Abkehr vom Islamischen Populismus in der „Zweiten Republik“

Obwohl die Wirtschaftspolitik der „Zweiten Republik“ konsistent war mit den internationalen Trends in Richtung wirtschaftlicher Liberalisierung, war es im Falle des Irans aber auch eine Mischung aus politischen und wirtschaftlichen, inländischen und ausländischen Einflüssen, die den Weg geebnet hatten. Der Umstand, dass der staatliche Sektor gegen Ende des Krieges mehr oder weniger gescheitert war, führte die Hoffnung verstärkt in Richtung des Privaten Sektors. Dies wiederum ermöglichte ein Umdenken im Bewusstsein der Elite, wodurch dieser radikale Wandel nun formuliert wurde. Seit seiner Berufung in das Amt des Präsidenten der Regierung 1989 hat Ali Hashemi Rafsandjani sich stetig entfernt von Ideologie in Richtung auf mehr Pragmatismus. Die wirtschaftspolitischen Veränderungen in der Islamischen Republik Iran gingen jedoch weiter als in anderen Dritte-Welt-Ländern. Die Verantwortlichen in der Islamischen Republik kamen zu der Einsicht, dass die enormen wirtschaftlichen Probleme für den Iran bedrohlich seien. In der Führung war nun weniger Ideologie, aber dafür mehr wirtschaftliche Orientierung erkennbar.²⁴²

Wenn es nun ein „Islamisches Modell der Entwicklung“ im revolutionären Iran gab, kann man den Zeitpunkt für den Abschied hiervon 1989 setzen. Die Führung entschied sich für eine tiefere Integration in das System des internationalen Kapitalismus, um sich dabei auch dem Wiederaufbau der geschädigten Wirtschaft zu widmen und dabei auf größere Inanspruchnahme der privaten inländischen und ausländischen Ressourcen zurückzugreifen. Entsprechend stärkte diese neue Politik die kapitalistischen Unternehmen und förderte ihren profitorientierten Geist des privaten Unternehmertums. Dies wiederum

²⁴⁰ das „neue“ Kabinett bestand zum Teil aus den alten Mitgliedern. Vgl. Ehteshami, A. (1993): *Liberalization*, S. 321-323

²⁴¹ Vgl. Amirahmadi, H. (1994b): *Prospects*, S. 113

hatte gleichermaßen eine signifikante Auswirkung auf die *balance of power* innerhalb der sozialen Klassen der iranischen Gesellschaft.²⁴³

Trotz aller Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten bedeutete die Einführung der Reformen zumindest einen ersten Schritt zur Schwächung ideologischer Bestimmungsfaktoren und zur Stärkung des Einflusses der „Technokraten“ und „Pragmatiker“ sowie eine begrenzte Ent-ideologisierung des Wirtschafts- und Politikbereiches. In diesem Kontext können die Wirtschaftsreformen im weitesten Sinne als der Übergang von der populistisch-idealistischen Politik zu einer pragmatischen Orientierung bezeichnet werden, während nun nach den Reformjahren ein Übergang vom Pragmatismus zum Pluralismus in Ansätzen erkennbar war. Ein weiterer Beweggrund war der durch den Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaft in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern ausgelöste Schock, der die politische Führung von einer Fortsetzung der vom Staat dominierten Wirtschaftspolitik abschreckte und sie zu einer Umorientierung in der Wirtschaftspolitik zwang. Es liegt nahe, die Veränderungen, die sich im Iran abspielten, mit der Perestroika von Gorbatschow zu vergleichen.²⁴⁴

3.2.1.4. Islamisch-revolutionäre Prinzipien der Reformen

Während der Revolution von 1979 war es Ayatollah Khomeinis Ziel, alle sozialen, wirtschaftlichen, erzieherischen, militärischen und politischen Institutionen zu einer islamischen Institution umzuwandeln. Daher war auch das Argument zutreffend, dass Ayatollah Khomeinis „soziale“ Revolution eigentlich eine kulturelle Revolution war – und ein Versuch, alle säkularen und modernen Aspekte der iranischen Kultur zu einer islamischen umzuwandeln. In diesem Sinne war die wirtschaftliche Entwicklung bestenfalls nur ein sekundäres Ziel.

Die neue Zeit nach Ayatollah Khomeini veränderte die fanatischen Ansichten des letzten Jahrzehnts. Die wirtschaftlichen Ziele hatten nun einen wesentlich höheren Stellenwert und die Industrialisierung wurde als eine wichtige Komponente des Gesamtziels für die

²⁴² Vgl. Amirahmadi, H. (1994b): prospects, S. 135

²⁴³ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 100

²⁴⁴ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 100-102 und Kooroshy, J. (1999): Revolution, S. 44 – 45

Gründung und dem Aufbau einer islamischen Gesellschaft gesehen. Die islamische Regierung war nun überzeugt, dass religiöse Ziele nicht ohne Industrialisierung Realität werden können. Privatisierung und andere Veränderungen wurden nun vom islamischen Regime als ein Schritt in Richtung ihrer idealen islamischen Gesellschaft angesehen und somit nicht mehr als unislamisch verdammt. Die Liberalisierungspolitik, die die islamische Regierung unternahm, stand nicht im Gegensatz zum Islam und seinen wirtschaftlichen Prinzipien. Tatsächlich wird argumentiert, dass gerade diese neue Politik mehr *islamisch* ist, als die wirtschaftlichen Maßnahmen zu Beginn der islamischen Revolution. Dieser Liberalisierungsprozess ist durch seinen kapitalistischen Charakter geprägt, d.h. aber auch, dass der Islam nicht grundsätzlich anti-kapitalistische Merkmale in sich trägt.²⁴⁵

Im Dezember 1988 wurden die Auflagen für die Gründung von politischen Parteien verabschiedet. In wenigen Wochen meldeten sich 29 Gruppen und Gesellschaften an, um nach den Bedingungen des Innenministeriums politisch aktiv an der Neugestaltung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung teilzunehmen. Die neue Regierung entschied sich jedoch aus Furcht vor einer zu starken Reformierung gegen die politische Öffnung und hatte sich dagegen verwahrt, die Kanäle für die politische Opposition zu öffnen. Sie glaubte, dass sofern die wirtschaftlichen Kanäle der Selbstverwirklichung bestehen, es keinen Bedarf für politische Reformen mehr gebe. Die Entwicklung von Teilen einer neuen Klasse auf der Herrschaftsebene oder die Rückkehr der alten Herrschaftsklasse jedoch erhöht den Druck für politische Reformen. So war klar, dass falls die wirtschaftlichen Reformen nicht fruchteten, der Druck für Änderungen auf politischer Ebene sich noch verstärken würde. Die Regierung war der Ansicht, dass sie sich der Unterstützung der Mittelklasse nur solange gewiss sein konnte, sofern sich neben der Regierung selbst als Alternative nur noch die Fundamentalisten ergeben.

Aus dieser Überzeugung rührt auch die Intoleranz gegenüber den Widersachern, sei es den Linken, den Monarchisten, den Liberalen, den Nationalisten oder anderen, die sich als Alternative zum Regime präsentierten. So ist mit der wirtschaftlichen Liberalisierung und der marktorientierten Politik nicht eine politische Reform einhergegangen, da sie eine Bedrohung für das gesamte System darstellen würde.²⁴⁶

²⁴⁵ Vgl. Hosseini, H. (1995): Rafsandjani's Perestroika S. 169-180

3.2.2. Die Verbesserung der Auslandsbeziehungen

Seit dem Waffenstillstand nach dem Golfkrieg von 1980–1988 und speziell nach der Wahl von Präsident Rafsandjani 1989, versuchte die iranische Regierung auf indirektem Wege die Beziehungen zu den USA und zum Westen zu normalisieren; teilweise erfolgte diese Absicht auch unter dem Aspekt, den Weg für internationale Finanzhilfen im Rahmen der Wiederaufbaubemühungen zu ebnen. Die Beendigung des Kalten Krieges 1989 erforderte ebenso eine Neupositionierung im globalen Kontext. Die klerikale Führung wollte nun durch wirtschaftliche Stärke überzeugen und suchte die Anbindung an die Weltgemeinschaft. In diesen Kapiteln werden diese Verlagerungen in den Beziehungen erläutert.

3.2.2.1. Die Handelsbeziehungen zum Ausland seit 1990

Sowohl die Revolution als auch der Krieg beeinflussten die iranischen Außenhandelsbeziehungen und die Zusammensetzung ihrer Handelspartner. Es war erklärte Präferenz der Islamischen Republik, Handel mit der Dritten Welt zu treiben und den Handel mit dem Westen volumenmäßig einzuschränken.²⁴⁷ Vor der Revolution stammten 85 % der Handelspartner aus OECD-Ländern. Dieser Anteil sank auf 60 % in 1989. Während die Importe in 1990 und 1991 anstiegen, stieg der Anteil der OECD-Länder bei den iranischen Importen auf 73 % Japan, Deutschland, Italien und Frankreich waren die Haupthandelspartner aus der Gruppe der industrialisierten Länder. Auf der anderen Seite waren unter den Entwicklungsländern Brasilien, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Korea die wichtigsten Handelspartner des Iran. Dubais Freihandelshafen und seine Nähe zum Iran machten ihn zu einem wichtigen Umschlagplatz von Gütern, die für den Iran bestimmt waren.²⁴⁸

Obwohl nach der Revolution grundsätzlich eine Diversifikation der iranischen Handelspartner stattfand, war die Abhängigkeit von bestimmten Ländern wie

²⁴⁶ Vgl. Afrasiabi, K. L. (1997): After Khomeini, S. 30-34

²⁴⁷ Vgl. Mofid, K. (1992): Foreign Trade, S. 154

Deutschland oder Japan weiterhin zu konstatieren. Die Anteile von Großbritannien, Deutschland und Japan sanken zwar, stellten aber immer noch die führenden Positionen. Die Türkei, die Sowjetunion und die Vereinigten Arabischen Emirate verbesserten ihre Stellung stetig. Die Importe von Technologie kamen nun im erheblichen Maße aus Indien.²⁴⁹ In den 80er Jahren waren die wichtigsten Lieferanten von Waffen und Militärgütern die USA²⁵⁰, die Sowjetunion, China, Deutschland, Großbritannien, die Schweiz, Israel, Syrien und Nordkorea. In vielen Fällen wurden die Geschäfte über Drittländer zu erhöhten Preisen abgewickelt.²⁵¹

Im Speziellen hatte der Iran durch sein Verhalten während der Kuwait-Krise sein internationales Ansehen und seine Verbindungen mit dem Westen verbessert. Die ursprünglichen Versuche der Amerikaner und der arabischen Regierung, den Iran zu isolieren, waren gescheitert. Nachdem der Irak besiegt war, konnte der Iran seine Position in der Region stärken, womit es auch möglich wurde, ein neues Konzept der Sicherheit aufgrund von wirtschaftlicher Kooperation aufzubauen.²⁵²

3.2.2.2. Beziehungen zu den USA von 1979-92

Die anti-amerikanischen Gefühle im Iran während und nach der Revolution ergaben sich als eine Reaktion auf die Ereignisse von 1953, als die demokratische Regierung unter Mossadegh durch einen vom CIA initiierten Staatsstreich gestürzt wurde. Das Ergebnis war eine starke amerikanische Einmischung in den Iran über die letzten 25 Jahre der Herrschaft des Schahs. Das Geiseldrama von 1979 war ein Meilenstein in den Beziehungen zu den USA und verstärkte die Feindschaft der USA gegenüber dem Iran. Vom 4. November 1979 bei der Geiselnahme bis zu deren Freilassung am 20. Januar 1981 wurde die US-Innen- und Außenpolitik von diesem Geiseldrama dominiert. Diese feindseligen Gefühle wurden verstärkt durch die direkte militärische Intervention der USA zu Gunsten des Iraks. Diese Ereignisse und die anti-amerikanische Propaganda

²⁴⁸ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): *Secular Miracle*, S. 164

²⁴⁹ Vgl. Katouzian, H. (1989): *Analysis*, S. 62

²⁵⁰ Trotz des Embargos wurden viele Geschäfte über Drittländer und Geheimdienste abgewickelt. Die Irangate-Affäre ist ein Beispiel hierfür.

²⁵¹ Vgl. Katouzian, H. (1989): *Analysis*, S. 63

²⁵² Vgl. Mofid, K. (1992): *Foreign Trade*, S. 149 und Amirahmadi, H. (1994b): *prospects*, S. 137

machte es für die iranische Regierung demnach schwer bzw. unmöglich, die Beziehung zu den USA zu verbessern.

Seit dem Waffenstillstand nach dem Golfkrieg von 1980 – 1988 und speziell nach der Wahl von Präsident Rafsandjani 1989 hat die iranische Regierung auf indirektem Wege die Beziehungen zu den USA zu normalisieren versucht, teilweise auch unter dem Aspekt, den Weg für internationale Finanzhilfen im Rahmen der Wiederaufbaubemühungen zu ebnen. Aus Sicht der USA wiederum ist der Iran ein zu wichtiges Land im Mittleren Osten und auch als Markt zu groß, um ignoriert zu werden.

Die Zeit der Liberalisierung und Öffnung wurde durch die Neutralität des Irans in der Kuwait-Krise begünstigt. Das Vertrauen der ausländischen Investoren und Banken war verbessert worden, zumal der Irak nun als der Verursacher der instabilen Verhältnisse im Golf angesehen wurde. Rafsandjani setzte über die Jahre weiter auf die Verbesserung der iranischen Position im Ausland und die Freilassung der westlichen Geiseln im Libanon, beseitigte weitere Hürden auf dem Weg für Verbesserungen der Beziehungen zu Großbritannien und der USA. Seit Beginn der Revolution bestanden zwischen den USA und dem Iran keine offiziellen Beziehungen mehr. Mitte 1989 forderte der Iran Entschädigungen für den Abschuss des Airbus der Iran Air und den Tod der 290 Passagiere durch die *USS Vincennes* und ging damit vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Dasselbe Tribunal verhandelte auch über die gegenseitigen Forderungen des Irans und der USA.

Die USA erklärte wiederum im November 1989 567 Mio. US\$ an den Iran zurückzuzahlen, die 12 Jahre zuvor als Sicherheit für eigene Forderungen aus der Schah-Zeit eingefroren wurden. Der damalige Präsident Jimmy Carter hatte im „amerikanischen Interesse“ die Guthaben des iranischen Staates in Höhe von ca. 9 US\$ Mrd. eingefroren. Im April 1990 wurden die US-Geiseln im Libanon freigelassen und die USA dankte Syrien und dem Iran für die Kooperation, wobei Rückzahlungen nicht offiziell auf die Bemühungen des Irans zurückgeführt werden sollten. Im Jahre 1990 hoben die USA das seit 1987 bestehende Verbot des Handels und Weiterverkaufes von iranischem Erdöl auf. Über Drittländer setzten amerikanische Erdölkonzerne im Jahre 1991 4 US\$ Mrd. um. Die USA stiegen über Drittländer zum fünftwichtigsten Importeur des Irans auf. Nach dem Erdbeben im Juli 1990 gaben die USA der Weltbank grünes Licht, dem Iran ein US\$ 250 Mio. Darlehen für den Wiederaufbau der durch das Erdbeben zerstörten Gebiete im Iran zur Verfügung zu stellen.

Im Juni 1990 bekamen die Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran über den Ausgleich der gegenseitigen Forderungen neuen Auftrieb. Die Verhandlungen fanden in Den Haag vor einem speziellen Gremium des Internationalen Gerichtshofes statt. Der Iran erklärte sich bereit, der amerikanischen Firma AMOCO 600 US\$ Mio. als Kompensation für die nach der Revolution abgebrochene Projekte im Iran zu zahlen. Dies war der erste Teil der Begleichung der iranischen Verbindlichkeiten und wurde als ein Schritt zur Wiederaufnahme des Erdölgeschäfte zwischen beiden Ländern gewertet. Bis August 1992 wurden auch die meisten anderen amerikanischen Unternehmen für die Verstaatlichung ihrer Anteile entschädigt. Die Beziehungen zu den USA unter der Präsidentschaft von Bill Clinton war ab 1993 den gesondert im späteren Verlauf dieser Arbeit im Zusammenhang der verschärften US-Sanktionen dargestellt.²⁵³

3.2.2.3. Die Beziehung zur Europäischen Union

Am 14. Februar 1989 erließ Ayatollah Khomeini das Todesurteil gegen den britischen Autor Salman Rushdie und seine Verleger. Er rief alle Muslime der Welt auf, die Vollstreckung auszuführen. Salman Rushdies Novelle *Die Satanischen Verse* war von den moslemischen Gelehrten als "Blasphemie" beurteilt worden. Rushdie, der als Moslem geboren wurde, machte sich hiermit der Gotteslästerung schuldig, die nach der *Scharia* mit dem Tode bestraft werden muss. Das Todesurteil von Ayatollah Khomeini führte zu einer starken Anspannung der Beziehungen zwischen Iran und Großbritannien. Die *fatwa* von Ayatollah Khomeini wurde von der Europäischen Union einhellig verurteilt. Die Beziehungen zu Großbritannien wurden am 7. März 1989 fast völlig eingefroren und zu den anderen EG-Staaten erheblich eingeschränkt.¹⁴⁶

Anfänglich hatte die Rushdie-Affäre nur Auswirkungen auf die Außenpolitik. Recht bald wurde deutlich, dass die in Pragmatiker und Ideologen gespaltene Führung des Irans die Angelegenheit um Rushdie nutzte, um innenpolitische Fragen zu klären. In eine Rede am 22. Februar 1989 sprach Ayatollah Khomeini ausdrücklich das Lager der Pragmatiker innerhalb der klerikalen Führungselite an, die Liberalisierung und Annäherung an den Westen ersuchte. Im März 1989 war deutlich geworden, dass Ayatollah Khomeinis

²⁵³ Vgl. Fischer, W.B. u. Lawless, R. (1993): Iran, S. 408

Eingriff die Position der radikalen Ideologen zu Lasten der Pragmatiker gestärkt hatte und die innenpolitischen Zustände, speziell aufgrund der ungeklärten Frage der Nachfolge Ayatollah Khomeinis, ungewiss waren.²⁵⁴

Anfang 1990 verbesserten sich die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft, mit Ausnahme zu Großbritannien. Die EU-Botschafter kehrten nach Teheran zurück und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen wurde vereinbart. Das Todesurteil gegen Salman Rushdie blieb zwar bestehen, jedoch hatte es in den darauf folgenden Monaten an politischer Spannung verloren. Im November 1990 hob die Europäische Gemeinschaft alle noch bestehenden Sanktionen gegen den Iran auf und erklärte ihre Entscheidung, eine permanente Mission in Teheran zu eröffnen. Selbst Großbritannien gab hier nach,²⁵⁵ bestand allerdings auf die Rücknahme der *fatwa* von Ayatollah Khomeini. Kein politischer oder religiöser Führer im Iran verfügt über die Macht, einen Erlass von Ayatollah Khomeini zurück zu nehmen.

Einzelne europäische Staaten, besonders sind Frankreich und Italien zu erwähnen, setzten die Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehung zum Iran verstärkt fort. Das Tempo der französisch-iranischen Beziehung erhöhte sich und es kam Anfang Dezember 1990 zu einem Besuch des iranischen Außenministers in Frankreich, wo er den französischen Präsidenten Mitterand traf. Außerdem reiste Außenminister Dumas am 2. Mai 1991 nach Teheran. Das Treffen zwischen Rafsandschani und Mitterand wurde allerdings zunächst auf unbegrenzte Zeit verschoben, da der frühere iranische Premierminister Shapur Bachtiar in Paris einem Anschlag zum Opfer fiel, der angeblich von der iranischen Regierung in Auftrag gegeben wurde.²⁵⁶

Der deutsche Außenminister reiste am 6. Mai 1991 in den Iran, und überreichte eine Einladung aus Bonn an Präsident Rafsandschani. Schon während der Kriegsjahre gab es eine Anzahl von ausländischen Unternehmen, überwiegend aus Westeuropa, mit einer mehr oder weniger aktiven Präsenz im Iran.²⁵⁷ Innerhalb der EG hatte Deutschland seit

¹⁴⁶ Vgl. Amuzegar, J. (1994): *Iranian Economy*, S. 194

²⁵⁴ Vgl. Fischer, W.B. u. Lawless, R. (1993): *Iran*, S. 396

²⁵⁵ Das Rushdie-Problem mit Großbritannien wurde auf die Weise gelöst, dass man sich gegenseitig Briefe geschickt hat. Die europäische Gemeinschaft bestätigte, gegenüber dem Islam respektvoll zu sein und der Iran bestätigte sein Interesse an der Einhaltung der internationalen Gesetze und Regularien. Im Anschluss daran nahmen Großbritannien und Iran am 27. September 1990 wieder diplomatische Beziehungen auf.

²⁵⁶ Vgl. Hunter, S.T. (1992): *After Khomeini*, S. 136

²⁵⁷ Eine kurze Liste beinhaltet Krupp, Daimler Benz, BASF, Siemens, Deutsche Babcock, Fahrradfabrik und Lahmeyer International; Nissan, Mitsubishi, Mitsui, Kanematsk Goshō, Saipa, Renault, Peugeot,

der Revolution die engsten Verbindungen zum Iran. Die Bemühungen deutscher Diplomaten waren maßgeblich in der Schaffung eines indirekten Verhandlungskanals zwischen den USA und dem Iran, um z.B. amerikanische Geiseln im Libanon zu befreien. Deutschland war Irans größter Handelspartner innerhalb der EG und ein führender Exporteur in den Iran. Italien pflegte ebenfalls eine enge Handelsverbindung und politische Beziehungen zum Iran. Italienische Unternehmen sind demnach sehr aktiv in die Wiederaufbaubemühungen und Entwicklungsprojekte des Landes involviert.²⁵⁸

Mitte der 90er wurden die guten Beziehungen zu Europa durch einzelne Störungen wie dem Mykonos-Prozess, der Ausweisung einzelner EG-Botschafter im Jahre 1997 und der Hofer-Affäre gestört, bei denen der Iran relativ unbesonnen reagierte. Das lag auch an der Tatsache, dass der Iran durch die ab 1992 zunehmenden Handelskontakte in die Staaten der Dritten Welt, insbesondere Afrika, nicht mehr so stark auf die westlichen Industriestaaten angewiesen war. Hieraus lässt sich ein außenpolitischer Prioritätenwechsel ab 1997 erkennen.²⁵⁹

3.2.2.4. Pragmatische Außenpolitik gegenüber den Golfstaaten

Die islamische Revolution im Iran alarmierte einige arabische Länder. Sie waren besorgt über die populären Auswirkungen der Revolution in der eigenen Bevölkerung. Demnach wurden die alten arabisch-iranischen Rivalitäten und die Teilung zwischen Shia und Sunni wiederbelebt und dem Iran wurde expansionistische Zielsetzungen vorgeworfen.²⁶⁰

Nach der Kuwait-Krise kann allerdings festgestellt werden, dass die Außenpolitik im Anschluss an die Ära nach Khomeini einen sehr pragmatischen Trend aufzeigte. Die iranische Außenpolitik nahm zusehends einen nationalistischen Charakter an, womit nationale Interessen teilweise über den ideologischen Prinzipien standen und als Leitmoment dienten. Iran setzte seine Politik der Verbesserung seiner Beziehung zu den Staaten des Persischen Golfs fort, mit Ausnahme zu Saudi-Arabien. Schließlich lernte die Islamische Republik den wirklichen Wert ihrer Nachbarn zu schätzen. Die Pragmatiker,

Société General of France, Agusta, Agip; Rauma Repola aus Finnland; Talbot aus England, Asea Brown Boveri (ABB) aus Schweden/Schweiz; SKF aus Schweden und Ciba-Geigy aus der Schweiz

²⁵⁸ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): *Economic Transition*, S. 277

²⁵⁹ Vgl. Gatter, P. (1998): *Wirtschaftsreformen*, S. 106

²⁶⁰ Vgl. Alerassool, M. (1993): *new economy*, S. 7

die nun an der Macht waren, hatten verschiedene Möglichkeiten am Persischen Golf für sich erkannt. Der Ökonom Amirahmadi stellt diese in einer Analyse wie folgt dar:

1. Eine Solidarität zwischen den OPEC-Ländern war vorteilhaft, um höhere Erdölpreise sicherzustellen.²⁶¹
2. Die Staaten am Persischen Golf waren profitable Märkte für die iranischen Nicht-Öl-Exporte. Sie sind relativ groß und ungesättigte Märkte mit ca. 15 Mio. Menschen (nicht den Irak eingerechnet) mit einem Pro-Kopf-Einkommen, das höher als das des industrialisierten Westens ist.
3. Die Nähe und die traditionell-kulturellen Beziehungen zwischen Irans südlichen Häfen und den Scheichtümern am Persischen Golf sind zusätzliche Vorteile. Dubai und Sharja sind besonders wichtig für den Iran, da deren Häfen eine bedeutende Menge der Exporte von internationalen Unternehmen in die Region abwickeln.
4. Die Scheichtümer am Persischen Golf haben in ihren Haushalten beachtliche Überschüsse, speziell Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate. Für die Zeit von 1970 bis 1987 hatten diese beiden Länder Überschüsse von 110 Mrd. US\$ und 70 Mrd. US\$. Selbst ein kleiner Teil dieses Wohlstandes konnte im Falle einer Lenkung in den Iran einen bedeutsamen Beitrag zum Wiederaufbau des Landes leisten.
5. Die Golfanrainerstaaten waren auch als Mittelsmänner zwischen dem Iran und dem Irak von Nutzen, Einsparungen in Milliardenhöhe im Verteidigungshaushalt stellen Vorteile dieser Konstellation dar.²⁶²

Der Iran konnte seine pragmatische, offene Politik vermitteln und weitere Annäherungen, speziell zu Bahrain und Dubai, erwirken.²⁶³ Ebenso war ein Sicherheitsgedanke für den Persischen Golf implementiert sowie eine schrittweise ökonomische Annäherung an diese Anrainerstaaten des Persischen Golfs. Die Beziehungen zum Irak verbesserten sich nicht wesentlich, der Iran hielt die UN-Sanktionen gegen den Irak weitgehend ein. Der Iran behielt weiterhin die in der Kuwait-Krise beschlagnahmten Flugzeuge und initiierte

²⁶¹ Keiner konnte mehr von einem hohen Erdölpreis profitieren als die Islamische Republik mit über 90 % ihrer Deviseneinkünfte aus dem Erdöllexport.

²⁶² Vgl. Amirahmadi, H. (1991): *Economic Transition*, S. 280

²⁶³ Vgl. Petrossian, V. (1993): *Special Report Iran*, S. 12-14

Verhandlungen über die verbliebenen Kriegsgefangenen, die in den Folgejahren vollständig in ihre Heimatländer zurückgebracht wurden.²⁶⁴

3.2.2.5. Beziehungen zur ehemaligen Sowjetunion und Zentralasien

Die Beziehungen zu der Sowjetunion waren eng, aber dennoch mit einigen Problemen behaftet. Der Iran war seinerzeit gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Auch während des Iran-Irak-Krieges ergaben sich Spannungen zwischen diesen beiden Ländern aufgrund der engen Beziehungen der Sowjetunion zum Irak. Erstmals im Januar 1989 traf eine iranische Delegation in Moskau ein, die den berühmten Brief von Ayatollah Khomeini an Michail Gorbatschow überbrachte. Es folgte eine Reise des sowjetischen Außenministers Schewardnaze nach Teheran im Februar 1989, wo er persönlich von Ayatollah Khomeini – ein seltenes Ereignis – empfangen wurde.²⁶⁵

Später besuchte Rafsandjani Gorbatschow in Moskau, wo eine neue Ära in der langen Geschichte zwischen Russland und Iran begründet wurde. Während Rafsandjanis Reise wurden weitreichende Vereinbarungen auf wirtschaftlicher Ebene erreicht. Die Sowjets willigten ein, Teile des Verteidigungsbedarfes des Irans zu decken, und lieferten in 1990 eine Schwadrone von Mig 29 Kampfflugzeugen.²⁶⁶ Die Beziehungen zu der damaligen UdSSR hatten sich verbessert, als Rafsandjani und Gorbatschow einen „Grundlagenvertrag über die gegenseitigen Beziehungen“ unterschrieben.²⁶⁷

Ein bedeutsames Charakteristikum der iranischen Außenpolitik in Zentralasien war das Ziel, eine regionale Kooperation aufzubauen und die wirtschaftlichen Beziehungen untereinander zu verstärken. Der Iran war ein führendes Glied der Erweiterung der Mitgliedschaft der Economic Cooperation Organisation (ECO), einer ungebundenen Wirtschaftsunion, der bis dahin lediglich der Iran, die Türkei und Pakistan angehörten. Auf ihr Treiben hin wurden in die ECO Anfang 1992 auch die neu gegründeten Staaten aus der zerfallenen UdSSR wie Kasachstan, Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan mit aufgenommen. Dabei sollte das persisch sprechende Tadschikistan besondere Nähe

²⁶⁴ Vgl. Riedel, H. (1994): Rundschreiben, S. 16 und Alerassool, M. (1993): new economy, S. 6-9

²⁶⁵ Vgl. Alerassool, M. (1993): new economy, S. 9

²⁶⁶ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 120

²⁶⁷ Vgl. Fischer, W.B. u. Lawless, R. (1993): Iran, S. 407

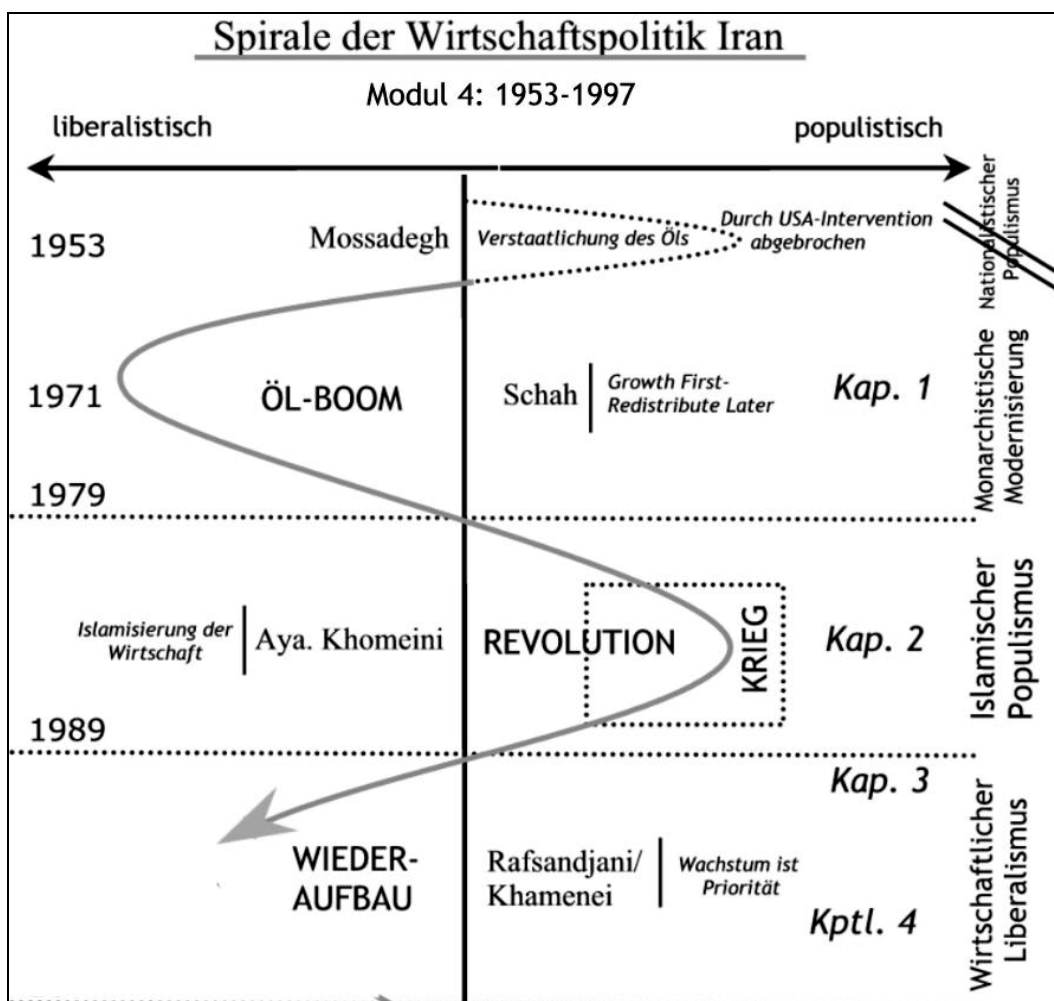
zum Iran einnehmen. Damit sollte auch Stabilität in der Vielvölkerregion erreicht werden, gerade im Hinblick auf die große Bevölkerungsgruppe der Aserbaidshaner im Iran, die nach dem Zerfall der Sowjetunion einen Anschluss an den GUS-Staat Aserbaidshan anstreben könnten. Mit Turkmenistan konnte der Iran den Bau einer Erdgasleitung vereinbaren, durch die turkmenisches Erdgas über den Iran nach Europa geleitet werden sollte. Diese Pipeline erhielt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion besondere Bedeutung. Die Beziehungen zu den kommunistischen Ländern verbesserten sich ebenfalls und stärkte die Position Irans als Regionalmacht.²⁶⁸

²⁶⁸ Vgl. Petrossian, V. (1994): Special Report Iran, S. 20 und Entessar, N. (1995): Realpolitik, S. 162. In ähnlicher Weise hat der Iran neue Organisationen um die Anrainer des Kaspischen Meeres organisiert, um die wirtschaftlichen Beziehungen untereinander zu verstärken

4. DIE REFORMMAßNAHMEN FÜR DEN WIEDERAUFBAU

Der Fünfjahresplan wurde 1989 Gesetz und populistische Maßnahmen wichen liberalistischen: durch Deregulierung, Privatisierung und Öffnung gegenüber dem Ausland sowie unter Zuhilfenahme der Erdöleinnahmen und der Partizipation des Privaten Sektors sollte der Iran die verlorenen Jahre wieder aufholen und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation für die stark gewachsene und junge Bevölkerung schaffen.

Abbildung 8: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 4 (1953-1997)



Quelle: eigene Darstellung

4.1. DER ERSTE FÜNFJAHRESPLAN 1989-94: MANIFEST DES WIEDERAUFBAUS

Nach dem Tod Ayatollah Khomeinis im Juni 1990 war die Machtübergabe erfolgreich vollzogen worden und politische Stabilität eingekehrt. Ayatollah Khamenei war der neue Revolutionsführer und Rafsandjani per Verfassungsänderung mit mehr Macht ausgestatteter Präsident der Islamischen Republik Iran. Der Fünfjahresplan sollte dem Iran nun auch die wirtschaftliche Stabilität einbringen. Der Plan stellt ein Manifest des Regimes für den Wiederaufbau der Wirtschaft dar nach dem Ende des Iran-Irak-Kriegs im August 1988.²⁶⁹ Folgende Prioritäten galten für den Wiederaufbau:

- Wiederaufbau der zerstörten Gebiete,
- die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Erhöhung der Nicht-Öl-Exporte,
- die Entwicklung der Landwirtschaft als größter Arbeitgeber mit dem Ziel der Selbstversorgung,
- die ausreichende Versorgung mit Wohnraum, Kleidung und Sozialdiensten,
- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
- die Begrenzung der Urbanisierung.²⁷⁰

Mit der Phase des Wirtschaftlichen Liberalismus rückte die wirtschaftliche Entwicklung wieder in den Vordergrund der Politik.²⁷¹ Im Folgenden werden die Zielsetzungen und Maßnahmen dargestellt unter Berücksichtigung der konkreten Zustände in der Wirtschaft.

²⁶⁹ Vgl. Taheri, A. (1993): Woche, S. 20

²⁷⁰ Vgl. Plan and Budget Organisation (1989): Five-Year-Plan, S. 1-11

²⁷¹ Vgl. Alizadeh, P. (2000): economy, S. 7

4.1.1. Zielgrößen des ersten und zweiten Fünfjahresplanes 1989-1999

Der Fünfjahresplan gab der Regierung den Auftrag, entsprechende Maßnahmen der Liberalisierung und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus durch Privatisierung und den Einsatz von Auslandskapital zu ergreifen. Der Ökonom Ehteshami identifizierte 11 Elemente innerhalb des wirtschaftlichen Reformprozesses:

1. Privatisierung der Industrie, des Bergbaus und anderer Industrien und nicht-industrieller Produktionsanlagen
2. Deregulierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und der Banken sowie des Finanzwesens
3. Wiederbelebung, Erweiterung und Modernisierung der Teheran Stock Exchange
4. Steigerungen der direkten Auslandsinvestitionen in den Iran
5. Auslandsverschuldung bzw. Kreditaufnahme aus dem Ausland
6. Gründung von Freihandelszonen innerhalb des Landes
7. Entwertung des Rials
8. Schrittweise Reduzierung der Subventionen
9. Liberalisierung des Handels und Übergabe desselben an den Privaten Sektor
10. Freigabe der Preise
11. Rückkehr des exilierten Kapitals und der Technokratie²⁷²

Ziel des ersten Fünfjahresplanes war die Normalisierung Wirtschaft durch ein schnelles Wachstum.²⁷³ Die angestrebte Wachstumsrate von 8 % variierte zwischen den einzelnen Sektoren: Die Landwirtschaft sollte um 6,1 % wachsen, Erdöl um 8,7 %, Industrie um 14,2 %, Minen 19,5 %, Wasser, Erdgas und Elektrizität um 9 %, Wohnungsbau 14,5 % und Dienstleistungen um 6,2 %. Für den Minensektor waren 4,8 Mrd. US\$ vorgesehen. Im Wohnungsbau sollten 2,49 Mio. Häuser errichtet werden, nahezu 10.000 km Straßen und 635 km Eisenbahnen sollten während des ersten Fünfjahresplanes gebaut werden. Die elektrische Leistung strebte eine Zielgröße von 20.000 Megawatt bis Anfang 1994,

²⁷² Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 104

²⁷³ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 86

einer Steigerung von 8,7 % jährlich. Die Förderung von Flüssiggas sollte auf 6,461 Mio. Kubikfuß pro Jahr angekurbelt werden. Die Erdgasleitungen sollten von 5.000 km auf 8.000 km ausgebaut, und die Zahl der mit Erdgas versorgten Städte auf 180 verdoppelt werden. Angestrebt war die Steigerung der Anzahl der Krankenhausbetten von 77.000 auf 93.000. Als Planziel für die Zahl der Arbeitnehmer in den Sozialversicherungsprogrammen war statt 3,9 Mio. nunmehr eine Erhöhung auf 6,1 Mio. vorgesehen.²⁷⁴

Lediglich Zweidrittel statt vorher 95 % der Staatseinnahmen sollten aus dem Erdöllexport kommen. 10 Mrd. US\$ der ausländischen Devisen würden für die Wiederbelebung existierender Anlagen, meist durch benötigte Importe wie Ersatzteile und Halbfertigerzeugnisse, ausgegeben. Weitere 10 Mrd. US\$ der ausländischen Devisen aus Verschuldung beabsichtigte man in neue Industrieprojekte, Landwirtschaft und Bergbauanlagen zu investieren. Die Inflationsrate von 30-50 % sollte auf 9 % reduziert werden und die Investitionen in den Industriebereich über die fünf Jahre 20 Mrd. US\$ betragen, wobei 8,4 Mrd. auch aus privaten Investitionen stammen sollten. Die staatlichen Subventionen sollten ebenso gegen Ende der Planungsperiode auf null kommen, zumal sie 1990 noch 4 Mrd. US\$ betrugen.²⁷⁵ Der Plan sah auch einen jährlichen Anstieg des Steueraufkommens von 25 % vor, von 5,6 Trillionen Rial (75 Mrd. US\$), somit sollte das Steueraufkommen statt der bisherigen 49 % nunmehr 56,6 % des Staatseinkommens ausmachen. Auf makroökonomischer Ebene war das Ziel des Planes die Erhöhung der Investitionen und der Produktion und schließlich des gesamten Bruttosozialproduktes. Zum Ende der Planperiode wurden zwei Millionen neue Arbeitsplätze erwartet. Nach dem ersten und zweiten Fünfjahresplan sollte die Selbstversorgung und ein angemessener Wohlstand im Iran erreicht sein.²⁷⁶

²⁷⁴ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): *Secular Miracle*, S. 155 und *Plan and Budget Organisation* (1989): *Five-Year-Plan*, S. 1-11

²⁷⁵ Vgl. Amirahmadi, H. (1996): *development*, S. 124-126

²⁷⁶ Vgl. Kutschera, C. (1994): *Iran*, S. 19-20

4.1.2. Reformen im Staatswesen und im Finanzsektor

4.1.2.1. Senkung des Haushaltsdefizits und Finanzierung des Planes

Während der 80er Jahre war der Iran stets mit Haushaltsdefiziten konfrontiert. Nach Angaben eines Berichtes des IMF²⁷⁷ über die iranische Wirtschaft im Jahre 1990 lag der Anteil des Haushaltsdefizits zwischen 4-8 % des Bruttosozialproduktes. Die größten Defizite ergaben sich im Jahre 1986 und 1988, als der Erdölpreis drastisch gefallen war. Entsprechend war eine der Hauptzielsetzungen des ersten Fünfjahresplanes die erfolgreiche Reduzierung des Haushaltsdefizits von ehemals 7,1 Mrd. US\$ in 1991 auf 756 Mio. US\$ in 1992. Dies entsprach einer Reduzierung des Defizits von 51 % auf 1,5 % bis zum Ende des Planungszeitraums.²⁷⁸

Weiterhin sollten ca. 15-20 Mio. US\$ Fremdkapital aus dem Ausland angeworben und in spezielle Projekte investiert werden. Allerdings waren diese Investitionen auf den Erdgas- und Erdölsektor beschränkt, die schnell Erträge erzielten, um ihre ausländischen Partner auszuzahlen. Die ausländische Kapitalaufnahme musste mit den Regelungen der Islamischen Republik konform sein und durfte keinerlei politische Abhängigkeit herbeiführen. Fremdes Kapital konnte in Schlüsselindustrien wie Stahlproduktion, Kraftwerke, Erdgas, Erdöl und Petrochemie aufgenommen werden. Diese Projekte sollten einen Technologietransfer sicherstellen, inländisches Personal schulen und vor allem inländisches Material verwenden.²⁷⁹

Der Bedarf an ausländischen Devisen war sehr hoch. Allein die Lebensmittelimporte wurden mit 4,5 Mrd. US\$ pro Jahr angesetzt. Die angestrebte *Politik der Offenen Tür* sollte entsprechend der Prognosen diesen Wert nochmals um weitere 50 % erhöhen. Eine weitere Mrd. US\$ wurde jährlich angesetzt für Stipendien, Konsulate und Missionen u.ä. Somit ergab sich gleich nach dem Waffenstillstand ein jährliches Aufkommen an Devisenausgaben von 15-17 Mrd. US\$ pro Jahr. Darin ist noch nicht der Wiederaufbau nach dem Krieg und die Entwicklung der Wirtschaft nach der Revolution inbegriffen.²⁸⁰ Weitere 9 Mrd. US\$ sollten aus Nicht-Öl-Exporten generiert werden, die insgesamt die

²⁷⁷ Vgl.: International Monetary Fond: Staff Country Report 1990

²⁷⁸ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 116,

²⁷⁹ Vgl. O.V. (1989): MEED Report, S. 30

²⁸⁰ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition, S. 275

Devisenerträge auf 92 Mrd. US\$ bringen sollten. Die Erdöleinnahmen über die Dauer des gesamten Planes wurden auf 63 Mrd. US\$ geschätzt. Der Plan sah vor, dass die Erdölexporte von 1,482 Mio. Barrel pro Tag im Jahre 1989/90 auf 2,23 Mio. Barrel pro Tag im Jahre 1995/96 ansteigen sollten.²⁸¹

Aus dem prognostizierten Kapitalbedarf ergab sich, dass der Iran weitere 27 Mrd. US\$ an Auslandskrediten beschaffen musste. Dieser Fehlbetrag sollte durch die Mobilisierung von externen Finanzquellen, sowohl privaten als auch institutionalen (öffentlichen), gedeckt werden. Diese Aufgabe erschien nicht leicht, wenn man die politischen Hürden im Inland berücksichtigte. Außerdem war man gegenüber westlichen Regierung und internationalen Institutionen distanziert, die ihrerseits nur widerwillig bereit waren, dem Iran Kredite zur Verfügung zu stellen, ohne dabei Eingeständnisse in der iranischen Außenpolitik zu erwirken.²⁸²

1990 wurde der Fünfjahresplan Rafsandjanis vom *majles* ratifiziert. Über den Zeitraum von 1990 bis 1994 sollten Gesamtinvestitionen von 394 US\$ Mrd. getätigt werden, davon 119 US\$ Mrd. in ausländischer Währung aus Erdölerlösen und als Novum nun auch aus Auslandsanleihen. Entsprechend den Planungsprognosen wurden die Deviseneinnahmen und Devisenausgaben des Landes im Laufe der Planzeit insgesamt jeweils auf 100,8 Mrd. US\$ und 127,5 Mrd. US\$ festgelegt. Die dadurch entstehende Lücke sollte durch Auslandskredite (17,4 Mrd. US\$) und durch die Finanzierung mittels Buy-Back-Projekte mit ausländischen Investoren kompensiert werden.²⁸³

4.1.2.2. Steuererhöhungen trotz Deregulierung

Die Erträge aus dem Erdöl fielen seit 1984 und ihr Beitrag zum Staatshaushalt sank von 68 % in 1979 auf 32 % in 1988. Allerdings stiegen die Steuereinnahmen als Residualgröße nicht, obwohl ihr Anteil bei der Budgetplanung des Staatshaushaltes nunmehr eine doppelt so große Position darstellte. In der Periode nach der Revolution wurden durchschnittlich nur 5 % des Bruttosozialproduktes für Steuerabgaben

²⁸¹ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): *Secular Miracle*, S. 155 und Hunter, S.T. (1992): *After Khomeini*, S. 87

²⁸² Vgl. Hunter, S.T. (1992): *After Khomeini*, S. 85

²⁸³ Vgl. *Plan and Budget Organisation* (1989): *First Five-Year*, S. 52-65

abgeführt.²⁸⁴ Die Regierung hatte Schwierigkeiten, Steuern auf Basis des Vermögens und Einkommens einzutreiben. Tatsächlich kamen die meisten Steuereinnahmen von Angestellten mit festem Einkommen und von Manufakturen mit monetär leicht bewertbarem Output. Diese Gruppe war auch nur eine begrenzte Quelle für Steuereinnahmen, zumal der industrielle Output zu dieser Zeit rückläufig war und die Inflation die Gehälter entwertete. Die Reichen schafften es anscheinend regelmäßig, ihre Steuerschulden zu stunden oder mit dem Staat Minderungen auszuhandeln.²⁸⁵

Tabelle 3: Erdöl und Steuererträge als Anteil des Gesamtjahreseinkommens des Staates in %

	1982	1985	1987	1990	1992	1994	1997
Erdölerträge	67,5	44,6	35,3	59,8	52,0	73,4	41,5
Steuererträge	24,5	38,7	47,4	50,3	38,2	18,7	27,7

Quelle: Bank Markazi: Annual Review (Balance Sheet) 1993, 1997

Im Gegensatz zu Liberalisierungsprozessen im Westen und in anderen Entwicklungsländern wurde unter dem Kabinett von Rafsandjani die Steuersenkung nicht als ein wesentliches Mittel der Reformen angesehen. Vielmehr hatten die Steuereinnahmen als Ertragsquelle für den Fünfjahresplan an Bedeutung gewonnen. Es war erklärtes Ziel, eine wirksame Eintreibung der Steuern systematisch zu gewährleisten.²⁸⁶ In früheren Zeiten führten fehlende Steuereinnahmen zu einer hohen öffentlichen Verschuldung durch Kreditaufnahme. Der wichtigste Grund für dieses hohe Budgetdefizit lag in der Unfähigkeit der Regierung, die Steuern einzutreiben, speziell von den Unternehmen und reichen Privatpersonen. Lediglich 50 % des Steuereinnahmenpotenzials des gesamten Landes wurden tatsächlich eingezogen.²⁸⁷ Der Iran gehört zu den Ländern mit der niedrigsten Steuerquote, vor allem aufgrund des Versagens, die Steuerbeamten zu führen und auszubilden. Die Absicht der Regierung, die Steuerrate anzuheben, erzeugte unter den Anhängern der Liberalisierung und den Unternehmern Ablehnung. Jedoch war die

²⁸⁴ Im Vergleich dazu führen z. B. die US-Amerikaner 35 Prozent ab.

²⁸⁵ Vgl. Amirahmadi, H. (1994a): Transition, S. 95

²⁸⁶ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 116-117

Anhebung unumgänglich im Sinne einer maximalen Ausnutzung der inländischen Ressourcen für den Wiederaufbau. Nach offiziellen Angaben sollte das Steuereinkommen von 986 Mio. Rial in 1988 auf 3,2 Mrd. Rial in 1993 steigen.²⁸⁸

Tabelle 4: Staatserträge aus Steuereinnahmen, in Mio. Rial, 1973-94

Jahr	Steuerertrag	Jahr	Steuerertrag
1973/74	132,6	1985/86	1.035,5
1975/76	273,4	1989/90	1.150,0
1977/78	449,2	1990/91	1.688,0
1980/81	340,4	1991/92	2.097,0
1982/83	614,7	1992/93	2.592,0
1984/85	900,1	1993/94	3.180,0

Quelle: Bank Markazi 1991, *Plan and Budget Organisation: First Year Plan (1989)* (Steuererträge für 1989/90-1993/4 sind Prognoseschätzungen).

Der Ökonom Saeidi geht davon aus, dass die Regierung bewusst große Defizite im Staatshaushalt hingenommen und sich hiermit der „Inflations-Steuer“ im Rahmen einer massenorientierten, populistischen Wirtschaftspolitik bedient hat. Diese Absicht war im Hinblick auf die politische Instabilität im Land nachvollziehbar. Die Idee dahinter war, dass die Inflationssteuer (das heißt eine Inflation, die aus einem ineffizienten Steuersystem resultiert) im direkten Zusammenhang mit der politischen Instabilität eines Landes steht: im Iran ist die Inflation eine höchst ineffiziente Form der Besteuerung und wurde zur Norm im Alltag des Landes. Das nicht funktionierende Steuersystem war eine Beschränkung beim Eintreiben seiner Erträge aufgrund eines fehlenden funktionierenden Steuermechanismus. So konnte sich die Regierung nicht dazu entschließen, das Steuersystem zu reformieren, auch aus Angst davor, dass ein funktionierender Steuerapparat in Zukunft von seinen politischen Gegnern genutzt werden könnte.

²⁸⁷ Vgl. Ghasimi, M.R. (1992): *Economic Appraisal*, S. 605. Die unzureichende Auslastung der Kapazitäten ist ein weiterer Grund, der die Staatserträge minderte.

²⁸⁸ Vgl. *Plan and Budget Organisation (1989): First Five-Year*, S. 52. Für weitere Ausführungen zur Steuerreform siehe Roßkopf, F. (1991): *Steuersystem Die Entwicklung des Steuersystems im Iran nach der Revolution von 1979*

Insofern hat das ineffiziente Steuersystem und die Furcht vor Reformen die Regierung dazu geführt, die Haushaltsdefizite hinzunehmen, um inländische Ressourcen zu beleihen - vorwiegend die Zentralbank des Irans.²⁸⁹

4.1.2.3. Deregulierung des Bankenwesens

Der Staat hielt sich weitgehend zurück, den Finanzsektor, den er 1979 vollständig übernommen hatte, zu entstaatlichen. Nach der Verstaatlichung aller Banken und Versicherungen im Jahre 1979 folgte gleich im Anschluss daran das staatlich gestützte Islamische Bankwesen, das seit 1984 offiziell in Kraft trat. Diese Zurückhaltung lag aber teilweise daran, dass die Banken, Versicherungen und andere Finanzinstitutionen dazu benutzt werden könnten, um Kontrolle über die Aktivitäten des expandierenden Privaten Sektors auszuüben. Die Gründe hierfür lagen darin, dass der Staat trotz der Liberalisierung den Monopolanspruch der politischen Macht für sich beanspruchte.

Da die Banken als die großen Investoren in der Schwerindustrie fungierten, behielt der Staat ein wirksames Mittel, um die ökonomischen Aktivitäten im Privaten Sektor und im Außenhandel zu lenken. Mit der zunehmenden Deregulierung und dem damit verbundenen Wegfall von anderen Eingriffsmechanismen wurde der verbleibende finanzielle Sektor zum entscheidenden Instrument des wirtschaftspolitischen Eingriffes des Staates auf die Märkte. Sie gaben dem Staat die Möglichkeit, über eine Hintertür die Richtung der Investitionen des Privaten Sektors und anderer wirtschaftlicher Aktivitäten innerhalb des Landes zu kontrollieren.

Dennoch sind signifikante Maßnahmen in den Tätigkeiten der Banken worden in Richtung einer Deregulierung vorgenommen. So wurden ab dem 23. Oktober 1991 die Banken beispielsweise dazu ermächtigt, auch Fremdwährungskonten, sowohl in ihren nationalen als auch in ihren internationalen Filialen zu eröffnen und auf diesen Konten Zinsen, (genannt Profitraten)²⁹⁰ aus auszahlen. Der Bankkunde konnte sein Guthaben nun vereinfacht und neuerdings ohne Genehmigung wechseln sowie über seine Zinsgewinne

²⁸⁹ Vgl. Saeidi, A. (2001): Political Authority, S. 225

²⁹⁰ Im nationalen Gebrauch genannt Profit. Für weitere Ausführungen zum Islamic Banking vgl. Farhadian, Negar (1984): Finanzierungsleistungen islamisch-iranischer und deutscher Banken im ökonomischen Vergleich, Diplomarbeit Hamburg

frei verfügen. Die entsprechende Zinsrate wurde auf täglicher Basis durch den Generaldirektor der Zentralbank festgelegt. Diese Reformen brachten Erleichterungen vor allem für das Auslandsgeschäft.²⁹¹

Im Jahre 1992 gab es Gerüchte, wonach die staatlichen Banken privatisiert werden sollten. Diese Nachricht dementierte die Zentralbank, jedoch sollten die einzelnen staatlichen Bankgesellschaften untereinander stärker konkurrieren. Da die staatlichen Geschäftsbanken seit Jahren keine Bilanzen aufstellen mussten, sollte deren Rentabilität durch die Wiedereinführung der Bilanzierungspflicht gewährleistet werden. Im Mai 1992 wurde die Neuregelung des Bankwesens beschlossen. Diese Maßnahme ebnete den Weg für die Öffnung von lokalen privaten Banken, die parallel zu den staatlichen Banken operieren und mit ihnen konkurrieren sollten. Sie unterlagen jedoch der direkten Aufsicht der Zentralbank.²⁹²

4.1.2.4. Bürokratie und Staatsapparat als soziale Machtbasis

Wirtschaftliche Liberalisierung und Deregulierung muss auch von Rationalisierung bürokratischer Institutionen begleitet werden. Aber in Gesellschaften wie der des Irans ist die Bürokratie vielmehr ein Symbol der Revolution; seine Expansion hat viel zur Erstarkung des Regimes beigetragen. Die personelle Ausstattung der Bürokratie im Iran stieg von 800.000 Personen in 1977 auf über 2 Mio. in 1992. Unter diesen Bedingungen würde ein Angriff auf die Bürokratie politischen Selbstmord für die Regierung von Rafsandjani bedeuten. Folgende Gründe werden hierfür genannt:

1. Die politische Führung konnte es sich nicht erlauben, ihre institutionelle Machtbasis zu verlieren.
2. Präsident Rafsandjani erkannte, dass ohne das Wohlwollen der Bürokratie die neue Regierung wohl nicht ihre Politik hätte durchsetzen können.

Somit vermied die Regierung von Anfang an eine Reform der öffentlichen Ordnung und begnügte sich mit der schnellen Reform des wirtschaftlichen Aufbaus des Landes. Auf

²⁹¹ Vgl. O.V. (1993): Reforms, S. 278

der anderen Seite bedeutete die Reduzierung der staatlichen Aktivitäten gleichermaßen eine Reduzierung in der Größe der Bürokratie. So wurde 1991, über ein Jahr nach der Formulierung des Fünfjahresplans, den staatlichen Behörden und Ministerien der Befehl erteilt, die Effizienz zu erhöhen und Einsparungen zu tätigen. Sie wurden angewiesen, verschiedene Aufgaben an den Privaten Sektor zu übergeben und ihre Mitarbeiterzahl zu reduzieren. Ein anderer Vorschlag zur Rationalisierung der Bürokratie war die Verschmelzung verschiedener Ministerien miteinander.²⁹³ Diesen Vorschlägen wurde Kritik entgegengebracht, da sie bei vielen als ein Verrat an dem revolutionären Geist des Regimes angesehen wurden und auch große Defizite im Staatsapparat hinterlassen würden. Die Kritiker innerhalb der *madjlis* sagten hierzu, dass letztlich größere Ineffizienz entstehe und große Investitionsprojekte, die durch die einzelnen Ministerien durchgeführt wurden, unterbrochen und gestört würden. Trotz dieser Einwände wurde 1993 jedoch ein Gesetz verabschiedet und 1994 schließlich durch das Madjlis bestätigt. Die Ministerien für Industrie, Schwerindustrie und Bergbau und Metall wurden demnach zusammengeführt.²⁹⁴

Die drei zusammengeführten Ministerien beschäftigten mindestens 35.000 Menschen im Jahr 1992, und der „Jihad des Wiederaufbaus“ und das Landwirtschaftsministerium weitere 150.000 Menschen. Die Auswirkungen dieser Verschmelzung waren zunächst einmal eine Destabilisierung und eine Bedrohung innerhalb des internen Regierungsnetzwerks sowie letztlich eine Schwächung der Bürokratie. Die Angestellten der Ministerien sahen sich selbst natürlich in einer wichtigen technischen Funktion in der Führung des Landes, im Vergleich zu dem „nicht-produktiven“ Personal des Präsidentenamtes mit fast 16.000 Mitarbeitern. Eine ineffiziente und korrupte Bürokratie war generell ein weiteres Hindernis auf dem Weg zur Neustrukturierung und Privatisierung der verlustmachenden staatlichen Industrien. Das Ministerium für Bergbau und Metall hatte erfolgreich vorgeführt, wie der Apparat von 2.000 auf 300 Mitarbeiter reduziert und damit effizienter wurde. Einige Straffungen wurden in den anderen Ministerien getätigt, dies war jedoch eher eine Ausnahmeerscheinung.²⁹⁵

²⁹² Vgl. Fischer, W.B. u. Lawless, R. (1993): Iran, S. 419

²⁹³ So wurde eine dieser Verschmelzungen getätigt, nämlich die Pasteran mit dem Verteidigungsministerium.

²⁹⁴ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 122

²⁹⁵ Vgl. Petrossian, V. (1994): Special Report Iran, S. 8

Eine andere wichtige Hürde beim Wiederaufbau seitens der staatlichen Institutionen war das Fehlen von entsprechenden Institutionen oder die Koexistenz von zu vielen Organisationen mit ähnlichen Funktionen und unausgewogenen Praktiken. Beispiele hierfür waren die reguläre Armee vs. die revolutionären Garden, die Polizei vs. der revolutionären Komitees, das Ministerium für Landwirtschaft vs. des Ministeriums für Wiederaufbau, das Ministerium für Wohnungsbau und städtische Entwicklung vs. der Wohnungsbaugesellschaft der Islamischen Republik und der Wohnungsbauorganisation, zinsfreie Kreditanstalten vs. des Bankensystems, die Führung der Universitäten vs. des Rates für kulturelle Revolution und vor allem die *Gesellschaft des 8. Imam* (Astane Qodse Razavi) vs. der Regierung.²⁹⁶

Hieraus wird deutlich, dass das Problem der parallelen Organisation in vielen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Lebens existent war. Insofern waren die Maßnahmen im Öffentlichen Sektor weiterhin eine nur auf bestimmte, wenige Schwerpunkte angelegte Umstrukturierung statt einer großangelegten Reform.²⁹⁷ Dies wiederum bedeutete Effizienzeinbussen und beeinträchtigte entsprechend auch die Umsetzung der wirtschaftlichen Reform als Ganzes.²⁹⁸

4.2. DIE RE-PRIVATISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Die Re-Privatisierung der im Jahre 1979 konfiszierten Unternehmen war ein wesentlicher Bestandteil der Reformmaßnahmen. Der Private Sektor sollte durch sein Kapital und seine Managementenerfahrung am Wiederaufbau des Landes partizipieren. Der übergroße Staatssektor sollte bestimmte Bereiche übergeben. Zwei Methoden der Privatisierung wurden im Iran angewandt: öffentliche Ausschreibungen und der Aktienmarkt, namentlich die Teheran Stock Exchange. Im Folgenden wird die öffentliche Ausschreibung beschrieben, die interessierte Käufer sucht, die Managementenerfahrung haben und über 50 % der Unternehmungen kaufen und führen wollen.

²⁹⁶ Vgl. Kooroshy, J. (1990): Wirtschaftsordnung, S. 223-225

²⁹⁷ Es wurden entsprechende Gesetzesvorlagen entworfen und dem Parlament vorgelegt, doch es kam zu keinem Beschluss, da sich verschiedene Lobbyisten innerhalb des Staates in den Weg stellten.

²⁹⁸ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition, S. 282

4.2.1. Die Entstaatlichung des Privaten Sektors

Das Herzstück der Reformen war die Privatisierung der staatseigenen Wirtschaftsunternehmen. Generell ist die Privatisierung in einer Volkswirtschaft die Verschiebung der Funktionen und Aktivitäten vom Staatlichen zum Privaten Sektor. So sollen die wichtigsten Funktionen wie die Regulierung der Produktion und Verteilung der Güter und Dienste in einem Markt an den Privaten Sektor übergeben werden. Es gibt laut Akhavi-Pour drei grundsätzliche Argumente, die für und gegen die Privatisierung im Iran sprechen:

1. Potenzielle Verbesserungen in der Effizienz der Allokation, die Reduzierung der finanziellen Last beim Staat und die Beseitigung der Staatsbürokratie als Vorteil.
2. Wenn eine Verbesserung der Effizienz erreicht wird, heißt dies jedoch nicht gezwungenermaßen, dass der Wohlstand der gesamten Gemeinschaft verbessert wird. Dies berührt die Frage der gerechten Einkommensverteilung.
3. Es ist nicht eine Frage der Eigentumsverhältnisse, sondern der sozialen und ökonomischen Gegebenheiten, damit der Öffentlich und Private Sektor miteinander kooperieren können, um den nationalen Wohlstand zu maximieren und die Interessen seiner Bürger zu schützen.

Dies verdeutlicht die verborgenen Probleme in dieser umfassenden Maßnahme des Fünfjahresplanes. In diesem Abschnitt werden die Privatisierungsmaßnahmen der Regierung beschrieben, die eine reine Entstaatlichung waren, und letztlich eine Umkehrung der vorangegangenen Verstaatlichung von 1979 bedeuteten.²⁹⁹

Es existierten 1.200 staatseigene Betriebe, die entweder direkt den staatlichen Institutionen unterstanden oder von den parastaatlichen Stiftungen und ähnlichen Institutionen verwaltet wurden. Seit vielen Jahren hatten diese Betriebe den Finanzämtern keine Bilanz vorgelegt. Nicht einmal der Staat verfügte über genaue Zahlen dieser Betriebe und zu ihrem wirtschaftlichen Zustand, und dies, obwohl sie 58 %

des Staatshaushaltes beanspruchten. Die Privatisierung der staatlichen Anlagen war folglich ein wesentlicher Punkt des Fünfjahresplanes und zielte auf die mittelständischen Staatsbetriebe und die Schwerindustrie ab, die nach der Revolution verstaatlicht worden waren. Vizepräsident Sandjani erklärte, dass lediglich nur sehr große und strategisch bedeutende Industrien unter staatlicher Kontrolle verbleiben sollten.

Zusätzlich war der Private Sektor gefordert, in neue Projekte und Anlagen zu investieren. Nach offiziellen Angaben des Ministeriums für Industrie wurden bis 1994 ca. 38.000 Verträge zwischen dem Staat und dem Privaten Sektor abgeschlossen. Der Wiedereintritt des Privaten Sektors in die Schwerindustrie wurde durch Subventionen und Kaufzusagen gefördert. Im Jahre 1990 wurden bereits 300 Mrd. Rial im Privaten Sektor investiert. Die schnelle Annahme und die enorme Steigerung der Investitionen durch den Privaten Sektor verdeutlicht, wie viel Kapital vorher ungenutzt gehortet worden war.³⁰⁰

4.2.2. Privatisierung der Bergbau- und Schwerindustrie

Besondere Bedeutung maß der Iran dem Industrie- und Bergbausektor bei, um vor allem die Deviseneinnahmen zu erhöhen. Es ist erwähnenswert, dass fast drei Mio. Menschen in diesen Sektoren arbeiteten, was 26 % der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung ausmachte und sich 17 % des Bruttosozialproduktes aus diesem Sektor ergaben. Der Verkauf der staatlichen Betriebe erstreckte sich demnach auch auf den Bergbau.³⁰¹ Der Staat hatte die Abbauzeit im Bergbau von sechs auf 15 Jahre erhöht. Zusätzlich wurden finanzielle Hilfen für den Privaten Sektor gewährt, sofern Bodenschätze abgebaut wurden. Durch diese Maßnahme subventionierte der Staat den Wiedereintritt des Privaten Sektors in den Großbergbau und damit verwandte Bereiche. In den ersten 17 Monaten dieser neuen Politik wurden über 150 Minen, speziell im Bereich Kohle und Mineralien, dem Privaten Sektor übergeben. Dies galt auch für Kupfer- und Kalkminen. Bis Ende 1991 wurden insgesamt mehr als 100 Mrd. Rial durch den privaten Bereich in den Bergbausektor investiert.

²⁹⁹ Vgl. Akhavi-Pour, H. (1995): Privatization, S. 187-190

³⁰⁰ Vgl. Ehteshami, A. (1993): Liberalization, S. 230

³⁰¹ Davon ausgenommen waren die „Strategischen Reserven“.

Dieser Trend war auch in der Schwerindustrie festzustellen. Die Regierung plante lediglich die Führung der großen strategischen Industrien und beabsichtigte, den Rest des industriellen Sektors an den Privaten Sektor zu übergeben. Gegen Ende 1990 wurde der Status von 800 herstellenden und industriellen Unternehmen durch das Wirtschaftsministerium im Hinblick auf deren Veräußerung an den Privaten Sektor geprüft. 1990 lagen die Investitionen des Privaten Sektors in der Schwerindustrie bei 300 Mrd. Rial, die eine unmittelbare Erwidernng des Privaten Sektors auf die gegebenen Möglichkeiten waren und den sehr hohen Betrag an privatem Kapital aufzeigte, welches vorher unbenutzt brach lag. Die Privatisierungsbemühungen wurden auch beispielsweise von Neshad Hussenian, dem damaligen Minister für Schwerindustrie in 1992, unterstützt. Er sagte, dass „private Unternehmen unterstützt werden sollten, damit sie eigene Dynamik und Selbstversorgung erreichen. Und jeder Unternehmer, der daran interessiert ist, in der Schwerindustrie zu investieren, würde die Unterstützung des Ministeriums für Schwerindustrie erhalten.“³⁰²

Zusätzlich sollten diejenigen, die in den Iran zurückkehrten, von den Kreditprogrammen begünstigt werden und dadurch vereinfachten Zugang zu Krediten bekommen, um die iranischen Exporte und die Produktivität zu erhöhen. Bis zu 80 % der Anfangsinvestitionen konnten beim Staat geliehen werden. Die am meisten bevorzugten Projekte waren Stahlproduktion, Automobilindustrie, chemische und petrochemische Industrie, Wohnungsbau, Hotels, Stadtplanung und die Verpackungsindustrie für den Export. Auch die Fischereiindustrie sollte nach einer Ankündigung vom November 1991 privatisiert werden. Dazu gehörte der Fischfang, die Verpackung und der Export von Fischereiprodukten.³⁰³ Ein großer Schritt in der Entwicklung der Privatisierung war ein Kabinettsbeschluss Anfang des Jahres 1992, wonach die großen Autohersteller des Irans und die Autoteilezuliefererindustrie, die 1979 während der Revolution verstaatlicht wurden, privatisiert werden sollten. Die ursprünglich enteigneten Eigentümer und Aktionäre sollten Entschädigungen erhalten und die ins Ausland geflohenen Technokraten an der Weiterentwicklung teilnehmen. Entsprechend wurden die 10 großen Autohersteller privatisiert. In dieser Zeit sind vor allem in der privatisierten Automobilindustrie einige Verträge mit ausländischen Herstellern unterzeichnet worden.

³⁰² Vgl. Petrossian, V. (1993): Special Report Iran, S. 12

³⁰³ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): Secular Miracle, S. 156-157

Peugeot, Kia, Mitsubishi und viele andere Konzerne investierten, und gingen Jointventures ein.³⁰⁴

Die Privatisierung wurde allerdings ab 1994 verlangsamt, nachdem innerhalb des *majles* Forderungen laut wurden, dass die ursprüngliche Basis der Revolution, namentlich die *mostasaffin*, für ihren Anteil der Revolution belohnt werden müssten und somit Anteile an diesen Unternehmen zum halben Preis erwerben sollten. Erschwert wurden diese Debatten durch intraklerikale Opposition und Machtkämpfe zwischen Rafsandjani und Khamenei. Zusätzlich wurde mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit Mitte der 90er Jahre deutlich, dass eine umfassende Privatisierung auch zu Massenentlassungen führen würde. Das lag daran, dass die neuen privaten Eigentümer dieser Unternehmen keine Subventionen mehr erhielten und folglich die überschüssigen Arbeiter entlassen mussten. Auf der anderen Seite waren die strikten Arbeitsgesetze im Iran hinderlich, da die potenziellen Käufer der Unternehmungen wussten, dass sie die Arbeiter aufgrund der strikten Arbeitsgesetze nicht entlassen konnten.³⁰⁵ Diese Verlangsamung der Privatisierung hält bis in die Präsidentschaftszeit Khatamis an und lässt den Staat noch immer in Kontrolle über Zweidrittel der Betriebe des Landes.³⁰⁶

4.2.3. Die Wiederbelebung der Teheran Stock Exchange

Zwei Instrumente der Privatisierung wurden im Iran angewandt: der Aktienmarkt und öffentliche Ausschreibungen. Die Wiederbelebung der Aktienbörse Teheran Stock Exchange (TSE) war demnach eines der Hauptinstrumente zur Durchführung der Liberalisierungsstrategie. Im Zuge der Revolution von 1979 hatte die Verstaatlichung des Banken- und Versicherungssystems sowie verschiedener Industriezweige zur Streichung der meisten Aktienhandelstransaktionen auf der TSE geführt. Die gesetzliche Verankerung im ersten Fünfjahresplan 1989 gab der Verbreitung und Ingangsetzung der TSE die offizielle Beachtung und Anerkennung. Die bestehenden Institutionen sowie das Bankensystem waren durch gesetzliche Bestimmungen von der Privatisierung

³⁰⁴ Vgl. Petrossian, V. (1994): Special Report Iran, S. 20 und Allafi, M. (1990): Wirtschaftlicher Paradigmawechsel, S. 609-613; Darunter Iran Car W, Iran Khodro, Iran Vanet, Khava, Khodro Sasan, Moratap, Parskhodro, Saipa, Shahab Khodro und Samiat

³⁰⁵ Vgl. Kanovsky, E. (1997): economic morass, S. 66

ausgeschlossen, doch generell wurde die Frage der Privatisierung als eine generelle Tendenz verstanden, den Markt als Institution anzuerkennen, als die ultimative Macht, die Preise durch den Mechanismus von Angebot und Nachfrage determiniert.³⁰⁷

Die Wiederbelebung der TSE war darauf ausgerichtet, Investmentkapital zu generieren und den Privaten Sektor an den Wiederaufbaumaßnahmen des Landes zu beteiligen. Der Wirtschaftsrat befahl seinen untergeordneten öffentlichen Organisationen, nunmehr Anteile im freien Handel anzubieten. Die Börse sollte dazu dienen, Kapital für die nötigen Investitionen zu beschaffen und den Privaten Sektor im Sinne der Privatisierung am Wiederaufbau partizipieren zu lassen.

Zur gleichen Zeit wurde über Reformen im Steuersystem nachgedacht. Eine Verbesserung der handelsbilanzrechtlichen und juristischen Regularien war nötig, um die Transaktionen auf dem Parkett zu vereinfachen.³⁰⁸ Um diese Ziele zu erreichen, mussten zunächst die Gesetze und Auflagen aus der Revolutions- und Kriegszeit überarbeitet und dereguliert werden. Reformen der Besteuerung wurden durchgeführt, die Regeln der Buchführung und die gesetzlichen Auflagen vereinfacht, um die Zahl der Transaktion an der Aktienbörse zu erhöhen.³⁰⁹ Die Anzahl der Unternehmen, deren Anteile an der TSE gehandelt wurden, wuchs innerhalb eines Jahres von 39 in 1988 auf 54 im Jahre 1989. Um den Handel weiter anzuregen, bot die iranische Zentralbank im Dezember 1989 100.000 eigene Anteile zum Handel an. Im Jahre 1989/90 wurden 11 Mrd. Aktien gehandelt, ein immer noch geringes Aufkommen verglichen mit seinem Höchststand von 44 Mrd. im Jahre 1977.³¹⁰

Der angestrebte Prozess der Privatisierung war in zwei Phasen gegliedert. Während der ersten Phase wurde eine Liste von 248 Unternehmen zusammengestellt. Die Phase der Privatisierung betraf das Ministerium der Industrie, das Ministerium der Schwerindustrie, das Ministerium für Bergbau und Metall, das Ministerium für Handel, das Ministerium für Kultur und islamische Verbreitung, das Ministerium für Erdöl, das Ministerium für Wohnungsbau und städtische Entwicklung sowie das Ministerium der Landwirtschaft. In der zweiten Phase wurden 143 Einheiten privatisiert, die aus dem Bereich Industrie, Schwerindustrie, Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit stammten.

³⁰⁶ Vgl. Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 3-7

³⁰⁷ Vgl. Khalatbari, F. (1994): Tehran Stock, S. 188

³⁰⁸ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 104

³⁰⁹ Vgl. O.V. (1993): Reforms, S. 271-273

³¹⁰ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 105-106

Im November 1990 wurde angekündigt, dass 49 % der Anteile der National Iranian Industry Organization (NIIO)³¹¹ in Form von Schuldverschreibungen und Wertpapieren verkauft werden sollten. Das Tempo der Privatisierung wurde nochmals beschleunigt, als das Ministerium für Industrie ankündigte, bis zum März 1992 die NIIO Anteile ihrer verschiedenen staatlichen Betriebe im Wert von nunmehr 120 Mrd. Rial an den Privaten Sektor zu verkaufen.³¹² Bis zum Ende März 1991 wurden 77 Fabriken und 365.000 Anteile in 13 verschiedenen Bereichen der Industrie an den Privaten Sektor veräußert. Hieraus erzielte die Regierung einen Ertrag von 37 Mrd. Rial.³¹³ Gegen Ende 1991 erreichte die Zahl der privatisierten Staatsbetriebe an der Börse die Zahl 261 mit über 48 Mio. Anteilen und einem nominellen Wert von 358 Mio. US\$. Im Jahre 1992 hatte die TSE ihr Rekordergebnis von 200 Mrd. Rial erreicht.³¹⁴

4.2.4. Fehlentwicklungen auf der Teheran Stock Exchange

Mit den Auswirkungen des Importbooms und der darauf folgenden Liquiditätskrise 1993, aber auch durch die bis zur Gegenwart ständig geänderten Bestimmungen wurde die Wachstumsrate an der Börse gebremst. Die Teheraner Stock Exchange TSE hat nicht die entsprechenden Möglichkeiten für die Privatisierung geschaffen und mit dem Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums und der sich anbahnenden Stagnation wurde immer mehr deutlich, dass die TSE lediglich ein Instrument für den Wechsel der Eigentümer von einer Gruppe zur anderen Gruppe innerhalb des Öffentlichen Sektors war – statt zum Privaten Sektor hin.³¹⁵ Die folgende Tabelle der Umsätze der TSE zeigt, dass in den ersten acht Monaten des Jahres 1992 der Öffentliche Sektor mehr Anteile gekauft hatte als er verkaufte. Demnach wurden vom öffentlichen Bankensystem und den Investmentunternehmen des Öffentlichen Sektors ca. 116 Mio. Rial an Anteilen gekauft, während der gesamte Öffentliche Sektor (inklusive der parastaatlichen Organisation) 111

³¹¹ Die NIIO entsprach in ihrer Funktion der Deutschen Treuhandgesellschaft nach der Wiedervereinigung in der BRD.

³¹² Vgl. Ehteshami, A. (1993): Liberalization, S. 228

³¹³ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 106-107 und Akhavi-Pour, H. (1995): Privatization, S. 192

³¹⁴ Vgl. O.V. (1993): Reforms, S. 274

³¹⁵ Vgl. Kutschera, C. (1994): Iran, S. 20-21 und Vgl. Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 5-7, speziell Gewinnmitnahmen ins Ausland ungeklärt

Mrd. Rial an Anteilen auf der TSE verkaufte. Dies lag überwiegend an den parastaatlichen Organisationen wie der Bonjads, die außerhalb der Verfügungsgewalt der Regierung die Privatisierungspolitik des Staates hierdurch unterwanderten. Außerdem störten sie die Geldpolitik der Regierung, indem die Käufe durch öffentliche Verschuldung finanziert wurden.³¹⁶

Tabelle 5: Ein- und Verkauf von Aktien durch den Öffentlichen Sektor an der Teheraner Börse während der ersten Acht Monate im Jahr 1992

Öffentlicher Sektor	Anzahl	Mrd. Rial
Gesamt Einkauf	12.946	115.756
Gesamt Verkauf	15.623	111,040

Quelle: Weekly report of the operations of the Tehran Stock Exchange, 1992, 1995

Abschließend wird deutlich, dass die Verwendung der TSE zur Durchführung der Privatisierungspolitik auf der Annahme aufbaute, dass diese Institution der breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit gab, an der Privatisierung teilzuhaben. Grundsätzlich war aufgrund der ökonomischen Struktur des Landes die TSE ein ungenügend geeignetes Forum für den Transfer der staatseigenen Betriebe an den Privaten Sektor. Die Verkäufe der Anteile an der TSE haben nicht zu der gewünschten Expansion des Eigentums des Privaten Sektors geführt. Selbst wenn man die institutionellen Fehler der Börse unberücksichtigt lässt, zeigt der historische Blick, dass im Iran die Tradition der Finanzierung durch die Kapitalmärkte nicht existierte. Der Private Sektor ist ein unabhängiger Sektor, sofern man die Finanzierung betrachtet. Die meisten der Unternehmer des Privaten Sektors bevorzugten, klein zu bleiben, statt ihre Türen für fremde Investoren gegenüber zu öffnen. Dies ist tatsächlich ein wichtiger Punkt, der in der Privatisierung quasi unberücksichtigt blieb.³¹⁷

Viele Faktoren führten also zur schwachen Leistung der Privatisierung über die Börse, wobei der wichtigste wohl die strukturellen Probleme der TSE selbst sind; hinzu kamen

³¹⁶ Vgl. Akhavi-Pour, H. (1995): Privatization, S. 193-194 und Khalatbari, F. (1994): Tehran Stock S. 188-189

³¹⁷ Vgl. Khalatbari, F. (1994): Tehran Stock, S. 189-190

eine fehlende Koordination zwischen den Richtlinien des Kapitalmarktes und anderen Politikbereichen, speziell der Fiskal- und der Geldpolitik des Landes, der Fehlorganisation der Regierung bei der Wahl der Institutionen für die Privatisierung, eine ungenügende Beachtung von anderen Maßnahmen der Privatisierung und die Nichtberücksichtigung der traditionellen Verhaltensweisen des bestehenden Privaten Sektors. Das Fehlen von aktuellen Informationen über die Größe der Aktivitäten im Öffentlichen Sektor, der privatisiert werden sollte, und eines spezifizierten Zeitplans für die Privatisierung führte dazu, dass die Regierung die benötigten Institutionen für diese große Übergabe nicht bereit stellte. Neben der bereits existierenden TSE als der primären Institution für die Ausführung des Privatisierungsprogramms wurde keine weitere Organisation aktiviert. Die TSE hatte eine überkommene Struktur und war praktisch unvorbereitet für die umfassende Veräußerung der Wertpapiere. Sie war praktisch über eine Dekade inaktiv und von den großen Entwicklungen, die sich auf den Kapitalmärkten der Welt vollzogen, unberührt.

Die Regierung konnte die Eröffnungspreise selber bestimmen und präsentierte den Öffentlichen Sektor zu erhöhten Preisen, da nicht genügend Information über die interne Struktur der Unternehmen existierten. Dieser Konflikt führte zu großen Erwartungen. Die TSE wurde dominiert von Spekulanten, die in kurzer Zeit ähnliche Profite erwarteten wie in der Untergrundwirtschaft. Dies war wesentlich weniger, als sie zum Beispiel durch Spekulationen im Wohnungsbau erzielten. Ein solches System konnte nur für eine kurze Zeit gestattet werden und das gesamte Bild änderte sich, nachdem die Realität der Wirtschaft sie einholte.³¹⁸ In der zweiten Hälfte der 90er Jahre blieb die Teheran Stock Exchange weiterhin hinter den Entwicklungen der internationalen Börsen zurück. Eine weitere Funktion der Börse war ab 1995 auch der Handel der Importzertifikate (*Exchange Clearance Certificate*), die praktisch den *floating rate* (neben der *official rate*) festlegten. Petrossian sieht dennoch ein großes Potenzial in dieser Börse.³¹⁹

³¹⁸ Vgl. Khalatbari, F. (1994): Tehran Stock, S. 188-190

³¹⁹ Vgl. Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 3-6

4.3. DEREGULIERUNG UND GLOBALE INTEGRATION

Der erste Fünfjahresplan basierte auch auf einer Öffnung des Irans gegenüber dem Ausland und sah für den Iran eine neue globale Positionierung vor. Dieses Vorhaben geschah im Hinblick auf die veränderte Weltordnung nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Globalisierung in der Weltwirtschaft. Demnach musste die Importsubstitutions-Strategie revidiert werden und die Einbindung Irans in die *Internationale Arbeitsteilung* (*International Division of Labour*) eine neue strategische Grundlage erfahren. Die Maßnahmen hierzu werden nun erläutert.

4.3.1. Integration des Irans in die Weltmärkte

4.3.1.1. Neupositionierung in der Internationalen Arbeitsteilung

Die Regierung suchte nach einer neuen Position des Irans innerhalb der *Theorie der Internationalen Arbeitsteilung*: Der Iran war stark verknüpft mit den internationalen Märkten des Kapitalismus durch seine Erdöl- und Erdgasexporte, die Importe von Industriegütern, halbfertigen Produkten und Konsumgütern und seinen Verbindungen zu verschiedenen multilateralen Finanzinstitutionen. Die Republik unter Rafsandjanis Regierung versuchte nun, den Status Irans neu zu definieren, indem die industriellen Aktivitäten und Exporte des Landes expandierten. Der Iran sollte sich in ein *Newly Industrial Country (NIC)* umwandeln. Der Ökonom Allafi formuliert die Implikationen der *Theorie der Internationalen Arbeitsteilung* in folgender Weise:

„Infolge der Krise wurde im Rahmen der Theorie der neuen internationalen Arbeitsteilung mit Hinweis auf die Untauglichkeit der groben Aufteilung der Welt in zwei Lager – Industrieländer und Rohstofflieferanten – auf die Auslagerung der Industrieanlagen von Seiten der Industrieländer in die „Dritte Welt“ mit dem Ziel der Gewinnmaximierung auf der Basis billiger Arbeitskräfte und Rohstoffe sowie der Minderung der Transportkosten durch Verkauf an Ort und Stelle hingewiesen.“³²⁰

Es war also nun das Ziel, den Iran zu einem *Newly Industrialized Country (NIC)* statt zu einem *Semi-Peripheral-Staat* zu machen. Letzterer war eines der Ziele des *ancien Regime* Anfang der 80er Jahre; das Vorhaben des Schahs wäre damals wohl mit Erfolg gesegnet gewesen, da die internationale Umgebung zu dieser Zeit eine solche Transformation begünstigte hätte. Jedoch war dies zu Beginn der 90er Jahre nicht klar gewesen: der Markt für *Semi-Peripheral-Staaten* war möglicherweise „gesättigt“. Entsprechend hätte die Islamische Republik wohl Schwierigkeiten gehabt, den internationalen Kapitalgebern neben seinen Erdöl- und Erdgasvorkommen, seiner geografischen Lage und seiner reinen menschlichen Arbeitskraft andere strategische Wertvorteile anzubieten.³²¹ Der Iran hatte also demnach nichts Einzigartiges aus Sicht der *Theorie der Internationalen Arbeitsteilung* anzubieten. Zu dieser Zeit waren die ausländischen Investoren nicht mehr so stark auf Westasien oder Mittelasien fokussiert, sondern suchten Opportunitäten in den früheren Staaten der Sowjetunion und ihren ursprünglichen Comecon-Partnern in Osteuropa.

Weiterhin blieb das Ziel der wirtschaftlichen Selbstversorgung durch die Anwendung einer Importsubstitutions-Strategie an erster Stelle. Daher war es auch schwer vorstellbar, wie sich der Staat von der aktiven Beteiligung in Produktion und der Verwendung der Ressourcen etc. hätte zurückziehen können. Die Rolle eines marktorientierten Privatsektors in einer Wirtschaft ist daher speziell in einer auf Erdölexporte angewiesenen Wirtschaft schwer definierbar. Selbst wenn die Strategie der Importsubstitution fallen gelassen würde und der Staat seine wirtschaftlichen Aktivitäten auf ein Minimum reduzierte, bliebe sie dennoch eine signifikante soziale Kraft. Dies liegt speziell daran, dass der Staat in absehbarer Zeit weiterhin über einen lukrativen Mechanismus verfügt, indem er die Staatseinnahmen aus den Erdölverkäufen an die Gesellschaft abgeben wird

³²⁰ Zitiert aus Allafi, M. (1990): Wirtschaftlicher Paradigmawechsel, S. 605

und daher richtungweisend wirkt. Hier ist wieder eine Überkreuzung von verschiedenen Politiken und Prioritäten erkennbar. Die langfristigen strukturellen Probleme, die schon bereits das Pahlawi-Regime in den 70er Jahren verfolgten, können hier auch das neue Regime nach der Ära von Ayatollah Khomeini gefährden.³²²

4.3.1.2. Importsubstitution in Verbindung mit Exportförderung

Die Politik der Importsubstitutionsstrategie schreibt vor, dass bestimmte Technologien importiert werden müssen und dafür der Staat andere Exporte im Gegenzug vorantreiben muss. Der Iran, im Gegensatz zu anderen *Newly Industrialized Countries*, hing im hohen Maße von den Erdölexporten ab, um die notwendigen Erträge zu generieren und die Importe zu bezahlen. Im Ergebnis war die Position des Irans in der *Theorie der Internationalen Arbeitsteilung* derart verändert, dass sie Erdöl den industrialisierten Ländern anbot und dafür Kapital vom Weltmarkt erhielt.³²³ Der Iran hatte verstanden, dass mehr als Erdölexporten nötig sind, um die Wiederaufbaubestrebungen erfolgreich umzusetzen. Dies ist auch im Hinblick darauf zutreffend, dass die Bevölkerung sehr schnell anwächst und die Erdöleinnahmen eine hohe Volatilität aufweisen.³²⁴

Die Strategie der Importsubstitution wurde durch die simultane Anwendung der Exportförderungs-Strategie, also der Förderung des Nicht-Öl-Exportes, begleitet. Dadurch sollte die Wirtschaft diversifiziert und die Abhängigkeit von den Devisenerträgen verringert werden. Im Einklang mit den Wirtschaftsreformen versuchte die Regierung, auch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Umfeld zu verbessern sowie den Außenhandel durch den Privaten Sektor zu erleichtern. Die Importbeschränkungen wurden vereinfacht und es ergab sich ein inländischer Wettbewerb. Letztlich sollten die Roherzeugnisse und halbfertigen Güter, die für die Erhöhung der Produktion der iranischen Industrieanlagen notwendig waren, auf diesem Wege im Inland produziert und bereitgestellt werden.³²⁵ Balaghi-Mobayen beschreibt die simultane Anwendung in der Form, als das sich

³²¹ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 9

³²² Vgl. Allafi, M. (1990): Wirtschaftlicher Paradigmawechsel, S. 605-610

³²³ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 9

³²⁴ Vgl. Hosseini, H. (1995): Rafsandjani's Perestroika, S. 180

³²⁵ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 108-109

„...die Bemühungen in der praktischen Industrialisierungspolitik vor allem auf Importsubstitution und Exportförderung richten. Dabei handelt es sich nicht unbedingt um den Ausschluss der Importtätigkeit, sondern um alternative Orientierungen zwecks Förderung importsostituierender Investitionen und Ankurbelung der Exportproduktion.“³²⁶

In diesem Sinne entschied sich die Regierung, unnötige Regularien und Preiskontrollen aufzuheben. Diese Entscheidungen wiederum stimmen überein mit den Auflagen der Weltbank und des IMF. Der Iran bemühte sich noch mehr von den Mechanismen des freien Marktes bestimmt zu sein. Man hoffte durch die Exportorientierung der Wirtschaft die Abhängigkeit von Erdölbezogenen Deviseneinnahmen zu verringern, obwohl die Erdölförderung weiter ausgebaut werden sollte. Die Exportförderungs-Strategie sollte auch die Wirtschaft diversifizieren und gleichzeitig neue Dynamik in der Industrie des Landes erzeugen. Dieser neue Ansatz war darauf ausgelegt, die Reintegration des Irans in die westliche Wirtschaftssphäre voranzutreiben und seine regionale wirtschaftliche Rolle auszuweiten.³²⁷

4.3.1.3. Die Deregulierung des Außenhandels

Die Import- und Exportpolitik des Irans spielte eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung. Für viele Jahre war die iranische Wirtschaft hauptsächlich abhängig von seinen Erdölvorkommen und dem Einkommen hieraus und alle wirtschaftlichen Projekte waren darauf ausgerichtet, Einnahmen aus dem Erdölexport zu erzielen. Die iranische Regierung unternahm große Anstrengungen, um im internationalen Handelsmarkt eine bedeutende Stellung einzunehmen, und entschied sich für die Anwendung der Exportförderungs-Strategie. Der Aufbau und die Entwicklung der Wirtschaft führte unweigerlich zur Frage des industriellen Inputs wie Rohmaterial, halbfertige Produkte, Maschinen und Technologie, von denen eine bedeutende Menge

³²⁶ Vgl. Balaghi-Mobayen (1995): Wirtschaftliche Entwicklung, S. 386. Laut Balaghi-Mobayen wird dies erwirkt durch bestimmte Instrumentarien wie steuerliche Begünstigungen und Subventionen im Bereich der Agrarproduktion, Gewährung verbilligter Kredite und Versorgung mit verbilligten Produktionsmitteln

importiert werden muss. Die iranische Industrie ist vom internationalen Markt zu ca. 65 % ihres Inputs abhängig, ein sehr geringer Teil kann lokal bezogen werden. Über 80 % der iranischen Importe sind halbfertige Produkte und Fertigprodukte. Diese Importe sind der Hauptrückhalt der weiterverarbeitenden Industrie des Iran. Die Devisenerträge bestimmen Irans Importfähigkeit.³²⁸

Die Importrestriktionen wurden auch im Hinblick auf die langfristige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Industrie erleichtert. Der erleichterte Import sollte vor allem aber die Rohstoffe und halbfertigen Erzeugnisse - die vorher Mangelware waren und zu einer sehr geringen Auslastung der Industriekapazitäten führten- für die Industrie bereitstellen. Die Importsubstitutions-Strategie wurde wieder angewandt. Die Einbeziehung des Privaten Sektors in den Außenhandel sollte die ungedeckte Nachfrage, Engpässe und Ineffizienzen auf dem inländischen Markt beseitigen. Die Maßnahmen des ersten Fünfjahresplanes waren vor allem im Bereich der Wechselkurspolitik sowie der Tarif- und Zollpolitik angesetzt. Im Jahr 1993 wurde die staatliche Devisenkontrolle auf bestimmte Güter, wie elektrische und elektronische Geräte, Baumaterial, Maschinenbau, Lebensmittel und Textilien aufgehoben. Nunmehr konnte die Bezahlung dieser Importe durch eine Bank im Ausland oder aber durch harte Währung, die auf dem freien Markt gekauft wurde, bezahlt werden.

Zusätzlich zu diesen Gesichtspunkten sahen die neuen Außenhandelsbestimmungen auch die Einführung eines neuen und komplizierten Tarifsystems vor. Diese Tarife, wie sie vom *majles* verabschiedet wurden, bewegten sich zwischen 5 % und 100 % des Importwertes. Andere Steuern wie Kommerz-Gewinnsteuern betrugen bis zu 400 % des Importwertes zusätzlich zu den Zöllen. Dadurch sollte die Vergeudung von Devisen für Luxusgüter vermieden werden. Die heimische Industrie wurde durch Importzölle gegen ausländische Produkte geschützt. Durch die Zuweisung unterschiedlicher Wechselkursen als Bemessungsgrundlage für verschiedene Importzölle konnte die Regierung auch die relativen Kosten der einzelnen Güter kontrollieren. So wurden Grundnahrungsmittel zu

³²⁷ Vgl. Amirahmadi, H. (1994b): prospects, S. 135 und Balaghi-Mobayen (1995): Wirtschaftliche Entwicklung, S. 386

³²⁸ Vgl. Mirzai, M. (1994): Economic Reconstruction und Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition, S. 274

der günstigeren,³²⁹ *official rate* bemessen und deren Verzollung und Besteuerung erleichtert.³³⁰

Auf der Exportseite wurden Anfang der 90er Jahre die Nicht-Öl-Exporte einer stärkeren Regulierung unterworfen. Die Exporteure mussten zeitlich begrenzte „Schuldverschreibungen“ bei den staatlichen Banken eingehen. Die Beträge wurden am Exportvolumen und am „Export-Wechselkurs“ der erwarteten Verkaufserlöse festgelegt. Der Exporteur verpflichtete sich, die Erlöse des Exportgeschäftes zum *official rate* später in das Land zurückzuführen. Die ständigen Schwankungen der Schwarzmarktkurse, vor allem aufgrund des Einflusses durch den Erdölpreis, machten die Exportgeschäfte sehr riskant. Hierdurch und aufgrund der notwendigen Ausfuhrgenehmigungen³³¹ wurde der Export erschwert und bürokratischer. Diese Maßnahme waren teilweise möglich durch das Aufheben von bestimmten Beschränkungen auf den Export von persischen Teppichen, persischer Handarbeit und bestimmten Lebensmitteln, die noch aus der Zeit der Revolution und der Kriegszeit vorhanden waren.

In Übereinstimmung mit der Privatisierung von staatlichen Anlagen strebte die Regierung auch die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit an, indem der Außenhandel für den Privaten Sektor erleichtert werden sollte. Das Wechselkurssystem wurde schrittweise reformiert, um den Außenhandel vor allem für den Privaten Sektor zu erleichtern. Des Weiteren sollten die staatlichen Subventionierungen schrittweise aufgehoben werden. Allerdings sind aufgrund der Volatilität des Erdölpreises auf den Weltmärkten und den damit verbundenen Schwankungen im Staatshaushalt sowie der finanziellen Schwierigkeiten bei der Rückzahlung der Auslandskredite 1993 die Außenhandelsregularien häufig geändert worden.³³²

³²⁹ Die *official rate* war ein Vielfaches unter dem Schwarzmarktkurs.

³³⁰ Vgl. Mazarei, A. (1995): Imports S. 30-32

³³¹ die Genehmigungen, besonders im Import, beinhalteten Zensur und moralische Richtlinien

³³² Vgl. Mofid, K. (1992): Foreign Trade, S. 147-149 und Mazarei, A. (1995): Imports S. 31-32

4.3.2. Vereinheitlichungsreformen des Wechselkurssystems

Mit der Phase der Deregulation sollte die Wirtschaft schrittweise von den Subventionierungen befreit und der Außenhandel - im Besonderen der Import - für den Wiederaufbau erleichtert werden. Eine große Hürde war die Diskrepanz zwischen der *official rate* und dem Schwarzmarktkurs. Die Beibehaltung desselben hatte verheerende ökonomische Konsequenzen und schürte die Inflation. Auf dem Wege einer liberalisierten Wirtschaft und der Anpassung an die Marktmechanismen wurde die Wechselkurspolitik zur dringendsten und wichtigsten Reform der Wirtschaft, zumal die Angleichung ohne zu große Schockwirkungen vollzogen werden sollte.³³³ Auch um die Inflation in den Griff zu bekommen, musste der Rial stabilisiert werden. Hierzu musste der Staat seine Einflussphäre vergrößern und den Schwarzmarkt eindämmen. Das große Ziel war es, letztlich die Wechselkurse zu vereinheitlichen. Diese Maßnahme war eine der schwierigsten Aufgaben, die die Regierung sich selbst gestellt hatte. Im Folgenden werden die verschiedenen Stufen und Entwicklungen in der Wechselkurspolitik verdeutlicht sowie Zusammenhänge zur gesamten wirtschaftlichen Entwicklung aufgebaut.

4.3.2.1. Stufe 0: Das Multiple-Kurs-System der Kriegszeit 1980-89

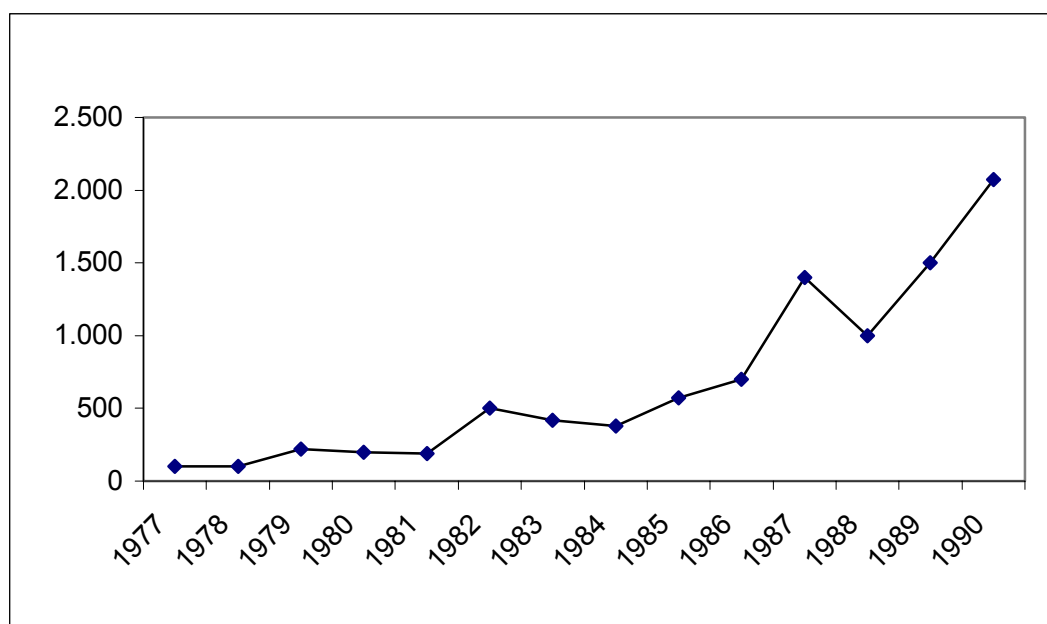
Der Iran erfuhr auf verschiedene Weise den Druck auf den Staatshaushalt seit 1978. Dafür waren verschiedene inländische und ausländische Einflussfaktoren verantwortlich, wie zum Beispiel die iranische Revolution, die Kapitalflucht, die Wirtschaftssanktionen des Westens, der Krieg mit dem Irak und ein genereller Rückgang der Erdölerträge während der Revolution. Die iranische Führung begegnete diesem Druck auf den Staatshaushalt durch die Einführung eines *Multiple-Kurs-Systems* für den Devisenumtausch. Obwohl ursprünglich ein *Zwei-Kurs-System* für den Devisenumtausch unmittelbar nach der Revolution eingeführt wurde, wuchs dieses System schrittweise in ein komplexes Kurssystem mit bis zu zehn verschiedenen Wechselkursen. Die Führung

³³³ Vgl. Amirahmadi, (1994b): Prospects, S. 139

hat hierdurch Verteilung der Devisen und den Zufluss auf die verschiedenen Sektoren – je nach politischen und wirtschaftlichen Prioritäten – kontrolliert.³³⁴

Die Überbewertung der *official rate* (offiziellen Wechselkursrate) wurde besonders schwerwiegend in der zweiten Hälfte der 80er Jahre und führte zu wesentlichen Aufschlägen gegenüber der Schwarzmarktrate. Der Aufschlag stieg von 200 bis 300 % Anfang der 80er Jahre auf 500 bis 600 % Mitte der 80er Jahre und erreichte einen Höchststand von über 2000 % im Jahre 1989.³³⁵ Dieser zwanzigfache Aufschlag in diesem parallelen Wechselkurssystem waren Ausdruck der enormen Subventionen, die der Staat einer kleinen Anzahl von Institutionen und Personen zukommen ließ, die durch dieses kontrolliertes Wechselkurssystem Profite machten. Die Fähigkeit der iranischen Regierung, diese Situation über eine längere Phase hinweg aufrechtzuerhalten, war auf die Tatsache zurückzuführen, dass sie eine direkte Kontrolle über die Haupteinnahmequelle der Deviseneinkünfte im Lande hatte.³³⁶

Abbildung 9: Aufschläge des *official rate* ggü. dem Schwarzmarktkurs 1977-89



Quelle: *Middle East Economic Digest* (1990)

³³⁴ Vgl. Mazarei, A. (1995): parallel market, S. 2-3

³³⁵ Vgl. Pesaran, M. H. (1995): macroeconomic stabilization, S. 7 und Hakimian, H./Karshenas, M. (2000): Economic Reform, S. 35

Das Bestehen dieser enormen Aufschläge verursachte große Verzerrungen in den relativen Preisen und förderte eher die Spekulation statt produktive Aktivitäten der Wirtschaft. Sie verschleierten die erheblichen staatlichen Subventionen an die Konsumenten und diejenigen Produzenten, die an die *official rates* herankommen konnten. Die Bonjads (religiöse Gesellschaften), die staatlichen Industrien und gut situierte Geschäftsleute erhielten bevorzugten Zugang zu den Devisen oder deren Importe. Das *Multiple-Kurs-System* für den Devisenumtausch schädigte auch die Exporteure. Auf der anderen Seite wurde dadurch gefördert, dass importierte statt inländische Produkte konsumiert wurden.³³⁷

Eine der negativen Auswirkungen ist die Ungewissheit, die mit solchen großen Aufschlägen zwischen der *official rate* und dem Schwarzmarktkurs bestehen. Dies wiederum hatte negative Konsequenzen für die Investitionen und die produktiven Aktivitäten, und erwirkte mehr Aktivitäten im Bereich Handel und Dienstleistungen. Die Preisverzerrungen, die mit den überbewerteten offiziellen Wechselkursen einhergehen, und der damit verbundene Rationierungsprozess durch die Regierung führte ebenfalls zu allokativer Ineffizienz.³³⁸ Clawson³³⁹ stellt im selben Zusammenhang für die Kriegsjahre die These auf, dass ein überbewerteter Rial einen stark unerwünschten Effekt auf die iranische Wirtschaft hatte. Sein Hauptargument ist, dass durch die günstigen Importe - die sich aus dem überbewerteten Rial ergaben - der Marktanteil der iranischen Industrie zurückging. Entsprechend wäre das Produktionsniveau und der Marktanteil der heimischen Industrie wohl um ein Drittel höher gewesen. Clawson sieht die Politik der überbewerteten Wechselkurse der iranischen Regierung als ein Ergebnis der starken Lobby der Händler in den Bazars, die sich gegen ihre Hauptmitbewerber, speziell der modernen Industrie, durchsetzten.³⁴⁰

Dieser „Entwertungsthese“ von Clawson setzt Sohrab Behdad 1988 entgegen, dass aufgrund der Komplexität der iranischen Wirtschaftsstruktur und den hiesigen Wirtschaftsbedingungen diese „Entwertungsthese“ einen eher geringeren Stellenwert

³³⁶ Vgl. Karshenas, Massoud, Pesaran (1994): Exchange rate, S. 158

³³⁷ Vgl. Mazarei, A. (1995): parallel market, S. 2-6

³³⁸ Vgl. Pesaran, M. H. (1992): foreign exchange, S. 108-122; Das System der Multiple Exchange Rates, welches 1980 eingeführt wurde, ist für viele der schlechten Ergebnisse in der verantwortlich ist, die die iranische Nicht-Ölwirtschaft aufzeigte. Der Abstand zwischen den unterschiedlichen offiziellen Wechselkursen und denen des Schwarzmarktes ist so weit, so dass sich eine große Disallokation der Ressourcen ergibt und sich eine starke Tendenz zu Korruption ergab.

³³⁹ unter dem Pseudonym Wolfgang Lautenschlager

³⁴⁰ Vgl. Lautenschlager (1986): overvalued exchange, S. 43-50,

habe. Sein Hauptargument ist, dass der überbewertete Rial und das *Multiple-Kurs-Systems* für den Devisenumtausch ein Instrument der Islamischen Republik war, um seine Industrie- und Sozialpolitik durchsetzen zu können. Das überbewertete Wechselkurssystem machte es für die islamische Republik demnach möglich, eine höchst importabhängige Industriestruktur zu führen und zumindest kurzfristig die Verzerrung und die Beeinträchtigung des Lebensstandards der iranischen Bevölkerung zu minimieren. Er hält die Auswirkung einer Entwertung somit zudem gerade für notwendig, um den Abstand des Schwarzmarktes gegenüber der *official rate* zu überwinden, die ein viel schlimmeres Momentum für die islamische Republik ist, als die „Entwertungstheorie“ von Clawson vermuten lässt.³⁴¹

4.3.2.2. Stufe 1: Straffung zum Drei-Kurs-System 1989-91

Die Reformen des Außenhandels und der Wechselkurse waren von besonderer Bedeutung für eine erfolgreiche Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaft in Richtung Wachstum im Sinne des ersten Fünfjahresplanes. Entsprechend wurde das stark verschachtelte *Multiple-Kurs-System* für den Devisenumtausch auf ein *Drei-Kurs-System* reduziert. Das neue Wechselkurssystem wurde ab dem 21. März 1991, dem persischen Neujahr Noruz wirksam. Die Vielzahl von Wechselkursen wurde durch drei hauptsächliche Raten ersetzt. Als erste Maßnahme in diesem Sinn wurde 1989/90 eine so genannte *service rate* von 845 Rial pro US\$ für bestimmte Zahlungen eingeführt.³⁴²

Der effektive Wechselkurs wurde in der Zeit von 1988 bis 1992 schrittweise entwertet, indem bestimmte importierte Güter von der *official rate* zum *competitive rate* und wiederum andere vom *competitive rate* zum Schwarzmarktkurs bzw. *free market rate* abgestuft wurden. Demnach wurde der effektive nominelle Wechselkurs, gewichtet nach den verschiedenen Wechselkursklassen und den importierten Gütern, in der Zeit von

³⁴¹ Vgl. Behdad, S. (2000): *Economic Liberalism*, S. 116, ebenso Lautenschlager (1986): *overvalued exchange*, S. 46-50 und Behdad, S. (1988): *Foreign exchange gap*, S. 22-21. Diese beiden Ökonomen diskutieren schon seit vielen Jahren über diese Problematik.

³⁴² Vgl. Karshenas, Massoud, Pesaran (1994): *Exchange rate*, S. 170-171

1982 bis 1992 um über 100 % entwertet.³⁴³ Die Auswirkung dieser de-facto Entwertung des Rials für die gesamte Wirtschaft und für die Produzenten im Speziellen war stets im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion.³⁴⁴ Die *official rate* und die *competitive rate* waren für den größten Teil der Transaktionen verantwortlich. Daneben gab es noch die *medical rate* für Importe von Medikamenten und die *service rate* für Auslandsstipendiaten und Reisen von Staatsleuten und Diplomaten sowie einige anderen *special rates*. Das Handeln von ausländischen Devisen außerhalb von eigens autorisierten Wechselstuben wurde strafbar. Auf der anderen Seite wurden die Auflagen der Banken bei der Devisenbeschaffung für die Importeure und Exporteure gelockert, d.h. sie bekamen relativ einfach die günstige *competitive rate*, damit sie sich ihre Devisen nicht auf dem Schwarzmarkt beschaffen mussten und der Devisenfluss für den Staat kontrollierbar blieb.³⁴⁵ Die Dollarerträge aus Nicht-Öl-Exporten durften in die Landeswährung Rial werden zu der bevorzugten *floating rate* zurückgewechselt.³⁴⁶ Der iranische Rial wurde konvertierbar in iranischen Banken in Staaten des Persischen Golfs, beginnend am 23. Oktober 1991. Zur selben Zeit wurde angezeigt, dass diese Filialen auch Akkreditive in iranischer Währung und nicht nur in US\$ oder anderen Hauptwährungen bearbeiteten. Die iranischen Offiziellen, speziell der Chef der Zentralbank Adeli, sprachen von der Notwendigkeit, die iranische Währung (Rial) zu stabilisieren, seine Tauschbarkeit oder Konvertibilität zu ermöglichen und an den Bedarf nach einem One-Rate-System zu denken.³⁴⁷

³⁴³ In 1992/93 wurden aus einem Gesamt-Devisenbestand von 23 Milliarden US\$ wie folgt verteilt: 12,1 Milliarden US\$ für die *official rate*, 4,2 Mrd. US\$ für die *competitive rate* und 6,9 Mrd. US\$ für die *floating rate*.

³⁴⁴ Vgl. Hakimian, H./Karshenas, M. (2000): Economic Reform, S. 52 und Pesaran, M. H. (1995): macroeconomic stabilization, S. 8

³⁴⁵ Der Sachverhalt ist von Bedeutung, dass die importbegünstigende *competitive rate* über die staatlichen Banken in folgender Weise an den Lieferanten weitergegeben wurde: der Investor im Iran erklärt der iranischen Bank die Höhe seiner Verbindlichkeit gegenüber seinem ausländischen Lieferanten. Die iranische Bank begleicht die Schuld im Ausland per Zahlungsziel 360 Tage. Dieses Zahlungsziel wurde per Akkreditiv gesichert, welches wiederum u. a. über die deutsche Hermes-Versicherung gedeckt war. Der eigentliche Devisenumtausch erfolgte also nur über die staatliche Bank statt über den Schwarzmarkt. Dabei wurde auch kontrolliert, dass tatsächlich Industriebedarf gekauft wurde.

³⁴⁶ Vgl. Amuzegar (1994): Islamic Republic, S. 298; Dies war für den Exporteur zu dieser Zeit ein willkommener, zusätzlicher Gewinn durch den Aufschlag - nachdem das Handelsgeschäft abgewickelt war.

³⁴⁷ Vgl. Hosseini, H. (1995): Rafsandjani's Perestroika, S. 179

4.3.2.3. Stufe 2: Scheitern der Vereinheitlichung des Rialkurses 1993-94

Die iranischen Ökonomen und offizielle Kreise der Regierung in der Zentralbank stritten wieder um die Geldpolitik als ein zentrales Thema der Reformen. Es wurde um die Verwirrungen unter den Investoren diskutiert, und dass die Bürokratie um die Wechselkurse die Korruption im Staatsapparat förderte. Deshalb befürwortete man letztlich einen einzigen Wechselkurs,³⁴⁸ weitere Verzögerungen in der Vereinheitlichung führten zu weiteren Kosten/Preisverzerrungen und erzeugten weitere Ungewissheit über den Handel und das Wechselkurssystem. Eine entsprechende spätere Anpassung und Normalisierung desselben wäre viel kostspieliger und schmerzhafter verlaufen. Jedoch wäre die klassische Schocktherapie unter Berücksichtigung der fragilen Situation der Wirtschaft wohl mit nicht kalkulierbaren Risiken sozialer Unruhen und politischer Instabilität verbunden gewesen.³⁴⁹

Für eine volle Konvertierbarkeit der Währung wäre ein einziges Kurssystem (One-Rate-System) notwendig gewesen.³⁵⁰ Mitte 1992 wurden die Pläne für einen solchen einzigen marktgeleiteten Wechselkurs für den Rial veröffentlicht. Trotz des großen und beständigen Defizits in der Zahlungsbilanz und der eindeutigen Lage über die Schwierigkeiten der Regierung mit der Rückzahlung ihrer Auslandsverschuldung entschied die Bank Markazi, die nächste Phase ihrer Vereinheitlichungspolitik der Devisen zu vollziehen.³⁵¹

Die Entwertung von ungefähr 95 % wurde wieder pünktlich zum persischen Neujahr *noruz* am 21. März 1993 vollzogen. Ein einziger flexibler Wechselkurs war eingeführt worden.³⁵² Am 13. April 1993 erklärte die Zentralbank den Rial zur voll konvertierbaren Währung. Dies bedeutete die Straffung des *Multiple-Kurs-Systems* für den Devisenumtausch auf die wesentlichen *Official rate* und die „staatliche“ *free market rate*, um Transparenz in der Wechselkurspolitik zu ermöglichen. Die Regierung beabsichtigte über die Zentralbank verschiedene Instrumente wie Futures und Forward-Kontrakte zu

³⁴⁸ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): *Secular Miracle*, S. 157. Die iranische Regierung musste nun die Wechselkurse vereinheitlichen, da sie sich dafür entschied, sich für das Balance of payment support des International Monetary Fonds zu qualifizieren.

³⁴⁹ Vgl. Lautenschlager, W. (1986): *overvalued exchange*, S. 31-52: Die iranische Wirtschaft hatte erheblich gelitten unter dem überbewerteten Wechselkurs und sich tiefe Preisverzerrungen ergeben.

³⁵⁰ Vgl. Hosseini, H. (1995): *Rafsandjani's Perestroika*, S. 179-180

³⁵¹ Vgl. Karshenas, M. u. Pesaran, H.M. (1995): *Reform* S. 99-101

³⁵² Vgl. Petrossian, V. (1993): *Special Report*, S. 10-12

verwenden, um den Rial nach der Entwertung stabil zu halten. Der Staat gab erstmals Staatsanleihen aus, die aufgrund des islamischen Zinsverbotes „Partnerschaft mit dem Staat“ hießen.

Im April 1993 wurde bekannt gegeben, dass von diesem Zeitpunkt an alle privaten und öffentlichen Transaktionen, außer den staatlichen Importen von essenziellen Gütern im Wert von 4 Mrd. US\$ nun mit der neuen *floating rate* durchgeführt werden konnten. Diese wurde auf täglicher Basis nach dem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage für fremde Währung festgelegt. Zunächst verschwand der Aufschlag zwischen der *floating rate* und der *free market rate* auf dem Markt, der für Transaktionen außerhalb des Bankensystems angewendet wurde. In diesem Kontext wurde der Rial erneut um 20 % abgewertet.³⁵³ Der Abstand betrug von April bis September 1993 etwa 0,5 %. Anfänglich erschien diese Maßnahme erfolgreich und effektiv. Der Abstand zwischen der *floating rate* und der Rate, die außerhalb des Bankensystems verwendet wurde, verschwand fast vollständig. Noch während des Zeitraumes eines Jahres erwies sich die Vereinheitlichung als zunächst erfolgreich. Die Tabelle zeigt den anfänglich stabilen Kurs des Rial. Die über die Wechselstuben frei erhältliche *free market rate* lag zunächst nur 10 bis 25 % über dem Schwarzmarktkurs - im Vergleich zu vormals 2.000 % im Jahre 1990.³⁵⁴

Tabelle 6: Die official und der free market rate des Rial zum US\$ (März 1993 – Dezember 1994)

in Rials je US\$	<i>Official rate</i>	<i>free market rate</i>
Norus: März 1993	1.540	1.600
September 1993	1.585	1.590
Dezember 1993	1.750	2.100
Norus: März 1994	1.750	2.390
September 1994	1.750	2.760
Dezember 1994	1.750	2.680

Quelle: Middle East Economic Digest 1994

³⁵³ Vgl. FAZ (1.10.94), S. 22

Doch mit dem Fortbestehen der Defizite in der Zahlungsbilanz und der stets wachsenden Inlandsinflation sowie der nun deutlich gewordenen Unfähigkeit der Regierung, ihre steigenden Auslandsverbindlichkeiten zu halten, entfernten sich die beiden Raten im Ende Oktober 1993 wieder voneinander. Im Dezember 1994 lag die *free market rate* für einen US\$ bei 2.680 Rial und lag somit ca. 50 % höher als die so genannte *floating rate*, welche unverändert bei ihrem Stand von 1.750 Rial pro US\$ lag. Dieser Trend setzte sich fort, obwohl die *official rate* des Rial mehrmals abgewertet wurde, so wie beispielsweise im Mai 1995 um 33 %.³⁵⁵

4.3.2.4. Stufe 3: Wiedereinführung des Zwei-Kurs-Systems 1995

Die Regierung hoffte, dass das vereinheitlichte neue System das parallele Wechselkurssystem unterminiert, indem die Währung stabilisiert und der *free market rate* angepasst wird. Diese Hoffnung war jedoch nur von kurzer Dauer, da die anschwellende Schuldenkrise und seine harten Auswirkungen auf die Devisenreserven des Landes die Kompetenz der Regierung in Frage stellten. Sobald sich der Abstand zwischen der *free market rate* und der *official rate* vergrößerte, wies die Regierung ihre Vereinheitlichungspolitik zurück. Das *Zwei-Kurs-System* für den Devisenumtausch wurde wieder eingeführt. Die Währungskrise zwang die Regierung zur Einführung von harten Restriktionen auf die Verkäufe von harter Fremdwährung, um den Rial zu stabilisieren und den Devisenumtausch aufrechterhalten zu können. Zur selben Zeit wurden auch einige Entwicklungsprojekte aufgeschoben oder eingefroren. Die sich verschärfende Währungskrise hatte einen starken Schockeffekt auf die restliche Wirtschaft und verschärfte die Inflation.

Im Mai 1995 wurden Devisentransaktionen außerhalb des offiziellen Netzwerkes als illegal bezeichnet und ein *Zwei-Kurs-System* für den Devisenumtausch offiziell eingeführt. Dies zeigt die bedeutsame Umkehrung der angestrebten Zielsetzungen der Vereinheitlichungspolitik der Regierung und bedeutete die Wiederholung der Fehler der letzten 15 Jahre. Das Experiment mit den freigegebenen Wechselkursen war offiziell

³⁵⁴ Vgl. Forati Kashani, V. (1998): Finanzsystem, S. 90-96

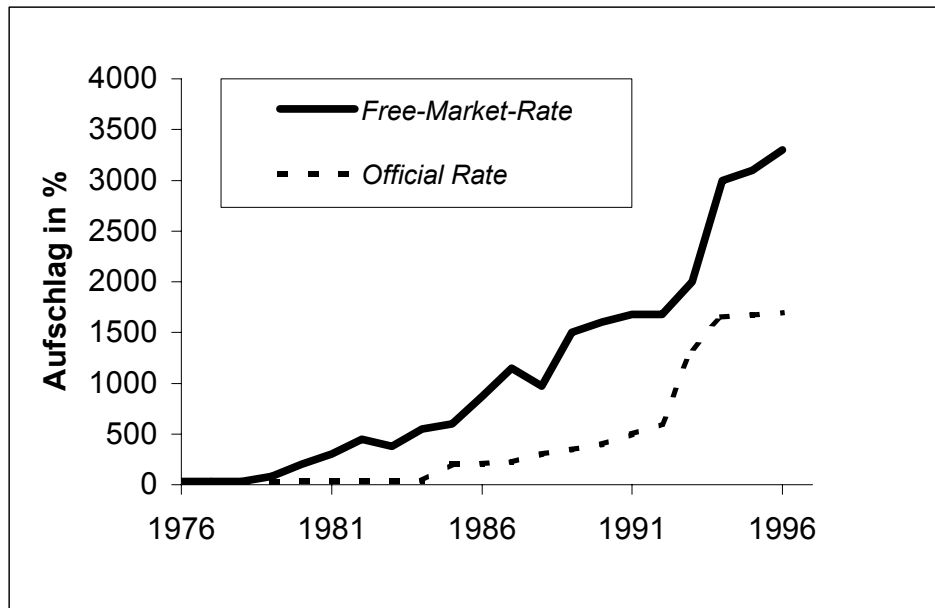
³⁵⁵ Vgl. Karshenas, M./Pesaran, H.M. (1995): Reform S. 99-101 und Pesaran, M.H. (2000): Economic trends, S. 88

beendet, obwohl es nur wenige Wochen gedauert hatte. Die Bank Markazi zog sich von ihrer Liberalisierungspolitik bezüglich der Wechselkurse zurück und ordnete vollständige Devisenkontrollen an. Eine neue Schwarzmarktrate für Devisen entwickelte sich binnen weniger Monate nach Bekanntgabe der Vereinheitlichung. Die Schwarzmarktrate stieg erheblich an und erreichte 3.240 Rial pro US\$ Mitte 1995. Bis zum Sommer 1995 explodierten die Preise und der rasche Sturz des Rial drohte in eine Hyperinflation zu führen. Der Abstand zwischen der *official rate* und *floating rate* vervierfachte sich innerhalb von zwei Wochen. Im Mai 1995 schaffte daraufhin die Regierung den freien Devisenmarkt durch die autorisierten Wechselstuben ab. Die Außenkontrollen wurde verschärft, um Devisen zu sparen und die durch die Inflation geschürte Kapitalflucht einzudämmen. Es wurden Devisenkontrollen an der Grenze eingeführt, um den Schwarzmarkt und den Schmuggel einzuschränken. Der Einreisende musste den Betrag der Devisen deklarieren und bei Ausreise wieder ausführen. Der Handel von Devisen auf dem Schwarzmarkt bzw. auf den Straßen wurde mit der Todesstrafe geahndet. Die offizielle Konvertibilität des Rial wurde aufgehoben.

Die *official rate* des Rial wurde erneut um 50 % abgewertet und stand bei 3.000 Rial/US\$. Die Importe wurden seit dem Sommer 1995 drastisch gedrosselt, da die Importeure sich die Devisen nicht mehr auf dem freien Markt beschaffen konnten. Die Banken genehmigten nur in den dringendsten Fällen für einige wenige wichtige Industrien den Devisentausch, der gänzlich über Akkreditive der staatlichen Banken direkt mit dem ausländischen Lieferanten abgewickelt wurde. Die Exporte wurden, so wie es während des Krieges schon üblich war, wieder nur über die Schuldverschreibungen möglich, die den späteren Rücktausch der Exporterlöse zur *official rate* vorsahen. Allerdings war aufgrund des verringerten Abstandes zwischen der *official rate* und dem freien *floating rate* von ca. 50 % (gegenüber 2.000 % während des Krieges) die Härte dieser Auflage relativ tragbar.³⁵⁶

³⁵⁶ Vgl. FAZ (23.5.95), S. 20 und Farhadian, H. (1995): Interview

Abbildung 10: Verlauf der Freemarket und Official Kurs des Rial gegenüber dem US\$ (Basis 1976) von 1976-97



Quelle: Pesaran, H. (2000): *economic trends*, S.82

Die Instabilität des Wechselkurses und das Versagen des Vereinheitlichungsprogramms bekam viel Beachtung in den Diskussionen um die makroökonomische Politik im Iran.³⁵⁷ Einige Analysten haben die Kurshöhe, an die 1993 der neue vereinheitlichte Kurs angesetzt wurde, in Frage gestellt.³⁵⁸ Andere zweifelten die Wahl des Zeitpunktes für die Vereinheitlichung an, als die Wirtschaft in starker Devisennot war. Es ist auch plausibel, dass ein früheres Datum für die Vereinheitlichung den Importboom von 1991/92 gebremst hätte, während die Vereinheitlichung wohl eher unerwartet in 1993 kam. Das kurze Experiment einer freigegebenen Währung zeigte, dass der Markt eine zu hohe Volatilität aufweist und die politischen Kosten zu hoch sind, um das Risiko eines freien oder auch teilweise geregelten freien Kurses hinzunehmen.³⁵⁹

Im Dezember 1996 erreichte er ca. 4.900 Rial pro US\$ und stabilisierte sich auf diesem Niveau über mehrere Monate. Der freie Markt für Devisen war seit Juni 1997 wieder legal und es entstand neben der *official rate* auch ein illegaler Schwarzmarktkurs für

³⁵⁷ Darunter Hakimian, H./Karshenas, M. (2000) und Mazarei (1995)

³⁵⁸ Vgl. Farzin, Y. (1994): *Foreign Exchange*, S. 178-182

³⁵⁹ Vgl. Mazarei, A. (1995): *Imports*, S. 30-32 und Hakimian, H./Karshenas, M. (2000): *Economic Reform*, S. 53

Devisen. Außerhalb des Bankensystems waren Transaktionen existent. Im staatlichen Fernsehen wurde in den Abendnachrichten die *floating rate* erwähnt, die zusehends das Schwarzmarkttreiben für den Staat kontrollierbar machte, indem die Exporte und die Importeure über den kontrollierten Handel ihrer *Export Clearance Certificates* den Kurs festlegten.³⁶⁰

Mit dem Fall der Erdölpreise 1997 wurde wieder ein Defizit in der Staatskasse deutlich. Bis zum Frühling 1998 stieg der Wechselkurs daher auf ca. 6.000 Rial pro US\$. Erneut wurde für eine kurze Zeit der Devisenhandel verboten. Im Mai 1998 wurden 14.000 Menschen verhaftet und durch die Regierung bestraft, da sie im Devisenschmuggel verwickelt waren.³⁶¹ Nach dem Anstieg der Erdölpreise pendelte sich der Rialkurs gegenüber dem US\$ im August 1999 bei 8.902 Rial ein - fast ein zweifacher Anstieg gegenüber seinem Wert Ende 1997/98. Der Zustand der beiden Wechselkurse hat sich bis heute gehalten, und führte zu verschiedenen Arbitragemöglichkeiten für Händler und Spekulanten, indem Handelsrechnungen manipuliert wurden, um die Prämie zwischen den Wechselkursen auf illegale Weise einzunehmen.

Der Iran hat seine Reformpolitik angefangen und nach Durchlaufen von 3 Stufen tatsächlich eine Straffung ihres Wechselkurssystems erreicht, aber von ihrem Ziel der Vereinheitlichung dieses Wechselkurssystems ist sie weit entfernt. Die Regierung behält sich dadurch weiterhin die Möglichkeit einer versteckten Subvention und der Kontrollmöglichkeit durch dieses Wechselkurssystem vor. Aber man kann von einem begrenzten Erfolg sprechen, da die bisherigen Divergenzen nicht mehr eingetreten sind. Der Abstand zwischen der *floating rate* und der *official rate* ist seit langer Zeit nun stabil. Die Vereinheitlichung wurde dennoch für das Jahr 2003 angekündigt, doch ist dieses Ziel eher unwahrscheinlich.³⁶²

³⁶⁰ Vgl. Pesaran, M.H. (2000): Economic trends, S. 89

³⁶¹ Vgl. Petrossian, V. (1998b): Special Report, S. 22

³⁶² Vgl. BFAI (2002): Wirtschaftslage, S. 3

4.4. KAPITALAUFNAHME AUS DEM AUSLAND

Der Erste Fünfjahresplan sah als besonderes Novum in der Wirtschaftspolitik nach der Revolution vor, die benötigten Devisen für die Investitionen des Wiederaufbaus durch Kredite von der Weltbank und anderen großen Institutionen sowie durch private Investoren aus dem Ausland zu beschaffen. Hierzu wurden verschiedene Maßnahmen eingeläutet, die den Prozess des Wirtschaftlichen Liberalismus verdeutlichen: die Islamischen Gesetze wurden geändert, die damaligen, schon sehr liberalen Gesetze des Schah neu formuliert und noch großzügiger ausgelegt. Ziel war es, möglichst große Investitionen aus dem Ausland anzuziehen, indem ausländische Konsortien und Unternehmen, internationale Banken als Kreditgeber sowie vormals exilierte Iraner mit ihrem Kapital und ihren Managementenerfahrungen in bestimmten Sektoren involviert werden. In den folgenden Abschnitten werden die Maßnahmen erläutert.

4.4.1. Internationale Jointventures und Investitionen

Die Integration des Irans in die Weltmärkte sollte auch direkte ausländische Investitionen und Finanzierung miteinbeziehen. Die Regierung strebte an, während des ersten Fünfjahresplanes 20 Mrd. US\$ an ausländischen Investitionen zu generieren, diese Zahl wurde im Verlauf sogar auf 27 Mrd. US\$ erhöht. Diese ausländischen Investitionen als Teil des Staatshaushaltes waren ein Novum, da die Verfassung seit der Revolution von 1979 Investitionen aus dem Ausland verboten hatte. Rafsandjani erklärte hierzu in einer Fernsehansprache 1989:³⁶³

„Im Sinne des Wiederaufbaus dieses großen Landes und der Behebung der Schäden sind wir bereit, die Teilnahme von Freunden und Regierungen zu akzeptieren, die bereit sind, ohne jegliche expansionistischen oder kolonialistischen Motive mit uns zusammenzuarbeiten.“³⁶⁴

³⁶³ Vgl. Hosseini, H. (1995): Rafsandjani's Perestroika, S. 177-178

³⁶⁴ zitiert nach Hosseini, H. (1995): Rafsandjani's Perestroika, S. 178

Um die Erhöhung der ausländischen Investitionen zu ermöglichen, wurde demnach ein neues Gesetz zur Regelung derselben verabschiedet. Obwohl Artikel 81 der Verfassung von 1979 die Errichtung und Aktivität von Organisationen mit ausländischen Interessen verbietet, konnte die Regierung ihr neues Gesetz im Parlament mit der Auflage verabschieden, durch ständige Kontrollen und Aufsicht die Aktivitäten dieser Unternehmen mit den nationalen Interessen konform zu halten.³⁶⁵ Das vorrevolutionäre Gesetz für Verbreitung und Schutz der Auslandsinvestitionen wurde wiederhergestellt und reflektierte die neue Richtung in der Wirtschafts- und Außenpolitik.³⁶⁶

Die Mobilisierung ausländischer Investitionen in das Wiederaufbauprogramm war ein wichtiges Thema für das iranische Regime. Präsident Rafsandjani erklärte, dass es ernste Garantien für ausländische Investoren gab. Auch iranische Bürger, die im Ausland lebten, konnten nun beispielsweise an Transaktionen an der gerade neu belebten Börse partizipieren. Im Wesentlichen beinhaltete dieses neue Gesetz, dass ausländische Unternehmen bis zu 49 % einer inländischen Firma besitzen durften. Außerdem wurde den Unternehmen gestattet, vollständig von ausländischen Managementteams geführt zu werden, wenn die Aktionäre zur Hälfte Iraner waren. In einigen Sektoren der Wirtschaft war sogar 100 % ausländisches Eigentum zulässig und es galten nur geringe Beschränkungen in Bezug auf die Gewinnmitnahmen. Jointventures und Buy-Back-Projekte waren die bevorzugten Mechanismen, aber auch andere Formen der Kreditaufnahme und Auslandsinvestitionen wurden verfolgt.³⁶⁷

Der damalige Wirtschaftsminister Nurbakhsh sagte denn auch unmissverständlich, dass „im Rahmen des Auslands-Investitionsgesetzes praktisch keine Begrenzungen existieren aus der Sicht der Anteilseigner aus dem Ausland“. Dr. Mohammad Navab-Modlagh, der Chef der Abteilung für ausländische Investitionen des Ministeriums der Wirtschaft, sagte diesbezüglich, „dass wir versuchen werden unter den bestehenden Bedingungen und im Hinblick auf den Devisenbedarf, das 49 %-Limit der Beteiligungen der ausländischen Partner voll auszuschöpfen. Dies wird dennoch nicht ausreichen, um die Investitionsvorhaben des Landes zu decken“.³⁶⁸ Diese Aussage belegt den enormen

³⁶⁵ Vgl. Ehteshami, A. (1993): *Liberalization*, S. 231

³⁶⁶ Vgl. Hosseini, H. (1995): *Rafsandjani's Perestroika*, S. 178

³⁶⁷ Vgl. Petrossian, V. (1993): *Special Report Iran*, S. 13-14

³⁶⁸ zitiert aus Ehteshami, A. (1995): *Second Republic*, S. 109-110

Kapitalbedarf des Wiederaufbaus, der nicht einmal über die Wiederinstandsetzung der vorrevolutionären, liberaleren Gesetze aus Zeiten des Schah hinaus gedeckt wurde.³⁶⁹

Die Öffnung der iranischen Wirtschaft gegenüber den Investitionen aus dem Ausland wurde durch die Errichtung von drei *Free Trade Zones* (FTZ) im Persischen Golf weiter vorangetrieben. Die FTZs hatten als Hauptziel, iranische und ausländische Investoren im industriellen und nicht-industriellen Bereich anzuziehen. Diese Freihandelszonen erwiesen sich nach finanziellen und kommerziellen Maßstäben als erfolgreich. Ende 1994 wurde klar, dass die FTZ - eine wichtige Ausprägung der Reformprozesse - nicht nur darin versagt hatte, ausländische Investitionen in produktive Anlagen und Technologie anzusiedeln. Sie konnten überwiegend keinen Export erzielen und wurden eher ein Kanal für den Import von meist nicht-essenziellen Konsumgütern.³⁷⁰

Sie hatten jedoch auch eine andere politische Funktion: die Errichtung der Freihandelszonen fernab vom Sitz der politischen Macht in den Großstädten hatte den Vorteil, dass die radikalen Gruppierungen und Gegner innerhalb des Staatsapparates umgangen werden konnten. Insofern konnte die Öffnung gegenüber den ausländischen Investoren vollzogen werden, ohne dass die Radikalen, dem offenen Handel abgeneigten Gegner innerhalb des Staatsapparates die Ausführung erschwerten. Dies war in den Großstädten oft der Fall, wo die *komiteh* ihre Anordnungen vom klerikalen Lager bekamen und die staatlichen Anweisungen verweigerten.

Ausländische Geschäftsleute konnten nun in erleichterter Prozedur bei Ankunft am Flughafen ein Siebentage-Visum beantragen und ohne die auf dem Festland nötigen Auflagen Büros und Lager beziehen. Die Seehäfen und die Kommunikationsanlagen wurden modernisiert. Die Kish-Insel im Persischen Golf wurde zur FTZ und sollte mit denen in Dubai und Jemen konkurrieren. Die größte Free Trade Zone war die Insel Qeshm in der Nähe der Straße von Hormus. Hier sollten aufgrund der Nähe zu den Erdgasreserven von Qeshm überwiegend energieintensive Industrien angesiedelt werden.³⁷¹

³⁶⁹ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 109-110

³⁷⁰ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 116-117

³⁷¹ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition, S. 254, Diese Pläne stammen in ihren Ursprüngen aus Vorstellungen/Planungen des Schahs von einem liberalen Außenhandel. Vgl. auch O.V. (1993): Reforms, S. 277

4.4.2. Kreditaufnahme und Direktinvestitionen

Die Beschaffung von Kapital aus dem Ausland war vor allem ein politisches Problem für das iranische Regime. Es herrschte Uneinigkeit in der iranischen Führung über die Frage der Auslandskreditaufnahme. Zusätzlich wurde diese Diskussion verschärft durch Machtkämpfe innerhalb des Regimes.³⁷² Seit der Revolution von 1979 wurden ausländische Investitionen mit Misstrauen begegnet.³⁷³ Die iranischen Radikalen fürchteten, dass eine Auslandsverschuldung wieder zur politischen Dominanz der Ausländer führen könnte, da die westlichen Institutionen die Kapitalquellen überwiegend kontrollieren. Mit Blick auf andere hochverschuldete Dritte-Welt-Ländern wird die Dimension dieser Befürchtung deutlich.³⁷⁴

Die Frage der Auslandsverschuldung wurde somit zu einer wichtigen Waffe der radikalen Gruppierungen in ihrem Versuch, die wirtschaftliche Wiederaufbaustrategie von Rafsandjani zu sabotieren.³⁷⁵ Trotz der traditionellen Ablehnung und Antipathie der Iraner gegen ausländische Kredite, wurde doch selbst bei der Opposition erkannt, dass eine Kreditaufnahme im bestimmten Rahmen notwendig war. Der Iran entschied sich 1990 für die Kapitalaufnahme bei der Weltbank, der IMF und großen internationalen Konsortien, um nicht zu sehr von einer Institution abhängig zu sein. Der International Monetary Fonds (IMF) verhalf dem Iran zu einem großen Teil des für den Wiederaufbau benötigten Kapitals und übernahm auch Beratungsfunktion in der volkswirtschaftlichen Planung, -speziell bei der Wechselkurspolitik, die der Iran gerade begonnen hatte.³⁷⁶

Zunächst wurde das Konzept der Auslandskreditaufnahme für Projekte genehmigt, die sich unmittelbar nach Fertigstellung selbst refinanzierten. Später wurden auch Kredite, die für den Wiederaufbau der durch das Erdbeben zerstörten Gebiete notwendig waren, erlaubt. Durch die Liberalisierung waren nun jedoch gewisse Freiheiten für die Ministerien geschaffen, begrenzt ausländisches Kapital aufzunehmen. Die Erhöhung der iranischen Einlagen beim IMF war 1990 durch die Einräumung von erhöhten

³⁷² Der Islam ist nicht gegen Privateigentum oder Investition eingestellt, und da der Islam grenzübergreifend ist, gibt es auch keinen Grund, gegen Auslandskapitalaufnahme zu sein.

³⁷³ Die Weltbank und der International Monetary Fonds wurden von vielen Iranern als ein Werkzeug der Vereinigten Staaten angesehen. Trotzdem erreichte die Rafsandjani-Administration Verbindungen zu beiden Institutionen nach dem Golfkrieg.

³⁷⁴ Wie große Gläubigerländer doch die Politik eines bestimmten Landes beeinflussen können.

³⁷⁵ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 77

³⁷⁶ Vgl. Amirahmadi, H. (1994b): Prospects, S. 136

Wahlrechten für den Iran innerhalb der Organisation vollzogen. In Anbetracht der Situation und der Zeichen der Zeit genehmigte der IMF 250 Mio. US\$ für den Wiederaufbau der beschädigten Gebiete nach dem Erdbeben von 1991, 134 Mio. für Präventivmaßnahmen gegen Überschwemmungskatastrophen in 1992 und weitere 140 Mio. für die medizinische Versorgung und Familienplanung in 1993.³⁷⁷

Entwicklungskredite wurden von der Weltbank angenommen. Angaben zufolge wurden im Jahre 1992 von der Weltbank über 1,2 Mrd. US\$ an Krediten für den Iran gebilligt. Des Weiteren war der Iran daran interessiert, Kredite der Weltbank für wichtige infrastrukturelle Projekte zu erhalten, wie z.B. den Bau eines dritten Dammes in den Karohnfluss in der Provinz Khusestan. Jedoch war gegenüber dem IMF eine größere Zurückhaltung zu verspüren; dies wohl aufgrund der Tatsache, dass die Bedingungen des IMF auch gewisse Einsicht und Beeinflussung der nationalen Wirtschaftspolitik beinhalteten. Generell hatte der Iran keine Schwierigkeiten, auf den Kapitalmärkten an Krediten heranzukommen. Der Iran war zu dem Zeitpunkt eines der wenigen Dritte-Welt-Länder mit einer hohen Kreditwürdigkeit. Er hatte eine geringe langfristige Auslandsverschuldung. Durch seine Erdöl- und Erdgasreserven und andere Quellen hatte der Iran entsprechende Sicherheiten.³⁷⁸

4.4.3. Rückkehr und Partizipation der exilierten Iraner

Die Politik von Rafsandjani sah vor, sämtliche inländischen Ressourcen auszuschöpfen. Der Rückgriff auf Kapital von Exiliranern schien eine höhere Akzeptanz zu haben, als nur rein ausländische Quellen. Jedoch musste hierfür das Vertrauen der Exiliraner in die politische Stabilität des Landes und der Regierung hergestellt werden. Einige der Radikalen fürchteten, dass, wenn iranisches und westliches Kapital zurückkehrt, auch die politischen und kulturellen Einflüsse von vor der Revolution zurückkehren würden. Die neue pragmatische Regierung hatte sich dennoch gegen die radikalen Kräfte durchgesetzt, und die im Ausland und im Exil lebenden Iraner offiziell zur Partizipation am Wiederaufbau eingeladen. Verschiedene iranische Politiker hatten die im Exil

³⁷⁷ Vgl. Mirzai, M. (1994): *Economic Reconstruction*, S. 185

³⁷⁸ Vgl. Petrossian, V. (1992): *spezial Report*, S. 18; Der Handel mit Iran war sehr attraktiv wegen der unbefleckten Bonität und Zahlungsmoral.

lebenden iranischen Industriellen aufgefordert, zurückzukehren und ihnen versprochen, ihre vormals enteigneten Unternehmen wieder zurückzubekommen.³⁷⁹

In einer historisch bedeutenden Fernsehansprache verkündete Präsident Rafsandjani von den neuen und entspannten politischen Verhältnissen.³⁸⁰ Die Iraner, die im erheblichen Maße über das benötigte Kapital und das Know-How verfügten, sollten den Iran besuchen und investieren. Darüber hinaus war nach Grundsatzdiskussionen in der klerikalen Führung des Landes die Rückkehr der *comprador bourgeoisie*³⁸¹ und ihres technokratischen Potenzials angestrebt worden. Von staatlicher Seite wurden Zugeständnisse gemacht, im Sinne der Privatisierung viele der enteigneten Anlagen und Besitztümer zurückzugeben, wenn am eine Teilnahme am wirtschaftlichen Wiederaufbau erfolge.³⁸²

Diese Ansprache war ein entscheidendes Signal und viele Iraner folgten allmählich diesem Aufruf. Die wirtschaftlichen Opportunitäten und die entspannten politischen Verhältnisse brachten eine Reihe von Exilanten zurück. Darunter waren auch prominente Generäle aus der Schah-Zeit und sogar Angehörige der königlichen Familie sowie ehemalige Großgrundbesitzer aus Los Angeles, Genf und anderen Städten der Welt, die nach langjähriger Flucht und Abwesenheit in den Iran zurückkehrten, um ihr konfisziertes Vermögen erneut in Besitz zu nehmen.³⁸³ Viele dieser Besitztümer befanden sich seit Anfang der 80er Jahre unter der Kontrolle der revolutionären Organisationen und Institutionen. Außerdem sollten alle Rechtsangelegenheiten oder Verfahren gegen sie durch die Regierung eingestellt werden. Zusätzlich sollten diejenigen, die zurückkehrten, von den Kreditprogrammen begünstigt werden und dadurch vereinfachten Zugang zu Krediten bekommen, um iranische Exporte und die Produktivität zu erhöhen.³⁸⁴

Die Rückkehr der kapitalkräftigen Exiliraner und einer großen Gruppe von westlich-orientierten Iranern aus der Mittelklasse führte auch zu einer Veränderung im Binnenhandel. Die Befriedigung der Nachfrage nach Luxus- und Konsumgütern wurde

³⁷⁹ Vgl. Hosseini, H. (1995): Rafsandjani's Perestroika, S. 177

³⁸⁰ die Ansprache wurde über die Konsulate und Botschaften im Ausland verbreitet.

³⁸¹ Der Begriff „comprador“ wird bezogen auf jene Gruppierung innerhalb der Bourgeoisie des Iran, die stets mit den „ausländischen“ Unternehmen kooperierte und in der iranischen Wirtschaft die ausländischen Investitionen tätigte bzw. deren Dienste und Güter dort kaufte.

³⁸² Vgl. Petrossian, V. (1991): Special Report Iran, S. 10

³⁸³ Vgl. Taheri, A. (1993): Allah, S. 20

³⁸⁴ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 114

nun gewährleistet, nachdem sie vorher zu Gunsten von essenziellen Gütern unterdrückt und verboten wurde. Nunmehr wurden wieder Luxusautos zugelassen und der Handel mit Video- und Stereoanlagen nahm zu. Die über Satellitenfernsehen verbreitete „westliche“ Kultur war sehr stark ausgeprägt und wurde Gegenstand von Grundsatzdebatten und Kritik an der Liberalisierungspolitik.³⁸⁵

4.5. DER ZWEITE FÜNFJAHRESPLAN VON 1995-2000

Rafsandjani legte Ende 1993 seinen zweiten Fünfjahresplan vor. Aufgrund der Einwände des vom pragmatischen Kurs abgewichenen Khamenei mussten Debatten geführt und Änderungen vorgenommen werden. Die Zusammenarbeit von Rafsandjani und Khamenei verschlechterte sich ab 1992 zunehmend. Die Senkung der Subventionen und die allgemeinen Preissteigerungen erzeugten soziale Spannungen. Khamenei und die mächtigen *basaaris* forderten danach eine Verlangsamung des Liberalisierungsprozesses. Khamenei war für eine Akzentverschiebung zu den *mostasaffin* und den Ausbau der Subventionen zu Gunsten der Massen. Der neue Plan für 1995 bis 1999 war eine Fortsetzung des ersten, mit der Ausnahme, dass er sich jetzt auf realistischere Erwartungen stützte.³⁸⁶

4.5.1. Die moderate Kontinuität der Reformen

Aufgrund der Zurücksetzung von einigen Reformmaßnahmen und unter dem Vorwand, die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplanes abzuwarten, wurde die Ratifizierung und der Abschluss des zweiten Fünfjahresplanes durch die *majles* um ein Jahr bis zum März 1995 verschoben. Rafsandjani lenkte ein und überarbeitete den Plan in Zusammenarbeit mit Khamenei und der Opposition. Der zweite Plan deckte die Periode 1994/95 bis 1998/99 ab, und setzte den ersten grundsätzlich fort. Die Erwartungen waren nun

³⁸⁵ Vgl. Amirahmadi, H. (1994b): Prospects, S. 136

niedriger gesetzt. Das angestrebte Wachstum wurde heruntergesetzt auf 5,1 %, mit einer entsprechenden Revidierung der sektoralen Zielgrößen nach unten.³⁸⁷ Für die Wirtschaftspolitik hat der neue Plan wieder den Vorsatz gehabt, entsprechend des ersten Planes,

- den Wechselkurs flexibel zu vereinheitlichen,
- den Handel zu liberalisieren,
- eine Steuerreform durchzuführen,
- größere Transparenz in den Subventionen und Transfers zu gewährleisten und
- die Struktur der Zinsen zu rationalisieren,
- die Verzerrung der Kosten und Preise zu reduzieren und
- eine Reform der öffentlichen Institutionen und der Bürokratie durchzuführen.³⁸⁸

Der Plan legt die Betonung auf stabilisierende, makroökonomische Programme und die Vereinheitlichung der Wechselkurssysteme als wichtige Voraussetzung für das Erreichen der quantitativen Ziele des Plans.³⁸⁹ Bei den Vorbereitungen zum zweiten Fünfjahresplan stand somit für Präsident Rafsandjani die Devisen- und Verschuldungskrise im Mittelpunkt. Die Erdölpreissituation und die Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft waren so stark, dass Präsident Rafsandjani sich auch international einsetzte, um beispielsweise innerhalb der OPEC eine gemeinsame Politik zu erreichen und die Erdölpreise zu heben. Weiterhin sah das Programm die Vervollständigung des Privatisierungsvorhabens und die Fortsetzung der Strukturreformen vor, die Bankreform einschließlich der Privatisierung und der weiteren Kommerzialisierung der Banken sowie die Erweiterung der Privatisierungsprogramme auf die strategischen Wirtschaftssektoren.³⁹⁰

Der zweite Fünfjahresplan sah Staatsausgaben von 121 Mrd. US\$ und Erdöleinnahmen von 77 Mrd. US\$ vor. Die Devisenerträge aus Erdöl- und Nicht-Öl-Exporten waren innerhalb des zweiten Fünfjahresplans auf 100 Mrd. US\$ angesetzt. Die zugrunde

³⁸⁶ Smith, B.J. (1997): Islamic revolution, S. 4-8

³⁸⁷ Vgl. Petrossian, V. (1995): Special Report Iran, S. 8 und Smith, B.J. (1997): Islamic Revolution, S. 4-8

³⁸⁸ Vgl. Plan and Budget Organisation (1994): Second Five-Year, S. 2-19

³⁸⁹ Vgl. Azhar, M. (1994): agenda for reconstruction, S. 157-159

³⁹⁰ Vgl. Pesaran, M. H. (1995): macroeconomic stabilization, S. 6 und Amirahmadi, H. (1996): development, S. 124-127

gelegten Erdölpreise waren auch im Rückblick auf die ernüchternden Erfahrungen der Liquiditätskrise von 1992/93 relativ pessimistisch ausgelegt. Der Erlös aus Nicht-Öl-Exporten sollte 27 Mrd. US\$ betragen. Demgegenüber war der geplante Import über die gesamte Dauer des zweiten Fünfjahresplanes auf 91,9 Mrd. US\$ vorgesehen; somit blieben 8,2 Mrd. US\$ für Rückzahlungen der Kredite und der Zinslast der Auslandskredite. Außerdem wurde im zweiten Fünfjahresplan festgelegt, dass die Auslandsverschuldung – sowohl kurz- als auch langfristig – nicht den Betrag von 25 Mrd. US\$ im letzten Jahr des Planes übertreffen darf. Ein größerer Anteil des Staatshaushalts sollte denn auch für Entwicklungsprojekte ausgegeben werden. Der zweite Fünfjahresplan sah jedoch nicht weitere Großinvestitionen der Regierung vor.³⁹¹

4.5.2. Sektorale Zielgrößen und Kurskorrekturen

Dieser abgesegnete Plan legte ein höheres Gewicht auf die Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors, größtenteils zu Lasten des Bau- und Dienstleistungssektors. Diese Zahlen waren sehr viel geringer als die Wachstumszahlen des ersten Plans. Hier wird vor allem die Realität der begrenzten Kapazität der Erdölförderung für den Export deutlich. Außerdem wird ein schwacher internationaler Erdölpreis³⁹² und die Zielsetzung der Regierung deutlich, die Abhängigkeit von ausländischen Krediten zu reduzieren.

Während die meisten anderen Wachstumsraten sich moderat im niedrigen Bereich hielten, war die Zielgröße für das Wachstum im Investitionsbereich bei 6,2 % pro Jahr sehr hoch. Diese Zahl verdeutlicht die hohe Betonung der Regierung auf den privaten Konsum gegenüber dem Staatskonsum sowie die Betonung der Investitionen gegenüber dem Konsum. Über die Sektoren gesehen bekommen die Bereiche Transportwesen, Kommunikation, Erdöl- und Erdgasförderung sowie Landwirtschaft die höchste Priorität bei den Investitionen. Ihre durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten bei den Investitionen sind respektive 10,5 %, 9,4 %, 7,4 % und 7,2 %. Die angestrebten

³⁹¹ Vgl. Pesaran, M. H. (1995): macroeconomic stabilization, S. 12 und Plan and Budget Organisation (1994): Second Five-Year, S. 30-38

³⁹² Die Problematik des Staatshaushaltes wird immer erheblich berührt vom Fall der Erdölpreise.

Investitionsgrößen in anderen Sektoren reichen von 4,3 bis 6,9 % pro Jahr.³⁹³ Das angestrebte Wachstum innerhalb der anderen Sektoren sieht wie folgt aus:

Tabelle 7: Sektorale Wachstumsziele des 2. Fünfjahresplanes

	2. FJP
Landwirtschaft	4,3 %
Erdöl	1,6 %
Industrie und Minen	5,9 %
Wasser, Elektrizität und Erdgas	8,0 %
Wohnungsbau	4,0 %
Transportwesen	4,7 %
Kommunikation und	6,8 %
andere Dienstleistungen	2,6 %

Quelle: Aus Plan and Budget Organisation (1989, 1994)

Die Erhöhung des Nicht-Öl-Exportes erhält ebenfalls eine besondere Priorität in dem Plan. Es wurde angenommen, dass in dem zweiten Plan die Erträge aus Nicht-Öl-Exporten durchschnittlich um 8,4 % jährlich gegenüber einem durchschnittlichen Anstieg der Devisenerträge aus Erdölexporten von 3,4 % steigen würden. Das Niveau der Subventionen für den Konsum von essenziellen Gütern, Medizin, Trockenmilch, Weizen, Reis, Speiseöl, Zucker und Käse – sollte auf dem Niveau von 1993/94 bleiben. Der Plan wollte auch gegen die großen Subventionen des inländischen Energiekonsums vorgehen und entsprechende gesetzliche Preisfixierungen sollten den Anstieg der Inlandspreise von Energieprodukten begrenzen. Außerdem sollten die Subventionen noch stärker auf Familien mit niedrigem Einkommen ausgerichtet und die regionalen Ungleichmäßigkeiten innerhalb des Landes eliminiert werden. Entsprechend sollte die

³⁹³ Vgl. Pesaran, M. H. (1995): macroeconomic stabilization, S. 11 und Plan and Budget Organisation (1994): Second Five-Year, S. 92-99

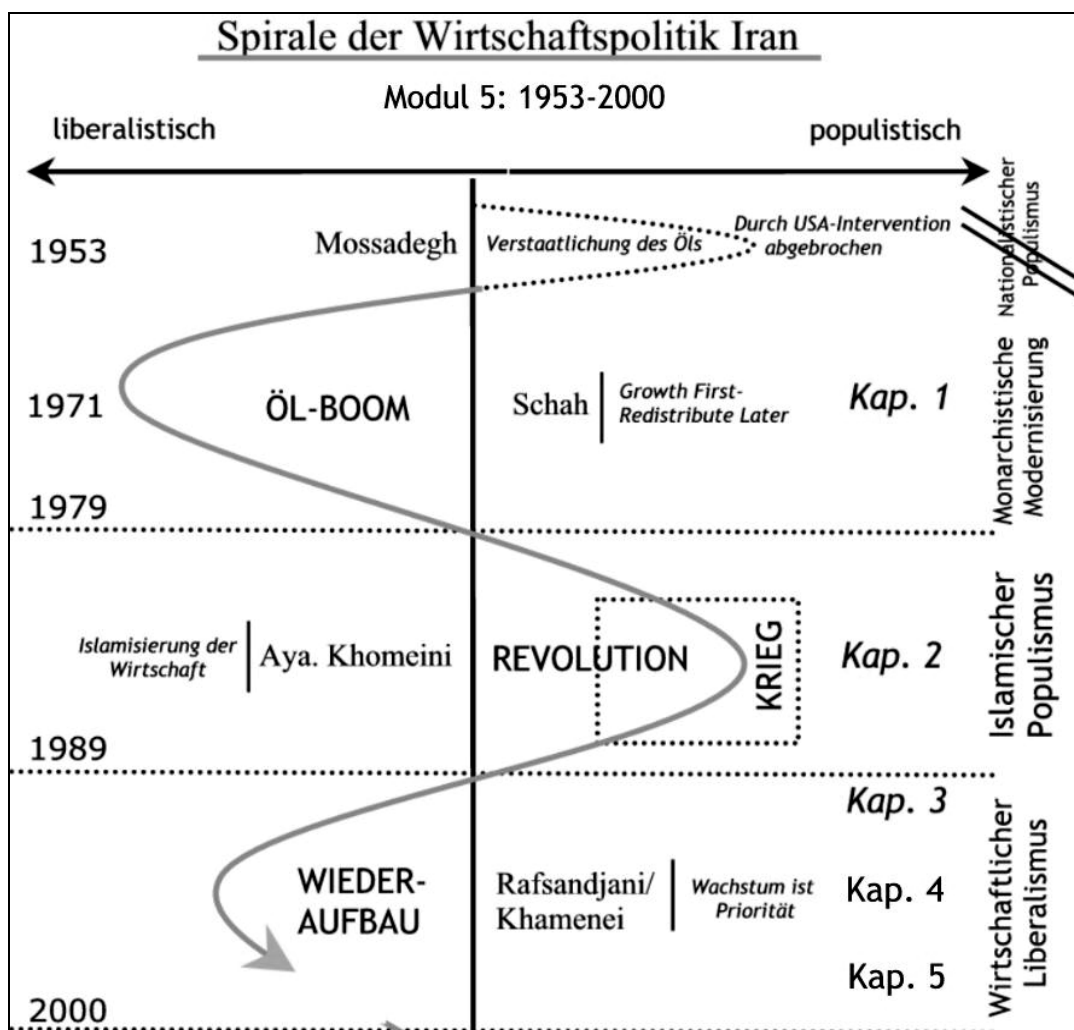
Inflation auf 12,4 % gesenkt werden. Zusätzlich zu diesen quantitativen Zielen schenkte der Plan der Entwicklung des Güter- und Kapitalmarkts, der Reform des öffentlichen Verwaltungssystems des Landes, der Verbesserung des Einkommens und der Verteilung des Wohlstands sowie der Stärkung des Sozialnetzes besondere Beachtung - indem freie Medizin und Krankenversicherung für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen gewährleistet wurden. Des Weiteren wurden auch viele Schwerpunkte auf eine Vielzahl von sozialen und kulturellen Zielsetzungen gesetzt, die allerdings hier ausgelassen werden. Rafsandjanis Präsidentschaft endete im Jahre 1997, d.h. im dritten Jahr des zweiten Fünfjahresplanes. Man erwog eine Verfassungsänderung, um eine dritte Legislaturperiode einzuberaumen. Stattdessen wurde ein neuer Rat mit Kontroll- und Beratungsfunktion gestaltet, dessen Vorsitz Rafsandjani im Folgenden innehatte.³⁹⁴

³⁹⁴ Vgl. Karshenas, M. u. Pesaran, H.M. (1995): Reform, S. 99-100 und Behdat, S. (2000): economic liberalism, S. 134-136

5. ERGEBNISSE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Die liberalistische Wirtschaftspolitik des Wiederaufbaus und ihre Maßnahmen führten zu starken Veränderungen und Wachstumsprozesse innerhalb der Wirtschaft. Die Reformprozesse führten zu unterschiedlichen Entwicklungen, die in diesem Kapitel aufgezeigt werden. Mitte der 90er Jahre jedoch wurde der liberalistische Reformprozess durch die intraklerikale Opposition und die wirtschaftlichen Probleme verlangsamt.

Abbildung 11: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 5 (1953-2000)



Quelle eigene Darstellung

5.1. GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Bereits die Ankündigung der Reformen im Jahr 1989 belebte die Wirtschaftsaktivitäten, so dass der seit Jahren anhaltende negative Entwicklungstrend in der iranischen Wirtschaft gebremst werden konnte. Tatsächlich ist die Wirtschaft seit 1989 in allen Sektoren erheblich gewachsen. Die Wachstumsraten liegen weit über denen der westlichen Industriestaaten. In den folgendem Abschnitt sollen der erste und zweite Fünfjahresplan im Ergebnis seiner sektoralen Zielgrößen dargestellt und ein gesamtwirtschaftliches Bild geliefert werden.

5.1.1. Wachstumsergebnisse des ersten und zweiten Fünfjahresplanes

Viele der neuen Unternehmer und Industriellen nutzten die subventionierten Devisen, die ihnen zum günstigen *official rate* zugänglich gemacht wurden. Das Wiederaufbauprogramm durch die Strategie der Importsubstitution löste bei den privaten Unternehmern und Konsumenten, aber auch beim Staate einen Importboom aus. Dieser weckte eine Euphorie und trieb tatsächlich das Wachstum in die Höhe. Insgesamt lag das wirtschaftliche Wachstum Anfang der 90er Jahre bei einem Durchschnitt von 7,1 % im ersten Fünfjahresplan. Einem Wachstum von 3 % im Jahr 1989 folgten 12 % im Jahr 1990 und 9,9 %³⁹⁵ in 1991. Der Iran gehörte damit zu den fünf Ländern mit dem höchsten Wachstum des Bruttosozialprodukts Anfang der 90er Jahre. Dieser Zuwachs resultierte vor allem aus den folgenden Maßnahmen:

1. Aufhebung der Preiskontrollen,
2. die Übergabe von hunderten Unternehmen des Öffentlichen Sektors an den Privaten Sektor,

³⁹⁵ Vgl. Plan and Budget Organisation (1994): summary Report, S. 30 und Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 115

3. Reformierung und Wiedereinführung des freien Devisenhandels,
4. Aufhebung des Gesetzes über den Wechselkurs,
5. Vereinfachung von Investitionen des Auslands durch Jointventures sowie das Anwerben von Kapital von im Ausland lebenden Iranern,
6. Anwendung einer adäquaten Fiskal- und Kreditpolitik, um die Ersparnisse zu steigern,
7. Gründung von Freihandelszonen.

Die am stärksten wachsenden Sektoren der iranischen Wirtschaft waren Elektrizität, Erdgas und Wasserversorgung mit einem Anstieg von 12,7 %. Daneben wuchsen die Industrie und der Bergbau mit 8,7 %. Das Wachstum im Erdölsektor lag bei 8,9 % und der Wohnungsbau bei 5,5 %, während die landwirtschaftliche Produktion lediglich um 5,9 % anstieg. Insgesamt war die Entwicklung im dritten Jahr des Planes (1991/92) sehr zufrieden stellend. Diese Verbesserung der Lage war jedoch, wie sich später herausstellte, nicht das Ergebnis einer allgemeinen Erholung der Wirtschaft oder das Ergebnis der Mobilisierung der nationalen Ersparnisse, sondern beruhte auf der starken Zunahme der Deviseneinnahmen des Landes und des damit gesteigerten Importvolumens, das in den Jahren 1990/91 und 1991/92 eine Rekordhöhe von 34 Mrd. US\$ und 28,5 Mrd. US\$ erreichte.³⁹⁶

³⁹⁶ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 115

Tabelle 8: Wachstumsraten im ersten Fünfjahresplan nach Sektoren (%)

Sektor	1990	1991	1992	1993	1994	Durchschn Wachstumsrt.(%)
Erdöl	7,7	19,9	11,1	2,1	3,6	8,9
Landwirtschaft	3,7	8,1	5,1	7,4	5,5	5,9
Industrie und Bergbau	6,6	13,4	17,2	4,7	1,3	8,7
Wasser, Elektro, Erdgas	11,0	19,4	15,5	8,5	9,4	12,7
Wohnungsbau	-1,7	2,9	16,0	7,9	2,4	5,5
Dienstleistungen	1,8	9,7	9,9	8,0	7,5	7,4
BIP	4,2	11,5	10,1	6,0	4,8	7,3

Quelle: Plan and Budget Organization: summary report (1994)

Darüber hinaus war das Wachstum auf einen Anstieg der Auslandskredite zurückzuführen. Eine strukturelle Verbesserung der Wirtschaft blieb jedoch aus. Ökonomisch betrachtet haben die Reformen also lediglich einen kurzlebigen Wachstumsschub ausgelöst. Der Rückgang des Erdölpreises auf dem Weltmarkt und die Rückzahlungstermine der Auslandskredite führten bereits im Sommer 1992 zu einer Verlangsamung des Wachstumstempos, so dass im Jahr 1992/93 nur noch eine Wachstumsrate von 5,5 % erreicht wurde. Im Anschluss daran hat die Regierung die Wirtschaftspolitik umgekehrt, um das Risiko einer Inflation, einer höheren Staatsverschuldung sowie die Einwirkungen externer Faktoren einzudämmen und die Ungewissheit über die privaten Investitionen überschaubar zu machen. Das Wachstum in dieser Zeit wurde erreicht mit einer zweistelligen Inflation der Konsumentenpreise von 18,8 % p.a.. Die Inflationsrate während der Kriegsjahre 1980 bis 1988 lag bei unter 20 % und stieg nun auf 29 % im Zeitraum 1994 bis 1998.³⁹⁷

Nur wenige iranische Politiker, am wenigsten Präsident Rafsandjani, erwarteten, dass der wirtschaftliche Reformprozess ohne Schmerzen und Rückfälle ablaufen würde. Trotz vieler Warnungen waren jedoch trotzdem nur wenige auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorbereitet, die mit den Reformprozessen einhergingen. Diese Probleme

³⁹⁷ Vgl. Hakimian, H./Karshenas, M. (2000): Economic Reform, S. 46

spitzen durch den drastischen Rückgang der Erdölpreise nach dem *Zweiten Golfkrieg* 1992-93 zu, also dem Krieg der alliierten Westmächte gegen den Irak zur Befreiung Kuwaits.³⁹⁸ Im dritten Jahr des ersten Fünfjahresplans war es offensichtlich, dass das Land noch einen langen Weg vor sich hatte, um die wirtschaftliche Entwicklung auf den Stand von 1970 zu bringen. Dies erkannte der Präsident selbst in seiner Rede von 1993, als er feststellte: „... dass die Probleme des Irans nur in einem Zeitraum von 10 Jahren gelöst werden können.“³⁹⁹

³⁹⁸ Der Krieg zwischen den Alliierten Westmächten und dem Irak

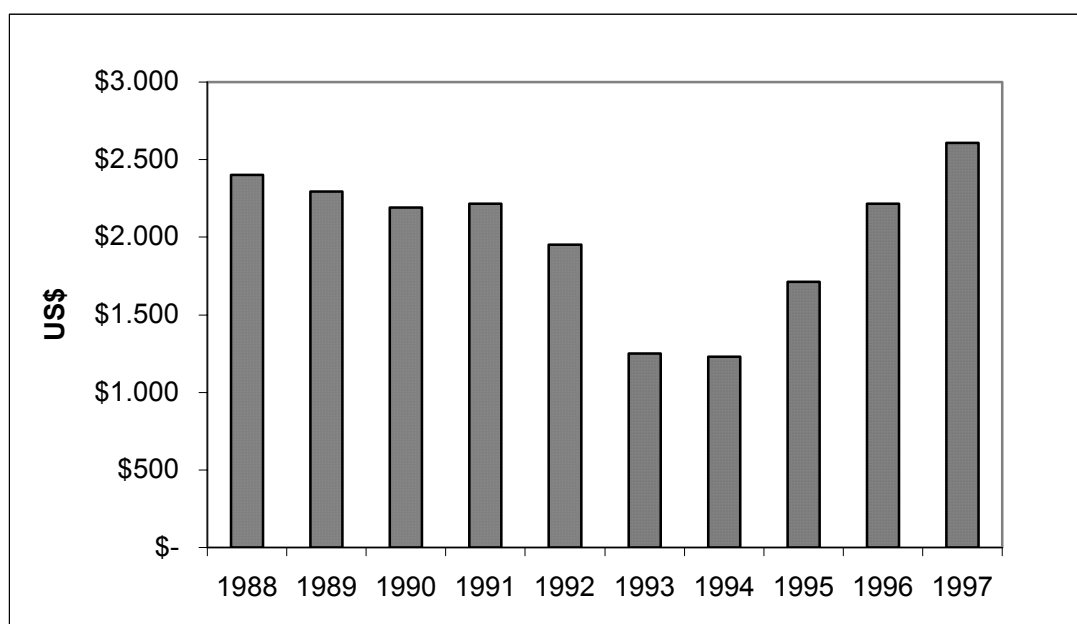
³⁹⁹ Zitiert aus Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 115

Tabelle 9: BSP und Wachstumsraten im zweiten Fünfjahresplan (in Mrd. Rial zu Preisen von 1982) nach Sektoren

Sektor	1994	1999	Wachstumsrate (%)
Erdöl	2,687	2,903	1.6
Nicht-Öl-Güter	12,779	15,636	4.1
Landwirtschaft	3,687	4,545	4.3
Industrie und Bergbau	3,172	4,202	5.8
• Wasser, Elektro, Erdgas	366	537	8.0
• Wohnungsbau	584	711	4.0
Dienstleistungen	5,920	1,359	3.1
BIP	13,766	17,635	5.1

Quelle: Plan and Budget Organization : summary report (1994), Bank Markazi: annual review (1999)

Abbildung 12: Reales Bruttosozialprodukt pro Jahr 1988-1997 in US\$



Quelle: United Nations: Human Development (1999)

Der zweite Fünfjahresplan erzielte eine durchschnittliche Wachstumsrate von 5,1 % im Vergleich zu den angestrebten und auch realisierten Wachstumsraten von 8,1 % bzw. 7,3 % des ersten Fünfjahresplanes. Diese Werte sind in der Landeswährung Rial berechnet. Die Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes für 1995 und 1996 lag durchschnittlich bei 3 % gegenüber der Zielgröße von 5,1 %. Sowohl der Erdöl-, als auch der Nicht-Öl-Sektor lagen erheblich unter ihren Zielgrößen, was an den stark gefallenen Erdölpreisen lag. Das Bruttosozialprodukt ist somit auf US\$-Basis nicht wesentlich gestiegen.⁴⁰⁰

5.1.2. Der Staatshaushalt und Volatilität der Erdöleinnahmen

Mit dem Importboom und dem Zustrom von Konsumgütern auf den iranischen Markt entstand auch ein Außenhandelsdefizit. Diese Importe lagen allein zwischen 1989 und 1992 bei einem Gesamtvolumen von 50 Mrd. US\$.⁴⁰¹ Die Planung des Haushaltes des Fünfjahresplanes baute auch auf Windfallprofite aus der Kuwaitkrise und krisenbedingt hohen Erdölpreisen. Im Zeitraum 1992/1993 fiel der Erdölpreis jedoch auf 14 US\$ statt der von der OPEC angestrebten 21 US\$ pro Barrel. Nach dem relativ schnell beendeten Kuwait-Krieg kam der unerwartete Fall der Erdölpreise, speziell in den Folgemonaten der Operation *Desert Storm* und verstärkte die Krise: die Wirtschaftsplaner hatten ihre Ausgaben auf einen Erdölpreis von 30 US\$ kalkuliert.⁴⁰² Obwohl das Einkommen aus Erdölexporten in den ersten 52 Monaten des ersten Fünfjahresplans bei 71,7 Mrd. US\$ lag – also sogar höher als die Plangröße von 60,2 Mrd. US\$⁴⁰³ – wurde die Liquiditätskrise von 1993 durch den Importboom ausgelöst. Im Jahr 1992/93 wurde inoffiziell eine Inflation von 60 % geschätzt.⁴⁰⁴

Die Erdölpreise stiegen jedoch in den Jahren 1996/1997 an. Somit erhöhten sich die Devisenerträge aus Erdölexporten um 32 % gegenüber dem Vorjahr an und betrugen 19,3 Mrd. US\$ in 1996/97. Ebenfalls aufgrund der Begünstigungen für die Nicht-Öl-Exporteure, hielten sich die Erträge aus Nicht-Öl-Exporten relativ stabil zwischen

⁴⁰⁰ Vgl. Bank Markazi, Annual review (1999)

⁴⁰¹ Vgl. Petrossian, V. (1993): Special Report, S. 14

⁴⁰² Vgl. Reiner, H. (1994): Wirtschaft, S. 552

⁴⁰³ Vgl. Plan and Budget Organisation (1989): First Five-Year, S. 40-42 und Petrossian, V. (1993): Special Report, S. 14

⁴⁰⁴ Vgl. Petrossian, V. (1994): Special Report, S. 20-21

1995/96 bis 1996/97. Dementsprechend zeigte die Zahlungsbilanz einen großen Überschuss in der Zeit von 1994/95 bis 1996/97 und die Außenverschuldung des Irans sank auf 16,8 Mrd. US\$ gegen Ende 1996/97. Die wirtschaftliche Schwächephase der Jahre 1992 bis 1995 war zunächst überwunden und die Rückzahlung der Auslandskredite verlief termingerecht. Das Defizit im Staatshaushalt konnte erneut reduziert werden.

Ein weiterer inflationärer Druck entstand unmittelbar nach der Vereinheitlichung der Wechselkurse 1993, die sich konkret aus der öffentlichen Finanzierung im Staatshaushalt ergab. Ein Charakteristikum des Irans als eine Erdöl exportierende Wirtschaft sind die hohen Devisenbeträge, die direkt als Einkommen in den Staatshaushalt einfließen. Der unmittelbare Effekt der Entwertung durch die Vereinheitlichung der Landeswährung 1993 führte dazu, dass der Staatshaushalt noch weiter aufgebläht und die Wirtschaft noch weiter destabilisiert wurde. Der Grund hierfür war, dass zu Zeiten des *Multiple-Kurs-Systems* für den Devisenumtausch die Regierung „Gewinn“ machen konnte, indem die Devisen nun zu einer Rate verkauft wurden, die wesentlich höher lag als die vorherige *official rate*. Hieraus ergaben sich erhebliche Summen, die zu einer wichtigen Einkommensquelle für die Regierung wurden. Von 1989 bis 1991 wuchs dieser Anteil auf 6 % des gesamten Bruttosozialproduktes und stieg auf bis zu 40 % der gesamten Staatseinnahmen im Jahre 1992.

Mit der Vereinheitlichung der Wechselkurse 1993 trocknete diese Quelle für über ein Jahr aus, da die Aufschläge der Wechselkurse verschwanden. Nach 1995 war diese Einkommensquelle wieder vorhanden, als ein neues *Zwei-Kurs-System* für den Devisenumtausch eingeführt wurde. Als direkte Auswirkung der Entwertung wuchsen die Erträge aus Erdöllexport - die vorher in inländischer Währung ausgewiesen wurden - zu einem höheren Betrag an, da sie erneut zu Schwarzmarktkursen verkauft werden konnten und Gewinn machten. Dies erhöhte die Einkünfte des Staatshaushaltes zusätzlich. Auf Seiten der Regierung führte diese Entwicklung zu einer willkommenen Entlastung des Staatshaushaltes, da die Dollarerträge durch die Erdölexporte zu dieser Zeit sanken und die weit angelegten Pläne zur Finanzierung aus dem ersten Fünfjahresplan zu keiner Besserung führten.

Die Erdölexporte sanken um 13,5 % zwischen 1992 und 1994 (von 16,9 Mrd. US\$ auf knapp 14,6 Mrd. US\$). In dem Staatshaushalt wiederum werden die Erträge aus dem Erdöl in inländischer Währung dargestellt, wo sie sich seit der Vereinheitlichung und Entwertung der Währung von 1992-94 vervierfacht hatten. Sie stiegen von 5,1 Trilliarden

Rial in 1992 auf 21,5 Trilliarden Rial in 1994. Als Ergebnis wird festgestellt, dass die Entwertung der Währung zur Erhöhung des Budgetwertes des Erdöleinkommens für die Regierung führte. Der Anteil des Erdöls stieg von 52 % der gesamten Erträge von 1992 auf 73 % der gesamten Erträge von 1993 und 1994. Dies unterstrich weiterhin die Abhängigkeit des Staatshaushaltes vom Erdöl.⁴⁰⁵ Ab Mitte der 90er Jahre konnte der Iran seine Defizite niedrig halten, auch aufgrund einer strikten Eindämmung der öffentlichen und privaten Kredite sowie der Stabilisierung des Erdöleinkommens. Der Erdölpreis sank auf einen sehr niedrigen Wert von ca. 14 US\$ im Jahre 1997, stabilisierte sich in den Folgejahren jedoch. Im Jahre 2001 konnte der Iran erstmals Rücklagen aus überschüssigen Erdölprofilen einen „Erdölfond“ bilden.⁴⁰⁶

5.1.3. Die Entwicklung der Inflation seit 1989

Durch die Kriegswirtschaft 1980-88 und den Preiskontrollen hatte sich die Inflation im Iran aufgestaut. Die akkumulierte Rate der Inflation seit der Revolution wird teilweise auf bis zu 400 % geschätzt. 1988/89 entschied die Regierung, die Subventionen um 38 % zu erhöhen, um die Inflation zu kompensieren. Subventionen, sowohl für Konsumgüter als auch im industriellen Bereich, wurden zu einem festen Bestandteil der iranischen Wirtschaft, da sie während der Friedenszeiten von kritischer Bedeutung wurden, um die Bevölkerung mit den lebensnotwendigsten Gütern zu versorgen und die hohe Inflation zu neutralisieren. Die Inflation war eines der augenscheinlichsten Merkmale der Wirtschaftskrise unmittelbar nach Kriegsende und auch während der finanziellen Belastungen des Staatshaushaltes zur Finanzierung der Maßnahmen des ersten und zweiten Fünfjahresplanes. Gleichermäßen sah der Fünfjahresplan die Eindämmung der Inflation als ein Ziel der Geldpolitik des Landes.⁴⁰⁷

Insgesamt war der Plan, speziell in Bezug auf die Inflation, zu ehrgeizig und unrealistisch, wenn man ihn im Zusammenhang mit der vor- und nachrevolutionären Entwicklung der Wirtschaft sieht. Das Planziel, die Inflation auf 8,9 % im Jahre 1994 zu

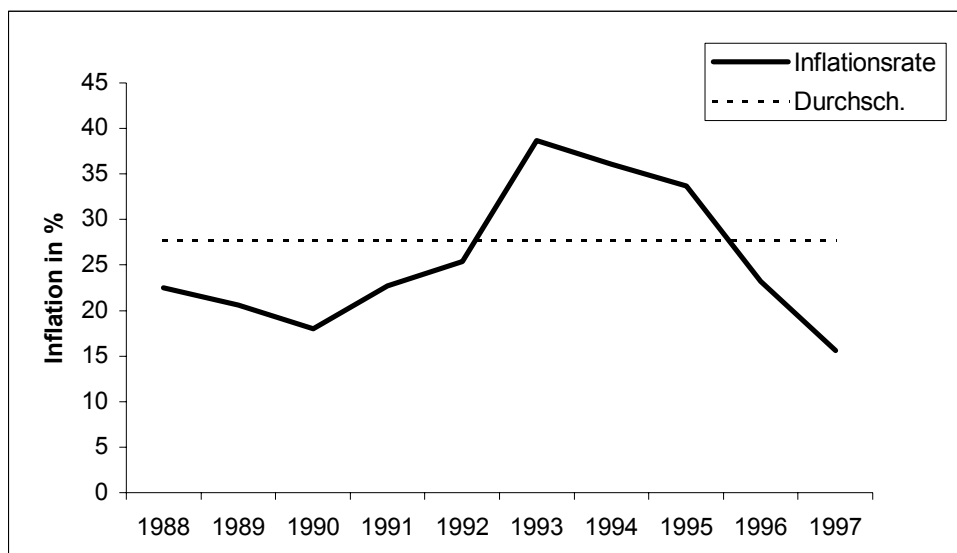
⁴⁰⁵ Vgl. Hakimian, H./Karshenas, M. (2000): Economic Reform, S. 54-55

⁴⁰⁶ Vgl. BFAI (2002): Wirtschaftslage, S. 6

⁴⁰⁷ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): Secular Miracle, S. 169 und Pant, G.C. (1996): revolution, S. 345

senken, erscheint schwierig, es sei denn, die staatlichen Kontrollen der Preise würden verstärkt. Aber die Inflation aufzustauen durch Preiskontrollen war eben kein geeigneter makro-ökonomische Ansatz. Es ergeben sich einige Gegensätze in den Zielen der Fünfjahrespläne. Einerseits führen die Liberalisierung, die Privatisierung, die Entwertung der Wechselkurse und die Kürzung der Subvention in eine Richtung. Jedoch auf der anderen Seite soll die Vereinheitlichung der Wechselkurse herbeigeführt werden, die wiederum eine Subvention darstellt und inflatorisch wirkt. Nach dem starken Wirtschaftswachstum bis 1992 traten die Inflation und die Preissteigerungen in den Vordergrund. Diese wurden durch die Kürzungen bei den Subventionen verstärkt.

Abbildung 13: Jährliche Inflationsraten 1988-97 in %



Quelle: United Nations: Human Development 1999

Zusätzlich war die Inflation auf 38,7 % pro Jahr in 1993 gestiegen, stärker als die Regierung erwartete. Das traf besonders stark die Gehaltsempfänger und die Haushalte mit niedrigem Einkommen. Die Situation war teilweise durch erhebliche Staatsausgaben für Großprojekte begründet, die noch nicht zum Tragen gekommen waren, und durch den Anstieg im Konsum, der ungefähr 10 % pro Jahr zwischen 1989 und 1993 stieg. Diese Rate war doppelt so hoch wie vorher im Plan angestrebt.

Während des zweiten Fünfjahresplanes wurde ein schwächeres Wachstum durch einen noch stärkeren inflationären Druck begleitet. Der Höhepunkt der Inflation im Iran war im Jahre 1995 festzustellen, als der Großhandelspreisindex um 160 % gestiegen war. Die Inflation sollte laut zweitem Fünfjahresplan auf eine durchschnittliche Rate von 12,4 % begrenzt werden, lag jedoch für die ersten beiden Jahre beispielsweise bei 42,6 %. Obwohl sie danach schrittweise wieder fiel, war doch ein Durchschnitt von 30 % für die Periode 1994-1998 festzustellen gegenüber nur 26 % während des ersten Fünfjahresplanes 1989-1994. Demnach blieb die Bekämpfung der Inflation weiterhin eine der schwierigsten Aufgaben seit Mitte der 90er Jahre.⁴⁰⁸

5.1.4. Inflatorische Wirkung durch öffentliche Kredite

Die Kapital- und Anleihenmärkte sind im Iran eher unterentwickelt, so dass die meisten finanziellen Bedürfnisse und Projekte Öffentlichen und Privaten Sektors durch das Bankensystem abgewickelt werden. Daher war die Erweiterung und Erhöhung des Kredites an den Privaten und Öffentlichen Sektor eine der wichtigsten treibenden Kräfte hinter dem Wachstum des Geldangebots und daher auch der Inflation. Die parastaatlichen Organisationen haben auf mehreren Kanälen Zugang zu günstigen Krediten. Wie schon vorher erwähnt, setzen diese Organisationen einen überwiegenden Teil des Bruttosozialproduktes des Landes um. Da die staatliche Kontrolle über die parastaatlichen Organisationen beschränkt ist, können diese mit einer willkürlichen Kreditaufnahme die Geldpolitik der Regierung untermauern. Einer der Hauptgründe für die exzessive Geldexpansion und Inflation liegt in der zögerlichen Haltung der Regierung zu finden, der Kreditnachfrage der politisch mächtigen Gruppierungen - sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung – stand zu halten. Diese politischen Überlegungen sind sehr kritisch für die Führung der Geld- und Kreditpolitik. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Größe können die parastaatlichen Unternehmungen Kredite aufnehmen und die Geldmenge im Lande entgegen der wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Regierung vermehren.

⁴⁰⁸ Vgl. Hakimian, H./Karshenas, M. (2000): Economic Reform, S. 57-59

Die Zinsen im Iran weisen bezüglich der Veränderungen der Geldmenge einen relativ starren Charakter auf, daher kann der Staat seine Geldpolitik nicht effektiv umsetzen. Dies bedeutet, dass die inflationäre Umgebung der Wirtschaft nicht auf die Veränderung der Zinsrate seitens des Staates reagiert. Aufgrund der politischen Notwendigkeit für den Machterhalt der klerikalen Führung und aufgrund der Tatsache, dass diese parastaatlichen Organisationen nur an den Revolutionsführer, nicht aber an die Regierung berichten müssen, ist die Regierung in seinen Reformabsichten nur begrenzt handlungsfähig. Der drastische Einschnitt bei den Importen und die weiter anhaltende Unklarheit über die Wechselkurspolitik berührte die Preisentwicklung negativ und die Inflationsrate sprang von 22,9 % im Jahre 1993/94 auf 35 % im Jahre 1994/95 und anschließend auf 49,4 % im Jahre 1995/96.

Mit dem zweiten Fünfjahresplan wurde der Senkung der Inflation erneut Nachdruck verliehen. Die Regierung konnte die Kredite im Öffentlichen und Privaten Sektor relativ konstant halten, und im Ergebnis fiel die Inflationsrate auf 23,2 % im Jahre 1996/97. Der Erfolg bei der Bekämpfung der Inflation in diesem Zeitraum war überwiegend den Bemühungen der Regierung und der Bank Markazi zu verdanken, die Kreditaufnahme des Öffentlichen und Privaten Sektors zu begrenzen. Doch auch die Stabilisierung des Wechselkurses und der sich erholende Erdölpreis brachten den gewünschten Effekt auf die Inflation.⁴⁰⁹

Der im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten durchweg hohe Inflationswert im Iran führt den Ökonom Saeidi zu seiner These einer Inflationssteuer. Diese besagt, dass die Regierung bewusst große Defizite im Staatshaushalt hinnahm und sich hiermit der „Inflations-Steuer“ bediente im Rahmen einer massenorientiert-populistischen Wirtschaftspolitik.⁴¹⁰ Dies ist im Hinblick auf die politische Instabilität im Land nachvollziehbar und erklärt die Maßnahmen des Klerus, der ansonsten gegen eine normale Abgabesteuer ist.⁴¹¹ Die These der Inflationssteuer besagt, dass die Inflation im direkten Zusammenhang zur politischen Instabilität des Landes steht. Das bedeutet, dass aufgrund innenpolitischer Sachzwänge und des Machterhaltungsanspruchs des Klerus eine Inflation hingenommen wird. Die Inflation selbst resultiert aus dem Fehlen eines effizienten Steuersystems, sodass im Iran die Inflation eine höchst ineffiziente Form der

⁴⁰⁹ Vgl. Pesaran, M.H. (2000): Economic trends, S. 89

⁴¹⁰ Vgl. Saeidi, A. (2001): Political Authority, S. 225

⁴¹¹ Vgl. Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 3-7

Besteuerung und zur Norm im Alltag des Landes wurde. Das nicht funktionierende Steuersystem war also eine Beschränkung und ein Hemmnis im Eintreiben seiner Erträge aufgrund des Fehlens eines funktionierenden Steuermechanismus. So konnte sich die Regierung und der Klerus während der Formulierung der Wiederaufbaumaßnahmen nicht dazu entschließen, das Steuersystem zu reformieren. Saeidi sieht darin auch die Sorge des Klerus, dass im Falle einer Steuerreform ein funktionierender Steuerapparat in Zukunft von den politischen Gegnern genutzt werden könnte. Insofern hat das ineffiziente Steuersystem und die Furcht vor Reformen die Regierung dazu veranlasst, die Haushaltsdefizite hinzunehmen, um inländische Ressourcen zu beleihen - vorwiegend die Zentralbank des Irans.⁴¹²

Mit dem Beginn der Amtsperiode von Präsident Khatami 1997 setzte auch ein erheblicher Preisverfall des Erdöls ein (von ca. 40 %). Es kam erneut zu großen Defiziten im Staatshaushalt, der die Inflation in den Jahren 1997 und 1998 auf 45 % steigen ließ. In den Folgejahren stabilisierte sich der Erdölpreis und im Jahre 2001 Zeit hat sich die Inflation tatsächlich auf einen Wert von ca. 20 % stabilisiert.⁴¹³

5.1.5. Die Entwicklung der Preise

Die tatsächliche Teuerungsrate lässt sich in Bezug auf den Wertverlust der iranischen Währung messen, der zwischen den Jahren 1990 und 1995 bei knapp 400 % lag. So kostete in der ersten Hälfte des Jahres 1990 ein US\$ auf dem freien Devisenmarkt durchschnittlich 1.390 Rial, während im Mai 1995 der Wechselkurs des Rials zum US\$ auf dem freien Markt bei 5.400 lag. Zu den enormen Preissteigerungen führte der im Plan angekündigte schrittweise Abbau der Subventionen. Diese Preissteigerungen lösten eine Welle von weiteren Preissteigerungen aus und führten zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Die Preise für Immobilien, sowohl für Erwerb als auch Vermietung stiegen drastisch an. Die Regierung jedoch war der Ansicht, dass aufgrund der Tatsache, dass 80 % der Bevölkerung Hauseigentümer sind, die hohen Immobilienpreise nicht zu besonders

⁴¹² Vgl. Saeidi, A. (2001): Political Authority, S. 225

⁴¹³ Vgl. Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 3-6

signifikanten Erschwernissen führen.⁴¹⁴ Der Index der Einzelhandelspreise stieg um durchschnittlich jährlich 18,7 %.⁴¹⁵ Diese Zahl lag doch relativ nah an der Zielgröße des Fünfjahresplanes von 15,7 %. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass aufgrund der direkten und indirekten staatlichen Subventionen auf Grundnahrungsmittel, Energie und Transport der Preisindex nicht wirklich das Ausmaß des inflationären Druckes abbildet, den die Wirtschaft über die letzten fünf Jahre erlebte.⁴¹⁶

Im Jahre 1993 und 1994 nahm die Liberalisierung der Märkte an Geschwindigkeit zu. Viele Preise wurden freigegeben und die Regierung begann, die Preise für bereitgestellte Güter und Dienstleistungen zu erhöhen. Die Preise für Erdgas, Telefon, Post, Elektrizität, Zugverbindungen, Fluglinien und der Nahverkehr wurden angehoben, einige um bis zu 100 %. Die Rate der Inflation im Jahre 1994 lag offiziell bei 59,6 %, und die Bewohner der Großstädte wie Teheran nahmen eine stärkere Beeinträchtigung ihrer Kaufkraft wahr. Entsprechend intensivierte sich die Unzufriedenheit innerhalb der Öffentlichkeit und die Debatten innerhalb der Regierung.⁴¹⁷ Aus Angst vor den politischen Auswirkungen der Inflation wurde ab 1994 die *majles* und auch der Revolutionsführer Khamenei negativ gegenüber der Liberalisierungspolitik von Rafsandjani eingestellt. Entsprechend läuteten Khamenei und auch Rafsandjani große Kampagnen gegen Preistreiberei ein. Dennoch stiegen im Rahmen des zweiten Fünfjahresplanes die Preise von Benzin um über 100 % und weitere 20 % jährlich während der nächsten fünf Folgejahre. Somit stieg im März 1995 der Preis von Benzin von 50 Rial auf 100 Rial pro Liter (das entspricht ca. 15 Cents pro Gallone oder 4 Cents pro Liter).⁴¹⁸ Obwohl es starke Proteste gab bezüglich der Erhöhung der Energiepreise (die Taxifahrer erhöhten zum Beispiel ihre Gebühren um 50 %), konnten dennoch die Preiserhöhungen nicht einmal den Anstieg der Inflation ausgleichen und lagen somit noch weit unter dem internationalen Niveau. Die Regierung zahlte 400 bis 900 Mio. US\$ pro Jahr, um die zusätzlich benötigten Petroleumprodukte für die Inlandsnachfrage zu importieren. Somit wurde Mitte der 90er Jahre der Energieverbrauch effektiv um 11 Mrd. US\$ pro Jahr subventioniert.⁴¹⁹

⁴¹⁴ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 79

⁴¹⁵ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): Secular Miracle, S. 168, Andere Schätzungen hingegen gehen von einem Realanstieg von 25-30 % aus. Die Gebühren für Post verdoppelten sich

⁴¹⁶ Vgl. Pesaran, M. H. (1995): macroeconomic stabilization, S. 4

⁴¹⁷ Die Gehälter der Beamten (4,2 Millionen Beamtete bei einer arbeitenden Bevölkerung von 14,6 Millionen) wurden gelegentlich erhöht, um teilweise mit der Inflation gleichzuhalten.

⁴¹⁸ Vgl. Salehi-Isfahani, D. (1994): Oil-sector, S. 168-172

⁴¹⁹ Vgl. Petrossian, V. (1998c): Special Report S. 3 und Pesaran, M.H. (1998): Economic trends, S. 16

5.1.6. Das Dilemma der Subventionen

Für das Regime war der schwierigste Punkt seines Reformprogramms die Beschränkung seiner Subventionen. Das herrschende Regime war in dieser Frage sehr vorsichtig und fürchtete die potenziellen politischen Konsequenzen. Die iranische Wirtschaft war eine sehr stark subventionierte Wirtschaft. So wurden bis 1994 zwei Drittel der langlebigen Konsumgüter weiter über die *komiteh* zu künstlich niedrig gehaltenen Preisen weitergegeben. Tatsächlich ist angesichts der herrschenden Armut, der real gesunkenen Produktivität sowie des Bevölkerungszuwachses der Abbau von Subventionen mancher Grundnahrungsmittel wie Brot (Mehl), Zucker, Reis, Milchprodukte u. ä. kaum durchsetzbar und sehr riskant. Die Aufstände von 1993 und 1994 zeigten die politische Anspannung.

Demnach wäre ohne die Subventionen auf das Brot dieser Preis um ein Zwanzigfaches höher. Genau wie das verschachtelte Wechselkurssystem haben diese Subventionen die Wirtschaft verzerrt. Sie stellen eine große Last im Staatshaushalt dar und erhöhen die Staatsverschuldung. Dies wiederum erhöht die Inflation und verschlechtert die Handelsbilanz. Das Resultat ist eine massive Steigerung des Inlandskonsums, die durch die unterbewerteten Preise im Inland erzeugt wird. Dadurch werden die Überschüsse für den Export und dementsprechend für weitere Deviseneinkünfte absorbiert.⁴²⁰

Der Versuch der Regierung, im Rahmen der Reformen die Vergabe von Subventionen präziser und transparenter zu gestalten, scheiterte am Widerstand des Parlaments sowie der staatlichen Betriebe und parastaatlichen Institutionen, wie Stiftungen und anderen als Nutznießer der Subventionen. Die Bemühungen der Regierung, die Subventionen auf diese Güter zu beschneiden, wurden durch die *majles* abgelehnt, die wiederum argumentierte, dass dies zu inflationär wäre. Nachdem der Rial im März 1993 um 95 % entwertet wurde, hat die Regierung die Wirtschaft schließlich den realen Marktkräften gegenübergestellt. Es sind zwar die Subventionen für einige Güter reduziert worden; unter sozialem Druck wurden jedoch die Subventionen weiter geleistet. Einige der

⁴²⁰ Vgl. Kanovsky, E. (1997): economic morass S.58-60

Subventionen wurden gekürzt, doch die profunde Umstrukturierung der Wirtschaft bedurfte weiterer Einschnitte und Maßnahmen des Staates.⁴²¹

Auf der anderen Seite hat aber auch die Regierung ihre direkte finanzielle Unterstützung für die Weizenbauern erhöht, um die Produktion zu steigern. Die ländlichen Kooperativen kauften den überschüssigen Weizen von den Bauern zum Preis von 150 Rial pro Kilo, verarbeiteten diesen zu Mehl und verteilten ihn an die Bevölkerung zu 10 Rial das Kilo. Die festgeschriebenen Preise, zu denen die Güter von den Farmern gekauft wurden, und die Lebensmittelsubventionen waren ein kostenintensives Hemmnis, das die staatlichen Ressourcen belastete. Durch die weiterhin massiven Subventionen für Getreide (die Preise waren 1993 nominell gleich der Preise von 1979) benutzten einige Farmer Brot zur Fütterung der Tiere. Es gab durch die Subventionen auch keine Motivation auf Seiten der Produzenten innerhalb der geschützten Sektoren, ihre Produktions- und Managementmethoden zu verbessern, oder aber ihre Aktivitäten für eine erfolgreiche Integration in die inländische Exportwirtschaft zu führen.⁴²²

Ein großer Teil der Subventionen, die durch die Regierung in Form von günstigen Rohstoffen und Kreditsubventionen verteilt wurden, gepaart mit den industriellen und handelspolitischen Richtlinien, führte zu umfangreichen Profiten für diejenigen, die Zugang zu den staatlichen Ressourcen zum Vorzugspreis hatten. Zwar sind auf den ersten Blick solche Maßnahmen aus marktwirtschaftlicher Sicht legitim, doch führen sie zu einer starken Lobbybildung. Die größte Verschwendung wurde mit den gespaltenen Wechselkursen betrieben. Die Mitarbeiter und Direktoren von Staatsbetrieben konnten sich, ähnlich wie zu Zeiten des Schahs, durch Geldspenden des ausländischen Lieferanten oder vor allem durch die Arbitragemöglichkeiten zwischen den beiden Wechselkursen bereichern.⁴²³ Die wirtschaftlichen Reformen Rafsandjanis bereiteten diesen Verschwendungen teilweise ein Ende. Er lockerte die Preiskontrollen und hob teilweise die Subventionen auf. Nachdem sich die Korruptionsvorwürfe gegen die großen Stiftungen über die Jahre gehäuft hatten, ordnete das Parlament im Oktober 1994 die Untersuchung derselben an, die 60 % des gesamten Staatshaushaltes abwickelten.

Eine sehr große versteckte Subvention wurde für Erdölprodukte wie Benzin, Elektrizität u. ä. aufgewendet, welche zu extrem günstigen Preisen im Inland angeboten werden.

⁴²¹ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): *Secular Miracle*, S. 159

⁴²² Vgl. Reiner, H. (1994): *Wirtschaft*, S. 533

⁴²³ Vgl. Salehi-Isfahani, D. (1994): *Oil-sector*, S. 170

Allein die Subventionen im Energiesektor kosten mehr als 10 Mrd. US\$ pro Jahr, dies entspricht Zweidrittel der Erdöleinnahmen von 1999. Zwar sind die Benzinpreise stetig um 20 % pro Jahr gewachsen, aber liegen dennoch bei 5 US-Cents pro Liter⁴²⁴ und hiermit noch bei einem Bruchteil ihrer wahren Kosten.⁴²⁵

5.1.7. Parastaatliche „Bonjads“ als wirtschaftliche Monopole

Auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise nach der Revolution begann sich eine neue monopolistische Struktur zu entwickeln: das verstrickte Netzwerk der „revolutionären Gesellschaften“ und eine Lobby neuer Unternehmer, die starke Verbindungen zum Regime hatten oder Gefolgsleute des Regimes waren. Sie profitierten von den vielen Privilegien dieses Bündnisses und dominierten den Markt. Es gibt Schätzungen, die besagen, dass der Private Sektor lediglich 14 % des Bruttosozialproduktes ausmacht. Der Rest bestand aus einer Kombination des Öffentlichen Sektors, - im Speziellen der Regierung, und den Bonjads, einer einzigartigen Institution im nachrevolutionären Iran. Bonjads sind besondere Gesellschaften, die durch religiöse Gruppen gegründet wurden. Sie erhielten einen großen Teil der Besitztümer des Schahs und seines Hofstaats. In einigen Fällen wurden die Bonjads vergrößert und entwickelten sich zu mächtigen Konglomeraten.

Durch die Verstaatlichung und Konfiszierung der Vermögen der Schah-Familie und zahlreicher Funktionäre des früheren Regimes sind unübersichtliche ökonomische Machtzentren entstanden, die in Form von staatseigenen Unternehmen, Stiftungen, religiösen und karitativen Organisationen unabhängig voneinander und vom Staat den Wirtschaftskreislauf des Landes noch heute in bedeutender Weise beeinflussen. Sie erhalten 59 % der gesamten Subventionen und belasten den öffentlichen Haushalt jährlich mit einer Verlustsumme von 790 Mrd. Rial. Entsprechend groß ist auch das Ausmaß ihres Einflusses auf die ökonomische Entwicklung des Landes.⁴²⁶

⁴²⁴ So wurden subventioniertes Benzin und andere Güter in die benachbarten Länder wie Irak und Türkei geschmuggelt.

⁴²⁵ Vgl. Pesaran, M.H. (2000): Economic trends, S. 79

⁴²⁶ Vgl. Kooroshy, J. (1996): Oekonomischer Transformationsprozess, S. 293 und Behdad, S. (2000): Economic Liberalism, S. 112-113

Die vom Klerus dominierten gigantischen Kollektive und Gesellschaften arbeiten teils als unabhängige Hersteller, Bauern, Händler, Importeure, Bauunternehmer und Entwickler von Wohnanlagen. Sie können nicht angegriffen werden, ohne das tiefe Fundament des Regimes anzugreifen und seine Machtbasis in Frage zu stellen. Die technokratische Elite der Regierung ist noch immer abhängig von der Autorität und dem Status des Klerus.⁴²⁷

Nach der Revolution von 1979 wurden fünf wichtige parastaatliche Gesellschaften gegründet:

1. **Bonjade mostasaffin (Gesellschaft der Unterdrückten)**, welche die Reichtümer der **Pahlawi**-Dynastie im Iran und Ausland übernahm;
2. **Djahade Sasandegi**, welche die Aufgabe hat, ökonomisches, soziales und kulturelles Leben in den ländlichen Gebieten zu verbreiten;
3. **Bonjade Maskian**, welche für die Bereitstellung von Wohnungen, vor allem für die Vertriebenen und Kriegsoffer, zuständig ist;
4. **Bonjade umude Mohajerine Jang**, welche die Aufgabe hat, die vertriebenen Menschen aus dem Krieg mit Irak neu anzusiedeln, sie wieder in das normale Leben einzugliedern und die Kriegsschäden in den Regionen zu beheben;
5. **Bonjade Schahid**, die speziell den Familien der Märtyrer und Invaliden aus dem Iran-Irak-Krieg helfen soll.⁴²⁸

Ähnlich wie die *Pahlawi-Foundation* zu Zeiten des alten Schah-Regimes waren auch die neuen parastaatlichen Organisationen, genannt Bonjad, für das neue islamische Regime lebensnotwendig aus politischer Sicht: sie stellten die Versorgung und Unterstützung der klerikalen Führung sicher. Sie bauten ihre soziale Basis auf und kontrollierten einen großen Teil der Wirtschaft. Die größte Bonjad, die *Gesellschaft der Unterdrückten*,⁴²⁹ besitzt Guthaben von 12 Mrd. US\$, und rangiert damit gleich hinter der staatlichen Erdölgesellschaft. Es gibt aber keine Gesellschafter bzw. Aktionäre und auch keine öffentlichen Einlagen. Sie berichten lediglich an den Religionsführer des Iran, in diesem Fall Khamenei, und sind somit den Gesetzen vorgestellt oder unterliegen ihnen nicht.

⁴²⁷ Vgl. Amuzegar, J. (1997b): Islamic Republic, S. 331, Es wird wohl noch Jahre dauern, bevor das Regime sich von seinen ursprünglichen Befürwortern befreien kann.

⁴²⁸ Vgl. Amuzegar, J. (1997b): Islamic Republic, S. 331

⁴²⁹ Bonjade mostassaffin

Ihre Zielsetzung ist es, die Gewinne aus deren Unternehmungen zu nutzen, um günstiges Wohnen, Gesundheitspflege und andere Sozialdienste für die Armen bereitzustellen. In Realität wird relativ wenig an die Bedürftigen gereicht, zumal die Unternehmungen unwirtschaftlich geführt sind. Die Manager dieser Gesellschaften werden nach politischen Gesichtspunkten bestellt und nicht nach deren beruflichen Fähigkeiten. Es gibt Schätzungen, dass fast 700.000 bzw. 5 % der männlichen Berufstätigen des Landes in diesen Gesellschaften arbeiten.

Beispielsweise tätigte allein die *Gesellschaft der Unterdrückten* im Jahre 1994 geschäftliche Transaktionen von 6.000 Mrd. Rial. Diese Summe war höher als das gesamte Steueraufkommen der Regierung im selben Jahr. In über 400 Tochterunternehmen produzierte die *Gesellschaft der Unterdrückten* 70 % der Glasbehälter, 53 % des Motorenöls, 43 % der Softdrinks, 27 % der synthetischen Textilien, 26 % der Reifen, 20 % des Zuckers, 20 % der Textilien und 30 % der Milchprodukte des gesamten Irans. 43 % der Hotelkapazität des gesamten Landes sind in der Hand dieser Gesellschaft. Allein 1994 wurden 2,4 Mio. Quadratmeter Wohnungen gebaut. Sie ist die größte wirtschaftliche Einheit im Mittleren Osten.⁴³⁰

Die gigantischen „revolutionären Organisationen“ sowie das Netzwerk ihrer verbundenen Unternehmen haben von vielen besonderen Privilegien profitiert und über die Jahre abnormale Profite für sich beanspruchen können. Der Abstand zwischen der *official rate* und dem Schwarzmarktkurs sowie die Knappheit in bestimmten Märkten hat die monopolistische Position dieser Organisationen noch stärker akzentuiert. Entsprechend litten die unabhängigen Unternehmen. Die angeschlagene Bourgeoisie, welche die revolutionären Umstürze überlebt hatte, war kein Gegenpol zu den staatlichen Unternehmungen, den „revolutionären Organisationen“ oder den Händlern mit starker Anbindung zum Regime. Dementsprechend setzte sich die Bourgeoisie innerhalb der politischen Arena für die wirtschaftliche Liberalisierung ein und erwartete die Entstaatlichung der Industrie sowie die Deregulierung des Marktes.

Sowohl Pesaran als auch Behdad stellen fest, dass die mächtigen Lobbies und parastaatlichen Organisationen die Wirtschaftsreform behinderten. Diese Lobbies setzten die großen staatlichen Subventionen auf Nahrungsmittel, Treibstoff und staatliche Dienstleistungen fort. Außerdem waren sie einer der Hauptgründe für die erhebliche

⁴³⁰ Vgl. Behdad, S. (2000): *Economic Liberalism*, S. 112-113

Vergrößerung der Geldmenge und Inflation, denn die Regierung konnte sich nicht gegen diese mächtigen politischen Gruppen innerhalb des Landes durchsetzen und ihnen ihre Forderungen nach Krediten verweigern. Behdat warnt vor der politischen und wirtschaftlichen Übermacht dieser revolutionären Organisation. Er hinterfragt die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und den Sinn ihrer Aktivitäten. Behdat argumentiert, dass die wachsende Kraft dieser Institutionen, deren größte und einflussreichste die *Gesellschaft der Unterdrückten* ist, die Fähigkeit des Staates unterwandert oder beschränkt, den eigenen Willen über die Wirtschaft durchsetzen zu können.⁴³¹

5.2. AUßENHANDEL UND AUSLANDSVERSCHULDUNG

Die Reformen sahen als besondere Maßnahme die Aufnahme von Kapital aus dem Ausland und von den vormals exilierten Iranern vor. Die Außenhandelsbestimmungen wurden dereguliert und die Importrestriktionen gelockert. Die Importe sind von hoher Bedeutung für die Wirtschaft des Irans, da die Industrie in besonderer Weise von den importierten Halbfertigerzeugnissen abhängig ist. Die Importe in das Land stiegen und entsprechend wurde das Außenhandelsbilanz stark belastet, zumal es durch Überschätzung der Preise für Erdöl zu großen Fehlbeträgen im Staatshaushalt kam. Als signifikante Umkehrung seiner Deregulierungspolitik und als Gegenmaßnahme zu der Volatilität in den Staatseinnahmen reagierte der Staat mit Importkompression. Ebenso ist der Ausbau von Nicht-Öl-Exporten als Ausgleich zu den so gewichtigen Erdölexporten des Landes ein strategisch wichtiges Ziel gewesen. Im Folgenden werden der Außenhandel und die Zahlungsschwierigkeiten Anfang der Neunziger sowie die weitere Entwicklung verdeutlicht.

⁴³¹ Vgl. Karshenas & Pesaran (1994): Exchange rate, S. 155 und Behdat, S. (2000): economic liberalism, S. 113

5.2.1. Dem Import-Boom 1991/92 folgt die Liquiditätskrise 1993

Die wirtschaftlichen Probleme des Irans verschlimmerten sich Anfang 1991: obwohl die Erträge aus Erdölexporten schon im ersten Jahr des ersten Fünfjahresplans bei 71,7 Mrd. US\$ lagen - die Planung ging von Einnahmen in Höhe von 60,2 Mrd. US\$ aus. Es kam zu einer Krise, die durch hohe Importe mit einem Gesamtvolumen von ca. 50 Mrd. US\$ zwischen 1989 und 1992 ausgelöst wurde.⁴³² Die Aufhebung der Importbestimmungen und die erleichterte Finanzierung über die iranischen Geschäftsbanken führten zum Anstieg der Importe von Gütern jeglicher Art wie Industriemaschinen oder aber auch Konsumgütern. Die Importe waren hauptsächlich für den Bereich Minen- und Industriesektor. Die staatliche Devisenkontrolle auf bestimmte Güter wie elektrische und elektronische Geräte, Baumaterial, Maschinenbau, Lebensmittel und Textilien wurde aufgehoben. Nunmehr konnte die Bezahlung dieser Importe durch eine Bank im Ausland oder aber durch harte Währung, die auf dem freien Markt gekauft wurde, bezahlt werden. Der Iran war als Kunde angesehen und die ausländischen Lieferanten kooperierten mit den iranischen Staatsorganen und Unternehmen. Der Import der Güter stieg drastisch von 13,5 Mrd. US\$ in 1989/90 auf ca. 25 Mrd. US\$ in 1991/92. In Anbetracht der beschränkten Exportkapazität Irans führte dieses hohe Niveau der Importe zu einer Verschärfung des Außenhandelsdefizits.⁴³³

Teheran hatte seinen Haushalt und die Erdölexporterlöse bei einem Erdölpreis von ungefähr 30 US\$ pro Barrel kalkuliert. Dem folgte der unerwartete Fall der Erdölpreise, speziell in den Folgemonaten der Operation *Desert Storm*. Seit 1992 fiel der Erdölpreis stetig auf ungefähr 14 US\$ pro Barrel gegen Ende 1993 - statt der von der OPEC angestrebten 21 US\$ pro Barrel. Aufgrund des Rückganges der Erdölpreise gingen die Deviseneinnahmen des Landes entsprechend um 5 Mrd. US\$ zurück.⁴³⁴

Mitte 1992 sah der Iran sich in einer sehr ungewohnten Situation. Nach sehr hohen Kreditvergaben der Weltbank und einer hohen Auslandsverschuldung, überwiegend kurzfristiger bis mittelfristiger Struktur, kam man nun in Verzug mit den Rückzahlungen.

⁴³² Vgl. Petrossian, V. (1993): Special Report, S. 10

⁴³³ Vgl. Pesaran, M.H. (2000): Economic trends, S. 69

⁴³⁴ Vgl. Petrossian, V. (1994): Special Report iran, S. 20

Gegen Ende 1993 lag die gesamte Auslandsverschuldung des Irans nach Angaben des Ministers für Wirtschaft und Finanzen bei ungefähr 30 Mrd. US\$. Ein anderer Grund der Besorgnis in Bezug auf das Verschuldungsproblem war der Bedarf an weiteren Devisen, um die Zinsrückzahlungen zu tätigen. Demnach lag die Verschuldung 1992 bei 14,2 Mrd. US\$ und allein die Zinslast lag hiermit bei 810 Mio. US\$. Damit verschlang die Zinslast einen großen Teil der schwindenden finanziellen Ressourcen der Regierung.

Tabelle 10: Struktur der Außenverschuldung zwischen 1993-1998

Mio. US\$	Kurzfristig (bis 1 Jahr)	Mittel- und langfristig	Gesamtschulden
1993/94	17,616	5,542	23,16
1994/95	6,707	16,030	22,74
1995/96	4,536	17,392	21,93
1996/97	4,557	12,278	16,84
1997/98	2,883	9,680	12,563

Quelle: Bank Markazi: *Economic Trends*, 1997

Dreiviertel der Kredite bestanden aus kurzfristigen⁴³⁵ Anleihen, die wiederum die Wirtschaft gegenüber Devisenkrisen höchst sensibel machten - speziell wenn man die belasteten internationalen Beziehungen und Bedingungen betrachtet, unter denen Iran operieren musste. Diese hohe Abhängigkeit von kurzfristigen Krediten war vorher noch nie in der Geschichte des Irans aufgetreten und übersteigt auch das Niveau, das andere Länder in Asien und ihren damit verbundenen Währungskrisen erlebten. Normalerweise wäre dieser Betrag der Auslandsverschuldung für ein großes Erdöl produzierendes Land wie dem Iran kein wirkliches Problem, sofern die Verschuldung langfristig terminiert wäre. Die internationalen Organisation wie der IMF und die Weltbank waren aufgrund der Wirtschaftssanktionen und dem Veto der USA zu keiner umfassenden Hilfe bereit. Die internationalen Finanzinstitutionen werden von den USA und anderen westlichen

⁴³⁵ (bis ein Jahr)

Industrienationen kontrolliert. So geriet die iranische Führung in die ausweglose Lage, die sie zu einer Kehrtwende zwang: die zuvor eingeleitete *Politik der Offenen Tür* wurde umgewandelt in die *Politik der Geschlossenen Tür* mit Importkompression, Handelsrestriktionen und Devisenkontrollen.⁴³⁶

5.2.2. Bilaterale Umschuldungsvereinbarungen und Rückzahlungen

Durch die überhöhten Importe und die Überschätzungen der Prognosen für die Erdöleinnahmen kam es zu einem Außenhandelsdefizit und einer Liquiditätskrise. Im Januar 1993 beschloss der interministerielle Ausschuss für die Hermes-Deckungen, die sechs führenden iranischen Geschäftsbanken nicht mehr als Garanten für Akkreditive anzuerkennen. Mit dem Importboom und den Ende 1993 fällig werdenden Rückzahlungen der kurzfristigen Lieferantenkredite ergab sich ein Liquiditätsproblem für die iranischen Banken. Im Januar 1994 wandte sich der Iran an den „Pariser Klub“, um eine Stundung bzw. Umschuldung der kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber den westlichen Gläubigerstaaten zu erbitten. Die USA blockierten diese Möglichkeit, um den Iran im Sinne ihrer neuen Politik der „Dualen Eindämmung“⁴³⁷ in die finanzielle Ausweglosigkeit zu bringen.

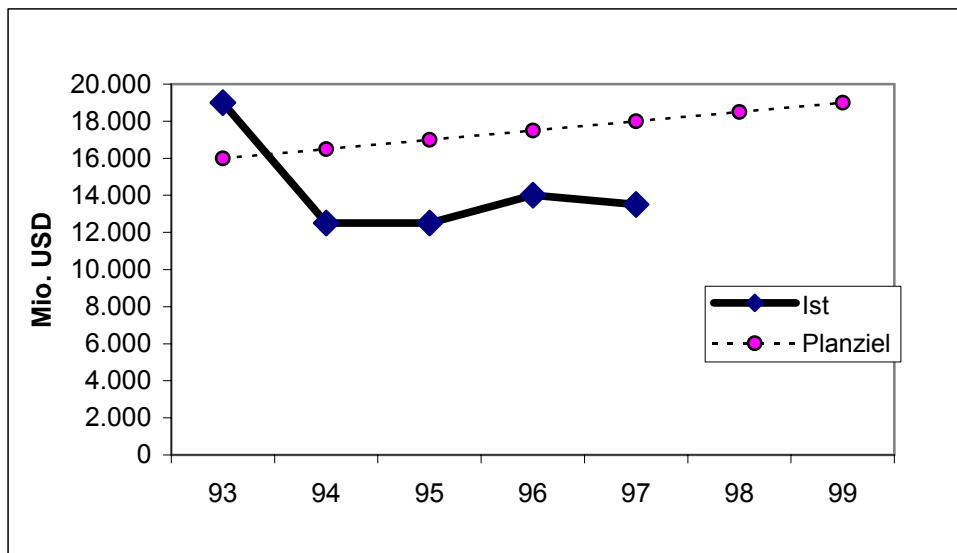
Parallel hierzu ergab sich die Möglichkeit der Umschuldung auf bilateraler Basis. Den Anfang machte Deutschland, das die Refinanzierung von ca. 2,7 Mrd. US\$ mit der iranischen Zentralbank Bank Markazi vereinbarte. Der auf Industrie-Input angewiesene Iran benötigte die Hermes-Deckung für die Zentralbank, um weiterhin ausländische Lieferanten zu finden. Aus dem beidseitigen Interesse der Geschäftsbeziehungen wurde dieser Betrag, der dem der Kreditversicherung Hermes entspricht, um ein bis sieben Jahre gestundet. Die kleineren Gläubiger sollten zuerst bedient werden. Der Iran sagte die Zahlung aller Verzugszinsen zu. Die nicht über die Hermes-Bürgschaften gedeckten

⁴³⁶ Vgl. Pesaran, M.H. (2000): Economic trends, S. 68-69

⁴³⁷ Gemeint ist die „Dual containment Policy“ in Bezug auf Iran und Irak (Doppelte Eindämmung)

Kredite in Höhe von 1,5 Mrd. DM wurden direkt von deutschen Privatbanken und dem Unternehmen Siemens gestundet.⁴³⁸

Abbildung 14: Importe (in Mio. US\$) 1993-99



Quelle: United Nations : Human Development (1999)

Als erste Konsequenz drosselten die iranischen Wirtschaftspolitiker seit Ende 1992 die Importe um fast die Hälfte. Tatsächlich wurden die Importe für das iranische Fiskaljahr 1993/94 auf 12 Mrd. US\$ gesenkt. Die Devisenbilanz der Zentralbank verbesserte sich, zumal die Exporte durch gestiegene Erdölpreise gestiegen waren.⁴³⁹ Der Importstopp bedeutete auch die Senkung der verfügbaren Rohstoffe für die Industrie. Die Kapazitäten der Industrie wurden daraufhin nur zur Hälfte ausgelastet. Jedoch waren die Folgen zunächst nicht so verheerend, da im Zuge des Importbooms die Vorräte eine Aufstockung erfuhren und für ein Jahr ausreichten. Die Investitionen führten verstärkt zum Bau von Anlagen für die inländische Produktion von Rohstoffen wie Eisen, Zement etc., die den Betrieb allmählich aufnahmen und die Rohstoffimporte schrittweise substituieren konnten.⁴⁴⁰

⁴³⁸ Vgl. FAZ (27.12.94), S. 9; und Reiner, H. (1994): Wirtschaft, S. 553

⁴³⁹ Vgl. Reiner, H. (1994): Wirtschaft, S. 553

⁴⁴⁰ Vgl. Kutschera, C. (1994): Iran, S. 20

Nach der Lösung der Liquiditätskrise mit den Gläubigerbanken behielt der Iran seine niedrige Importquote bei. Allmählich führte die Knappheit an Rohstoffen für die Industrie und die damit verbundene Unterbeschäftigung zu Stilllegungen und Entlassungen. Ebenso mussten erforderliche Vorhaben in der Erdölindustrie aufgeschoben werden. Die ausländischen Unternehmen begannen ihre Repräsentanzen wieder zu verkleinern. Die von den USA wieder verstärkte Isolierung erschwerte die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Zahlungsschwierigkeiten und die entstehenden Verwerfungen durch das Umschuldungsprogramm fügten dem Iran und seinen Handelspartnern langfristig Schaden zu. Die Opposition in den USA sah sich gestärkt, das Handelsembargo weiter aufrechtzuhalten. Die iranische Führung war nicht in der Lage, die Souveränität seiner Finanzen unter Beweis zu stellen. Da der Iran trotzdem ein wichtiger Markt ist und über genügend Erdölreserven verfügt, haben die Gläubigerländer, allen voran Deutschland und Japan, die Stundungsmaßnahmen unterstützt. Der Iran konnte soweit seinen neuen Finanzierungsplan einhalten.⁴⁴¹ Die Höhe der Auslandsverschuldung, die zu Planbeginn 12 Mrd. US\$ betragen hatte, wurde zum Ende des Jahres 1994 offiziell mit 30 Mrd. US\$ angegeben. Die zum Beginn des Planes angekündigten und zum Teil durchgeführten Erleichterungen für den Außenhandel wurden nach und nach wieder rückgängig gemacht, und teilweise noch schärfere Kontrollen als vor Planbeginn eingeführt.

Angesichts der Ernsthaftigkeit der Krise um die Auslandskredite und ihrem negativen Einfluss auf Irans internationale Kreditwürdigkeit, wurde die Rückzahlung der Auslandsschulden zur höchsten Priorität der Regierung. Die Importe wurden erheblich gedrosselt, um 50 % im Jahre 1995 im Vergleich zum Niveau von 1991 und 1992. Obwohl sie schrittweise wieder erhöht wurden, haben sie nie wieder das Niveau in der Boomphase erreicht und sind im Durchschnitt um ca. ein Drittel niedriger als in den ersten Jahren des Fünfjahresplanes. Die harten Maßnahmen von 1994 führten unmittelbar zum Erfolg in der Behandlung der Schuldenfrage und der Krise des Handelsdefizits, aber auf der anderen Seite hat es das Wachstum der Wirtschaft verzögert und zu hohen kurzfristigen Kosten geführt.

Die USA bemühten sich auch in den Folgejahren permanent, die Kreditverhandlungen Irans mit den Banken zu erschweren, konnten allerdings keinen Richtungswechsel in der

⁴⁴¹ Vgl. Petrossian, V. (1995): Special Report Iran, S. 9

iranischen Politik erzwingen. Ende 1997 betrugen die Schulden 12 Mrd. US\$. Somit war ein erheblicher Teil der ursprünglichen Schulden zurückgezahlt und bei der Hälfte seines Höchststandes von 1993 angelangt.⁴⁴² Im Jahre 2001 wurde der Iran schuldenfrei und konnte somit auf eine doch erfolgreiche Kreditpolitik zurückblicken, es kam zu keiner weiteren finanziellen Spannung nach der Liquiditätskrise 1993.⁴⁴³

5.2.3. Die Entwicklung der Nicht-Öl-Exporte

Für viele Jahre war die iranische Wirtschaft hauptsächlich abhängig von seinen Erdölvorkommen und den Einnahmen hieraus. Alle wirtschaftlichen Projekte waren darauf ausgerichtet, Erdöleinnahmen zu erzielen. Jedoch versuchte die Regierung nach dem Sieg der islamischen Revolution und mit der Ausführung des ersten Fünfjahresplanes nunmehr auch ihre Nicht-Öl-Produkte und deren Export voranzutreiben. Hierfür wurde die bestehende Importsubstitutions-Strategie mit der Exportförderungs-Strategie erweitert, die vorsah, den Export von Nicht-Öl-Produkten durch Incentives, Steuerbefreiung und Subventionen zu fördern und einen Ausgleich zu den weiterhin hohen Erdölexporten als Grundlage für die Importsubstitution zu schaffen. Der Private Sektor sollte in allen Bereichen des Exports angeregt werden. Eine Vergünstigung war beispielsweise, dass die Importeure bis zu 11 % ihrer Devisenerlöse in der Fremdwährung einbehalten durften. Sie konnten entweder hiervon ausländische Waren einkaufen oder aber gewinnbringend auf dem freien Markt veräußern. Dadurch wurde eine bevorzugte Unterstützung für jene Industrien geschaffen, die ihre Produkte exportierten und hierfür Maschinen sowie Industrierohmaterial aus dem Ausland benötigten.⁴⁴⁴

Für den Devisenumtausch gab es nach der kurzzeitigen Vereinheitlichung der Wechselkurse und seiner Aufhebung 1995 eine strikte Kontrolle. Diese sollten daraufhin zu einem gewissen Grade liberalisiert werden, indem die Exporteure von Nicht-Öl-Produkten ein so genanntes *Exchange Clearance Certificate* aufnehmen und an der Teheran Stock Exchange an einen interessierten Importeur zu einem höheren Preis

⁴⁴² Vgl. Hakimian, H./Karshenas, M. (2000): Economic Reform, S. 57

⁴⁴³ Vgl. BFAI (2002): Wirtschaftslage, S. 6

⁴⁴⁴ Vgl. Amirahmadi, H. (1996): development, S. 124-126

verkaufen konnten, als sie sonst normalerweise gezwungen waren einzutauschen. Es wurde praktisch das Recht erkauft, zu importieren. Die Importeure konnten also für erworbene *Exchange Clearance Certificates* Zug um Zug Rohstoffe aus dem Ausland einkaufen.

In diesem Fall war die *official rate* normalerweise 3.000 Rial per US\$, doch konnten nun an der Teheran Stock Exchange höhere Preise erzielt werden. Der Wechselkurs wurde durch den Wert des *Exchange Clearance Certificates* festgestellt und stellte folglich den wahren Kurs des Rials dar.⁴⁴⁵ Auf diesem Wege wurde durch die Teheraner Börse ein Kurswert für den freien Kurs festgelegt, und die Transaktionen konnten von den staatlichen Organen überblickt sowie sein Fluss kontrolliert werden. Im Juli 1997 lag der Aufschlag bei ca. 1.700 Rial, der somit den Wechselkurs für die gehandelte Währung auf 4.700 Rial gegenüber einem US\$ ansteigen ließ. Im Jahre 1996 wurde es den Exporteuren von handgefertigten Produkten erlaubt, 50 % ihrer Devisenerträge für Importgüter einzubehalten.⁴⁴⁶ Dadurch stiegen im Juni 1997 die Nicht-Öl-Exporte noch weiter. Im Januar 1998 wurde das Privileg der 100 %igen Einbehaltung der Exporterlöse von den Teppichexporteuren auf alle anderen Exporteure erweitert.⁴⁴⁷

Die Nicht-Öl-Exporte stiegen von 1 Mrd. US\$ 1988/89 auf 4 Mrd. US\$ im Jahr 1993/94.⁴⁴⁸ Die Regierung konnte die Nicht-Öl-Exporte Mitte der 90er Jahre auf 10 bis 12 Mrd. US\$ jährlich erhöhen. Bei seiner Ansprache zum iranischen Jahreswechsel im März 1994 sagte der Minister für Industrie, dass sich die Nicht-Öl-Exporte vervierfacht hätten und der Iran dem Ziel der Unabhängigkeit vom Erdöllexport näher gekommen sei.⁴⁴⁹ Diese Aussage konnte zumindest in den Folgejahren als zutreffend gewertet werden, doch lagen die Nicht-Öl-Exporte unter den Planwerten.

⁴⁴⁵ Vgl. Amuzegar, J. (1999): Khatami, S. 544

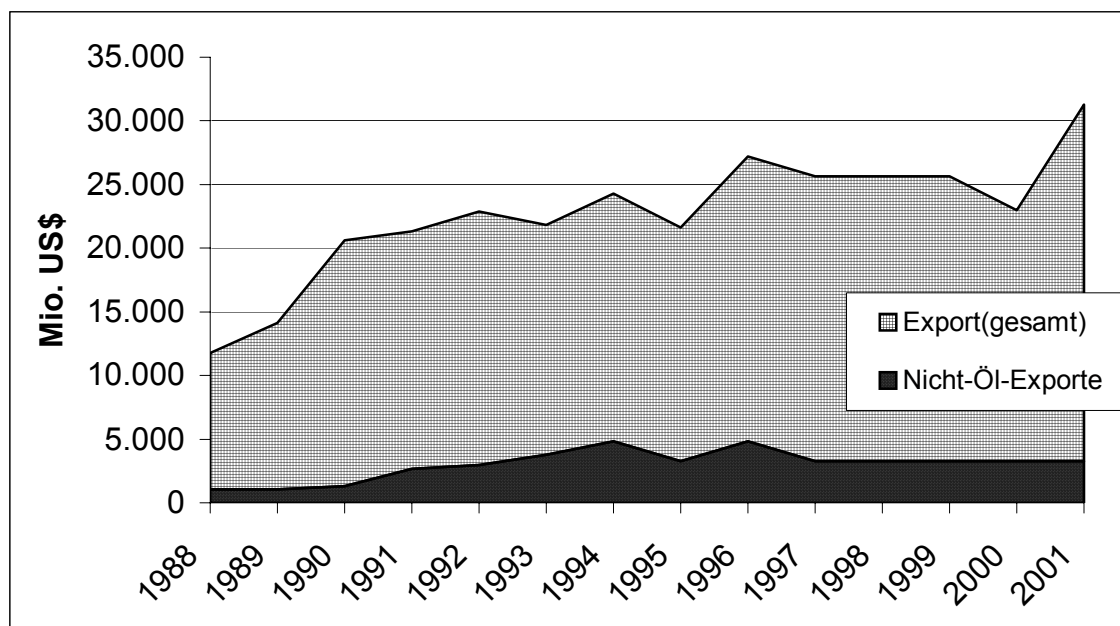
⁴⁴⁶ Die zu importierenden Güter mussten allerdings auf der Liste der autorisierten Güter stehen.

⁴⁴⁷ Vgl. Behdad, S. (2000): *Economic Liberalism*, S. 120. Es ergaben sich hier sehr viele Gewinner: diejenigen Firmen, die noch im Jahre Kredite aufgenommen hatten, mussten – gemessen am Kurs an der Teheran Stock Exchange – nun im Januar 1998 beispielsweise nur 37 % ihrer wahren Kosten zurückzahlen.

⁴⁴⁸ Dennoch waren die Devisenerträge für Nicht-Öl-Exporte immer noch 34 % unter der Sollzahl von 17,8 Milliarden US\$ für die gesamte Periode.

⁴⁴⁹ Vgl. Ehteshami, A. (1995): *Second Republic*, S. 119

Abbildung 15: Gesamtexport und Nicht-Öl-Exporte 1988-2001 (in US\$ Mio.)



Quelle: Bank Markazi: Annual Review (1370: 1991/1992) und Economic Trends (1997), BFAI (2001)/4, für 1997 bis 2001 eigene Schätzungen,

Der gesamte Ertrag der Erdölexporte in der Zeit von 1989 bis 1993 lag bei 90 % der angestrebten Zielgrößen und die der Nicht-Öl-Exporte bei nur 65 %. Die Industriexporte lagen bei weniger als einem Drittel ihrer Zielgröße.⁴⁵⁰ Trotz des immensen Anstiegs der Nicht-Öl-Exporte und aufgrund der stagnierenden Erdöl- und Erdgaserträge sowie - im Speziellen wegen der viel höher ausgefallenen Importe als erwartet - zeigte der Staatshaushalt im Jahr 1991/92 ein Defizit von 9,4 Mrd. US\$, das 1992/93 auf 6,5 Mrd. US\$ und 1993/94 auf 4,2 Mrd. US\$ sank.⁴⁵¹ Insgesamt war die in dem ersten und zweiten Fünfjahresplan angepeilte Erhöhung der Nicht-Öl-Exporte nicht erfolgreich, zumal sie seit Mitte der 90er Jahre keine nennenswerten Steigerungen erzielen konnten. Dies lag an den sich oft wechselnden Verordnungen und der Bürokratie, die die inländischen Unternehmer bremste. Auf der anderen Seite wurde durch die Inlandsnachfrage, die durch die weiterhin hohen Subventionen und dem

⁴⁵⁰ Vgl. Amirahmadi, H. (1994c): Oil, S. 189

⁴⁵¹ Vgl. Pesaran, M. H. (1995): macroeconomic stabilization. S. 9

Bevölkerungszuwachs geschürt wurde, ein großer Teil der Kapazitäten für den Export absorbiert.⁴⁵²

5.3. ANALYSE DER WIRTSCHAFTSSEKTOREN

Die Maßnahmen der Wiederaufbaustrategie führten zu unterschiedlichen Ergebnissen innerhalb der verschiedenen Sektoren der iranischen Wirtschaft. In diesem Teil der Arbeit werden wichtige Sektoren der Wirtschaft untersucht und wesentliche Entwicklungen als Folge der Maßnahmen aus den Fünfjahresplänen analysiert.

5.3.1. Wachstumsentwicklung und Probleme im Agrarsektor

Seit der Gründung der Islamischen Republik Iran war die Erhöhung der Produktion im Agrarbereich eine wichtige Zielsetzung. Von 51 Mio. Hektar Agrarland wurden tatsächlich nur 17,2 Mio. Hektar bewirtschaftet. Nahezu 38 % der gesamten Bevölkerung war in diesem Sektor beschäftigt, jedoch betrug der Anteil der Agrarwirtschaft am Bruttosozialprodukt nur 23,6 %. Trotz des hohen Anteils am Bruttosozialprodukt und der Beschäftigung eines großen Teils der Bevölkerung konnte die Agrarwirtschaft nicht genügend Lebensmittel produzieren. Die inländischen Ressourcen wurden nicht genutzt und die Kosten für subventionierte Lebensmittel verstärkten diese Entwicklung.

Der erste Fünfjahresplan sah vor, dass das Ackerland um 300.000 Hektar vergrößert wird und 2 Mio. Hektar mit Trockenfrüchten bebaut werden. Unter den landwirtschaftlichen Exporten waren Früchte wie Pistazien, Datteln und Zitrusfrüchte die Hauptprodukte. Nach Angaben des damaligen Landwirtschaftsministers Kalantari beabsichtigte der erste Fünfjahresplan demnach Ausgaben von 800 Mrd. Rial (11 Mrd. US\$) in der Landwirtschaft. Dieser hohe Stellenwert wurde im zweiten Fünfjahresplan noch weiter ausgebaut.⁴⁵³

⁴⁵² Vgl. Kanovsky, E. (1997): *economic morass*, S. 58-60

⁴⁵³ Vgl. Mirzai, M. (1994): *Economic Reconstruction*, S. 179

Etwa 60 % der bebauten Fläche war für Weizen vorgesehen. Den Bauern wurden fest garantierte und staatlich gestützte Preise für Weizen angeboten; landwirtschaftliche Ausrüstungen durften zum *official rate* importiert werden, der ca. einem Zwanzigstel des Schwarzmarktkurses entsprach. Außerdem wurden den Landwirten sehr günstige Kredite zugänglich gemacht. Des Weiteren waren nach dem neuen Gesetz der Besteuerung alle Erträge aus der Landwirtschaft für eine bestimmte Zeit steuerfrei. Insgesamt wurde durch die staatlichen Einkäufe von Agrarprodukten und die Verstärkung der Agrarprogramme die Produktion über die Jahre erhöht, und bald darauf konnte der Iran beispielsweise seine Weizenimporte aus dem Ausland einstellen. Das Ziel der ersten Planperiode war die Selbstversorgung mit Weizen. Die Weizenproduktion stieg auf 10,4 Mio. Tonnen in 1992 von vormals 5,8 Mio. Tonnen in 1990 und 8,75 Mio. Tonnen in 1991. In der Phase der Revolution von 1979 war der Iran ein Nettoimporteur von Lebensmitteln.⁴⁵⁴ Das Agrarwesen erlebte eine Verbesserung der Fazilitäten und die Importe von Nahrungsmitteln konnten durch eine besonders ertragreiche Ernte in 1993 weiter verringert werden. Im Jahre 1994 wurden 84 % des Bedarfes aus inländischer Produktion gedeckt, gegenüber 75 % im Jahre 1989. Der Agrarminister kündigte für das Jahr 2000 an, dass der Iran netto betrachtet zum Exporteur von Nahrungsmitteln werde.⁴⁵⁵

Die Regierung bemühte sich außerdem um die Verbesserung der Produktivität innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors. Ein Problem war das niedrige Niveau der eingesetzten Technologie. Selbst in jüngster Zeit wird vieles in der iranischen Landwirtschaft mit traditionellen Methoden durchgeführt, da Mechanisierung und die Einführung von Hohertragssamen nicht sehr weit verbreitet sind. Sowohl vor als auch nach der Revolution war diesen Möglichkeiten nicht genug Beachtung geschenkt worden, um die technologische Basis der iranischen Landwirtschaft aufzuwerten. Die hohe Rate des Analphabetismus in der Landbevölkerung und das Fehlen einer ausgebauten sozialen Infrastruktur in den Dörfern erschwerte das Wachstum auf dem Lande. Es ist ein schwieriges Unterfangen, Mechanisierungsmaßnahmen und Hochtechnologie in der Landwirtschaft einer nicht ausgebildeten Landbevölkerung zu vermitteln. Die Maßnahmen in der Vergangenheit, die Landbevölkerung auszubilden, waren nicht ausreichend und effektiv. Die Größe des Landes und die Zerstreuung der vielen Dörfer sowie die großen Abstände erschwerten die Aufgabe, die soziale Infrastruktur auf dem

⁴⁵⁴ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): *Secular Miracle*, S. 161

Land aufzubauen. Unmittelbar nach der Revolution wurde die Baugenossenschaft „Djahade Sasandegi“ gegründet, die junge Männer in die Provinzen aussandte, um Straßen zu bauen und die Bildung auf dem Land zu erhöhen. Die Konzeption sah vor, dass die Djahad bis zum Ende des ersten Fünfjahresplans über 70 % der ländlichen Bevölkerung mit Straßen verbinden sollte. Es wurden auch bei der elektrischen Versorgung und Wasserversorgung in den Dörfern bemerkenswerte Erfolge erzielt.⁴⁵⁶

Das Wachstum, das im landwirtschaftlichen Sektor erreicht wurde, wurde hingegen von dem starken Bevölkerungswachstum absorbiert. Wassernot und unregelmäßige Niederschläge sind langfristige Probleme in der Entwicklung der Landwirtschaft des Iran. Entsprechend hohe Investitionen sind in der Errichtung von Dämmen notwendig und der Wasserverschwendung musste entgegengewirkt werden. Zusätzlich wurden in unregelmäßigen Abständen Landflächen und ganze Dörfer überflutet. Der Iran nutzte lediglich 58 Mio. Kubikmeter der insgesamt 135 Mio. Kubikmeter nutzbaren Wasservorkommen. Das islamische Regime hatte auch Pläne für die Errichtung von Dämmen, speziell von Kleindämmen, die wichtiger sind als die Großdämme. Der Krieg und die finanziellen Engpässe, die durch Kriegsfolgen und fallende Erdölpreise entstanden waren, führten zu einer Verzögerung dieser Ziele. In den Fünfjahresplänen wurden jedoch viele dieser Vorhaben wieder aufgegriffen.⁴⁵⁷

Erschwerend waren die seit der Umverteilung und durch die Privatisierung aufgekommenen gerichtlichen Konflikte und Rechtsstreitereien⁴⁵⁸ um Landeigentum sowie die oft wechselnden Gesetze und Verordnungen. Die Folge waren starke Schwankungen der Preise und eine Verringerung der privaten Investitionen. Die staatliche Förderung stieg zwar, aber die Gesamtinvestitionen in diesem Sektor sanken über den behandelten Zeitraum.⁴⁵⁹ Zu erwähnen ist, dass der Ertrag pro Kopf gewachsen ist, wohl aufgrund der weiter anhaltenden Landflucht und der generellen Verbesserung der technischen Ausrüstung. Demgegenüber stand eine gewachsene Nachfrage nach Nahrungsmitteln. Die Gründe hierfür waren auch staatliche Subventionen der

⁴⁵⁵ Vgl. Petrossian, V. (1995): Special Report Iran, S. 10

⁴⁵⁶ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 69

⁴⁵⁷ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 68

⁴⁵⁸ Nach Schätzungen von Amirahmadi, H. (1994b): Prospects, S. 152, ist die Landeigentumsfrage für fast die Hälfte der iranischen Ackerfläche noch nicht endgültig geklärt.

⁴⁵⁹ Vgl. Ghasimi, M.R. (1992): Economic Appraisal, S. 602

Nahrungsmittel und der Import von Grundnahrungsmitteln bei überwerteten Wechselkursen.⁴⁶⁰

5.3.2. Der Wiederaufbau des Militärsektors und der Armee

Nach dem Waffenstillstand 1988 begann Iran durch Waffenkäufe in Russland, China, Brasilien, Argentinien, Pakistan und anderen Ländern seine Armee wieder aufzubauen.⁴⁶¹ Im Vergleich zu den benachbarten Golfstaaten sind die iranischen Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt am geringsten.⁴⁶² So betrug beispielsweise das Militärbudget des Irans gerade mal ein Sechstel von Saudi-Arabien und die Hälfte von Israel.⁴⁶³ In der Nachkriegszeit wurden die wichtigsten Waffeneinkäufe auf Importe von Scud Missiles aus Nordkorea und - bis zu deren Auflösung - Einkäufe von Panzern, Artillerie und Flugzeugen aus der früheren Sowjetunion beschränkt. Die islamische Republik hat Berichten zufolge 48 MiG 29 (ohne Garantie von Ersatzteilen) und drei veraltete Kiluxas U-Boote aus Russland gekauft aus einem Vertrag, der 1989 zwischen Rafsandjani und Gorbatschow ausgehandelt wurde. Außerdem produzierte der Iran eigene Kurzstreckenraketen, wie die aus chinesischer Entwicklung stammende „Oghab“ mit einer Reichweite von 40 Kilometern.⁴⁶⁴

Mit der Zunahme der finanziellen Schwierigkeiten 1992/93 wurden auch die Militärausgaben erheblich gekürzt. In dem gesamten Zeitraum von 1988 bis 1991 wurden demnach nur 2 Mrd. US\$ für Waffenkäufe bereitgestellt. Diese wurden 1992 um die Hälfte gekürzt. Diese Zahlen bestätigen, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht durch die Militärausgaben beeinflusst waren. Kanovsky interpretiert hieraus, dass die iranische Führung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelernt hat, dass

⁴⁶⁰ Vgl. Amuzegar, J. (1994): Islamic Republic, S. 188-190; die Importe auf dem heimischen Markt waren letztlich günstiger zu haben als im Ausland. Dieses Preisgefälle förderte den Schmuggel von subventionierten Gütern zurück ins Ausland.

⁴⁶¹ Vgl. Kanovsky, E. (1997): economic morass, S. 70. Vor der Revolution wurden wesentliche Teile der Militärausstattung aus den USA bestellt.

⁴⁶² Vgl. Kanovsky, E. (1997): economic morass, S. 70. Vor der Revolution wurden wesentliche Teile der Militärausstattung aus den USA bestellt. Das iranische Militär nach der Revolution ist kleiner als zu Zeiten des Schahs. Allerdings ist die Anzahl der Soldaten gemessen an den Ausgaben relativ hoch, da sie auch als ein Wert der Revolution und für starke Truppen und Mann-Mann-Gefechte ausgelegt ist.

⁴⁶³ Vgl. Kanovsky, E. (1997): economic morass S. 72-74

⁴⁶⁴ Vgl. Entessar, N. (1995): Realpolitik, S. 161

wirtschaftliche Stärke wichtiger als reine militärische Stärke ist. Nach Meinung von Kanovsky gibt es keinen signifikanten Einfluss des Militärs auf die wirtschaftliche Entwicklung oder das wirtschaftliche Wachstum während des ersten und zweiten Fünfjahresplanes. So wurden beispielsweise die Importeinschränkungen weniger im Bereich der Militärausgaben geschaffen. Nach Ansicht von Clawson ist der Krieg – entgegen der ständigen Erklärung der Regierung – nicht als ein wichtiger Hauptgrund für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Irans anzusehen. Er ist skeptisch gegenüber diesem Argument, da der Krieg keinen wesentlichen Anteil des iranischen Vermögens berührte. Die irakischen Kräfte besetzten nicht einmal 5 % des iranischen Territoriums. Auf der Landfläche, welche die Iraker besetzten, hielten sich nicht mehr als 10 % der Gesamtbevölkerung auf. Demnach wäre der Schaden der irakischen Besetzung bei 5 bis 10 %. Das totale Tonnengewicht, das die Iraker über die Jahre des Krieges auf den Iran abwarfen, war kleiner als die Menge, welche die Alliierten während eines einzigen Tages auf Irak abwarfen.⁴⁶⁵

5.3.3. Der Industriesektor und seine Importabhängigkeit

Der industrielle Sektor litt nach der Revolution erheblich und die industrielle Produktion ist nach 1979 erheblich gesunken. Besonders in den staatseigenen Unternehmen waren Produktionseinbrüche keine Seltenheit. Die meisten dieser Betriebe arbeiteten seit ihrer Verstaatlichung bzw. Konfiszierung mit Verlusten. Die Überalterung der Industrieanlagen ist unter anderem einer der wesentlichen Gründe für diese Entwicklung. Nach den Angaben der „Organisation für nationale Industrie“ waren bis zum März 1989 über 49 % der Maschinen und 26 % der Anlagen in den ihr unterstehenden Industriebetrieben amortisiert. Der Krieg, der Rückgang der Staatseinnahmen durch den gesunkenen Erdölexport und die Knappheit an ausländischen Devisen, der Rückstand der Forschung und universitären Ausbildung, das Wirtschaftsembargo durch den Westen und die Ablehnung von westlicher Abhängigkeit haben eine entscheidende Rolle beim technologischen Rückstand des Landes gespielt.

⁴⁶⁵ Vgl. Kanovsky, E. (1997): economic morass S. 71-74 und Clawson, P. (1994): military, S. 71

Die Überalterung der Industrieanlagen ist u. a. einer der wesentlichen Gründe für diese Entwicklung. Die Kapazitätsauslastung der Industriebetriebe sank bis auf 40 %.⁴⁶⁶ Die Kapazitäten waren größtenteils nicht ausgelastet, weil keine Ersatzteile mehr aus dem Ausland (z.B. aus den USA) kamen, wo die meisten Industrieanlagen herstammten. Viele der Industrieanlagen waren auch nur Montagewerke, so dass die fehlenden Teile die Produktion völlig stoppten.⁴⁶⁷ Die Flucht der ausgebildeten Arbeitskräfte und die Umstrukturierung des staatlichen Sektors hemmten die Aktivitäten und die Investitionen in diesem Sektor nachhaltig. Auch hier bestand ein Bedarf an Kapital, Fachkräften und ausländischen Devisen. Allein die Kriegsindustrie erlebte einen Aufschwung.⁴⁶⁸

Der erste Fünfjahresplan sah dementsprechend auch große Investitionen von staatlicher Seite vor, und auch durch die Privatisierung floss Kapital in die Industrie. Nach Beginn der Wiederaufbauphase hatten viele der umfassenden Investitionen im Erdölsektor, in der Schwermetall- und den anderen Industrien erst Anlaufphasen zu überstehen und konnten die Gewinne erst in späteren Perioden erzielen. Italienische, deutsche, koreanische und viele andere ausländische Konzerne gewannen Staatsaufträge mit einem Volumen von mehreren Millionen US\$. Dieses Auftragsvolumen beinhaltete auch eine Kernkraftanlage aus China sowie große Anlagen für die Automobilindustrie. Nach dem Krieg hatte der Iran seine Atomforschungsprogramme, die unter der Regierung des Schahs begonnen wurden, wiederbelebt.⁴⁶⁹ Die meisten Industrieprojekte zielten langfristig darauf ab, die zu importierenden Rohstoffe zu produzieren und die Importe zu ersetzen. Mit der Ausführung des ersten Fünfjahresplans wurden allein 1992 fast 3.000 Industrieanlagen aufgebaut. Die ersten Betriebe nahmen die Produktion bereits ab Ende 1993 auf. Die Auslastung der Industriekapazitäten erreichte 90 % in 1992, während sie 1988 nur bei 30 % lag. Die Gesamterzeugung beispielsweise von Zement hatte sich dann seit 1979 verdoppelt, der inländische Bedarf wird nunmehr zu 99 % gedeckt. Der Iran stieg zu den acht größten Stahlerzeugern der Welt auf.⁴⁷⁰

Die Werften in Abadan wurden erneuert und seit 1994 konnten Reparaturen wieder im Inland getätigt, und dadurch Devisen eingespart werden. Die Infrastruktur wurde verbessert durch eine Vielzahl von Investitionen und Projekten, die erst mittelfristig zur

⁴⁶⁶ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): *Economic Transition*, S. 85

⁴⁶⁷ Vgl. Katouzian, H. (1989): *Analysis*, S. 59

⁴⁶⁸ Vgl. Amuzegar, J. (1994): *Islamic Republic*, S. 206 und Amirahmadi, H. (1994a): *Imbalances*, S. 104

⁴⁶⁹ Vgl. Entessar, N. (1995): *Realpolitik*, S. 160

Verbesserung der Volkswirtschaft führen dürften. So wurden viele Staudämme gebaut, welche die Wasserversorgung verbesserten. Aus einer Vielzahl von eigenen Reisen in die Provinz und aus Berichten lässt sich der Eindruck gewinnen, dass trotz der bestehenden Sanktionen die Wirtschaft relativ wenig berührt wurde und dass die Kriegsschäden in der Infrastruktur, der Erdölanlagen, der Industrieanlagen und in den Kraftwerken repariert sind.⁴⁷¹

Neue Flug- und Seehäfen sind im Bau oder bereits fertig gestellt. Neue Straßen und Eisenbahnverbindungen wurden gebaut oder erweitert im Hinblick auf eine Verbindung der neuen zentralasiatischen und transkaukasischen Republiken zum Persischen Golf. Die Modernisierung der Telekommunikation (mit neuester Fax-, E-Mail- und Mobilfunktechnologie) wurde nun auch in den ländlichen Gebieten durchgeführt. Mehrfunktionale Dämme und moderne Datennetzwerke wurden errichtet. Der Wiederaufbau wurde durch die verbesserte Infrastruktur vorangetrieben, wie Straßen, Wasser, Erdgas, Elektrizität und Telefonverbindung. Die Stahlindustrie begann teilweise mit dem Export von Stahl, Aluminium und Kupfer. In vielen Bereichen der Waffenproduktion wurde die Selbstversorgung erreicht.⁴⁷²

Weiterhin bleiben die Produktionsanlagen des Irans generell extrem importabhängig von Halbfertigerzeugnissen und Rohstoffen. Der starke Rückgang der Importe auf knapp 10 Mrd. US\$ in 1993 berührte besonders die inländische Produktion und generell auch den Konsum. Mit der Entwertung der Landeswährungen erfuhren die Fabriken einen akuten Mangel an liquiden Mitteln und Rohmaterial. Es kam zu Schließungen von Fabriken, die wiederum ihre Arbeiter entlassen mussten. Dementsprechend fielen in den Folgejahren die Wachstumsraten in der Industrie geringer aus.⁴⁷³ Die iranische Industrie konnte jedoch seit 1998 die Produktion trotz anhaltender Importkompression stetig erhöhen. Diese Zuwächse wurden allerdings durch die gestiegene Inlandsnachfrage aufgrund von Subventionen und Bevölkerungswachstum absorbiert.⁴⁷⁴

⁴⁷⁰ Vgl. Petrossian, V. (1995): Special Report Iran, S. 14

⁴⁷¹ Vgl. Riedel, H. (1994): Rundschreiben, S. 12

⁴⁷² Vgl. Amirahmadi, H. (1994c): Oil, S. 192, Die iranische Presse, die auch durch die staatlichen Nachrichtenagenturen gelenkt wird, ist voll von Berichten über Produktionen von Militärfluggeräten, Helikoptern, Hovercrafts, Flugzeugen u.a. In vielen Bereichen der Konsumgüterproduktion sind jetzt moderne Geräte und Basisprodukte in hoher Qualität hergestellt worden.

⁴⁷³ Vgl. Mirzai, M. (1994): Economic Reconstruction, S. 183

⁴⁷⁴ Vgl. Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 3-7

5.3.4. Die Ergebnisse der Privatisierung

Der Durchbruch in den Friedensverhandlungen mit dem Irak im Herbst 1990, der zu dem Rückzug der irakischen Truppen aus iranischem Gebiet führte, verdrängte die Angst vor einem Wiederausbruch des Krieges vollständig und festigte die Moral und das Vertrauen der iranischen Investoren. Der Private Sektor reagierte positiv auf die Maßnahmen der Deregulation. Nach Angaben des Chefs der iranischen Zentralbank, investierte der Private Sektor zwischen 1989 und 1990 ca. 66 Mio. US\$.⁴⁷⁵

Allerdings erfüllte der Private Sektor die Erwartungen des Fünfjahresplanes bezüglich der Investitionen nicht vollständig. Die Privatisierung wurde im großen Umfang durchgeführt, das Privatisierungsprogramm verlief jedoch langsamer als ursprünglich geplant. Dies lag laut Angaben des Ministeriums für Industrie an den Problemen der Organisation der Verkäufe. Ein anderer Grund war, dass die *mostasaffin* ebenfalls Anteile an den zu privatisierenden Betrieben erhalten sollten. Die Diskussion um die Bereitstellung von günstigem Kapital und der Gestaltung der hierzu notwendigen Gesellschaften erwies sich als unfruchtbar. Erst 1994 kam man zu einer Teillösung, bei der der Kauf eines Betriebes durch die eigenen Arbeiter bereits mit 20 % Anzahlung möglich wurde.⁴⁷⁶

Ab 1993 begann die Privatisierung an Geschwindigkeit zu verlieren und bis Mitte 1995 schien sie fast zum Stillstand gekommen zu sein. Ayatollah Khamenei hatte seine Macht als Nachfolger von Ayatollah Khomeini mittlerweile gefestigt, und wandte sich von der Allianz mit dem pragmatischen Rafsandjani ab. Um die durch die weitere Privatisierung befürchteten Massenentlassungen und den daraus resultierenden politischen Unruhen zu vermeiden, wurden die Privatisierungsreformen Mitte der 90er verlangsamt. Nach 13 Jahren der Privatisierungspolitik bleibt der Staat (und darin inbegriffen die „revolutionären Organisationen“) die dominanten Akteure der Wirtschaft. Zwischen 1986 und 1996 wuchs sogar die Anzahl der Staatsbediensteten um 26 %. Von den 804.000 neuen Staatsbediensteten waren 251.000 Angehörige der staatlichen Industrieanlagen.

⁴⁷⁵ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 82

⁴⁷⁶ Vgl. Rieck, H. (1995): Iran, S. 84

Insgesamt war in den Jahren der Wirtschaftsliberalisierung von 1990 bis 1996 jegliches Wachstum des Privaten Sektors hauptsächlich auf die generelle Expansion der Wirtschaft zurückzuführen und nicht auf einen Rückgang der Aktivitäten des Öffentlichen Sektors. Die Investitionen des Privaten Sektors sind gestiegen. Doch hauptsächlich deswegen, weil die Wirtschaft wuchs und nicht auf die Reduzierung der Staatsausgaben und seiner Investitionen in die Wirtschaft oder auf den Rückgang des Anteils der Konsumausgaben zurückzuführen war. 1996 beschäftigte der Private Sektor 23 % der Arbeiterschaft, im Vergleich zu 17 % im Jahre 1986, doch weit niedriger als die 35 % im Jahre 1976.⁴⁷⁷

Die „revolutionären Organisationen“ waren de facto von den Privatisierungsmaßnahmen ausgeschlossen, da sie sich nach ihrem Selbstverständnis in „öffentlicher Hand“ befinden. Diese kolossalen Konglomerate sind weder den Kräften des Marktes ausgesetzt, noch in irgendeiner Weise in ihrem Haushalt oder ihrer Buchhaltung unter der Kontrolle der Regierung. Sie operieren unter der direkten Schirmherrschaft des Führers der Revolution und können ihre Aktivitäten und ihre Profite unter der Zielsetzung des Wohlbefindens der moslemischen Gemeinschaft verteilen, je nachdem wie sie und der Führer der Revolution es auslegen. Sie zahlen ihre Profite an die Familien der Märtyrer, den Veteranen des Iran-Irak-Krieges aus und finanzieren die Verbreitung des Islams.⁴⁷⁸

Dementsprechend hat die unglaublich große wirtschaftliche und politische Macht sie dazu ermächtigt, sich der Diskussion um die Privatisierung zu entziehen oder überhaupt die Beschneidung ihrer Freiheiten zu verhindern. Speziell die *Gesellschaft für die Unterdrückten* hat ihre Sphäre außerhalb des staatlichen Sektors erhöht und beispielsweise Speditionen und Fluggesellschaften gegründet - ist auch im Bereich des Finanzwesens in direkte Konkurrenz zu den staatseigenen Bankensystemen getreten. Außerdem trat sie ab 1994 selbst als Käufer der zu privatisierenden Unternehmen auf und unterwanderte die Privatisierungspolitik der Regierung.⁴⁷⁹

⁴⁷⁷ Vgl. Petrossian, V. (1998c): Special Report, S. 2-4

⁴⁷⁸ Hierzu gehörte auch das Kopfgeld auf Salman Rushdie

⁴⁷⁹ Vgl. Behdat, S. Economic Liberalism, S. 129

5.4. DER ERDÖLSEKTOR

Im Rahmen der Strategie der Importsubstitution war der Wiederaufbau der Förderkapazitäten als Haupteinnahmequelle essenziell wichtig für die Wirtschaftsplanung. Durch die Volatilität des Erdölpreises und das Embargo der USA, aber auch durch die gestiegene Inlandsnachfrage war dieser Sektor sehr stark beansprucht. Neben der Produktion und dem Export werden auch generelle Charakteristika einer auf Erdöl basierenden Volkswirtschaft dargestellt.

5.4.1. Der Staat als Planungsorgan in einer Erdölwirtschaft

Der Erdölsektor spielt eine dreifache Rolle in einer Volkswirtschaft wie der des Iran: die Beschaffung von Devisen, den Zuwachs an nationalen Ersparnissen und eine Einnahmenquelle für den Staatshaushalt. Die Besonderheit einer Erdöl exportierenden Wirtschaft liegt in der Tatsache begründet, dass die Erträge aus dem Erdöl über die Zeit gespeichert werden können und aus dem volkswirtschaftlichen Kreislauf zurückgezogen werden können. Im Falle einer Ineffizienz kann dies jedoch auch zusätzlich Kosten im zeitlichen Verlauf verursachen und zu langfristigen Verzerrungen in der Wirtschaft führen. Ungleichmäßigkeiten in der wirtschaftlichen Struktur können über längere Zeit kaschiert werden, welche sonst in anderen Wirtschaften ohne Erdölressourcen schnell zu Tage treten würden. So sind einige Probleme der iranischen Wirtschaft in den 80er Jahren erst nach vielen Dekaden des schnellen Wachstums - nachdem die Erträge aus dem Erdöl stockten - zum Vorschein gekommen und haben ihren Ursprung in der Vergangenheit.⁴⁸⁰

Die Rolle der Regierung in einer Erdölwirtschaft ist fundamental anders als die in gewöhnlichen Volkswirtschaften. Normalerweise wird ein Fiskalsystem verwaltet, das die Besteuerung der Gesellschaft ermöglicht, die wiederum durch Produktion Wertzuwächse schafft. Durch die Entdeckung des Erdöls bekommt die Regierung ihre besondere Bedeutung: Erdöl macht die Regierung zum Arbeitgeber einer gesamten

⁴⁸⁰ Vgl. Karshenas, Massoud, Pesaran (1994): Exchange rate, S. 156

Gesellschaft.⁴⁸¹ Die Planung in einer Erdölwirtschaft und seine Einflussnahme auf den Markt spielt eine gewichtige Rolle, da sie der Regierung die Kontrolle über die wichtigste Quelle des nationalen Wohlstandes gibt. Die Einkommensverteilung in solchen Wirtschaften kann ein wesentlich wichtigeres Problem sein als in anderen Entwicklungsländern. In der Erdölwirtschaft Irans, wo die Regierung direkt einen großen Teil des nationalen Einkommens in Form von Erdölumsätzen erhält, nimmt die Planung eine wichtigere Rolle ein als in *Nicht-Öl exportierenden* Wirtschaften. Die Regierung muss das Einkommen aus dem Erdöllexport verteilen und einen entsprechenden Planungsrahmen schaffen. Die Ausgaben und der Plan spielen eine wichtige Rolle in der Richtung der Wirtschaft als Ganzes sowie in der Lenkung und Förderung privater Investitionen im Speziellen.

Entsprechend ist die Planung einer Wirtschaft eines Erdöl exportierenden Entwicklungslandes mit mehreren Aspekten bestückt als nur die mittelfristige Ausgabenplanung der Regierung - speziell wenn sie mit den genannten spezifischen Charakteristiken des Erdöls als Einnahmequelle zu tun hat. Eine dieser Komplikationen besteht in der Tatsache, dass das Erdöl eine sich verbrauchende Ressource ist und nicht unendlich lange auf Erträge aus dem Erdöl zurückgegriffen werden kann. Daher sollte Erdöl nicht als nationales Einkommen behandelt werden, sondern eher als ein Teil des nationalen Wohlstandes, der aufgebraucht wird. Langfristig muss also in der ökonomischen Entwicklung das verbrauchte Erdöl durch humanes und menschlich hergestelltes, physisches Kapital ersetzt werden. Ein wichtiges Ziel in der Planung der Erdölwirtschaft wird also die Sicherstellung der langfristigen Beständigkeit der Wirtschaft. Eine anfangs erwähnte Funktionen des Erdöls ist die Beschaffung von Devisen. Der Staat muss das entsprechende Fundament für die strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft legen, dass speziell der Beitrag des Erdölsektors zur Devisenbeschaffung über die Zeit durch andere Sektoren übernommen wird. Dies unterstreicht die Bedeutung der strukturellen Veränderung und daher auch der industriellen Strategie als ein integraler Teil der Planung in einer Erdöl exportierenden Wirtschaft.⁴⁸²

⁴⁸¹ Vgl. Sirageldin, I. A. (1995): economic policy, S. 233-235

5.4.2. Wiederaufbau des Erdölsektors

Während und nach der Revolution war ein starker Rückgang der Erdöl-Produktion zu verzeichnen. Das lag zunächst einmal an der Flucht der technischen Fachleute, aber auch an kriegsbedingten Gründen: während des Iran-Irak-Krieges 1980-88 versuchten beide Länder, die gegnerischen Erdölanlagen so stark wie möglich zu beschädigen. Zwischen 1973 und 1978 unter der Herrschaft des Schahs, lag Irans Erdölförderung bei durchschnittlich 5,7 Mio. Barrel pro Tag. Am Ende des Krieges 1988 lag die Erdölförderung lediglich bei 2,3 Mio. Barrel pro Tag.⁴⁸³ Das unmittelbare Ziel im Erdöl- und Erdgassektor war es nun, binnen kürzester Zeit die Produktion auf das Vorkriegsniveau anzuheben. Der Großteil der iranischen Exporte besteht aus Erdöl und Erdgas, und ist zudem die Haupteinnahmequelle für die dringend benötigten Deviseneinnahmen. Außerdem werden auch andere Bereiche der Wirtschaft von diesem Sektor beeinflusst und stimuliert.⁴⁸⁴

Die Hemmnisse in Irans Erdölproduktion schienen weniger finanzieller und technologischer Natur, sondern eher politischer Natur zu sein. Tatsächlich fehlten technisches Know-How und Devisen, um in die bestehenden Kapazitäten zu investieren. Die Flucht der Führungskräfte nach der Revolution und die Folgen des Krieges mit dem Irak hatten die Leistungen in der Erdölförderung und anderen Wirtschaftssektoren weiter geschwächt. Demnach ist der nicht gewünschte Effekt eingetreten, dass aus einer rein wirtschaftlichen Sicht nunmehr noch stärker Abhängigkeit von westlichen Erdölkonzernen, sowohl aus finanzieller als auch technologischer Sicht vorzufinden ist.⁴⁸⁵

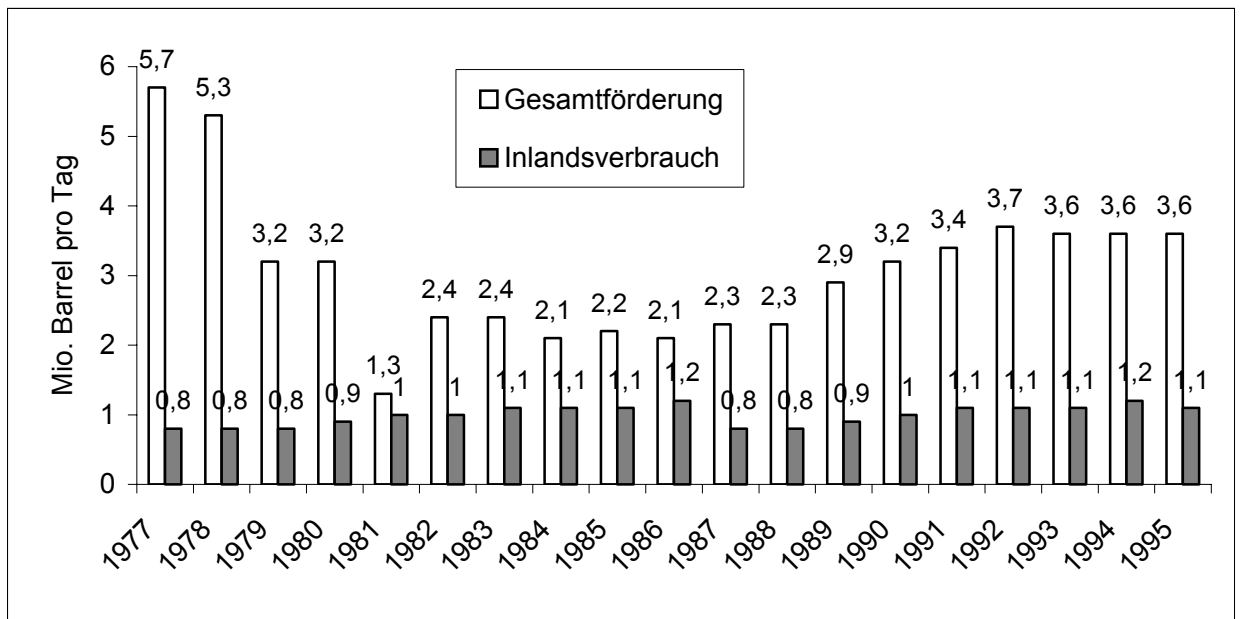
⁴⁸² Vgl. Karshenas, Massoud, Pesaran (1994): Exchange rate, S. 151-154

⁴⁸³ Vgl. Kanovsky, E. (1998): Change under Khatami, S. 55

⁴⁸⁴ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): Secular Miracle, S. 160

⁴⁸⁵ Vgl. Kanovsky, E. (1997): economic morass, S. 68

Abbildung 16: Gesamtförderung Erdöl und Inlandsverbrauch in Mio. Barrel pro Tag



Quelle: Bank MarkaziIran: Annual Reports, verschiedene Ausgaben, Gatter (1997), eigene Schätzungen für Inlandsverbrauch 1984-1986

Die quantitativen Vorgaben und Ziele für die Erdölförderung und den Erdöllexport, wie sie der erste Fünfjahresplan vorsah, wurden alle erreicht. Der Plan sah eine Erhöhung der Erdölexporte von 1,99 Mio. Barrel pro Tag in 1989/90 auf 2,29 Mio. Barrel pro Tag im Jahre 1993/94 vor. Im Jahre 1992/93 lag die Fördermenge sogar bei 3,6 Mio. Barrel pro Tag und damit über den Planzielen⁴⁸⁶ - und brachte den Iran in seine alte Stellung in der Arena der Erdölproduzierenden Länder zurück. Der Iran war wieder der zweitgrößte Erdölproduzent innerhalb der OPEC.⁴⁸⁷ Die Entwicklung auf dem Erdölsektor, die Entdeckung von neuen Erdölvorkommen im Kaspischen Meer, die Erschließung von Erdölvorkommen in den südlichen Gewässern und das Weiterentwickeln von bereits aktiven Erdölanlagen waren wichtige Faktoren, die die Entwicklung in der Erdölindustrie im Jahre 1992 und in den Folgejahren unterstützt haben.⁴⁸⁸

⁴⁸⁶ Vgl. Pesaran, M. H. (1995): macroeconomic stabilization, S. 8

⁴⁸⁷ Vgl. Hosseini, H. (1995): Rafsandjani's Perestroika, S. 90-92

⁴⁸⁸ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 119

5.4.3. Volatilität des Erdölpreises und der Staatseinnahmen

Im Fiskaljahr 1988/89 lagen die gesamten Deviseneinkünfte aus exportierten Gütern bei gerade noch 10,7 Mrd. US\$. Dies entsprach gerade einmal der Hälfte des Standes von 1979. Der Rückgang der Deviseneinkünfte fällt noch wesentlich gravierender ausfiel stärker aus, wenn man die Verteuerung der Importe im Zeitraum von 10 Jahren berücksichtigt. Hinzu kommt, dass sich die Bevölkerung in demselben Zeitraum erheblich anwuchs: das Deviseneinkommen Pro-Kopf aus Erdölexporten lag demnach bei 842 US\$ im Jahre 1978/79 gegenüber 160 US\$ im Jahre 1988/89, genau genommen weniger als ein Fünftel des Wertes von vor der Revolution. Der Iran verfügt dennoch nicht über die Möglichkeit, diesen Trend umzukehren. Dies liegt erstens daran, dass die Höhe der Erdölexporte nicht erhöht werden konnte. Irans Förderkapazität hatte ihre Obergrenze bei 4,3 Mio. Barrel pro Tag erreicht.⁴⁸⁹

Die Erträge aus Erdöl und Erdgas stellten weiterhin den Großteil der Devisenerträge dar, wobei die Nicht-Öl-Exporte rund eine Mrd. US\$ einbrachten. Es wurde zu diesem Zeitpunkt nicht erwartet, dass die Erdölexporte signifikant erhöht werden konnten. Das lag an den begrenzten Produktionskapazitäten und dem ständig wachsenden Erdölverbrauch im Inland, der wiederum durch einen künstlich niedrigen und in realen Preisen sinkenden Inlandspreis für Kraftstoffe geschürt wurde. Die Nachfrage nach Raffinerieprodukten im Inland wuchs vehement an. Zwar wurden die Benzinpreise schrittweise angehoben, aber sie entsprachen immer noch nur einem Bruchteil der eigentlichen Produktionskosten. Demnach wurde ein Barrel Erdöl im Inland zu einem Wert von 5 % seines internationalen Weltmarktpreises verkauft und somit hatte die gestiegene Inlandsnachfrage einen großen Druck auf die Exporte ausgeübt, da sie Kapazitäten absorbierte.

Ein zweiter Grund für die begrenzten Möglichkeiten für eine Erhöhung der Erdöleinnahmen ergab sich aus der Preisentwicklung auf den Weltmärkten: der Iran (oder auch kein anderes Land außer Saudi-Arabien) konnte kaum Einfluss nehmen auf die Erhöhung der Preise des Erdöls auf den Weltmärkten. Seit den 90er Jahren hatte sich der Erdölmarkt in eine völlig andere wirtschaftliche Richtung für den Iran entwickelt, als dies in den 70er und 80er Jahren der Fall war. Mehr denn je waren die Erdölpreise

⁴⁸⁹ Vgl. Pesaran, M.H. (2000): Economic trends, S. 83

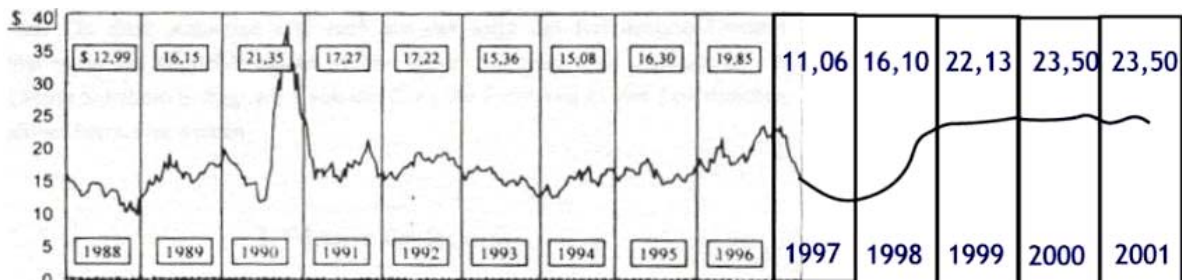
bestimmt durch die Kräfte des Marktes als von der Politik. Die Bemühungen Irans innerhalb der OPEC - oder auch Saudi-Arabien als der weltgrößte Erdöllieferant – verlor an Bedeutung, denn eine nachhaltige Einflussnahme auf den Erdölpreis lag nicht in den Händen der OPEC oder eines bestimmten Landes. Diese Auffassung entsprach nicht dem Bild der Vergangenheit, das Anfang der 70er Jahre deutlich wurde, als einzelne Länder und Kartelle durch Absprachen den Preis anheben und verändern konnten. Der Iran hatte die Politik insofern verändert, als dass er sich mehr von regionalen Kooperationen innerhalb des Persischen Golfes erhoffte, statt der Koordinierung von Erdölpolitiken mit weit entfernten OPEC-Ländern wie z. B. Venezuela, Nigeria oder Indonesien. Der Iran fühlte sich dennoch weiterhin der OPEC verbunden, gerade als das zweitgrößte und wohl einflussreichste Mitglied innerhalb der OPEC.⁴⁹⁰

Die Volatilität des Erdölpreises traf die Regierung nach dem Ende der Kuwaitkrise und dem anschließend gesunkenen Erdölpreis. Es kam zu einer Unterdeckung auf der Einnahmenseite des Staatshaushaltes von 25 % für das Jahr 1993/94, obwohl für die gesamte Planperiode nur 7 % Defizit vorgesehen waren. Der Plan sah Deviseneinnahmen aus dem Erdöl- und Erdgassektor von 19,2 Mrd. US\$ für das Jahr 1993/94 und insgesamt 83,1 Mrd. US\$ für den gesamten Fünf-Jahres-Zeitraum vor. Die Schätzungen des Planes zum Preis des Erdöls für die Haushaltsplanung gingen von 14 US\$ pro Barrel in 1990 auf 21,3 US\$ in 1996 aus. Diese optimistischen Schätzungen wurden jedoch vor der Kuwait-Krise gemacht, als der Preis des Erdöls mehrmals über der Grenze von 30 US\$ lag. Der Anstieg der Erdölpreise 1990 hatte dem Iran damals einen zusätzlichen „Windfallprofit“ von 4 Mrd. US\$ beschert.⁴⁹¹

⁴⁹⁰ Vgl. Salehi-Isfahani, D. (1994): Oil-sector, S. 168-169

⁴⁹¹ Vgl. Salehi-Isfahani, D. (1994): Oil-sector, S. 170

Abbildung Entwicklung der Erdölpreise von 1988-2001 in US\$ pro Barrel



Quelle: Darstellung von Gatter, P. (1998), ab 1997 eigene Schätzungen und Abbildung, die angegebenen Preise sind die Jahresdurchschnittspreise

Trotz des Embargos auf irakische Erdölexporte war die globale Nachfrage nach Erdöl in der ersten Hälfte der 90er Jahre nicht besonders hoch. Die OPEC entschied in mehreren Runden, ihre Produktion zu reduzieren. Diese Entscheidung war für den Iran eine besonders harte Auflage, da der Iran gerade seine Erdölexport steigern wollte und auf diese Einnahmen angewiesen war. Es ist wichtig, den Verlauf der Erdölpreise über den Zeitraum der beiden ersten Fünfjahrespläne zu betrachten. Die Erdölpreise stiegen in der Zeit von 1994 bis 1996, stabilisierten sich im Jahre 1997 und fielen dann weiter im Jahre 1998. Dies führte dazu, dass die Bank Markazi große Beträge seiner Devisenreserven dafür einsetzte, um die weiterhin wichtigen Importe zu decken. Dies wiederum hatte negative Effekte sowohl für die Inflation als auch für das Wachstum des Outputs, allerdings kam es zu einer Entspannung, als sich in den Folgejahren bis 1997 der Erdölpreis stabilisierte.

Im Juni 1998 sank der Erdölpreis für iranisches Rohöl auf 9,50 US\$ pro Barrel. Der starke Rückgang der Erdölpreise spannte die wirtschaftliche Lage an. Die Prognose für den Staatshaushalt ging von 16 US\$ pro Barrel aus. So standen den erwarteten Staatseinkünften von 10 bis 12 Mrd. US\$ ein Importaufkommen von 14 Mrd. US\$ p.a. sowie offene Auslandsschulden von ca. 10 Mrd. US\$ gegenüber. Die strikte Importkompression löste eine kurze Phase einer Rezession aus, konnte jedoch aufgrund der gewachsenen Steuererträge und sinkender Kreditrückzahlungen überwunden werden, zumal seither die Erdölpreise wieder erheblich gestiegen sind und sich stabilisierten.⁴⁹²

⁴⁹² Vgl. Pesaran, M.H. (2000): Economic trends, S. 134-135 und Khatami, M. (1998): outlooks, www.president.ir

5.4.4. Die strategische Bedeutung des Erdgassektors

In den letzten beiden Jahrzehnten gab es bedeutende Funde von Energiequellen überwiegend im Bereich von Erdgas – statt im Bereich Erdöl. Kurz- und mittelfristig liegt die Möglichkeit eines umfassenden Exportes von Erdgas in weiter Ferne. Doch die wachsende Inlandsnachfrage nach Energie sollte entsprechend durch Erdgas befriedigt werden, um somit weitere Kapazitäten für den Export von Erdöl freizugeben. Außerdem kann durch das Pumpen von Erdgas in die Erdölbohrlöcher (Praxis der Re-Injektion) die Erdölförderung um jeweils eine Million Barrel pro Tag erhöht werden. Das Reformprogramm sah deshalb vor, dass besonders in den Erdgassektor investiert werden sollte. Eine Erweiterung der Raffinerien und eine Verbesserung der Distribution innerhalb des Landes war ebenfalls geplant. Hierzu war es notwendig, dass ausländisches Kapital und Know-how eingebracht wurde. Es sind über 30 Mrd. US\$ innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte notwendig, um das Ziel zu erreichen, die zukünftige Nachfrage mit Erdgas und nicht mit Erdöl abzudecken.

Für die Exploration der großen Erdgasfelder im Persischen Golf benötigt der Iran Auslandskapital und Technologie, deren Beschaffung ein schwieriges Unterfangen für die Islamische Republik ist.⁴⁹³ Diese Projekte sind zwar sowohl für iranische als auch ausländische Unternehmen höchst profitabel, aber die Sanktionen der USA und schlechtes Management haben den Erfolg dieser Projekte Anfang der 90er Jahre zumindest erschwert. Die National Iranian Oil Company (NIOC) hatte mehrere Erdöl- und Erdgasprojekte auf einer Buy-Back-Basis angeboten, jedoch war nur eines zum Abschluss gekommen. Das Abkommen mit einem Konsortium aus Unternehmen, angeführt von Total (Frankreich) sowie Gaz Prom (Russland) und Petronas (Malaysien) zum Gegenwert von 2 Mrd. US\$ führte im Jahre 1997 zum Ergebnis, dass die Erdgasvorkommen South Pars in einem groß angelegten Projekt erschlossen werden konnten. Dieses Abkommen war ein großer Erfolg auf dem Erdgassektor in der Islamischen Republik.⁴⁹⁴ Gegen Ende 1993 hatte die Erdgasproduktion die Grenze von

⁴⁹³ Vgl. Salehi-Isfahani, D. (1994): Oil-sector, S. 170

⁴⁹⁴ Vgl. Mirzai, M. (1994): Economic Reconstruction, S. 183 und Petrossian, V. (1998c): Special Report, S.

einer Millionen Kubikmeter pro Tag erreicht. Die Fördermenge für Flüssiggas war auf 50.000 Barrel pro Tag angewachsen und lag somit schon weit über den Sollwerten des ersten Fünfjahresplanes.⁴⁹⁵

Gleichzeitig versuchte der Iran, seine Raffineriekapazitäten zu erhöhen, um das Inlandsnetzwerk zu verbessern und die Inlandsnachfrage für Kerosin zu decken. In diesem Bereich wurde auch der Private Sektor in die Kapitalbeschaffung einbezogen.⁴⁹⁶

Allerdings war die Einbindung privater Beteiligungen schwierig gewesen. Die Inlandspreise für Benzin sind sehr gering im Vergleich zu den internationalen Preisen und daher war es auch problematisch, private Investoren zu überzeugen. Im weiteren Verlauf war auch die Khatami-Regierung nicht erfolgreich in ihrem Bestreben, private ausländische Investoren speziell im Nicht-Ölsektor zu überzeugen. Selbst in den Bereichen Erdöl, Erdgas und Petrochemie, für die ein großes Interesse auf Seiten der ausländischen Erdölgesellschaften vorhanden war, war der Zufluss relativ moderat. Hier ist sicherlich auch der Einfluss der Amerikaner zu spüren, die ausländische Unternehmen aufgrund ihrer Interessen auf dem US-Markt davon abhielten, hier stärker tätig zu werden.⁴⁹⁷

⁴⁹⁵ Vgl. Hosseini, H. (1995): Rafsandjani's Perestroika, S. 95-99

⁴⁹⁶ Ansonsten war ja der Erdölsektor gänzlich in staatlicher Hand.

⁴⁹⁷ Vgl. Petrossian, V. (1998c): Special Report, S. 3 und Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 4-6

5.5. DIE SANKTIONEN DER USA

Die USA betrieben seit der Revolution eine Sanktionierungspolitik gegen den Iran, zumal sie in dieser Region große Interessen verfolgen - vor allem wegen des Erdöls. Die Maßnahmen wurden 1995 verstärkt, und beinhalteten seither auch die Sanktionierung von Unternehmen von Drittstaaten, die im Energiesektor des Irans (Erdöl, Erdgas) investieren. Ebenso wurde über die Kapitalmärkte der Iran sanktioniert, auf denen der Iran als Schuldnerland seinen Kapitalbedarf und die Umschuldungen ersuchte. Im Folgenden werden die Maßnahmen und die Auswirkungen dieser Sanktionen sowie die Effektivität derselben untersucht.

5.5.1. Verschärfung der Sanktionen unter Clinton

Die USA haben unter der Präsidentschaft von Bill Clinton Ende 1993 eine internationale Kampagne gestartet, um den Iran zu isolieren. Obwohl die Verbündeten diese Politik grundsätzlich ablehnten, hat sich die Atmosphäre dennoch verschlechtert.⁴⁹⁸ Der Iran hat durch die Liquiditätskrise dem Bestreben der USA Angriffsfläche gegeben bzw. durch seine neue Außenschuld eine Schwachstelle offenbart. Die Handelspartner unterstützten den Iran jedoch mit der Stundung der Rückzahlungen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Irans, speziell der Verfall der Währung und die Inflation, sind zum Teil durch die zwar verbesserten, aber generell schlechten Beziehungen zum Ausland verschärft worden. Der Iran wurde mit kriminellen Falschgelddelikten in Verbindung gebracht. Die Gültigkeit dieser vom amerikanischen Geheimdienst erhobenen Vorwürfe konnten allerdings nicht aufrechterhalten werden.⁴⁹⁹

Die USA unter Clinton kündigten 1991 an, die „Wirtschaft des Irans verkrüppelt zu halten“.⁵⁰⁰ Die Embargomaßnahmen zeigten jedoch keine nachhaltige Wirkung. Der gegenteilige Fall trat ein und die USA sind nach der Importdrosselung 1993 durch den Rückgang der europäischen Importe sogar zum viertgrößten Lieferanten des Irans aufgestiegen. Die Hauptlieferanten wurden Deutschland, gefolgt von Japan, Italien,

⁴⁹⁸ Vgl. Petrossian, V. (1994): Special Report Iran, S. 8

⁴⁹⁹ Vgl. FAZ (26.8.1994), S. 14

Großbritannien und Dubai, die wie andere führende Industrieländer wie Frankreich und Russland den Handel mit den USA ersetzten und zu den wichtigsten Handelspartnern avancierten.⁵⁰¹ Im Mai 1995 verhängte US-Präsident Bill Clinton in diesem Sinne ein verschärftes Handelsembargo. Diese Verschärfung des Embargos verbot es den amerikanischen Konzernen nunmehr generell, iranisches Rohöl zu erwerben und weiter zu verkaufen. Die amerikanischen Konzerne setzten mit diesem Geschäft 1993 noch 4 Mrd. US\$ um. Die Beteiligung des amerikanischen Erdölkonzerns AMOCO war per Senatsbeschluss verboten worden.⁵⁰²

Die USA übten seither verstärkten Druck auf ihre Verbündeten aus, um sie zu einer ähnlichen Haltung zu bringen. Der damalige Außenminister Christopher beklagte in seiner Rede in London 1995, dass einige Länder immer noch „bevorzugte Handelsbeziehungen“ zum Iran pflegten und durch eine „Appeasement“-Politik dem Iran „die Ressourcen zum weltweiten Terrorismus“ eröffneten. Teilweise war das In-Kraft-Treten neuer EG-Regelungen für den Export im Jahre 1995 auf diese Rede zurückzuführen. Die Bundesregierung und die EG betrieben seither nachweislich eine restriktivere Handelspolitik. Nach Angaben des Ausfuhramtes der Bundesrepublik wurde für den Iran nun ein besonders strenges Genehmigungsverfahren eingeführt, das nur den Export ziviler Güter zuließ.⁵⁰³

5.5.2. Wirtschaftlichen Auswirkungen der US-Sanktionen

Nach Angaben des Ökonomen Razzaqi haben viele Industrieländer in Europa und Asien die unilateralen US-Sanktionen ignoriert, mit der Begründung, dass diese nur für amerikanische Unternehmen gelten. So folgten auch von US-Regierungsseite keine Strafmaßnahmen oder Sanktionen gegenüber den großen europäischen Erdölkonzernen in Bezug auf deren weitere Beteiligung an Irans Entwicklungsprojekten im Energiesektor.⁵⁰⁴ Im Erdölgeschäft, das das wichtigste wirtschaftliche Standbein des

⁵⁰⁰ Vgl. Petrossian, V. (1995): Special Report Iran, S. 8

⁵⁰¹ Vgl. FAZ (25.1.94), S. 11 und. Petrossian, V. (1995): Special Report Iran, S. 8

⁵⁰² Vgl. FAZ (2.5.95), S. 14

⁵⁰³ Kritischer Dialog, Vgl. FAZ (8.2.95), S. 13

⁵⁰⁴ Vgl. Razzaqi, E. (2001): US-Sanctions, S. 3

Irans ist, und in dem die USA in Erfahrung und Technologie unerreicht sind,⁵⁰⁵ stieß der Iran auf die größten Schwierigkeiten beim Ausbau seiner Förderkapazitäten. Nach Ansicht von Amirahmadi⁵⁰⁶ wurde die überwiegende Mehrheit der bilateralen Erdöl- und Erdgasabkommen, die Investitionen oder den Transfer von Technologie beinhalteten, durch die US-Regierung effektiv blockiert. Amirahmadi bestätigt, dass die Sanktionen den Zugang Irans zu neuesten Technologien im Bereich der Erdöl-, Petrochemie- und Luftfahrtindustrie erschwerte.⁵⁰⁷

Obwohl der französische Erdölkonzern TOTAL für den ausgefallenen Entwicklungsvertrag der amerikanischen Firma Conoco einsprang, wurde das neue Abkommen aufgrund des Embargos jedoch begrenzt und weniger lukrativ für Teheran. So wurde beispielsweise auf Druck der US-Regierung der Iran aus einem Konsortium, das zur Erschließung von Erdölfeldern im Kaspischen Meer gegründet und vorgesehen war, ausgeschlossen. Die holländische Shell-Gruppe, die vormals an einer Etablierung einer Dependence im Iran interessiert war, erklärte, dass sie aufgrund ihrer umfangreichen US-Interessen nicht den Vertrag mit Teheran abschließen würde.

Im Juli 1998 wurden weitere 40 Projekte mit einem Gegenwert von 8 Mrd. US\$ den Investoren auf *Buy-Back*-Basis angeboten. Bis zum März 1999 sind aber nur wenige zum Abschluss gekommen, so beispielsweise im Jahre 1999 die Firma Elf Aquitaine (Frankreich) und Agip (Italien) mit einem 1-Mrd.-US\$-Vertrag mit dem NIOC für den Ausbau der Offshore-Ölfelder „Doroud“ im Persischen Golf. Der zweite große Erdölinvestitionsvertrag wurde mit einem Gegenwert von 300 Mio. US\$ im April 1999 unterzeichnet zwischen dem französisch-kanadischen Konsortium von Elf Aquitaine und Bow Valley Energy auf einer 85/15-Beteiligungsbasis für die Entwicklung der Offshore Balal-Felder im Persischen Golf. Die Bemühungen der USA, den Aufbau verschiedener Erdöl- und Erdgaspipelines von Kasachstan und Turkmenistan nach Europa nicht über den Iran zu leiten, waren teilweise ebenfalls erfolgreich. Die ökonomisch sinnvollste Route durch den Iran wurde nicht in Anspruch genommen (dies gilt auch für Energie- und Stromlieferungen).⁵⁰⁸ Seitdem wurden Verkaufsverträge mit nicht-amerikanischen

⁵⁰⁵ Die USA sind führend in dieser Technologie, außerdem waren die iranischen Anlagen aus der Schah-Zeit auf dieses System abgestimmt.

⁵⁰⁶ Vgl. Amirahmadi, H. (1994c): Oil, S. 194

⁵⁰⁷ Vgl. Razzaqi, E. (2001): US-Sanctions, S. 3 und Amirahmadi, H. (1994c): Oil, S. 194

⁵⁰⁸ Vgl. Amuzegar, J. (1997a): sanctions, S.36 und Amirahmadi, H. (1991): Economic Transition, S. 246, Hier könnte auch eine Erklärung sein, warum die USA seitdem sich so stark in Afghanistan bemühen, um

Erdölunternehmen (darunter Unternehmen aus China, Frankreich, Italien, Portugal und Spanien) unterschrieben, allerdings teilweise mit Nachlässen. Mitte 1995 war die vorübergehende Lagerung von iranischem Rohöl in großen Erdöltankschiffen auf der Suche nach neuen Käufern mit zusätzlichen Lagerkosten verbunden. Die Importe aus den USA (wie beispielsweise wichtige Erdölbohrausrüstungen) mussten nun zu höheren Preisen eingekauft oder mit weniger geeigneten Substituten oder auf Drittmärkten erworben werden. Außerdem war die Renovierung der veralteten, aus den USA stammenden Erdölinfrastruktur sehr teuer.⁵⁰⁹

Der unmittelbare Effekt des Handelsembargos und des Investitionsverbotes im Iran war ein plötzlicher Fall der iranischen Währung und eine anschließende formale Entwertung des Rials. Die bilateralen Verhandlungen zur Aufschiebung der Rückzahlungen kurzfristiger Schulden wurden mit den einzelnen Gläubigern zwar abgeschlossen, jedoch zu ungünstigeren Bedingungen. Der Iran wurde nicht wie ein normales Schuldnerland behandelt, das auf Wohlwollen des IMF stieß. Multilaterale Verhandlungen, wie sie mit anderen Schuldnern geführt wurden, hätten ebenfalls erfolgreich sein können - wie z.B. im Prozess des Pariser Clubs. Vorher zugesagte Kredite der Japaner wurden in 1995 erneut eingefroren und zurückgestellt. Multilaterale Finanzorganisationen, die durch die USA geleitet wurden, waren nicht mehr gewillt, dem Iran Kredite zu gewähren. Seit 1993 wurden somit viele Kreditprogramme der Weltbank aufgeschoben. Große Kreditgarantien für Kredite aus den europäischen staatlichen Agenturen wie Deutschland, Frankreich, Italien und anderen Ländern wurden beschränkt, obwohl die Bonität der Iraner weiterhin gegeben war.

Die iranische Wirtschaft, ähnlich wie die anderer auf den Erdölexport basierender und sich entwickelnder Volkswirtschaften, verfügt über umfangreiche Reserven, um auch längere Wirtschaftskrisen zu überleben. Diese Fähigkeit ermöglicht der klerikalen Führung, eine politische und strategische Gegenposition zu den USA einzunehmen. Deshalb konnte das Regime den US-Sanktionen bis zum heutigen Zeitpunkt standhalten, da es über genügend Erdölvorkommen und -einnahmen verfügt, die das wirtschaftliche Überleben in der Zukunft gewährleisten.⁵¹⁰

Afghanistan zu befrieden und für die Länder Torkmenistan u.s.w. eine Alternative zum Iran zu verschaffen. Daraus ergibt sich auch die Stärkung der Taliban durch die Saudis und den Amerikanern.

⁵⁰⁹ Vgl. Amuzegar, J. (1997a): sanctions, S.34-37

⁵¹⁰ Vgl. Amirahmadi, H. (1994c): Oil, S. 193-197

1996/97 verbesserten sich die makroökonomischen Indikatoren, zu dem Zeitpunkt, als die US-Sanktionen nachhaltig einsetzten und wirkten. Amirahmadi argumentiert, dass aus dieser Entwicklung deutlich wird, dass die US-Sanktionen keine negativen Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft hatten. Das relativ niedrige Wachstum der Wirtschaft und die relativ hohe Rate der Inflation in 1995/96 lassen sich viel eher auf die erheblichen Importbeschränkungen zurückführen, die durch die Kreditrückzahlungsverpflichtungen notwendig wurden, und auf den Zahlungsaufschub aus 1992/93. Letzteres war vor allem eine Nebenursache der vorherigen Fehlentscheidungen in der Geldpolitik, der Misswirtschaft bei den Devisenreserven, und des fehlenden Know-hows der Zentralbankführung.⁵¹¹

Nach Ansicht des Ökonomen Razzaqi haben die US-Sanktionen nicht dem internationalen Image des Irans schaden können. Der gegenläufige Effekt trat ein und die Kreditwürdigkeit des Landes verbesserte sich weltweit. Vielmehr haben die Sanktionen dem Iran geholfen, um das Land weniger empfindlich gegenüber wirtschaftlichem Druck von außen zu machen und neue Wege zu gehen, um die eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.⁵¹² Nach Ansicht Amirahmadis werden die US-Sanktionen wohl weiterhin andauern, auch wegen des Einflusses der sich im Exil befindlichen Iraner in Europa und in den USA. Die Beobachter, die der US-Politik gegenüber dem Iran kritisch eingestellt sind, glauben, dass letztlich der Effekt der Sanktionen auf die iranische Politik minimal ist und lediglich den langfristigen amerikanischen Geschäftsinteressen schade. Einige Experten sehen den unilateralen Boykott der Amerikaner als kurzsichtig und kontraproduktiv gegenüber den US-Handelsinteressen.⁵¹³

Es ist mittlerweile deutlich geworden, dass die Skepsis über die Möglichkeiten und Auswirkungen der Sanktionen berechtigt ist. Der Londoner Economist sieht den Nettonutzen der Eindämmungspolitik gegenüber dem Iran als sehr gering an. Zwar konnte insgesamt eine Schädigung der iranischen Wirtschaft erzielt werden, aber die islamische Regierung hat kaum Veränderungen in ihrem Verhalten gegenüber der US-Regierung gezeigt. Somit bleibt der politische Erfolg der Sanktionen für Amerika fragwürdig.⁵¹⁴

⁵¹¹ Vgl. Amirahmadi, H. (1994c): Oil, S. 191

⁵¹² Vgl. Razzaqi, E. (2001): US-Sanctions, S. 3

⁵¹³ Vgl. Amuzegar, J. (1997a): sanctions, S. 34-38 und Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 4-6

⁵¹⁴ Vgl. O.V. (1996): Iran, S. 17

Der US-Kongress hat im Jahre 2001 den so genannten *Iran-Libyen Sanctions Act* (ILSA) für weitere fünf Jahre bestätigt. Dieser Beschluss wird von iranischer Seite als ein Haupthinderungsgrund bei der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zu den USA angesehen. Die meisten inländischen und westlichen Experten glauben, dass diese Sanktionen politisch motiviert seien und darauf abzielten, dass der Iran den amerikanischen Forderungen nachgibt.⁵¹⁵ Mit dem Wahlsieg von George W. Bush II. wurde der Weg frei, um den Forderungen des Kongresses nach einer Auflösung des Iran-Libya Sanctions Act zu folgen, doch haben die Terrorangriffe vom 11. September in New York und Washington die Umsetzung dieser Option erschwert. Der Ökonom Bahman Arman stellt fest, dass aufgrund der Reformpolitik von Präsident Khatami und seinen öffentlichen Bekundungen zum „Dialog der Zivilisationen“ die amerikanische Öffentlichkeit nunmehr mit der Sanktionierungspolitik der US-Regierung weniger einverstanden sei.⁵¹⁶

5.6. SOZIALE ASPEKTE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Reformmaßnahmen führten zu erheblichen Veränderungen in der Sozialökonomik. Der rapide Bevölkerungszuwachs beeinflusste die Entwicklung in der Wirtschaftspolitik. Konkrete Maßnahmen wurden vorgenommen, um der Bevölkerungsproblematik und den demographischen Gegebenheiten zu entsprechen. Die Arbeitslosigkeit, der Braindrain und der Mangel an Technologie lähmten die Reformen an vielen Stellen und beeinflussten die Entwicklungen der Wirtschaft. Die ungleichmäßige Einkommensverteilung war neben den Erschwernissen für die Unterschicht sowie der Gefahr von Volksaufständen ein Grund dafür, dass die Entscheidungen der Regierung bei den Reformmaßnahmen für eine Liberalisierung negativ beeinflusst wurden. Somit spielte die Sozialökonomik eine signifikante Rolle bei der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik.

⁵¹⁵ Vgl. Gatter, P. (1998): Wirtschaftsreformen, S. 135. An dieser Stelle wird überwiegend auf die wirtschaftlichen Folgen und weniger auf die politischen Zusammenhänge eingegangen. Für eine gelungene Analyse der politischen Zusammenhänge an der Führungsspitze siehe Gatter, Peer (1998): Wirtschaftsreformen, S. 130-155

5.6.1. Demographische Entwicklung und Familienpolitik

Die wirtschaftliche Leistung muss auch im Kontext der demographischen Veränderungen gesehen werden. Im nachrevolutionären Iran werden die gegenläufigen Effekte des starken Bevölkerungsanstieges deutlich. Die wirtschaftliche Gefahr eines Bevölkerungswachstums liegt in der Tatsache begründet, dass die meisten Entwicklungsländer nicht in der Lage sind, mit genügend technologischem Fortschritt einen Rückgang der Produktivität zu verhindern. Während des Krieges mit dem Irak propagierte die iranische Regierung ein hohes Bevölkerungswachstum. Sie unterstützte kinderreiche Familien und gab ihnen zusätzliche Lebensmittelrationen. Gegen Ende des Krieges lag die Geburtenrate bei 3,3 %. Die Bevölkerung wuchs von 1976 auf 1986 um 50 %.⁵¹⁷

Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes in den letzten 20 Jahren betrug 1,2 %, während die Bevölkerungszahl sich in dieser Zeit fast verdoppelte. Wie in vielen Dritte-Welt-Staaten ist auch die iranische Bevölkerung sehr jung, fast 50 % der iranischen Bevölkerung ist fünfzehn Jahre oder jünger. Eine so junge und schnell wachsende Bevölkerung ist eine große Herausforderung für die Regierung, entsprechend genügend Wohnfläche, Bildungsmöglichkeiten, Gesundheitsdienstleistungen und Arbeitsplätze zu schaffen. Schätzungsweise 600.000 Menschen kommen jährlich auf den Arbeitsmarkt, so dass die Bekämpfung der Arbeitslosenrate eine gewaltige Aufgabe darstellt. Um der Anzahl der Bevölkerung von 1989 gerecht zu werden, bräuchte das Land 40.000 neue Klassenzimmer, 500.000 neue Wohnungen, 600.000 neue Arbeitsplätze und Investitionen von 5 Mrd. US\$ im Agrarbereich.⁵¹⁸

Nach dem Krieg entschied die Regierung, die meisten Fördermittel für große Familien zu streichen und dem Ungleichgewicht entgegenzuwirken.⁵¹⁹ Dies führte zu einem leichten

⁵¹⁶ Vgl. Razzaqi, E. (2001): US-Sanctions, S. 3

⁵¹⁷ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): Secular Miracle, S. 153 und United Nations (1999): Human Development, S. 29-31

⁵¹⁸ Vgl. Financial Times London, 8. Februar 1993, S. 6

⁵¹⁹ Die früher verbreitete Idee, dass eine größere Bevölkerung die revolutionären Ideen besser propagieren kann, hatte ideologisch an Bedeutung verloren.

Rückgang der Bevölkerungswachstumsrate im Iran auf 2,7 %. Aufgrund des demographischen Druckes auf die Wirtschaft, speziell auf den Arbeitsmarkt, formulierte die Regierung eine eindämmende Bevölkerungspolitik. Maßnahmen der Geburtenkontrolle wurden im Nachhinein vorgenommen, die allerdings erst in den Folgejahren für Besserung sorgen werden. Folgende Maßnahmen wurden beschlossen:

- a. Ausführung eines Programms zur Familienplanung,
- b. Verstärkung der Maßnahmen im Gesundheitswesen, um die soziale Situation der gesamten Bevölkerung zu verbessern,
- c. Präventivpolitik statt der Unterstützung, das heißt, dass die kinderreichen Familien eine geringere Unterstützung erhalten,
- d. Bekämpfung des Analphabetismus innerhalb der Familie.

Aber selbst die effektivste Geburtenkontrolle wird eine lange Zeit brauchen, um die Geburtenrate zu stabilisieren. Für das Jahr 2010 rechnet man mit 120 Mio. Einwohnern.⁵²⁰ Damit wird die wachsende Bevölkerung einer der gewichtigsten Faktoren in der Wirtschaftspolitik, da sie zum einen den Inlandsverbrauch weiter steigen lässt und neben der Beschäftigungsproblematik auch eine politische Kraft ist durch die Wählerschaft - wie im Falle der Erdrutschsiege von Khatami 1997 und 2001 deutlich wurde, die er vor allem der jüngeren und weiblichen Wählern zu verdanken hat.

Frauen spielen eine wichtige Rolle in der Familie und in der Arbeitswelt. Dies ergibt sich auch aus den harten wirtschaftlichen Bedingungen. Immer noch haben die Frauen eine schlechtere Stellung im Vergleich zu Männern beispielsweise beim Scheidungs- und Familienrecht. Sie haben Wahlrecht und es gibt einige weibliche Ministerpräsidenten und Abgeordnete im Parlament sowie weibliche Professoren an den Universitäten.⁵²¹ Aus eigenen Erfahrungen und Beobachtungen kann man generell eine starke Entfaltung der Frauen im Iran feststellen. Gerade in den ländlichen Gebieten ist es üblich, dass die jungen Mädchen studieren und hierfür auch in weit entfernte Mädchenheime ausweichen. Die früher weit verbreitete Tradition, dass Mädchen im Kindesalter oder jungen Alter heiraten, ist kaum noch vorzufinden. Es ist wichtig, diese Entwicklung gerade im

⁵²⁰ Vgl. Reiner, H. (1994): Wirtschaft, S. 550 und Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 74

⁵²¹ Der Unterricht und die Vorlesungen finden allerdings teilweise in abgegrenzten Klassenzimmern statt.

Hinblick auf die negative Berichterstattung und den Gepflogenheiten aus Taliban-Afghanistan darzustellen.⁵²²

5.6.2. Probleme am Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel

Wie in vielen Dritte-Welt-Staaten besteht im Iran das Problem der hohen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Die Arbeitslosigkeit, das Fehlen von Sport und Freizeitbeschäftigung und die Erschwernisse des Krieges haben zu einem Anstieg des Drogenkonsums bei den iranischen Jugendlichen geführt. Das Problem der Drogenabhängigkeit ist nicht unbedingt ein neues Phänomen im Iran. Die Regierung war sich dieses Problems bewusst und führte regelmäßig Antidrogenkampagnen durch. Aufgrund des weit verbreiteten Drogenanbaus und des illegalen Handels in den Nachbarstaaten, speziell in Afghanistan und Pakistan, war die Durchführung dieser Politik nicht sehr wirkungsvoll.⁵²³

Des Weiteren war der Arbeitsmarkt verzerrt: der nicht-produktive Sektor hatte viele der ausgebildeten Kräfte angezogen, so dass viele Menschen in einer fremden Branche arbeiteten bzw. dort einen zweiten Job annahmen. Auf dem Arbeitsmarkt wiederum bestand eine Nachfrage für ausgebildete Arbeitskräfte. Erfahrene und ausgebildete Manager waren selten verfügbar, ebenso das Angebot an Universitätsabsolventen. Im Jahre 1986 kamen nur 600 Techniker auf 100.000 Einwohner, verglichen mit 25.000 Technikern auf 100.000 Einwohnern in Japan.⁵²⁴

Erschwerend kommt noch die Emigration der eigenen Landsleute hinzu: ungefähr 4 Mio. Iraner leben im Ausland – ein großer Verlust an qualifizierten Arbeitskräften, unter dem der Iran noch heute leidet. Der Mangel an ausgebildeten, erfahrenen und effizienten Managern ist erheblich. Mit Beginn der Revolution wurden hochrangige sowie untere Managementpositionen nach der Loyalität und der ideologischen Ausrichtung besetzt, unabhängig von der Fähigkeit, die Aufgaben und die Verantwortung auch zu übernehmen. Die Basis für solche Bestellungen für bestimmte Positionen hatte aber auch

⁵²² Vgl. Petrossian, V. (1996a): Second Revolution, S.3

⁵²³ Vgl. Hunter, S.T. (1992): After Khomeini, S. 76

⁵²⁴ Vgl. Amirahmadi, H. (1991): Transition, S. 104,281 und Reiner, H. (1994): Wirtschaft, S. 550

persönliche oder familienbezogene Gründe. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft waren entsprechend verheerend.⁵²⁵

Die große Nachfrage nach Arbeitskräften, die im Rahmen der Wiederaufbaumaßnahmen komplexe Anlagen sowie Industrie und Infrastruktur bauen konnten, wurde durch ausländische Experten ausgeglichen. Die Islamische Republik hat Verträge abgeschlossen mit verschiedenen Unternehmen aus Japan, Deutschland, Italien, Frankreich, der Türkei, China, der Sowjetunion, osteuropäischen Ländern, Süd- und Nordkorea sowie Brasilien. Entsprechend arbeitete auch eine Anzahl von ausländischen Experten im Iran an verschiedenen Industrieprojekten in den Bereichen Petrochemie, Stahlbau, Pipelines und Kraftwerke.⁵²⁶

5.6.3. Einkommensverteilung und Sozialstruktur

Auf Seiten der Wirtschaftspolitik kam man zu dem Ergebnis, dass statt der schlichten Umverteilung Wachstum notwendig sei. Die Rafsandjani-Administration war sich der Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums bewusst. Für das gesamte Wohlergehen des Landes war es notwendig, eine Balance zwischen wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Gerechtigkeit zu finden. Die iranische Regierung schaffte es nicht, eine wirtschaftlich gedeihende und egalitäre Gesellschaft aufzubauen. Aus sozialer Sicht ist jedoch ein populistischer Ansatz vorhanden, der weniger einer elitären Gesellschaft, sondern eher einer massenorientierten Kultur entspricht.

Tatsächlich war der Markt als Mechanismus im revolutionären Iran niemals vollkommen ausgelöscht, was bedeutete, dass die ökonomische Liberalisierung nicht eine gesamte Klassenstruktur transformierte, wie das beispielsweise in Osteuropa oder anderen Ländern der Dritten Welt der Fall war. Vielmehr ging es um eine Wiedererstarkung der Bourgeoisie. In den späten 80er Jahren waren die 10 % der am meisten verdienenden Haushalte im Besitz von über 42 % des nationalen Einkommens und die unteren 20 % verfügten nur über 4 %. Dieses Missverhältnis zeigt, dass sich die wirtschaftliche Macht

⁵²⁵ Vgl. Kanovsky, E. (1997): economic morass, S. 64-65; Tatsache ist auch, dass auch eine große Anzahl der Hochschulabsolventen weiterhin unbeschäftigt bleibt.

immer noch an der Spitze der sozialen Pyramide konzentrierte. Um die Wirtschaft wieder aufzubauen, musste Rafsandjanis Politik die Position dieser Individuen erhalten, sogar erstarken, um deren Mithilfe zu erwirken.

Die Auswirkungen der Liquiditätskrise 1993 wurden vor allem für Haushalte mit niedrigem Einkommen spürbar, da sich der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößerte. Obwohl die klerikale Führung noch vor der Revolution eine gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes versprach, erhielten nach 20 Jahren immer noch 10 % der Bevölkerung über 33 % des gesamten Einkommens. Ähnlich wie die Situation unter dem vorherigen Regime verfügte ein kleiner Teil der Bevölkerung über den Wohlstand des Landes. So gesehen hat sich für die Unterschichten wenig verändert. Die unterste Klasse von 40 % verfügte nur über 3 % des Vermögens, die reichsten 950 Familien jedoch hielten 40 % in den Händen. Mit jedem Jahr verschlechterten sich die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Iraner. Im Gegensatz zu der Zeit nach der Revolution und den damaligen Konfiszierungen sind die Hauptbetroffenen dieser Verschlechterung Mitte der 90er Jahre nun zunehmend Angehörige der Mittel- und der Unterschicht.

Es existiert kein effektives „soziales Sicherheitsnetz“, das die Verantwortung für die Armutsbevölkerung übernahm, die unter den wirtschaftlichen Reformen litt. Die Subventionen auf Güter und Dienstleistungen wurden am wenigsten durch die Armen konsumiert. Es handelt sich hingegen um staatliche Leistungen, von denen vor allem die Oberschicht profitierte. Die Gewinner im nachrevolutionären Iran waren die Händler und die Führungseliten des Beamtentums.⁵²⁷

⁵²⁶ Vgl. Sirageldin, I. A. (1995): economic policy, S. 230. Außerdem gibt die Regierung auch finanzielle Unterstützung für Hunderte von Studenten an Universitäten auf der ganzen Welt, einige Stipendien in den USA inbegriffen. Allerdings ist die Anzahl der Empfänger geringer als zu Zeiten des Schahs,

⁵²⁷ Vgl. Ehteshami, A. (1995): Second Republic, S. 121

Tabelle 11: Länder mit beträchtlichen Flüchtlingszahlen im eigenen Land

Land	Flüchtlinge	Land	Flüchtlinge
Iran	4,150,000	Kenia	401,000
Pakistan	1,629,000	Zaire	392,000
Malawi	1,580,000	Mexiko	361,000
Deutschland	827,000	Tansania	292,000
Kroatien	648,000	China	288,400
Äthiopien	431,000	Aserbaijan	246,000

Quelle: United Nations: Human Development (1993).

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Anfang der 90er Jahre verschärften sich durch die humanen und wirtschaftlichen Kosten einer Serie von Naturkatastrophen (Erdbeben und Flutkatastrophen⁵²⁸) und die Aufnahme einer großen Anzahl von Flüchtlingen aus den Nachbarstaaten. Im Iran lebten über 4 Mio. Flüchtlinge, die größte Anzahl weltweit, ohne dabei bedeutsame internationale Unterstützung für diese humanitäre Tätigkeit zu bekommen. Auch dieses Problem beeinträchtigte die fragile Wirtschaft.⁵²⁹

5.6.4. Politische Unruhen und soziale Instabilität

In den ersten Jahren der wirtschaftlichen Probleme ergab sich für die Rafsandjani-Regierung keine unmittelbare Gefahr sozialer Unruhen und Revolten. Die Reformen wurden von den Geschäftsleuten begrüßt, die eine leichte Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation verzeichnen konnten. Für die breite Bevölkerung verschärften sich die Lebensbedingungen, speziell die der Gehaltsempfänger. Präsident Rafsandjani forderte die Menschen auf, während der Reformen ruhig zu bleiben.

Bereits im Frühsommer 1992 entlud sich erstmals der Unmut in der Bevölkerung über die schlechter werdenden Lebensbedingungen. Über 100.000 Demonstranten

⁵²⁸ Vgl. Petrossian, V. (1991): Special Report, S. 10-11. Das Erdbeben von 1990 verursachte Schäden in Höhe von über 7 Mrd. US\$.

protestierten in den Städten Arrak, Isfahan, Täbriz und Maschad. Die Unruhen gingen von den Kriegsinvaliden und *mostasaffin*, also der politischen und sozialen Legitimationsbasis der Revolution aus.⁵³⁰ Im Juli 1992 gab es schon friedliche Demonstrationen in einigen Straßen von Teheran mit mehreren hundert Menschen aufgrund der fünffachen Erhöhung der Busgebühren. Es wurde öffentliche Empörung über den Anstieg der Preise und der Wohnungsnot laut, während die Regierung die Wirtschaft restrukturierte. Die Kürzung der Subventionen und die höhere Verfügbarkeit von Gütern durch den leichteren Zugang zu den staatlichen Devisenreserven führte dazu, dass die Preise stiegen. Nach Kriegsende lag die Verteuerung bei einem Realanstieg von 25-30 %. So mussten einige Entscheidungen im Verlauf der Zeit revidiert werden, wie beispielsweise die Entscheidung, die Subventionen für bestimmte medizinische Produkte zu streichen. Ebenso wurde im Juni 1992 die geplante Streichung der Subventionen für Brot wieder aufgehoben.

Die Aufstände wurden 1993 und 1994 zwar niedergeschlagen, sie markierten jedoch den Übergang von bisher verbalen Protesten zur Bereitschaft, sich notfalls mit Gewalt der sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklung zu widersetzen. Die Proteste der Bevölkerung, besonders die der ärmeren Unterschichten, bekamen jedoch mit den gewaltsamen Auseinandersetzungen, die sich im April 1995 im Slumviertel „Islamschah“ im Südwesten Teherans ereigneten, eine neue Qualität. Es handelte sich um soziale Unruhen der *mostasaffin*, als deren Anwalt sich die politische Führung Irans bezeichnete. Die Aufstände standen in einem engen Verhältnis zu den wirtschaftlichen Reformen, jedoch waren auch andere politische Gründe verantwortlich.⁵³¹

Insgesamt scheute sich die Regierung, einige der für die Anpassung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, weil sie die Verstärkung der Unzufriedenheit der Bevölkerung fürchtete. Trotzdem führte die Preisfreigabe und vorübergehende Einstellung der Güterverteilung durch das Bezugsscheinsystem sowie die uneingeschränkte Öffnung des Binnenmarktes für ausländische Erzeugnisse zu einem drastischen Anstieg der Inflationsrate. Diese Unzufriedenheit in der Bevölkerung wurde seitens der rechtskonservativen Fraktion aufgegriffen und als Resultat der Regierungspolitik angeprangert. Zur gleichen Zeit gingen einige Parlamentsabgeordnete und Teile der

⁵²⁹ Vgl. Morady, F. (1996): Oil, S. 22

⁵³⁰ Vgl. Petrossian, (1993): Special Report Iran, S. 12

⁵³¹ Vgl. Rahnama, A. u. Nomani, F. (1990): Secular Miracle, S. 168-169

Presse dazu über, die Regierung direkt zu beschuldigen, die schlechte Lebenssituation der Armen zu ignorieren. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt konnten die wirtschaftliche Härtezeit und die eingekehrte Frustration in der Bevölkerung die politische Stabilität der Islamischen Republik nicht gefährden. Selbst diejenigen, die den Reformen ursprünglich feindselig gegenüberstanden, stimmten nun der Notwendigkeit von Reformen zu. Der Streitpunkt ist weiterhin die Geschwindigkeit des Fortganges der Reformen. Im Gesamtbild ist die Islamische Republik Iran bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durch soziale Konflikte ernsthaft gefährdet.⁵³²

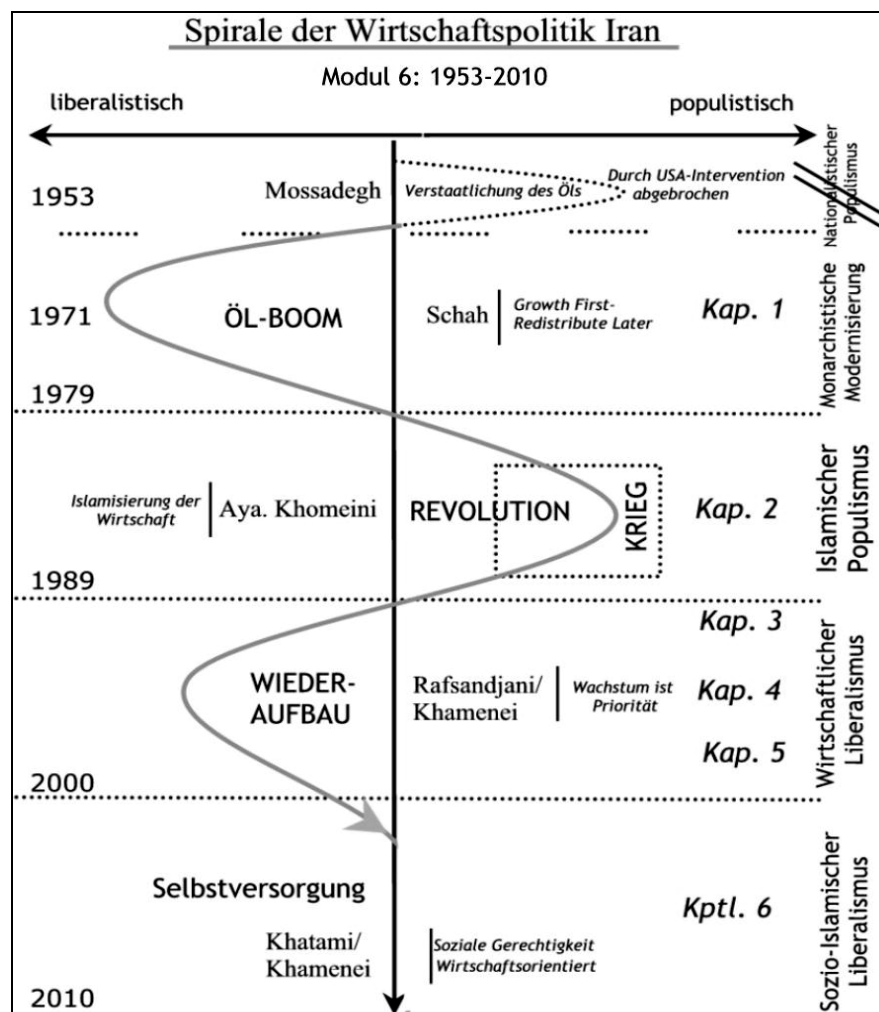
⁵³² Vgl. Reiner, H. (1994): Wirtschaft, S. 564, Petrossian, V. (1998a): Iran, S. 16 und Gatter, P. (1998): Wirtschaftsreformen, S. 132-134

6. SOZIO-ISLAMISCHER LIBERALISMUS SEIT 1997

6.1. DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK UNTER KHATAMI 1997

Seit Mitte der 90er Jahre verlangsamte sich der Liberalisierungsprozess. Mit einem Erdrutschsieg wurde 1997 Mohammed Khatami neuer Präsident der Islamischen Republik Iran. Mit ihm wurde der Wunsch nach sozialen Reformen deutlich, vor allem seitens der weiblichen und jungen Wählerschaft. Seither ist die Wirtschaftspolitik von seiner liberalistischen Bahn abgekehrt. Diese neue Phase wird nun als Sozio-Islamischer Liberalismus bezeichnet.

Abbildung 3: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran: Modul 6 (1953-2010)



Quelle: Eigene Darstellung

6.1.1. Wirtschaftliche Situation zum Amtsantritt Khatamis 1997

Khatami gewann im Mai 1997 die iranische Präsidentschaftswahl. Speziell die jüngere und die weibliche Bevölkerung riefen nach Veränderungen und Reformen. Für das theokratische Regime war seine Kandidatur die wohl letzte Chance für eine Existenzsicherung durch eine religiöse „Transformation“ und die Gründung einer gerechten islamischen Gesellschaft. Für die säkularen Nationalisten war Khatami innerhalb der „legalen“ loyalen Opposition im Iran der größte Hoffnungsträger für einen friedlichen Übergang zur Demokratie durch strikte Befolgung des Grundgesetzes und der Entfaltung einer zivilen Gesellschaft.⁵³³

Die Präsidentschaft Khatami legte den Grundstein für eine tolerantere Gesellschaft - sowohl aus politischer als auch sozialer Sicht. Doch weiterhin musste den strukturellen Problemen begegnet werden, denen die iranische Volkswirtschaft in einer sich verändernden neuen Weltwirtschaft gegenüberstand, die nun durch technologische Innovationen und internationalem Wettbewerb dominiert wird. Der Fokus ist an dieser Stelle dem Zustand der iranischen Wirtschaft und der grundsätzlichen wirtschaftlichen Entwicklung mit dem Beginn der Präsidentschaft von Khatami gewidmet. Zum Zeitpunkt der Amtsübernahme herrschten die folgenden Bedingungen:⁵³⁴

1. fallende Erdölpreise und dadurch sinkende Exporterlöse aus dem Erdöl;⁵³⁵
2. starke Inflation durch Defizite im Haushalt;
3. leere Staatskassen aufgrund schwindender Steuereinnahmen aus der Mittel- und Unterklasse, steigende Subventionen und finanzielle Unterstützung für die verlustmachenden Staatsbetriebe;
4. weitreichende Preisverzerrungen durch extensive Regulation und Marktkontrollen während des Krieges von 1980–1988;

⁵³³ Vgl. Amuzegar, J. (1999): Khatami, S. 535 und Clawson, P. (1997): Khatami Paradox, S. 17

⁵³⁴ Vgl. Amuzegar, J. (1999): Khatami, S. 535

⁵³⁵ Der starke Rückgang der Erdölpreise im Jahre 1998 hat dieser Sache besondere Bedeutung zugefügt. 1998 wurde der Staatshaushalt bei einem Erdölpreis von 16 US\$ pro Barrel prognostiziert. Dieser wurde revidiert auf 12 US\$ im Mai 1998. Jedoch lag der Erdölpreis im Juni 1998 bei 9,50 US\$ pro Barrel. Vgl. Pesaran, H. (2000): economic trends, S. 135

5. eine instabile Währung, die durch Überbewertung und Kapitalflucht angeschlagen war.

Khatami geriet zwischen die Fronten von zwei Oppositionsfractionen um die Führerschaft in der Islamischen Republik, speziell der liberalen Koalition, die wirtschaftliche Liberalisierung forderte, und der Fraktion, die den Kern der Populisten bildete. Diese Fraktion ist in der iranischen Politik bekannt als die moderne Rechte. Khatamis Plan war eine Zusammenführung der Ansichten beider Fraktionen, die ihn unterstützten. Aus seiner Sicht lag der Schlüssel zur wirtschaftlichen Wiederbelebung des Irans in der Mobilisierung des inländischen Kapitals und in der Generierung von ausländischen Investitionen.⁵³⁶

Am 2. August 1998, dem ersten Jahrestag seiner Ernennung, präsentierte Khatami sein lang erwartetes Wirtschaftsprogramm. Zwar wurde die Wirtschaft als chronisch „krank“ bezeichnet, jedoch wurden kaum geeignete Maßnahmen vorgelegt, um die Probleme zu lösen.⁵³⁷ In seiner Rede im iranischen Fernsehen stellte er Ungleichmäßigkeiten in der Einkommensverteilung fest, eine durchweg spekulativ geführte Wirtschaft, eine unzureichend ausgeglichene Produktion und eine hohe Abhängigkeit von den Erdölexporten.⁵³⁸ Das wirtschaftliche Erneuerungsprogramm von Khatami war insofern klar und zutreffend in der Auflistung der Fehlentwicklungen: geringes Wachstum, ständige Arbeitslosigkeit, steigende Preise, eine generell niedrige Produktivität, Defizite im Haushalt und Defizite bei den Auslandszahlungen. Weitere Punkte als Gründe für die „kränkelnde“ Wirtschaft waren die strikten, unternehmerfeindlichen Arbeitsgesetze, eine exzessive Bürokratie und Regulierungen sowie ein unausgeglichener Wettbewerb. Des Weiteren bemängelte Khatami die hohe Inflation und Verlust der Kaufkraft innerhalb der Bevölkerung sowie die geschwächte Position gegenüber den Handels- und Vertragspartnern.⁵³⁹

Khatami forderte die Verkleinerung des staatlichen Sektors und den Abbau der staatlichen Monopole. Allerdings schlug der Präsident keine konkreten Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme vor. Im lang erwarteten wirtschaftlichen Erneuerungsplan (Economic Recovery Plan) wurden im Wesentlichen die bestehenden

⁵³⁶ Vgl. Petrossian (1998a): MEED, S. 19

⁵³⁷ Zitiert nach Pesaran, H. (2000): economic trends, S. 135

⁵³⁸ Vgl. Khatami, M. (1998): outlooks, www.president.ir

Programme fortgesetzt. Diese beinhalteten auch die massiven Subventionen für den Inlandsverbrauch von Erdöl mit der Begründung, dass das „soziale Gleichgewicht“ wichtiger sei als Produktionswachstum. Bezeichnenderweise nutzten die meisten Subventionen der Oberklasse und nicht der Armutsbevölkerung.⁵⁴⁰

Trotz der Zustimmung zum Budgetgesetz verhinderten die politischen Gegner Khatamis im Parlament die sofort umsetzbaren Maßnahmen seiner Regierung. So lehnte das Parlament z.B. die Erhöhung des Benzinpreises in der von der Regierung gewünschten Höhe zwecks Haushaltssanierung auf Anweisung des „Revolutionsführers“ Khamenei ab. Die Erwartungen waren jedoch unrealistisch, dass Khatami diese Probleme binnen einer Legislaturperiode hätte ändern können. Doch erscheint es legitim zu untersuchen, welchen fundamentalen ökonomischen Problemen der Iran entgegensah, und wie Khatami mit seiner Wirtschaftspolitik und seinen Reformplänen diese Probleme beheben wollte.⁵⁴¹

6.1.2. Der dritte Fünfjahresplan von 1999-2004

Mit überwältigender Mehrheit wurde am 6. Juni 2001 Präsident Khatami in seinem Amt bestätigt und damit für seine zweite und letzte Amtsperiode zum Präsidenten gewählt.⁵⁴²

Die Erwartungen seiner Wähler bestanden vor allem darin, den angefangenen moderaten politischen Reformkurs weiterzuführen und zu vervollständigen. In seiner zweiten Legislaturperiode wurde nun der dritte Fünfjahresplan für den Iran von 1999/2000 bis 2004/2005 verabschiedet, der aus wirtschaftspolitischer Sicht die Perspektiven für die Zukunft legte. Der dritte Fünfjahresplan sah Einnahmen von 112 Mrd. US\$ vor, von denen wiederum 57 Mrd. US\$ aus Erdölexporten stammen sollten. 42 Mrd. US\$ ergaben sich immerhin aus dem Export von Nicht-Ölprodukten und -gütern. Weitere 12 Mrd. US\$ sollten durch Auslandskredite gedeckt werden.

⁵³⁹ Vgl. Amuzegar, J. (1999): Khatami, S. 537 und Khatami, M. (1998): outlooks, www.president.ir

⁵⁴⁰ Vgl. Behdad, S. (2000): Economic Liberalism, S. 140

⁵⁴¹ Vgl. Amuzegar, J. (1999): Khatami, S. 536-537

⁵⁴² Khatami übertraf seinen Wahlerfolg vom letzten Mal, diesmal mit 79 %

Tabelle 12: Planziele für Erdöl-Exporteiträge im dritten Fünfjahresplan (1999-2005) Mio. US\$

	1999-00	2000-01	2001-02	2002-03	2003-04	2004-05	Total
Ölexport	10.951	11.089	10.864	11.058	11.578	12.082	56.674

Quelle: Plan and Budget Organisation : Third Five-Year Plan (1999)

Der Plan erwartete eine reale Wachstumsrate von 6 % per annum und daneben einen Anstieg der Investitionen von 7 % jährlich. Außerdem sollte die Arbeitslosenrate auf 10 % reduziert und die Inflation auf unter 16 % eingedämmt werden.⁵⁴³ Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen lauteten:

- Soziale Gerechtigkeit, vor allem durch kontrollierte Preise und Subventionen
- Arbeitslosigkeits- und Armutsbekämpfung
- Bekämpfung der Inflation
- Steuerreform, Geldreform und Stabilisierung des Rials
- Beseitigung der „nicht-verfassungskonformen Monopole“
- Fortsetzung der Privatisierung
- Ausbau des Nicht-Öl-Exportes
- Betonung des Agrarsektors und der inländischen Produktion und Handels
- Förderung der in- und ausländischen Investition
- Ausbau und Förderung des Ausbildungsniveaus und Bildung⁵⁴⁴

Nach vielen Veränderungen durch den Expertenrat bezüglich seiner Ausrichtung wurde die wirtschaftliche Entwicklung besonders diskutiert und als Fokus des Fünfjahresplanes festgestellt. Die sozialen und zivilrechtlichen Auswirkungen des Fünfjahresplanes waren für die Reformphase von Khatami ein besonderer Schwerpunkt, aber entsprechend war die Wirtschaft weiterhin die zentrale Stütze des islamischen Regimes. Bei diesem dritten Fünfjahresplan lag die Betonung auf sozialer Gerechtigkeit und allgemeinen Wohlstand, statt der Fokussierung auf ein hohes wirtschaftliches Wachstum. Entsprechend waren die wirtschaftlichen Zielsetzungen weiterhin populistisch fundiert und knüpften an die ersten

⁵⁴³ Vgl. Plan and Budget Organisation (1999) Third Five-Year Plan, S. 105-143

beiden Fünfjahrespläne an und bauten auf das ERP-Programm sowie auf der Verfassung auf.

Weiterhin stehen einige gewisse Versprechen und Zielsetzungen des zweiten Fünfjahresplanes hier nicht im Vordergrund wie beispielsweise die Liberalisierung des Handels, die Vereinheitlichung der Wechselkurse, die Reform des öffentlichen Wesens und Staatsapparates und die weitere Integration in die Weltwirtschaft. Insofern kann unter Khatami eine Betonung von sozialer Gerechtigkeit zu Lasten von starkem wirtschaftlichen Wachstum festgestellt werden.⁵⁴⁵

6.1.3. Die wirtschaftliche Entwicklung unter Khatami

Auf politischer und sozialer Ebene konnte Khatami auf eine generelle Entspannung der Lage im In- und Ausland, eine erweiterte Pressefreiheit (obwohl mit einigen Rückschlägen) und erstmals abgehaltene Kommunalwahlen im Iran zurückblicken. Daneben wurden die Beziehungen zur Europäischen Union nach der Mykonos- und Hofer-Affäre wieder aufgenommen. Die Beziehungen zur arabischen Welt intensivierten sich zu einem historischen Höhepunkt.⁵⁴⁶ Auf wirtschaftlichem Gebiet sind die Entwicklungen nicht so erfreulich verlaufen. Neben den klassischen Erscheinungen der iranischen Wirtschaft war der größte Kritikpunkt, dass in Bezug auf die parastaatlichen Monopole überhaupt keine Veränderungen herbeigeführt werden konnten. In einigen Fällen waren die Subventionen sogar weiter gestiegen. Außerdem war auch kein signifikanter Fortschritt bei der Erhöhung der Nicht-Öl-Exporte zu verzeichnen.⁵⁴⁷

Die wirtschaftliche Entwicklung war nicht die Hauptzielsetzung von Präsident Khatami. Diese Umorientierung war auf die Notwendigkeit einer Allianz mit den verschiedenen politischen Fraktionen zurückzuführen - speziell mit dem Revolutionsführer Khamenei, um die Reformpolitik zu fundieren und ausbauen zu können. Khatamis Administration übernahm die Wirtschaft des Irans von der Rafsandjani-Regierung nach zwei konjunkturarken Jahren und mit einem damaligen Rekordüberschuss im Staatshaushalt. Die zunächst verschobenen Rückzahlungen der Auslandskredite wurden nun pünktlich

⁵⁴⁴ Vgl. United Nations (1999): Human Development, S. 141

⁵⁴⁵ Vgl. Iran Times, 13. Juni 1997, S.5 und Amuzegar, J. (1999): Khatami S. 324

⁵⁴⁶ Vgl. Handelsblatt, 20. März 1998, S. 35 (Die Wirtschaft stellt Khatami auf die Probe)

geleistet, und die Inflationsrate sank 1997/98 auf 17 % von einem Hoch von 49 % zwei Jahre zuvor. Die *free market rate* des iranischen Rial stand stabil bei 4.500 Rial pro US\$. Nach der Amtsübernahme wurde die Situation jedoch zunehmend schlechter. Aufgrund des gesunkenen Erdölpreises waren auch die anvisierten Staatserträge im Haushalt unter den Zielgrößen des dritten Fünfjahresplanes. Die Wirtschaft bewegte sich auf Konjunkturabschwächung zu, die zu einer Rezession führen könnte. Weitere Einschnitte bei den Importen trafen die lokale Industrie, die weiterhin erhebliche Importmengen an Rohmaterial und halbfertige Güter für die Weiterverarbeitung aus dem Ausland benötigte. Zweimal musste die Erdölpreisannahme für die Haushaltsplanung von 17,5 US\$ auf 17 US\$ pro Barrel revidiert werden. Dennoch gab es große Defizite aufgrund eines stetigen Rückganges des Erdölpreises. Der neue Staatshaushalt wurde auf einer Erdölpreisannahme von 11,8 US\$ pro Barrel aufgebaut, was relativ unrealistisch war in Anbetracht des damaligen Erdölpreises von 9,5 US\$ pro Barrel. Die Handelsbilanz fiel von einem Überschuss von 1,6 Mrd. US\$ im Jahre 1997 auf ein Defizit von 3,4 Mrd. US\$. Die Auslandsverschuldung stieg vom März 1998 von 12 Mrd. US\$ auf 13 Mrd. US\$ im März 1999.⁵⁴⁸

Im Hinblick auf das sich vergrößernde Haushaltsdefizit wurden 1998 erstmals Staatsanleihen bzw. Zertifikate ausgegeben, Forward-Kontrakte auf Rohöl und Anzahlungen auf 300.000 Pilgerfahrten nach Mekka vorverkauft. Zusätzlich wurden im März 1999 die Benzinpreise um 75 % erhöht, um sie an das internationale Preisniveau anzunähern. Gleichzeitig wurden die Subventionen auf Lebensmittel von 2,1 Mrd. auf 2,5 Mrd. US\$ erhöht.⁵⁴⁹ Der stetige Fall der Erdölpreise begleitete die ersten 20 Monate der Präsidentschaft Khatamis und bremste die ohnehin schon geschwächte iranische Wirtschaft weiter. Aufgrund der Defizite im Staatshaushalt wurden für einige öffentliche Projekte bis zu 30 % Einsparungen vorgenommen und die Kredite an den Privaten Sektor weiter eingegrenzt. Es kam auch zu einigen Konkursen im Dienstleistungsgewerbe und im privaten Wohnungsbau. Entsprechend wurde die Produktion durch fehlende Importe gebremst.

⁵⁴⁷ Vgl. Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 3-6

⁵⁴⁸ Vgl. Khatami, M. (1998): outlooks, www.president.ir und Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 3-7

⁵⁴⁹ Vgl. Amuzegar, J. (1999): Khatami, S. 540-541, ähnlich einer Staatsanleihe. So wurde beispielsweise auch der Wehrdienst käuflich, das heißt man konnte sich gegen Zahlung eines Betrages von der 21-monatigen Wehrpflicht freikaufen

Die strikte Einhaltung der Haushaltsvorgaben führte zu einem Rückgang der Devisenvorräte im Industriesektor und entsprechend zu Entlassungen in den Fabriken, die deshalb weit unter ihren Kapazitäten produzierten, da sie Rohmaterial und halbfertige Güter benötigten. Die Auslastung in den Produktionsbetrieben war teilweise um bis zu 40 % gesunken, da das Haushaltsdefizit vor allem auf den Industriesektor abgewälzt wurde. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate lag im Jahre 1999 bei 14 %. Tatsächlich ist jedoch von einer weit höheren Arbeitslosenrate auszugehen, da die offiziellen Angaben zum Teil nicht der Realität entsprechen und mit Berücksichtigung der Unterbeschäftigung ein Wert von 40 % annehmbar ist.

Das reale Wirtschaftswachstum sank von vormals 5,8 % im Jahre 1996/97 auf 2,5 % in 1997/98. Für diese Zeit war ein Wachstum von 5,1 % das geplante Ziel. Demgegenüber sanken die Erträge aus dem Erdölsektor um 20 % auf 15,5 Mrd. US\$ von vormals 19,3 Mrd. US\$.⁵⁵⁰ Der Einbruch beim Wachstum ergab sich auch durch einige extern bedingte Erschwernisse, die außerhalb des Wirkungsbereiches der Regierung lagen. So ist zusätzlich zum Erdölpreisverfall auch das Eintreten mehrerer niederschlagsarmer Jahre zu beklagen, die zu einem Ernteausfall von fast 2,5 Mio. Tonnen Weizen führten. Dementsprechend war die Regierung gezwungen, 1998 fast 2 Mio. Tonnen und 1999-2000 nahezu 5 Mio. Tonnen Weizen zu importieren.⁵⁵¹

Die Inflation beschleunigte sich kurz nach Khatamis Amtsübernahme, als sich das Defizit im Haushalt erneut vergrößerte. Der offizielle Preisindex für 1998/99 stand bei 20 % gegenüber dem Sollwert von 12,4 %, jedoch liegen inoffizielle Schätzungen bei einem noch höheren Wert. Die Landeswährung Rial fiel kurz nach der Amtsübernahme von Präsident Khatami von 4.500 Rial auf 5.600 Rial gegenüber dem US\$ im August 1998 und dann auf ein Rekordtief von 9.400 Rial Mitte 1999. Auch die Nicht-Öl-Exporte sanken leicht auf 3 Mrd. US\$ und konnten keine Steigerung gemäß der Planziele vorweisen. Erst mit dem wieder angestiegenen Erdölpreis konnte die Wirtschaft seit 1999 wieder stabilisiert werden.⁵⁵²

⁵⁵⁰ Vgl. Bank Markazi: Quarterly Reports, Nr. 14, 1998 und Nr. 18, 1999

⁵⁵¹ Vgl. Razzaqi, E. (2001): US-Sanctions, S. 3 und BFAI (2002): Wirtschaftslage, S. 6

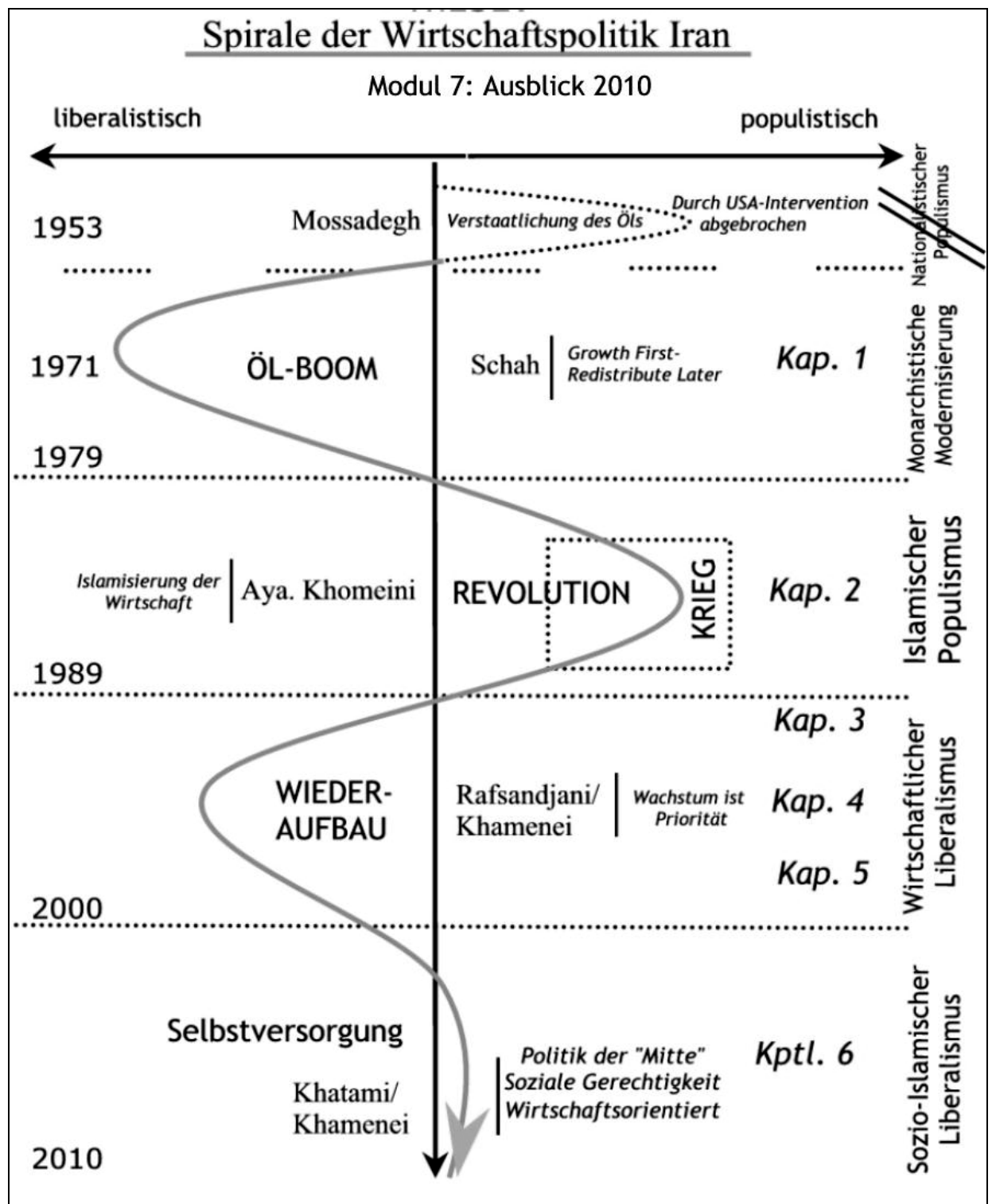
⁵⁵² Vgl. BFAI (2002): Wirtschaftslage, S. 3 und Vgl. Petrossian, V. (2000): Special Report, S. 3-7

6.2. PHASENÜBERGREIFENDE ANALYSE DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

6.2.1. Spiralförmiges Erklärungsmodell der Wirtschaftspolitik

Das Modell des spiralenförmigen Verlaufes der Wirtschaftspolitik Irans stellt in der wissenschaftlichen Diskussion ein Novum dar. Während in der Literatur meist empirische Zusammenhänge erklärt werden, die zudem nur auf eine bestimmte Phase der iranischen Wirtschaftsgeschichte ausgelegt sind, wird hier (a) ein phasenübergreifender Bezug hergestellt und (b) graphisch anhand einer Spirale dargestellt

Abbildung 19: Liberalistische und populistische Tendenzen in der Wirtschaftspolitik des Iran:
Modul 7 (Ausblick 2010)



Quelle: eigene Darstellung

In dieser Darstellung wird nach links der Grad der liberalistischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik dargestellt. Es wird angenommen, dass eine liberalistische Wirtschaftspolitik hinnimmt, dass im Zuge der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung bestimmte Klassen besonders hiervon profitieren werden, und somit Eliteorientierung vorherrscht. Zusätzlich bedeutet Liberalisierung auch eine Betonung der Marktorientierung, bei der ebenfalls bestimmte Schichten der Gesellschaft erstarken können. Der Verlauf des Graphen nach rechts verdeutlicht das Ausmaß des populistischen Ansatzes der jeweiligen Wirtschaftspolitik. Hierbei bedeutet populistisch, dass massenorientierte Maßnahmen ergriffen werden, die den Markt als treibende Kraft weitgehend unberücksichtigt lassen sowie eine soziale, gerechte und islamische Gesellschaft als Zielsetzung verfolgen. Nach unten in der Darstellung ist der zeitliche Verlauf erkennbar, der sich in fast adäquate Zeitabschnitte unterteilt und die Phasenwechsel aufzeigt.

1. 1953 ging mit der Verstaatlichung der Erdölindustrie durch Premierminister Mossadegh eine Wirtschaftspolitik zu Ende, die nationalistisch und populistisch ausgerichtet war. Allerdings wurde durch den Eingriff der CIA diese Entwicklung unterbrochen und der Schah eingesetzt. Daher wird diese Phase nur durch einen gepunkteten Graphen als antizipiert gekennzeichnet, da sie praktisch nicht umgesetzt werden konnte.
2. Der Schah wiederum betrieb während der Phase der Monarchistischen Modernisierung von 1953 bis 1979 eine stark eliteorientierte, liberalistische Wirtschaftspolitik nach dem Motto „Growth first redistribute later“. Der Graph der Spirale führt weit in den liberalistischen Ausschlag nach links hinein. Der in den 70er Jahren einsetzende Ölboom gab ihm die nötigen Ressourcen, um sein Industrialisierungsbestreben anhand der Importsubstitution zu verfolgen. Die ungleichmäßige Einkommensverteilung wurde im Rahmen der liberalistischen Wirtschaftspolitik bewusst in Kauf genommen, um vor allem hohe Wachstumsraten zu erzielen.
3. Durch die Islamische Revolution von 1979 wurde nun die Phase des Islamischen Populismus eingeläutet. Analog zum Verlauf des Graphen von links nach rechts – ist eine vollständige Kehrtwende von der liberalistischen

zur populistischen Wirtschaftspolitik erkennbar. Das theokratische Regime wurde angeführt von seinem charismatischen Gründer Ayatollah Khomeini, der eine Islamisierung der Wirtschaft und islamisch-populistische Maßnahmen durchsetzte. Gleichzeitig setzte der Iran-Irak-Krieg ein, der die Wirtschaftspolitik durch die Notwendigkeit einer Kriegswirtschaft prägte und die populistische Orientierung durch Interventionen des Staates verstärkte.

4. Mit dem Beginn der Wiederaufbauphase 1989, dem Ableben von Khomeini und im Einklang mit den Veränderungen in der Welt (Zerfall UdSSR, Globalisierung) wird die Wirtschaftspolitik auf friedlicher Basis reformiert. Durch die Allianz des neuen pragmatischen Staatspräsidenten Rafsandjani und des neuen Revolutionsführers Khamenei wird eine Umkehr in der Politik innerhalb der klerikalen Führung möglich. Der Graph der Spiraltheorie zeigt mit einer erneuten Kehrtwende von rechts nach links den bemerkenswerten Wechsel von einer populistischen zu einer liberalistisch-marktorientierten Wirtschaftspolitik. Ziel ist nun Wachstumsorientierung und ein schneller Wiederaufbau, der sich im ersten Fünfjahresplan manifestiert.
5. Mit der Verlangsamung der Liberalisierungsschritte ab 1995, vor allem bedingt durch die wirtschaftlichen Erschwernisse (Liquiditätskrise, Inflation) und den intraklerikalen Konflikten über den Fortgang der Reformen vollzieht die Wirtschaftspolitik eine moderate Wende. Der Sieg von Khatami 1997 und seine Politik der sozialen Reformen verstärkt diese Tendenz. Entsprechend zeigt der Graph der Spiraltheorie seit Mitte der 90er Jahre wieder eine Kehrtwende und bewegt sich von der linken „liberalistischen“ Hälfte in Richtung des Pols der Mitte hin.

Im Gesamtüberblick der Phasen wird durch den Verlauf des Graphen deutlich, dass das Reformpotenzial erschöpft zu sein scheint und eine *Politik der Mitte* geführt wird. Dieser Begriff soll die wieder aktuelle Priorisierung von sozialer Gerechtigkeit unter der pragmatischen Beibehaltung der wirtschaftlichen Ziele ausdrücken. Durch den Schnittpunkt des Graphen mit dem vertikalen Pol – der die Mitte zwischen links/liberalistisch und rechts/populistisch darstellt - wird zusätzlich deutlich, dass der

Wiederaufbau als Leitmotiv des Wirtschaftlichen Liberalismus der 90er Jahre keine Priorität mehr besitzt. Die Wiederaufbauphase wird ab 1997 von einer neuen Phase des Sozio-Islamischen Liberalismus abgelöst. Im weiteren Verlauf zeigt der Graph eine ausgeglichene *Politik der Mitte*, ohne weitere Extrema oder Ausbrüche.

6.2.2. Khatamis „Politik der Mitte“ als Implikation der Spiraltheorie

Innerhalb der Regierung sind weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung und die Liberalisierungsschritte festgeschrieben, jedoch zeigen die sozioökonomischen Realitäten eine Dominanz des Klerus innerhalb der Wirtschaftspolitik auf. Darin begründet sich die Bezeichnung dieser Phase als Sozio-Islamischer Liberalismus. Für Präsident Khatami stehen soziale Prioritäten im Vordergrund, namentlich die soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Gesellschaft. Die neue Phase bringt wirtschaftspolitisch keine konkreten Veränderungen und stellt die weiterhin ihre ursprünglichen im Fünfjahresplan postulierten Forderungen. In ihren realitätsbezogenen Auswirkungen stellen sie jedoch weiterhin eine Fortsetzung der bisherigen wirtschaftspolitischen Direktiven und bedeuten aus Sicht der Reformbewegung eine Stagnation. Die Wiederaufbauphase dauerte zehn Jahre und ist mittlerweile durch Khatamis Wiederwahl 2001 abgeschlossen. So kann als zunächst festgestellt werden:

- Der Wiederaufbau ist in seinen wesentlichen Zügen abgeschlossen und besitzt als alles bestimmende Zielsetzung keine Dynamik mehr.
- Die Industrie und die Agrarwirtschaft sowie der Inlandsmarkt für Fachpersonal ist regeneriert, sodass von nun an eher Qualitätsoptimierung statt Kapazitätsausbau angestrebt wird. Der Ausbau der Nicht-Öl-Exporte erscheint schwer, da die steigende Inlandsnachfrage diese Zuwächse absorbiert.
- Die Abhängigkeit vom Erdöl wird kurz- und mittelfristig nicht zu beseitigen sein bzw. die Exportfähigkeit des Landes nicht wesentlich gesteigert, da die Inlandsnachfrage weiterhin hoch ist und der Inflation weiter mit Subventionen

begegnet wird. Demgegenüber steht die relativ starre Förderkapazität. Erdgas als Substitut erhält daher eine strategisch wichtige Rolle.

Mit dem dritten Fünfjahresplan wird deutlich wird, dass die Wirtschaftspolitik wieder abrückt von einer Liberalisierung und Eliteorientierung, wie sie zuvor bei Rafsandjani zu erkennen war. Erneut wird soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund gestellt und daneben auf wirtschaftlichen Pragmatismus zurückgegriffen. Dies impliziert, dass zunächst der Liberalismus in der Wirtschaftspolitik erheblich abgeschwächt wird und sich zu einer *Politik der Mitte* einpendelt. Das heißt, dass weiterhin Wirtschaftsorientierung innerhalb des Staatsapparates vorzufinden ist, aber die theokratische Herrschaft weitere Reformationsbestrebungen ausschließt. Khatamis *Politik der Mitte* ist ein Ausgleich zwischen Populismus und Eliteliberalismus. Dementsprechend wird zwar weiterhin in der iranischen Wirtschaftspolitik von Wiederaufbaumaßnahmen gesprochen, doch erscheint die Behauptung zutreffend, dass es zwar weiterhin Wachstumsorientierung propagiert wird, die jedoch soziale Probleme in der Gesellschaft stärker berücksichtigt. Mit der Phase des Sozio-Islamischen Liberalismus zeigt die Wirtschaftspolitik keinen reformatorischen Charakter mehr.

Der Iran wird im Grunde genommen eine eigene, sich selbst versorgende Wirtschaft werden, die weiterhin nur durch das Erdöl und auf der anderen Seite durch seine benötigten Importe mit der Außenwelt in Verbindung steht. Ansonsten steht die Wirtschaft Irans gestärkt da und ist in keiner Weise gefährdet. Somit ergeben sich für die Wirtschaft folgende Aussagen für den Fortgang:

1. Weiterhin werden abnormale Profite für bestimmte Bereiche der Bevölkerung stattfinden, was zu weiterer ungerechter Einkommensverteilung führt.
2. Das wirtschaftliche Wachstum des Irans wird nicht durch eigene Dynamik bestimmt sein, sondern weiterhin vom Erdöleinkommen und somit nicht seine strukturellen Probleme überwinden. Dies wird demnach zur Folge haben, dass weiterhin eine große Arbeitslosigkeit herrschen wird, die durch die Subventionen in die Subwirtschaft verdeckt werden wird.
3. Eine weiterhin hohe Verzerrung der Wirtschaft und der festen Etablierung der Preiskontrollen, was wiederum die Exportchancen des Irans verringert sowie auch die Investitionstätigkeit von ausländischen Kapitalgebern hemmen wird.

Ferner hat der Iran seine finanzielle Unabhängigkeit erreicht. Die Devisenreserven sind hoch und entsprechend sind viele der Kredite - sowohl kurzfristiger als auch langfristiger Natur - mittlerweile zurückgezahlt. Insofern ist die Schwachstelle gegenüber den internationalen Kapitalmärkten fast komplett überwunden. Unter der Annahme, dass weitere Reformen in Richtung Liberalismus vehementen Abbau der Subventionen (Gefahr der Preisexplosion und Verarmung der Bevölkerung), Beschleunigung der Privatisierung (Gefahr der Massenarbeitslosigkeit), Schwächung der parastaatlichen Organisationen (Widerstand wegen klerikalem Machtanspruch) voraussetzen, wird das begrenzte Potenzial dieser Möglichkeit deutlich. Der Klerus unter der Führung von Khamenei zeigt keine Bereitschaft, diese Reformblockaden abzubauen, zumal er um seinen Herrschaftsanspruch fürchtet. Den jetzigen Machtinhabern und Entscheidern in der Wirtschaftspolitik bleibt ohnehin keine Alternative, sofern keine großen politischen Unruhen oder auch Massenarmut und Verelendung ausgelöst werden sollen.

Diese Entwicklung ergibt sich aus sozioökonomischen Sachzwängen, die sich nicht nur aus den Vorbedingungen der Wiederaufbauphase, sondern sämtlicher Phasen – angefangen bei der Phase der Monarchistischen Modernisierung – ergeben. Das Revolutionäre Chaos und der achtjährige Krieg oder auch die Volatilität der Erdöleinkommen sowie äußere Einflüsse wie die Sanktionen bedingen diese Sachzwänge. Sie sind eine Überlagerung verschiedener Entwicklungen, die in der Spirale deutlich werden. Mit jedem Richtungswechsel ist stets eine dauerhafte Beeinflussung der Wirtschaft erfolgt. Die spiralenförmige Entwicklung hin zur *Politik der Mitte* trägt den vorherigen sozioökonomischen, innen- und weltpolitischen Entwicklungen Rechnung, die scheinbar unüberbrückbaren Sachzwängen unterliegen.

Diese Einschätzung bekräftigt auch die These von Saeidi, dass die Inflation als eine Steuer geduldet wird und die Subventionen, trotz seiner unerwünschten makroökonomischen Effekte, zu einem insgesamt stabilen Wirtschaftssystem beitragen. Unter Berücksichtigung der politischen Vorbedingungen könnte demnach auch eine neue politische Fraktion wie zum Beispiel Demokraten oder dergleichen auch keine neue Politik einführen. Jedes Wirtschaftssystem und jede Wirtschaftsordnung muss dem Land entsprechen, für das es angedacht ist. Dieser Aspekt der Beurteilung der iranischen Wirtschaft erscheint wichtig, da unter der genauen Berücksichtigung der verschiedenen Wirtschaftskräfte und –kausalitäten Kritik und Lösungsvorschläge an Realitätsnähe

verlieren, sofern nationale und historische Zusammenhänge berücksichtigt werden. Anbetracht der Vorbedingungen und der sozioökonomischen Tatsachen, aber auch des politischen Systems bisher, könnte eine generell andere Politik zu einem Zusammenbruch und nur bedingt zu einer besseren wirtschaftlichen Situation führen.

6.3. VERGLEICH DER WIRTSCHAFTSPOLITIK SCHAH VS. RAFSANDJANI

Die liberalistischen Phasen der iranischen Wirtschaftspolitik waren zum einen die Phase der Monarchistischen Modernisierung 1953-1979 (Kapitel 1) und die Phase des Wirtschaftlichen Liberalismus 1989-1997 (Kapitel 3-5). Auch anhand der Spiraltheorie wird die Ähnlichkeit deutlich, dass sowohl die Wirtschaftspolitik des Schah als auch die von Rafsandjani in einem beschleunigten Tempo die wirtschaftlichen Vorbedingungen des Landes überwinden wollten. Beide Führungspersonen versuchten wirtschaftliches Wachstum zu fördern, und den Iran unter Zuhilfenahme des Privaten Sektors, Erdölverkäufen sowie Auslandskapital zu einem wohlhabenden Staat zu machen. Wenn man die Maßnahmen von Rafsandjanis Liberalisierungspolitik vom Schah Pahlawi in den Jahren 1960 bis 1977 untersucht, zeigen sich einige Gemeinsamkeiten. Diese werden beispielsweise in der Wirtschaftspolitik im Inland deutlich. Anfang 1989 führte die islamische Republik eine Maßnahme gegen Ladenbesitzer aus, um die Inflation zu bremsen, und setzte somit Preiskontrollen durch.

Eine ähnliche Maßnahme führte der Schah innerhalb seiner Weißen Revolution ein, die eine Preisstabilisierung vorsah.⁵⁵³ Laut Amirahmadi hatte auch der Schah im Rahmen seiner Weißen Revolution eine Entstaatlichung der Staatsbetriebe vorgesehen, die darauf ausgerichtet war, private Ressourcen zu mobilisieren und die Produktivität im Industriesektor zu erhöhen. Rafsandjanis Regierung hatte die Entstaatlichung ebenfalls durchgeführt. Die meisten Kandidaten für den Verkauf waren sowohl zu Zeiten des Schahs als auch bei Rafsandjani überbesetzt, unprofitabel, stark verschuldet, illiquide und

⁵⁵³ Vgl. Amuzegar, J. (1997b): Islamic Republic, S. 322-325

durch ihre politische Ausrichtung stark an bürokratische Auflagen gebunden. Es fanden sich somit nur wenige Käufer, es sei denn, die Betriebe waren zu extrem günstigen Preisen zu bekommen.

Besonders deutlich war diese Politik im Bereich der außenwirtschaftlichen Verpflichtungen. Die Umstände Mitte 1992 führten die Regierung dazu, ausländische private Investitionen im Iran während des Fünfjahresplanes zu unterstützen. Diese Politik weist Ähnlichkeiten mit der des Schahs auf. Die damaligen Probleme waren mit den liberalen Arbeitsbestimmungen, dem Mangel an Fachpersonal und einer systematischen Ineffizienz identisch. Auf der anderen Seite war die Islamische Republik und ihre Bürokratie grundsätzlich antiwestlich, ihre ethischen Wertvorstellungen und andere Hürden erschwerten den Erfolg zunehmend.⁵⁵⁴ In der folgenden Tabelle wird der Vergleich über weitere Merkmale der Wirtschaftspolitik gezogen:

⁵⁵⁴ Vgl. Amuzegar, J. (1997b): Islamic Republic, S. 325

Tabelle 13: Gegenüberstellung Wirtschaftspolitik Schah vs. Rafsandjani

		Schah	Rafsandjani
Bürokratie		X	X
Privatisierung		X	X
Preiskontrollen		X	X
Auslandsbeziehungen		X	X
Befriedigung des Konsums		X	X
Industrialisierung d. Importsubstitution		X	X
Exportförderungs-Strategie			X
Agrarwirtschaft			X
politische Repression der Opposition		X	X
Militär		X	
Abhängigkeit vom Ausland		X	
Korruption und Lobbies		X	X
Parastaatliche Organisation		X	X
Armut und Elitenbildung		X	X
Zivilisatorische Ziele		große Zivilisation	wohlhabendes Schwellenland
Charismatische Führung auf Lebenszeit		Kaiser	Revolutionsführer
Ölabhängigkeit		90 %	85 %
Industrie, Dienstleistung		Zweites Japan	EDP
Eliteklassen		Hofstaat, comprador bourgeoisie	Klerus, <i>basaari</i> , Technokraten

Quelle: Eigene Darstellung

Aus genereller Sicht der Wirtschaftspolitik kommt ein Vergleich zwischen dem Schah und der neuen Islamischen Republik laut Amirahmadi zu folgendem Ergebnis: Nach über zwanzig Jahren der islamischen Herrschaft ist das Ziel, sich von der bisherigen Wirtschaftspolitik grundlegend zu verändern, in wesentlichen Bereichen nicht erfolgreich gewesen. Der Iran ist immer noch eine Wirtschaft, die vom Erdölexport abhängig ist sowie in fast allen Bereichen der Wirtschaft und Technologie auf ausländische Hilfe zurückgreifen muss. Die Industrie erhält weiterhin Priorität in der nationalen Wirtschaftspolitik. Der Dienstleistungssektor ist immer noch der größte Wirtschaftssektor und der größte Arbeitgeber für die Bevölkerung. Der Drang der Menschen nach Konsum und einem besseren Leben ist weiterhin das populäre Moment in der wirtschaftspolitischen Diskussion. Die Liste der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hat sich kaum verändert.

Weiterhin ist eine große Ineffizienz in der Bürokratie und Korruption vorhanden – sowohl zu Zeiten des Schah und auch unter der jetzigen Führung der Islamischen Republik. Eine starke Armut hat sich mittlerweile als kennzeichnendes Merkmal der iranischen Gesellschaft verfestigt. Mit einem sinkenden Durchschnittseinkommen, bedingt durch die Inflation, sind die Beamten oftmals zu „unabhängigen“ Steuereintreibern für ihre eigenen Taschen geworden. So werden beispielsweise viele Behördengänge der Bürger nur mit Bestechungsgeldern abgewickelt. Während der Revolution waren die Günstlinge des Schahs durch Staatsverträge wohlhabend geworden. Heute hat die Korruption einige Bereiche und einige Ebenen der Regierungsmitglieder reich gemacht - beispielsweise die Führer der Bonjad, die Importgüter einführen und wiederum Verträge aushandeln - sowie die Verkehrspolizei und die Müllabfuhr. Zu Zeiten des Schahs war es nur die höchste Führungsebene, heute ist es jedoch ein weitgefaster Bereich des Staatsapparates, der Zahlungen entgegennimmt.⁵⁵⁵

In der Schlussbetrachtung lassen sich nur geringe fundamentale Veränderungen in der Struktur oder Orientierung der iranischen Wirtschaft identifizieren. Die Phrasen und Slogans haben sich seit der Schahzeit zwar verändert, doch die wirtschaftlichen und sozialen Realitäten sind identisch geblieben. Die Verantwortlichen der Wirtschaft haben neue Gesichter, doch die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen den produktiven

⁵⁵⁵ Vgl. Kanovsky, E. (1997): *economic morass* und Amuzegar, J. (1999): Khatami, S. 324

Faktoren haben sich in ihrer Substanz nicht verändert. Die neue Herrschaftsklasse besteht nun aus einem anderen Establishment und auf der anderen Seite gibt es neue Armut; aber die Einkommensunterschiede zwischen den gesellschaftlichen Gruppen haben sich noch weiter vergrößert.⁵⁵⁶ So lässt sich zusammenfassend feststellen:

- Die politische Herrschaft liegt nun in den Händen einer neuen sozialen Klasse.
- Die Bürokratie ist noch weiter gewachsen und hat zu noch mehr Ineffizienz geführt.
- Eine islamische Regierung hat sich fest etabliert, doch die versprochene islamische soziale Gerechtigkeit bleibt weiterhin ein unerfüllter Wunsch breiter Bevölkerungsschichten.
- Die bereits zur Schahzeit vorhandenen strukturellen Wirtschaftsprobleme haben sich während der Herrschaft der Islamischen Republik noch verschärft. Diese sind vor allem die Bevölkerungsexplosion; die jungen Menschen, die auf den Arbeitsmarkt strömen; die Wohnungsnot und die Spekulationen auf dem Immobilienmarkt; die unzureichend wachsenden Bildungsinstitutionen, die mit der steigenden Zahl der Schüler kaum nachkommen; der Rückgang der Lebensstandards.

Diese Ergebnisse zeigen die Gemeinsamkeiten der beiden Phasen. Allerdings sind viele interne (Bevölkerungsexplosion) und externe (US-Sanktion, Erdölpreisverfall, Globalisierte Wirtschaft) Umstände seit den 70er Jahren verändert. Dennoch sind diese Ergebnisse interessant, da sie ex post die Fehler der Wirtschaftspolitik des Schah - die damals zur Revolution von 1979 führten - gewissermaßen entschärfen, da das neue Regime in der „friedlichen“ Wiederaufbauzeit ähnliche Fehlentwicklungen nicht vermeiden konnte. Hieraus wird deutlich, dass die Wirtschaft Irans ihre eigene Problematik aufweist und aufgezeigte Sachzwänge vorherrschen. Diese Gegenüberstellung wäre ein interessantes Thema für weitere Untersuchungen, doch geht sie über den Inhalt der Fragestellung dieser Arbeit hinaus.

⁵⁵⁶ Vgl. Amuzegar, J. (1997b): Islamic Republic, S. 324

7. THESENHAFTE ERGEBNISSE

In diesem abschließenden Kapitel werden Ergebnisse thesenhaft aufgeführt und die komplexen Zusammenhänge hergestellt, welche die iranische Wirtschaftsgeschichte innerhalb der letzten 50 Jahre, und insbesondere nach dem wirtschaftlichen Wiederaufbau seit 1989, aufweist. Zunächst werden Implikationen aus der Spiraltheorie aufgestellt und im Folgenden thesenhaft die Einflussfaktoren in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik, die zu der gegenwärtigen Situation im Iran führten, dargestellt.

7.1. ERGEBNISSE DER SPIRALTHEORIE

Die Betrachtung der Wirtschaftspolitik innerhalb der Spiraltheorie fügt die 4 Phasen der iranischen Wirtschaftspolitik in einen Gesamtzusammenhang. Daraus ergeben sich bemerkenswerte Implikationen:

- A. Als *zentrale* These wird festgehalten, dass der Verlauf der Wirtschaftspolitik des Irans in den vergangenen 50 Jahren dem zeitlichen Verlauf einer Spirale entspricht, bei der sich in fast adäquaten Zeitabständen jeweils eine liberalistisch-marktorientierte und eine islamistisch-populistische Wirtschaftspolitik abwechseln. Ausgelöst wurde die Spirale durch die einsetzende Abhängigkeit vom Erdöl. Die Spirale durchläuft fünf Phasen: (1) Nationalistischer Populismus unter Mossadegh, (2) Monarchistische Modernisierung unter Schah Pahlawi, (3) Islamischer Populismus unter Ayatollah Khomeini, (4) Wirtschaftlicher Liberalismus unter Rafsandjani/Khamenei sowie (5) Sozio-Islamischer Liberalismus unter Khatami/Khamenei.
- B. Der Verlauf der Spirale verdeutlicht, dass Sachzwänge und Hinterlassenschaften der vorherigen Politik spätere Phasen nachhaltig beeinflussen, so dass sich strukturelle Fehlentwicklungen, politische Instabilität und Ineffizienzen in der Wirtschaft institutionalisieren. Daher besteht auch eine Rechtfertigung für eine

eigene Wirtschaftspolitik, die den nationalen und historischen Gegebenheiten gerecht wird sowie einer kapitalistischen Wirtschaftsideologie sonst nicht entspricht. Der Islam als Moment in der Wirtschaftspolitik des Landes hat somit eine stabilisierende Wirkung bezüglich der innenpolitischen und gesellschaftlichen Verhältnisse.

- C. Die Phase des Wirtschaftlichen Liberalismus ist seit der Präsidentschaft Khatamis abgeschlossen. Der Wiederaufbau als zentrales Motiv der Wirtschaftspolitik steht nicht mehr im Mittelpunkt und ist somit phasenweise abgeschlossen.
- D. Anhand der Spiraltheorie wird die derzeitige Wirtschaftspolitik Khatamis als eine Wirtschaftspolitik der Mitte, also einer stabilen Balance zwischen populistischen und liberalistischen Elementen hergeleitet. Dies ergibt sich auch aus der Machtkonstellation innerhalb des klerikalen Führungsduos Khatami/Khamenei, bei der Khatami nur eine begrenzte Macht besitzt. Die Priorisierung von sozialen Reformen über pragmatisch-wirtschaftlicher Wachstumsorientierung im dritten Fünfjahresplan 1999-2004 stützt diese These.
- E. Bezeichnet wird diese Phase nunmehr als Sozio-Islamischer Liberalismus: aufgrund der Dominanz des Klerus und der wirtschaftlichen Sachzwänge führt Khatami eine Politik der Mitte, die ein Gleichgewicht von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Weiterentwicklung darstellt.

7.2. ERGEBNISSE DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN PHASEN

Die Untersuchung der ereignisreichen Wirtschaftsgeschichte Irans zeigt komplexe Strukturen, die in folgenden Thesen deutlich werden, die im Zusammenhang der jeweiligen Phase dargestellt werden.

7.2.1. Monarchistische Modernisierung von 1953-79

FEHLENTWICKLUNGEN UNTER DEM SCHAH

Die anti-amerikanischen Gefühle im Iran während und nach der Revolution ergaben sich als eine Reaktion auf die Ereignisse von 1953, als die demokratische Regierung von Mossadegh, der den Erdöl-Sektor verstaatlichte, durch eine vom CIA initiierten Staatsstreich gestürzt wurde. Dadurch gelangte der Schah wieder für ein Vierteljahrhundert an die Macht und wurde von den USA abhängig. Die Herrschaft des Schahs führte zwischen 1963 bis 1973 zwar zu hohen Wachstumsraten, gleichzeitig verursachte sie aber Unterentwicklung in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft. Die Philosophie „*First Growth, Redistribution later*“ führte zum Beispiel zu einer extrem ungerechten Verteilung des neu erworbenen Wohlstandes unter den verschiedenen sozialen Schichten, insbesondere zwischen der Stadt- und Landbevölkerung. Seine 1963 durchgeführte „Weiße Revolution“ war oberflächlich, die darin enthaltene Landreform scheiterte und hinterließ eine unterentwickelte Landwirtschaft.

In den 70er Jahren strebte der Schah die Industrialisierung durch die Importsubstitutions-Strategie für die auf Erdölförderung basierende Wirtschaft des Irans an, jedoch haben die immens wachsenden Erdölerträge seit 1971 die Notwendigkeit zur Schaffung einer leistungsfähigen Exportindustrie verdeckt und zu aversen Effekten geführt: Der „Industriestaat“ war zu 90 % von Windfallprofiten des Erdöls abhängig bzw. extrem

anfällig. Diese Abhängigkeit wurde seither zum zentralen Strukturproblem der iranischen Wirtschaft.

7.2.2. Islamischer Populismus von 1979-89

DIE ISLAMISCHE REVOLUTION

Das Volk lehnte sich gegen die Vision des Schahs vom Wohlfahrtsstaat nach westlichem Vorbild und dessen massiver Modernisierung auf, die die traditionelle Lebensweise und bestehende Wirtschaftskreisläufe zerstörte. Die Revolution von 1979 wurde zwar im Nachhinein die Islamische Revolution genannt, es handelte sich aber vielmehr um eine Bauernrevolution und eine soziale Protestbewegung der Arbeitslosen sowie der Armutsbevölkerung. Durch die starke religiöse Aura Khomeinis als einziger charismatischer Gegenspieler des Schahs erlangte die religiöse Bewegung die Oberhand im Konflikt um die politische Macht. Die parastaatlichen Organisationen (Bonjads) entwickelten sich zu einer bedeutenden Interessenorganisation im Wirtschaftssystem, die entscheidende Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft kontrollierten.

Die Verfassung der Islamischen Republik forderte neben der Islamisierung des sozialen und kulturellen Bereiches auch eine islamische Wirtschaftsordnung. Dabei handelt es sich um ein Wirtschaftsmodell, das im Iran entstanden war; es basiert auf einer eigenen Lehre, die sich als „Dritter Weg“ neben dem Marxismus und dem Kapitalismus sieht. In diesem Sinne war die wirtschaftliche Entwicklung bestenfalls nur ein sekundäres Ziel. Das Modell scheiterte jedoch wirtschaftlich, zumal der Krieg einsetzte, der eine ungestörte wirtschaftliche Entwicklung nicht zuließ. Nur durch die Interventionen aufgrund der Kriegswirtschaft und der Einnahmen aus dem Erdölexport war das Modell gestützt – und ein totaler wirtschaftlicher Zusammenbruch verhindert.

Die Wirtschaft war durch die Revolution, die Kriegswirtschaft, die Sanktionen, dem Braindrain und die Kapitalflucht in seiner Grundsubstanz getroffen. Irans Erdölerträge und Förderkapazitäten als wesentliche Einnahmequelle gingen nach der Revolution auf fast ein Drittel seiner Höchstwerte zurück. Der Abbruch der Beziehungen zum Ausland

lähmte die Industrie durch fehlende Rohstoff- und Technologieimporte. Durch Subventionen, Rationierungen, Preiskontrollen und ein verschachteltes Wechselkurssystem wurde die Wirtschaft kontrolliert und zusammengehalten (Interventionsstaat). Diese Faktoren waren insgesamt für tiefgreifende Preisverzerrungen und einem blühenden Schwarzmarkt verantwortlich. Der Staat bestimmte durch umfangreiche Verstaatlichungen der Schlüsselindustrien, des Finanzsektors und die Bildung von Monopolen sowie den Bonjads den Markt. Er übernahm den größten Teil des Innen- und Außenhandels. Die Wirtschaftspolitik während der Phase des Islamischen Populismus zeigte als zentrales Merkmal eine islamistisch-massenorientierte Ausprägung. Die Rolle des Staates wuchs und die theokratische Herrschaftselite festigte damit gleichzeitig ihre Macht.

DER IRAN-IRAK-KRIEG

Der Iran-Irak-Krieg dauerte acht Jahre und war einer der kostspieligsten zwischenstaatlichen Konflikte des 20. Jahrhunderts. Die Behebung der direkten Schäden beträgt nach UNO-Schätzungen 100 Mrd. US\$, was etwa den iranischen Erdölexporterlösen von 20 Jahren entspricht. Schätzungen gehen von einem direkten und indirekten Gesamtschaden von 600 bis 1.000 Mrd. US\$ aus. Der Krieg wurde als Rechtfertigung für die wirtschaftliche Krise und die Maßnahmen herangezogen, deren wirtschaftliche Auswirkungen verheerend und noch über Jahrzehnte spürbar bleiben. Dazu zählen vor allem die Belastungen des Staatshaushaltes (durch Wiederaufbaumaßnahmen und ausgefallene Erdölexportgewinne), die Verzerrungen durch Subventionen, die Inflation und die Dominanz des staatlichen Sektors als heute noch existente Folgen des Krieges. Die Kriegswirtschaft ermöglichte dem Klerus auch die Kontrolle über die Wirtschaft. Mittlerweile sind Zerstörungen beseitigt und die Infrastruktur sowie die Armee weit über die vorgegebenen Planziele wieder aufgebaut worden. Der Militärssektor übte nur einen geringen Einfluss auf den Verlauf der Reformen aus. Der Krieg hatte Ende der 90er Jahre als Rechtfertigung für die Wirtschaftsprobleme nunmehr ausgedient.

7.2.3. Wirtschaftlicher Liberalismus 1989-97

RAFSANDJANIS PERESTROIKA

Nach Kriegsende und mit dem Tod von Ayatollah Khomeini wurde innerhalb der theokratischen Führung die bemerkenswerte Umkehrung der Wirtschaftspolitik vom Islamischen Populismus zum Wirtschaftlichen Liberalismus möglich. Es ist Rafsandjani, aber auch seinem „Alliierten“ Khamenei zu verdanken, dass wirtschaftspolitischer Pragmatismus einkehrte. Durch das ständige Wechselspiel zwischen den verschiedenen politischen Fraktionen konnte die politische Zersplitterung der Theokratie überwunden und ein Reformprozess eingeleitet werden, der das Überleben der theokratischen Elite ermöglichte.

Nach dem Krieg wurde eine weitgehend stabile Wiederaufbaupolitik formuliert und größere politische Unruhen wie Bürgerkriege oder fundamentalistische Strömungen wie in Afghanistan unter den Taliban konnten verhindert werden. Von diesem Zeitpunkt an wird von der „Zweiten Republik“ und der „Perestroika“ Rafsandjanis gesprochen. Soziale Gerechtigkeit wird zu Gunsten der schnellen Wiederbelebung der Wirtschaft in den Hintergrund gestellt. Dabei werden Bündnisse mit der bürokratischen Elite und der mächtigen Oberschicht eingegangen sowie neue Interessengruppen (Bonjads) und Lobbies geduldet. Die Bürokratie als Machtbasis Rafsandjanis spielte eine existenzielle Rolle bei der Umsetzung der Maßnahmen und wurde daher von Reformen verschont. Aus Furcht vor den politischen Kosten und dem Machtverlust des Klerus wurde von vielen Maßnahmen einer klassischen Liberalisierung bewusst Abstand genommen. Liberalisierung in der Islamischen Republik bedeutet gewissermaßen eine Verlagerung der Wirtschaftspolitik, die allerdings nicht vorsieht, dass liberale Zustände wie in westlichen Wirtschaftssystemen entstehen. Dennoch blieben Teile aus der Phase der populistischen Wirtschaftspolitik weiter bestehen.

DER ERSTE UND ZWEITE FÜNFJAHRESPLAN

Der erste Fünfjahresplan stellte ein Manifest für den Wiederaufbau dar und bestätigte den Ansatz des Wirtschaftlichen Liberalismus. Darin sind folgende Maßnahmen enthalten:

- Deregulierung
- Preisfreigaben und Subventionsabbau,
- Auslandsverschuldung und ausländischer Direktinvestitionen,
- Entwertung und Vereinheitlichungsbestreben der Landeswährung,
- Privatisierung (Industrie, Minen).

Der Wiederaufbau im Iran wurde vollzogen und ein hohes wirtschaftliches Wachstum erzielt. Generell wurden die meisten konkreten sektoralen Zielgrößen über den gesamten Zeitraum erreicht. So wurde z.B. die landwirtschaftliche Produktion nicht zuletzt aufgrund massiver Subventionen gesteigert. Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln konnte damit gewährleistet werden. In einigen anderen wichtigen Bereichen lagen die Ergebnisse der Fünfjahrespläne jedoch hinter den Erwartungen zurück. Die Inflation war doppelt so hoch wie erwartet, die Investitionen und die Nicht-Öl-Exporte lagen nur bei der Hälfte ihrer Zielgrößen.

Insgesamt war das wirtschaftliche Wachstum Anfang der 90er Jahre bei einem Durchschnitt von 8 % im ersten Fünfjahresplan sehr hoch, und setzte sich Ende der 90er Jahre auf einem hohem Niveau von ca. 4-5 % fort. Die Erfolge der Wirtschaft zwischen den Jahren 1991-1993 waren einerseits auf die starke Zunahme der Erdöleinnahmen und die dadurch finanzierte Erhöhung der Importwarenmenge und andererseits auf die Aufnahme von Auslandsschulden zurückzuführen. Eine strukturelle Verbesserung der Wirtschaft blieb jedoch aus. Während durch den Abbau der Subventionen für Rohstoffe und Ersatzteile die Produktion in vielen Betrieben zum Stillstand kam, wurde der Markt von ausländischen Erzeugnissen überschwemmt.

Die Wachstumsziele des Planes waren ehrgeizig und der Versuch, sie zu erreichen, führte zu wesentlichen Defiziten in der Zahlungsbilanz. Aufgrund der ungünstigen internationalen Position geriet der Iran in ernste finanzielle Schwierigkeiten gegenüber den ausländischen Geberinstituten. Dennoch konnte der stark defizitäre Staatshaushalt ab

Mitte der 90er Jahre ausgeglichen werden - teilweise jedoch durch Verkäufe der Devisen aus dem Erdöllexport zu Schwarzmarktpreisen und dem Ersatz der Subventionen für die öffentlichen Unternehmen durch Bankkredite, was die Bilanzsummen künstlich erhöhte. Stets war die Volatilität der Erdöleinnahmen ein gefährdendes Moment in der Haushaltsplanung.

Dies zeigte sich verheerend in der Liquiditätskrise von 1993. Die Fehler der iranischen Führung waren (1) der Zeitpunkt der Vereinheitlichung des Rial, (2) der zu hoch prognostizierte Erdölpreis für die Staatseinnahmen aufgrund der Windfallprofite und dem anschließenden Preisverfall nach Operation *Desert Storm*, (3) die zu kurzfristige Struktur der Auslandskredite, die den Staat somit für Zahlungsschwierigkeiten sehr empfindlich machte. Somit können die Rückschläge der Liquiditätskrise nicht auf das US-Handelsembargo zurückgeführt werden, wohingegen freundschaftliche Beziehungen zu Washington die wirtschaftliche Entwicklung begünstigten. Als Ergebnis der Liquiditätskrise verlangsamte sich das wirtschaftliche Wachstum und die Inflation erreichte neue Höhen. Das Land wurde mit der schwierigen Aufgabe konfrontiert, die immensen Auslandsschulden zurückzahlen zu müssen. Eine erfolgreiche Umschuldung ermöglichte der theokratischen Regierung die Fortsetzung der Reformen, die jedoch mit hohen Kosten (Zinseszinsen, ungünstige Verträge, Herabstufung der Bonität) und der innenpolitischen Schwächung Rafsandjanis zu Gunsten Khameneis verbunden war. Außerdem wurde die Liberalisierungspolitik nach 1994 in einigen Bereichen wieder umgekehrt (Subventionsabbau, Privatisierung, Vereinheitlichung der Wechselkurse). Dies führte zu negativen Auswirkungen in der einheimischen importabhängigen Industrie und zu einem Schockeffekt auf die restliche Wirtschaft, da unmittelbar nach dieser Zeit mit Importkompression seitens des Staates reagiert wurde. Es kam jedoch zu keiner weiteren finanziellen Spannung nach der Liquiditätskrise 1993. Im Jahre 2001 wurde der Iran schuldenfrei und konnte somit auf eine letztlich doch erfolgreiche Kreditpolitik zurückblicken. Erstmals konnte der Iran 2000 einen Erdölfond und Rücklagen aus Überschüssen bilden.

PRIVATISIERUNG

Der Private Sektor sowie das Ausland reagierten auf die neuen Regelungen des ersten Fünfjahresplanes positiv, und der Staat begann im großen Umfang die Reprivatisierung der Industrie. Viele Jointventures mit ausländischen Konzernen wurden abgeschlossen und umfangreiche Investitionen des Privaten und Staatlichen Sektors in der Industrie getätigt. Die Privatisierung wurde ab 1994 allerdings durch die intraklerikale Opposition verlangsamt, vor allem durch deren Bestreben nach Wiedereinführung populistischer Maßnahmen. Im Ergebnis bleibt der Staat weiterhin für fast 80 % der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes verantwortlich. Zweidrittel der gesamten Staatsausgaben gehen in verlustmachende staatliche Industrien und Banken. Die großen Übergaben der verstaatlichten Industrien an den Privaten Sektor sind in dem Ausmaß erfolgt, wie es unter den politischen und sozioökonomischen Voraussetzungen möglich war bzw. dem Wohlwollen der klerikalen Führung und ihres Machtanspruches entsprach.

Auf der einen Seite hätte eine weiterreichende Privatisierung wohl zu einer Massenarbeitslosigkeit und Armut geführt. Die neuen privaten Eigentümer hatten keinen Anspruch auf Subventionen geltend machen können. Auf der anderen Seite waren die strikten Arbeitsgesetze im Iran hinderlich, die überschüssigen Arbeiter zu entlassen. So wird im Iran die Arbeitslosigkeit letztlich durch Unterbeschäftigung aufgrund der Subventionen an die Staatsbetriebe eingedämmt.

Insgesamt wurden seit 1989 ca. 300 Staatsunternehmen und rund 1.000 Bergbaubetriebe über die wiederbelebte Teheraner Börse verkauft. Von einem Erfolg zu sprechen ist dennoch schwierig, da (1) die Privatisierungsbestrebungen durch intraklerikale Opposition widersprüchlich waren, (2) die Bürokratie den Handel auf dem Parkett hemmte und (3) eine echte Privatisierung durch die Bonjads hintertrieben wurde, da diese ab 1994 einen Großteil der zu privatisierenden Unternehmen selbst als parastaatliche Gesellschaft aufkaufte und dafür entgegen der Regierungsbestrebungen weitere öffentliche Kredite hierzu aufnahmen.

Der Staat hielt sich weitgehend zurück, den Finanzsektor (Banken, Versicherungen) zu entstaatlichen. Im Finanzsektor sah der Staat die Möglichkeit, Kontrolle über die Aktivitäten des expandierenden Privaten Sektors auszuüben. Der Staat beanspruchte trotz aller Liberalisierungsschritte den Monopolanspruch der politischen Macht für sich. Das islamische Verbot auf Zinsen ist in der Praxis weitgehend umgangen worden, indem

beispielsweise statt Zinsen andere Instrumente wie die so genannten Partnerschaften mit dem Staat eingeführt wurden. Das staatlich kontrollierte Bankensystem war ineffektiv, das parallel geschaffene private Bankensystem befindet sich noch in der Aufbauphase.

WECHSELKURS UND AUßENHANDEL

Bei der Wechselkurspolitik wurde als Ergebnis mehrjähriger Reformphasen immerhin eine Straffung des *Multiple-Kurs-Systems* für den Devisenumtausch zu einem *Zwei-Kurs-Systems* erreicht. Erhebliche Entwertungen und starke Kursschwankungen führten zu vielen Veränderungen und Ungewissheiten in der Wirtschaft. Dank der steigenden Erdölerträge und dem gewachsenen Vertrauen der Öffentlichkeit haben sich die beiden Hauptwechselkurse seit 1999 angenähert und stabilisiert. Aber von dem Ziel der Vereinheitlichung ist der iranische Staat noch weit entfernt: altbekannte Maßnahmen aus den achtziger Jahren wie kontrollierte Wechselkursraten, Importkompression, Handels- und Kreditrestriktion werden aufrechterhalten. Hierdurch bleibt dem Staat weiterhin eine Kontrollmöglichkeit der Wirtschaft, indem der Ressourcenzufluss über versteckte Subventionen gesteuert werden kann. So stehen vor allem machtpolitische Überlegungen des Klerus der notwendigen Vereinheitlichung entgegen. Als stabilisierendes Instrument ermöglichte das überbewertete Wechselkurssystem der Islamischen Republik die Führung einer höchst importabhängigen Industriestruktur. Dabei wurden zumindest kurzfristig die Verzerrungen und Beeinträchtigungen des Lebensstandards der iranischen Bevölkerung minimiert. Das Bestehen dieser enormen Aufschläge verursachte große Verzerrungen in den relativen Preisen und förderte eher Spekulationen statt produktive Aktivitäten der Wirtschaft.

Die Integration des Irans in die Weltmärkte sollte wieder auch direkte ausländische Investitionen und Finanzierung miteinbeziehen. Die ursprünglich angeprangerten liberalen Investitionsgesetze aus Zeiten des Schahs wurden im Rahmen des Wiederaufbaus nun sogar übertroffen und in den Folgejahren noch weiter liberalisiert. Generell konnten Erfolge verzeichnet werden, dennoch fehlt es an Klarheit und Bestimmtheit für ausländisches Investment, um im Nicht-Öl-Sektor signifikant eine Rolle zu übernehmen.

KLERIKALE WIRTSCHAFTSMONOPOLE

Ursprünglich nur für karitative Zwecke nach der Revolution gegründet, wurden die Bonjads auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise 1993 ein entscheidendes Instrument des Klerus, um eine neue monopolistische Wirtschaftsstruktur zu etablieren. Sie unterwanderten den Staat in seiner Verfügungsgewalt, profitierten von den vielen Privilegien dieses Bündnisses (öffentliche Kredite, subventionierte Devisen, Sonderrechte, Immunität) und dominierten den Markt. Letztlich haben die Bonjads die Privatisierung entweder unterwandert, indem sie (1) keine Unternehmen verkauften oder keine verlässlichen Informationen gaben, oder aber (2) ab 1994 zu privatisierende Staatsunternehmen durch die weitläufige Aufnahme öffentlicher Kredite selbst kauften.

Dadurch wurde die Macht des Staates und seiner Regierung noch weiter beschnitten, da sich diese Unternehmen jetzt nicht einmal mehr in Staatshänden befinden, sondern vollständig dem Klerus unter dem Revolutionsführer Khamenei übergeben wurden. Somit wurde (1) die Inflation weiter geschürt, da die Geldmenge durch die öffentlichen Kredite entgegen der Zinspolitik der Regierung stieg. (2) Die von der Regierung angestrebte Gegenüberstellung der Unternehmen zu Marktverhältnissen wurde unterwandert und (3) die Subventionen entgegen der Vorgaben des Fünfjahresplanes über die Bonjads fortgeführt.

Die Beseitigung von Staatsmonopolen ist nicht sinnvoll, wenn sie durch halbstaatlich-klerikale Monopole ersetzt werden. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Irans mit seinen Neustrukturierungen und seiner Liberalisierung wurde vom Klerus missbraucht, um die eigene Macht zu festigen. Khamenei konnte die eigene Macht stärken und den Klerus für das nächste Jahrtausend etablieren.

ÖL- vs. NICHT-ÖL-EXPORTE

Trotz der simultanen Anwendung einer Exportförderungs politik mit Erdölexport basierenden Imports substitution sind die Leistungen bei den Nicht-Öl-Exporten verhältnismäßig als geringstufig zu bewerten. Die industrielle Produktion ist gesteigert, jedoch durch den hohen Anstieg der Inlandsnachfrage, der durch die Subventionen und

das Bevölkerungswachstum verstärkt wurde, stetig absorbiert worden. Als Erfolg der Wirtschaftspolitik ist zu werten, dass sich trotz der Importkompression seit 1993 die weiterhin sehr importabhängige Industrie (Halbfertigerzeugnisse) entwickeln konnte sowie sich der Grad der Selbstversorgung erhöhen und die Außenhandelsbilanz verbessern konnte.

Das Tempo der Reformen wurde natürlich auch von der jeweiligen Höhe des Erdölpreises auf den Weltmärkten beeinflusst. Letztlich konnten die weitreichenden Erdöl- und Erdgasvorkommen das theokratische Regime wirtschaftlich stützen und dessen Überleben sicherstellen. Das Unvermögen sowie die Ineffizienzen aufgrund machtpolitischer Momente konnte folglich kaschiert werden. Den Reformern ist es letztlich nicht gelungen, die in der iranischen Wirtschaft typischen Phasen des Booms und des Einbruches zu überwinden; die weiterhin hohe Abhängigkeit von Erdölexport von ca. 85 % macht langfristige wirtschaftliche Planung fast unmöglich, da der Erdölpreis volatil ist. Die erhebliche Abhängigkeit vom Erdöl bleibt auch im 21. Jahrhundert bestehen. Die strukturellen Probleme der iranischen Wirtschaft (Erdölexport, Importabhängigkeit, geringe Nicht-Öl-Exporte) sind von daher weitgehend unverändert, und die dominante Rolle des Staates im Markt bleibt weiterhin bestehen.

SANKTIONEN DER USA

Die USA unter Präsident Clinton verschärften 1995 ihre Isolationskampagne gegen den Iran und erschwerten die wirtschaftspolitischen Bemühungen der iranischen Regierung nachhaltig. Die bereits genannten selbstverschuldeten Fehler der Liberalisierungspolitik Rafsandjanis wurden durch die wirtschaftlichen Erschwernisse der US-Sanktionen verstärkt. Daneben haben die US-Sanktionen die Macht des Klerus um Khamenei gefestigt: die theokratische Führung konnte letztlich die systemgefährdenden Wirtschaftskrisen meistern, ohne dabei die eigene Politik verändern zu müssen. Der Erfolg der US-Sanktionen ist vor diesem Hintergrund als sehr gering zu beurteilen, zumal der amerikanischen Wirtschaft Schaden entstanden ist.

Die Effektivität des US-Embargos ist als gering einzustufen, v.a. da sich die anderen westlichen Industrienationen nicht an diese Sanktionen hielten. Dennoch stand der Iran in einer ungünstigen Verhandlungsposition und Geschäftsabschlüsse fielen seitens des Irans

weniger lukrativ aus. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die US-Sanktionen ein zusätzliches Hemmnis in der Entwicklung der Wirtschaft des Irans waren. Dennoch konnte der Iran seine Außen- und Wirtschaftspolitik unbeirrt durchsetzen, allerdings zu erheblich höheren Kosten und mit mehr Zeitaufwand. So konnte der Iran einige große wirtschaftliche Opportunitäten nicht profitabel realisieren, dies war besonders im strategisch wichtigen Erdgassektor der Fall. Auf der anderen Seite wurde allerdings eine erfolgreiche Diversifikation der Handelskontakte in die Dritte Welt erreicht und somit die schwache Position gegenüber dem Westen teilweise kompensiert.

INFLATION UND SUBVENTIONEN

Die Inflation war ein auffälliges Merkmal der iranischen Wirtschaft seit den 70er Jahren. Speziell nach Kriegsende wurde die aufgestaute Inflation freigesetzt und stieg, speziell nach der Liquiditätskrise 1993 und den niedrigen Erdölpreisen der Jahre 1997/98, auf bis zu 60 % jährlich. Durch die hohe Inflation wurde ein Teil der unternehmerischen Aktivität in hochspekulative Geschäfte wie die Lagerung von Konsumgütern und Bauspekulationen gelenkt.

Die Inflation ist eine höchst ineffiziente Form der Besteuerung im Iran und wurde zur Norm im Alltag des Landes. Aufgrund der Korruption sowie der ineffizienten Bürokratie war das Steuersystem nicht intakt und schränkte den Staat beim Eintreiben seiner Steuereinnahmen ein. Zusätzlich nahm der Klerus von umfassenden Reformen des öffentlichen Wesens Abstand, um seine soziale Machtbasis innerhalb des Staatsapparates nicht zu gefährden. Insofern hat der fehlende Steuermechanismus dazu geführt, die Haushaltsdefizite hinzunehmen, um inländische Ressourcen zu beleihen - vorwiegend die Zentralbank des Irans. Somit stand die Inflation in direktem Zusammenhang zur politischen Instabilität des Landes.

Als Erfolg kann gewertet werden, dass die makroökonomischen Indizien nach über 10 Jahren darauf hinweisen, dass die eingeleiteten Maßnahmen dennoch den Effekt hatten, dass die Währung stabilisiert und die Inflation gesenkt werden konnte, ohne letztlich negative Konsequenzen für die Produktion und das Wachstum zu haben. Die Kredite an den Öffentlichen und Privaten Sektor waren seitdem moderat, und die aktuelle Inflationsrate konnte auf ca. 20 % gesenkt werden. Trotz fallender Teuerungsrate muss

ein Großteil der Bevölkerung dennoch weiterhin eine Verminderung der Kaufkraft hinnehmen.

Subventionen, sowohl für Konsumgüter als auch im industriellen Bereich, wurden zu einem festen Bestandteil der iranischen Wirtschaft, um die Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern zu versorgen und die hohe Inflation zu neutralisieren. Der Versuch der Regierung, im Rahmen der Reformen die Vergabe von Subventionen präziser und transparenter zu gestalten, scheiterte am Widerstand des Parlaments (intraklerikale Konflikte), der mächtigen Lobbyisten sowie parastaatlichen Institutionen als Nutznießer der Subventionen. Einige Subventionen konnten im späteren Verlauf dennoch schrittweise gekürzt werden, doch stellten sie weiterhin eine der größten Belastungen des Staatshaushaltes mit über 10 Mrd. US\$ jährlich dar. Das Resultat ist eine massive Steigerung des Inlandskonsums, die vor allem durch die unterbewerteten Preise im Inland erzeugt wird. Die Folgen waren auch Verschwendung und der Schmuggel von subventionierten Waren ins Ausland sowie erhöhte Umweltverschmutzung und Verkehrsstaus. Die volkswirtschaftlich bedeutsamste Folge war, dass nur geringfügig Überschüsse für den Export geschaffen werden konnten, wodurch wiederum die Deviseneinkünfte gemindert wurden. Verschärft wurde dieser Zustand durch die zeitversetzt einsetzenden Folgen des Bevölkerungswachstums der 80er Jahre.

SOZIOÖKONOMIK

In den Aufständen von 1994 offenbarte sich die Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung, dennoch war zu keinem Zeitpunkt das politische System gefährdet. Die Erdrutschsiege Khatamis von 1997 und 2001 zeigen die Ablehnung einer liberalistischen Wirtschaftspolitik, die sich vor allem auf soziale und weniger auf wirtschaftliche Aspekte beziehen. Mehr als zwanzig Jahre nach der Revolution sind die ursprünglichen Träger dieser Revolution, nämlich die *mostasaffin*, erneut betrogen worden. Eigentlicher Nutznießer dieser neuen Staatsstruktur ist weiterhin eine sehr kleine Schicht. Diese neuen Reichen sind das Resultat von Schwarzmarktmanipulationen sowie Devisen- und Immobilienspekulationen. Die Bevölkerungsexplosion und die weitreichende Verarmung hat den Abstand zwischen den Klassen vergrößert und dazu geführt, dass immer noch

über ein Drittel der Iraner unter der Armutsgrenze lebt. Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den letzten 20 Jahren erheblich zurückgegangen. Ein über hundertfacher Wertverlust der iranischen Währung ist zu verzeichnen. Die breite Masse der Iraner hat mit Inflation und einer Arbeitslosigkeit zu kämpfen, die bei über 30 % liegt. Eine Mittelklasse als Rückgrat der Gesellschaft ist kaum vorhanden. Allerdings konnte eine Verbesserung der Lebensstandards auf dem Lande erreicht werden.

Beim Übergang ins 21. Jahrhundert geht ein systemgefährdendes Potenzial von der soziodemographischen Struktur des Irans mit einer Bevölkerung aus, in der über 50% der Menschen unter 23 Jahre sind. Obwohl das Bevölkerungswachstum gebremst werden konnte, strömen jährlich fast 800.000 Menschen auf den Arbeitsmarkt, wohingegen nur ca. 200.000 Arbeitsplätze jährlich geschaffen werden können. Dieses Missverhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage zeichnet sich auch im Bildungsbereich und für die Universitäten ab. Das Bevölkerungswachstum lässt die Inlandsnachfrage steigen, sodass die geschaffenen Produktionszuwächse im Bereich Erdöl, Industrie sowie Landwirtschaft absorbiert werden und die Exporte nicht gedeihen lassen.

SACHZWÄNGE

Während der letzten 50 Jahren hat der Iran bedeutende Phasen durchlaufen, die die Wirtschaft dauerhaft geprägt haben. Mit jedem Richtungswechsel der Politik (wie aus der erwähnten Spiraltheorie zu erkennen), - von denen die Islamische Revolution 1979 der gravierendste war - entstanden Transaktionskosten und Reibungsverluste. Durch das gesamte Jahrhundert war das Erdöl ein besonderes Momentum, das die Wirtschaft in jeder Phase beeinflusste. Hinzu kommt das Bevölkerungswachstum sowie eine stark politisch-religiös ausgeprägte Orientierung der Menschen im Iran. Daher müssen im Gesamtüberblick viele Entscheidungen - auch diejenigen, die aus wirtschaftspolitischer Sicht ineffizient und widersprüchlich sind - unter dem Aspekt von Sachzwängen gesehen werden. Das besondere Charakteristikum der iranischen Wirtschaft kann als solche daher nicht mit anderen wirtschaftshistorisch bekannten Fällen verglichen werden. Schon immer wurde der Zusammenbruch des Irans prophezeit; letztlich wurde aber gerade die Mischung aus einer pragmatisch und ideologisch-fundierten Wirtschaftspolitik zum stabilisierenden Rückhalt dieser iranischen Wirtschaft, die von einer Vielzahl auch nicht-

ökonomischer Variablen bestimmt wird. Als Ergebnis lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass oppositionelle - und selbst demokratische - Lösungsvorschläge zumindest im historischen Rückblick gegenüber dem bisherigen Verlauf wohl kaum bessere Ergebnisse hätten hervorbringen können, sofern sämtliche Aspekte und Sachzwänge der iranischen Wirtschaftsgeschichte einbezogen werden.

Daher ist die These berechtigt, dass für den Iran ein solches System aus religiösen, ideologischen und wirtschaftlichen Prinzipien notwendig ist, damit eine Stabilisierung erreicht wird, die in der iranischen Geschichte der letzten 50 Jahre in der Form nicht vorhanden war. Eine weitere Revolution würde das Land nicht verkraften, sodass Ineffizienzen hingenommen werden müssen, damit Stabilität in der Wirtschaft erhalten bleibt, die für die gesunde Entwicklung in der Zukunft erforderlich ist.

7.2.4. Sozio-Islamischer Liberalismus seit 1997

DIE PRÄSIDENTSCHAFT KHATAMIS

Mit dem Erdrutschsieg von Präsident Khatami im Jahre 1997 begann eine neue Phase der Wirtschaftspolitik im Iran. Als Präsident der sozialen Reformen erhält die soziale Gerechtigkeit nunmehr eine höhere Priorität als das wirtschaftliche Wachstum. Diese Orientierung wird aus Khatamis Wirtschaftspolitik deutlich, die in seinem Economic Recovery Program 1998 und dem dritten Fünfjahresplan (1999-2004) festgeschrieben ist, der eine Fortsetzung der vorausgegangenen Reformbewegungen vorsieht. Allerdings gab es keine einschneidende Reform - neben den stets postulierten Forderungen war keine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen Umgebung und der staatlichen Struktur vorgesehen, womit ein signifikanter Fortschritt innerhalb der Wirtschaftsreformen nicht zu erwarten ist.

Mit der Etablierung seiner Macht als neuer Revolutionsführer wandte sich Khamenei 1995 von Rafsandjani ab, welcher aufgrund der US-Sanktionen und der finanziellen

Problemen des Staates (fallende Erdölpreise, Liquiditätskrise 1993) innenpolitisch unter Druck geraten war. Der Klerus (*majles* und Khamenei) verlangsamte die Reformen - vor allem aus Sorge um seinen Machterhalt. Mit dessen Amtsnachfolger Khatami konnte Khamenei ebenso verfahren, und die Phase des Wirtschaftlichen Liberalismus wurde 1997 beendet. Die beschränkte Macht von Staatspräsident Khatami neben dem mittlerweile übermächtigen Klerus und dem Revolutionsführer Khamenei lässt auf keine Dynamik in der Liberalisierungspolitik sowie in der wirtschaftlichen Entwicklung hoffen.

POLITIK DER MITTE

Seit dem Beginn des Wiederaufbaus ist mittlerweile über ein Jahrzehnt vergangen. Der Wiederaufbau als dringlichstes Motiv der Wirtschaftspolitik steht nicht mehr im Vordergrund des dritten Fünfjahresplanes. Am Ende des 20. Jahrhunderts ist der Wiederaufbau abgeschlossen. Der Iran hat seine Infrastruktur weit über die veranschlagten Planziele aufgebaut und die inländische Produktion gesteigert. In vielen Bereichen ist der Grad der Selbstversorgung erreicht und die wirtschaftliche Einflussnahme des Auslandes verringert. Im Jahre 2002 befindet sich der Iran in einer Phase des Aufschwunges: der stabile Erdölpreis und die weitgehend stabile politische Lage nach dem 11. September 2001 mit der anschließenden Befreiung Afghanistans ließen den Rial und den Staatshaushalt erstarken sowie die finanzielle Unabhängigkeit erreichen.

Für seinen Machterhaltungsanspruch ist Khatami sowohl auf seine 20 Millionen Wähler als auch auf den Revolutionsführer Khamenei angewiesen. Deshalb betreibt Khatami nunmehr eine Politik der Mitte, die mit einer neuen Phase des Sozio-Islamischen Liberalismus einhergeht, in der ein Gleichgewicht zwischen sozial-islamischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen in der Wirtschaftspolitik verfolgt wird. Diese geht neben der beschränkten Macht Khatamis und der intraklerikalen Opposition weiterhin von den Sachzwängen aus, die im Iran vorherrschen. Aufgrund der ungleichmäßigen Einkommensverteilung und der jungen Bevölkerungsstruktur besteht allerdings die Notwendigkeit von sozialer Gerechtigkeit mit ausreichendem wirtschaftlichen Wachstum. Der Iran wird daher keine weiteren signifikanten Liberalisierungsschritte

vornehmen, aber sich gleichermaßen nicht verstärkt populistischen Maßnahmen hingeben. Die Abhängigkeit vom Erdöl herrscht weiterhin vor, die Produktion im Inland - aber auch die Nachfrage - wird steigen, vor allem aufgrund der Spätfolgen der Bevölkerungsexplosion.

Doch ohne die fundamentale Restrukturierung der Wirtschaft, des Rechts- und Staatswesens, werden die Probleme der Vergangenheit wohl noch für einige Zeit weiter bestehen bleiben - in einer Weltwirtschaft, die dominiert wird von technologischer Innovation und weltweitem Wettbewerb. Im Gegensatz zum Schah-Regime ist es der klerikalen Führung gelungen, der Bedrohung eines Machtverlustes entgegenzutreten, indem seit Mitte der 90er Jahre von einer konsequenten Liberalisierung der Wirtschaft Abstand genommen wurde und soziale Reformen eingeleitet wurden, die der Unterstützung der unteren Bevölkerungsschichten dienen sollten. Diese Wirtschaftspolitik führt vor allem zur äußeren und inneren Stabilität des Landes. Der Iran wird sich wirtschaftlich weiterentwickeln - trotz der erschwerten Bedingungen im In- und Ausland. Man kann es dem iranischen Volke nur wünschen.

8. Anhang: Gesamtdarstellung der Epochen Teil A: 1953-1988

Wirtschaftspolitik	Ereignisse	Massnahmen
MONARCHISTISCHE MODERNISIERUNG		1953 Mossadegh stürzt den Schah und verstaatlicht den Erdölsektor CIA-Aktion setzt Schah wieder ein
1953 - 1979	<p>Ab 1970 Steigende Erdölerträge im Staatshaushalt, Verachtfachung der Staatsausgaben und Militär</p> <p>Wachstumsboom 1970-1977, Ungleichmäßige Einkommensverteilung Verarmung auf dem Land, Rezession, Inflation</p>	1963-1967 „Weisse Revolution“: Landreform des Schah, Effekt: Arbeitslose Landarbeiter, Landflucht,
<p>Modernisierung zum Industriestaat mittels Import-Substitution durch Erdöllexport „First-Growth, Redistribute later“</p> <p>Liberalistisch: Politik der Offenen Tür: Import von Technologie, Know-how und Kapital, Elitenbildung Vernachlässigung der Landwirtschaft</p>	<p>1980 Gründung der Islamischen Republik Iran, Khomeini wird Revolutionsführer</p> <p>Iran Irak-Krieg 1980-1988 Isolation Irans, Bruch der Beziehungen zum Westen Brain-Drain, Kapitalflucht Rückgang des Bruttosozialproduktes</p>	<p>Islamische Verfassung 1979: - Umfangreiche Verstaatlichung - Para-Staatliche Organisationen - Islamic Banking - Landreform</p> <p>1980-88 Kriegswirtschaft Rationierung und Preiskontrollen Verwüstungen im Land, Raketenkrieg</p>
ISLAMISCHER POPULISMUS	<p>1979 - 1988</p> <p>Islamisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft (Ideologie aus dem 7. Jht) Populistisch-massenorientiert (mostazaffin) Wirtschaft als Mittel, um sich Gott zu nähern Interventionsstaat</p>	

8. Anhang: Gesamtdarstellung der Epochen Teil B: 1989-2002

Wirtschaftspolitik	Ereignisse	Massnahmen
<p>1989 - 1997</p> <p>Umkehrung zu liberalistisch-pragmatischer Wirtschaftspolitik: Perestroika Rafsandschani</p> <p>Allianz Khamenei/Rafsandschani</p> <p>Marktorientierung und Öffnung</p> <p>Neupositionierung in der International Division of Labour:</p> <p>Import-Substitutions-Strategie mit Exportförderung</p> <p>1995 Durch intraklerikale Opposition</p> <p>Verlangsamung der Liberalisierungspolitik Khamenei wendet sich von Rafsandschani Liberalisierungspolitik ab.</p>	<p>Waffenstillstand 1989, Erdbeben 1990, Kuwaitkrise 91-92: Neutralität Irans, Khamenei neuer Revolutionsführer, Rafsandschani erster Staatspräsident, Ableben von Khomeini</p> <p>Importboom 91/92, Wachstumsboom</p> <p>Liquiditätskrise 1993, Umschuldung Importkompression Inflation, Fall der Währung seit 1993</p> <p>1994 Brotunruhen, Aufstände</p> <p>Para-Staatliche Organisationen treten als Käufer der zu privatisierenden Unternehmen auf</p> <p>1995 Verschärfung der US-Sanktionen</p>	<p>1. Fünfjahresplan 1989-1994</p> <ul style="list-style-type: none"> - Privatisierung der Staatsbetriebe - Kürzung der Subventionen - Deregulierung des Außenhandels - Steuerreform - Wechselkursreform - Ausländische Investitionen - Kreditaufnahme im Ausland - Rückkehr der Exilierten Iraner <p>2. Fünfjahresplan 1994-1999</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kontinuität des 1. Fünfjahresplans - moderatere Wachstumsziele - Betonung auf Agrarsektor
<p>1997 - 2002</p> <p>Erdrutschsieg Khatami 1997</p> <p>Soziale Reformen</p> <p>wirtschaftliches Wachstum nur sekundäres Ziel, Politik der Mitte aus liberalistischer und sozial-islamischer Wirtschaftspolitik</p>	<p>Fall der Erdölpreise 1998, Inflation steigt wieder, Reformprozess verlangsamt</p> <p>Inflation gesenkt und Rial-Kurs stabil</p> <p>Auslandskredite beglichen, erstmals Erdölfond, Inlandsnachfrage steigt jedoch.</p>	<p>1998 Economic Recovery Program Khatami: „Kranke Wirtschaft“</p> <p>3. Fünfjahresplan 1999-2004</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kontinuität - Keine einschneidenden Veränderung
WIRTSCHAFTLICHER LIBERALISMUS		SOZIO-ISLAMISCH. LIBERALISMUS

8.2. Literaturverzeichnis

Afrasiabi, Kaveh L. (1994)

After Khomeini: New Directions in Iran's Foreign Policy. Boulder / Colorado

Afshar, Haleh (1985)

Iran: a revolution in turmoil. New York

Akhavi-Pour, Hossein (1995)

Privatization of Iran: Analysis of the Process and Methods, in: *Islam, Iran and World Stability*, hrsg. Zanganeh, H., S. 188-199

Alerassool, Mahvash (1993)

Iran: towards a new economy: market structure and prospects for the 1990s, hrsg. *Middle East Economic Digest*. London

Alizadeh, Parvin Hrsg. (2000)

Introduction, in: *The economy of Iran: the dilemmas of an Islamic state*, S. 1-29. London / New York

Allafi, Mohammad (1990)

Wirtschaftlicher Paradigmawechsel der Islamischen Republik Iran ? Zur Reaktivierung des Industrialisierungsprozesses, in: *Orient: Zeitschrift des Deutschen Orient-Instituts*, vol. 31(1990)4 S. 603-615

Amid, Mohammad Javad (1990)

Agriculture, Poverty and reform in Iran. London

Amirahmadi, Hooshang (1990)

Economic Reconstruction of Iran: costing the war damage, in: *Third World Quarterly*, Ausgabe 4 (1990), S. 18-47

Amirahmadi, Hooshang (1991)

Revolution and Economic Transition: The Iranian Experience. New York.

Amirahmadi, Hooshang (1994a)

Economic Destruction and imbalances in post-revolutionary Iran, in: *Reconstruction and regional diplomacy in the persian gulf*, hrsg. Amirahmadi, H. and Entessar, N, S. 65-108

Amirahmadi, Hooshang (1994b)

Iranian Economic Reconstruction Plan and *prospects* for its success, in: Reconstruction and regional diplomacy in the Persian Gulf, hrsg. Amirahmadi, H. and Entessar, N, S. 109-154

Amirahmadi, Hooshang (1994c)

Oil at the turn of the twenty first century, in: Futures. - Guildford. - 28. 1996, H. 5. - S. 433-452; 1996

Amirahmadi, Hooshang (1995)

Iran and the Persian Gulf: *Strategic Issues* and Outlook

Amirahmadi, Hooshang (1996)

Iran's *development*: evaluation and challenges, in: Third World quarterly: journal of emerging areas, vol. 17 (1996), afl. 1, S. 123-147

Amuzegar, Jahangir (1992)

The *Iranian Economy* before and after the revolution, in: The Middle East Journal, 43.3 (Summer 1992) S. 413-425

Amuzegar, Jahangir (1994)

The Iranian Economy under the *Islamic Republic*. London.

Amuzegar, Jahangir (1997a)

Adjusting to *sanctions*, in: Foreign affairs, vol. 76 (1997), afl. 3, S. 31-41, Ill. 1

Amuzegar, Jahangir (1997b)

Iran's Economy Under the *Islamic Republic*, Neuauflage der Fassung von 1994. London.

Amuzegar, Jahangir (1999)

Khatami and the Iranian economy at mid-term, in: The Middle East journal, vol. 53 (1999), Aufl. 4, S. 534-552

Azhar, Muhammad (1994)

Iranian economy: *agenda for reconstruction* and reform, in: The political economy of West Asia: demography, democracy & economic reforms, hrsg.: Pant, Girijesh C., S. 153-171

Balaghi-Mobayen, Moustafa (1995)

Die *wirtschaftliche Entwicklung* des Iran seit dem Zweiten Weltkrieg unter dem Gesichtspunkt der ausenwirtschaftlichen Verflechtung: ein Beitrag zur sozio-ökonomischen Entwicklung, Dissertation Wuppertal.

Behdat, Sohrab (1988)

Foreign exchange gap, structural constraints, and the political economy of exchange rate determination in Iran, in: International Journal of Middle Eastern Studies 22/1, S.1-21

Behdad, Sohrab (1989)

Winners and Losers of the *Iran-Iraq-War*, in: Int'l Journal of Middle East Studies, No. 21 S. 329-331

Behdad, Sohrab (2000)

From Populism to *Economic Liberalism*: The Iranian Predicament, in: The economy of Iran: the dilemmas of an Islamic state, hrsg. Alizadeh, P., S. 100-144

Bjorvatn, Kjetil (1996)

Islamic economics in principle and practice, in: Discussion paper, Norwegian School of Economics and Business Administration, Department of Economics ; 96,6

Brauksiepe, Ralf (1995)

Politische Oekonomie der Transformation von *Wirtschaftsordnungen* in Entwicklungslaendern

Clawson, Patrick (1994)

The impact of the *military* on Iran's economy, in: L'economie de l'Iran islamique / Coville, Thierry, (1994), S. 69-83

Clawson, Patrick (1997)

The *Khatami Paradox*, in: Iran under Khatami, hrsg. Clawson, P., Eisenstadt, M., Kanovsky, E., S. 1-13

Ehteshami, Anoushiravan (1993)

Iran, in: Economic and Political *Liberalization* in the Middle East, hrsg. Tim Noblock, S. 214-236

Ehteshami, Anoushiravan (1995)

After Khomeini: The Iranian *Second Republic*. London.

Encke, Ulrich (1993)

Das Spannungsverhaeltnis zwischen islamischem Fundamentalismus und Marktwirtschaft: eine Analyse der Abläufe in der *islamischen Wirtschaft*. München.

Entessar, Nader (1995)

Realpolitik and Transformation of Iran's Foreign Policy: Coping with the "Iran Syndrome", in: Islam, Iran and World Stability, hrsg. Zanganeh, H., S. 145-166

Farhadian, Houschang (1995)

Interview, Hamburg

Farhadian, Mahdy (1995)

Wirtschaftsgeschichte Iran: Von der *Revolution* bis zur Gegenwart. Diplomarbeit Regensburg

Farhadian, Negar (1991)

Finanzierungsleistungen islamisch-iranischer und deutscher *Banken* im ökonomischen Vergleich. Diplomarbeit Hamburg

Farzin, Yeganeh Hossein (1994)

The Political Economy of the *Foreign Exchange* Reform, in: Iran after the Revolution, hrsg. Rahnema, S./Behdad, S. S. 174-200

Fisher, W.B. and Lawless (1993)

Iran, in: The Middle East and North Africa 1994, Ausgabe 40, 1993, S. 383-434

Forati Kashani, Vahid (1998)

Das iranische *Finanzsystem*, in: Wirtschaftspolitische Forschungsarbeiten der Universitaet zu Köln ; 25

Gatter, Peer (1998)

Khomeinis Erben: Machtpolitik und *Wirtschaftsreformen* im Iran. Münster

Ghasimi, M.R. (1992)

the Iranian Economy after the Revolution: An *Economic appraisal* fot the Five-Year-Plan, in: International Journal of Middle East Studies, Ausgabe 24, S. 1992, S. 599-614

Ghazanfar, S.M. (1991)

Iran's 1979 *revolution*: An Economic Retrospect, in: Journal of South Asian and Middle Eastern Studies, Ausgabe XIV, Nr. 4 (Summer 1991), 1991, S. 37-54,

Hakimian, Hassan und Karshenas, Massoud (2000)

Dilemmas and Prospects for *Economic Reform* and Reconstruction in Iran, in: The economy of Iran: the dilemmas of an Islamic state, hrsg. Alizadeh, Parvin, S. 29-62

Herrmann, Reiner (1994)

Von der *Wirtschaft* zur Legitimationskrise, in: Orient, Ausgabe 35, Quartal 1, 1994, S. 540-567

Hetsch, Irina (1992)

Islam und Unterentwicklung. Konzeptionelle Ansätze zur Ueberwindung der Unterentwicklung in islamischen Wirtschaftstheorien: Das Beispiel Iran. Berlin

Hosseini, Hamid (1992)

From Homo Economicus to *Homo Islamicus*: the universality of economic science reconsidered, in: Modern Capitalism and Islamic Ideology in Iran, hrsg.: Bina, C. and Zanganeh, H., S. 103-120

Hosseini, Hamid (1995)

The Change of Economic and Industrial Policy in Iran: President *Rafsandjani's Perestroika*

Hunter, Shireen T. (1992)

Iran after Khomeini. New York.

Islamische Republik Iran (1980)

Präambel, Heft 6, hrsg. Botschaft der Islamischen Republik Iran, Bonn 1980

Islamische Republik Iran (1980)

Verfassung, Heft 6, hrsg. Botschaft der Islamischen Republik Iran, Bonn 1980

Khatami, Mohammad (1998)

Outlooks of the president of the Islamic Republik of Iran, www.president.ir

Kanovsky, Eliyahu (1997)

Iran's *economic morass*: mismanagement and decline under the Islamic Republic, in: Policy papers, The Washington Institute for Near East Policy ; 44,

Kanovsky, Eliyahu (1998)

Iran's Sick Economy: Prospects for *Change under Khatami*, in: Iran Under Khatami: A Political, Economic, and Military Assessment, hrsg. Clawson, P., Menashri, D. Kanovsky, M. u.a., S. 53-71

Karshenas, Massoud & Pesaran, Massoud Hashem (1994)

Exchange rate unification, the role of markets and planning in the Iranian economic reconstruction, in: The Economy of Iran, hrsg. Coville, Th., S. 141-175

Karshenas, Massoud & Pesaran, Massoud Hashem (1995)

Economic Reform and the Reconstruction of the Iranian Economy, in: Middle East Journal, vol 49, No. 1 Winter 1995, S. 89-110

Katouzian, Homa (1981)

The Political Economy of *Modern Iran*: Despotism and Pseudo-Modernism, 1926-1979. New York

Katouzian, Homa (1989)

The political Economy of Iran since the Revolution: A Macro_Historical *Analysis*, in: Comparative Economic Studies, Ausgabe 31 (1989), 1989, S. 54-65

Khalatbari, Firouzeh (1994)

The *Tehran Stock* Exchange and privatisation of public sector enterprises in Iran: a study of obstacles to the private sector development, in: L'economie de l'Iran islamique, hrsg. Coville, Th., S. 177-208

Konzelmann, Gerhard (1989)

Allah's Schwert. Münster

Kooroshy, Javad (1990)

Wirtschaftsordnung der Islamischen Republik Iran. Anspruch und Wirklichkeit

Kooroshy, Javad (1996)

Oekonomischer Transformationsprozess in der Islamischen Republik Iran: Wirtschaftsentwicklung seit 1989, in: Orient: Zeitschrift des Deutschen Orient-Instituts, vol. 37 (1996), Aufl. 2, S. 281-295

Kooroshy, Javad (1999)

Die Folgen der iranischen *Revolution* von 1979 für die Wirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Vol. 49 (1999), Aufl. 19, S. 39-46

Kutschera, Chris (1994)

Iran's peeling veneer, in: The Middle East (London), Heft 237 (September 1994), S. 19-21,

Lautenschlager, Wolfgang (1986)

The effects of an *Overvalued Exchange Rate* on the Iranian Economy 1979-1984, in: International Journal of Middle Eastern Studies, Afl. 18/1, S. 31-52

Looney, Robert E. (1987)

Origins of Pre-Revolutionary Iranian Economic Cycles and Policy Response, in: Middle Eastern Studies, Aufl.1, 1987, S. 83-92

Mazarei, Adnan (1995)

Imports under a foreign exchange constraint: the case of the Islamic Republic of Iran. IMF Working Paper 95. Washington, D.C.

Mazarei, Adnan jr. (1995)

The *parallel market* for foreign exchange in an oil exporting economy: the case of Iran 1978-1990

Mazarei, Adnan (1996)

The *Iranian economy* under the Islamic Republic: institutional change and macroeconomic performance (1979 - 1990), in: Cambridge journal of economics, Vol. 20 (1996), Afl. 3, S. 289-314

Meyer, Lutz (1984)

Die *Wirtschaft* Irans seit der Revolution, in: Außenpolitik, Ausgabe 35 (1984) 3, 1984, S. 299-314

Mirzai, Mohammad M. (1994)

Economic reconstruction in Iran: the post revolutionary era, in: The political economy of West Asia: demography, democracy & economic reforms, hrsg.:Pant, Girijesh C., S. 172-187

Mofid, Kamran (1990)

The *Economic Consequences* of the Gulf War. London

Mofid, Kamran (1992)

The political Economy of Iran's *foreign trade* since the revolution: ideals and practice, in: Iran and the international community, hrsg. Ehteshami, A. und Varasteh, M. S., 144-161

Moghadam, Fatemeh (1996)

From *Land Reform* to Revolution: the political economy of Agricultural Development in Iran 1962-1979. London/New York

Moore, Janice M. (1992)

The Iranian *Revolution* Revisited, in: Modern Capitalism and Islamic Ideology in Iran, hrsg.: Bina, C. and Zanganeh, H.S. 83-102

Morady, Farhag (1996)

Oil, the state and industrial development in post-revolutionary Iran, in: Amsterdam Middle East Papers, No. 7, Nov. 1996, S. 1-25

Nazimi, Nader (1989)

Economic Growth and Underdevelopment in Iran: 1950-1978, in: Comparative Economic Studies, Ausgabe 31, 1990, S. 33-53

Nußbaumedder, H. (1980)

Khomeini – Anarchie in Allahs Namen, S. 125-145

O. V. (1982)

Der Islam und die *Krise* des Nahen Ostens, in: Informationen zur politischen Bildung, hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung, 1982

O.V. (1989)

MEED report, in: Middle East Economic Digest, Vol. 33, Nr. 20, Heft 26. Mai 1989, S. 29-32

O.V. (1993)

Reforms gather pace as isolation ends, in: Euromoney, Heft 9, 1993, S. 266-278

O.V. (1996)

Iran, in: The Economist, Nr. 7957/ 338, Heft 16. März 1996, S. 16-18

Pant, Girijesh C. (1996)

Iran: from *revolution* to market, in: International studies, Vol. 33 (1996), Afl. 3, S.341-364

Parvizi Amineh, Mehdi (1999)

Der *Islam* und die Iranische Revolution von 1979, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B19/99, S. 14-26

Pesaran, M. Hashem (1992)

The Iranian Foreign Exchange Policy and the Black Market for Dollars, in: International Journal of Middle Eastern Studies, Aufl. 24/1, S. 101-125

Pesaran, M. Hashem (1995)

Planning and *macroeconomic stabilization* in Iran, in: DAE Working papers, University of Cambridge ; 9508, S.1-22

Pesaran, M. Hashem (1995)

Iranian Economy during the *Pahlawi Era*, in: DAE Working Paper No 9418 University of Cambridge, S. 1-26

Pesaran, M. Hashem (1998)

Economic trends and macroeconomic policies in post-revolutionary Iran, in: DAE Working papers No. 9818 University of Cambridge, S. 1-38

Pesaran, M. Hashem (2000)

Economic trends and macroeconomic policies in post-revolutionary Iran, in: The economy of Iran: the dilemmas of an Islamic state, hrsg. Alizadeh, Parvin, S. 63-99

Petrossian, Vahe (1990)

MEED *Special Report Iran*, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 8. March 1990, S. I-XVIII

Petrossian, Vahe (1991)

MEED *Special Report Iran*, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 8. March 1991, S. 7-17

Petrossian, Vahe (1992)

MEED *Special Report Iran*, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 30. Oktober 1992, S. 12-19

Petrossian, Vahe (1993)

MEED *Special Report Iran*, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 7. February 1993, S. 7-15

Petrossian, Vahe (1994)

MEED *Special Report Iran*, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 11. February 1994, S. 16-22

Petrossian, Vahe (1995)

MEED *Special Report Iran*, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 6. February 1995, S. 8-15

Petrossian, Vahe (1996a)

Iran's *Second Revolution*, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 17. Mai 1996, S. 1-4

Petrossian, Vahe (1996b)

MEED Iran awaits new confrontation, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 8. Mai 1996, S. 22

Petrossian, Vahe (1998a)

Iran gets behind its debt payments in: Middle East Economic Digest (London), Heft 8. Mai 1998, S. 19-22,

Petrossian, Vahe (1998b)

MEED *special report*, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 13. November 1998, S. 16

Petrossian, Vahe (1998c)

MEED *special report*, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 13. März 1998, S. 2-5

Petrossian, Vahe (2000)

MEED *special report*, in: Middle East Economic Digest (London), Heft 30. Juni 2000, S. 3-7

Plan and Budget Organisation (1989)

The *First Five-Year Economic, Social and cultural Development Plan* of the Islamic Republic of Iran (1989-1993) , hrsg. Plan and Budget Organisation, Teheran.

Plan and Budget Organisation (1991)

Final Report on the assessment of the economic damages of the war imposed by Iraq on the Islamic Republic of Iran (1980-1988), hrsg. Plan and Budget Organisation, Teheran.

Plan and Budget Organisation (1994)

A *Summary Report* on the Performance of the First Five-Year Economic, Social and cultural Development Plan of the Islamic Republic of Iran (1989-1993), hrsg. Plan and Budget Organisation, Teheran.

Plan and Budget Organisation (1994)

The *Second Five-Year* Economic, Social and cultural Development Plan of the Islamic Republic of Iran (1994-1999) , hrsg. Plan and Budget Organisation, Teheran.

Plan and Budget Organisation (1999)

The *Third Five-Year* Economic, Social and cultural Development Plan of the Islamic Republic of Iran (2000-2004) , hrsg. Plan and Budget Organisation, Teheran.

Ramazani, Rouhollah K. (1988)

Revolutionary Iran: Challenge and Response the Middle East, Johns Hopkins University Press

Rahnama, Ali und Nomani, Farhad (1990)

The *Secular Miracle: Religion, Politics and Economic Policy* in Iran. London & New York

Razzaqi, Ebrahim (2001)

The *US-Sanctions*, in: Iran Daily, Juli 18.2001, S. 3

Rieck, Andreas (1995)

Iran, in: Nahost *Jahrbuch*, hrsg. Koszinowski, T. und Mattes, H., 1995, S. 81-87

Riedel, Herbert (1994)

Rundschreiben der Deutsch-Iranischen Handelskammer, hrsg. Deutsch-Iranische Handelskammer, Ausgabe 2/94, 1994

Roßkopf, Fritz (1991)

Die Entwicklung des *Steuersystems* im Iran nach der Revolution von 1979, Berlin. Diskussionspapiere/Fachgebiet Volkswirtschaft des Vorderen Orients, 9

Saadatmand, Yassaman (1991)

Islamic Republic of Iran: *continuity* or Divergence in Economic Policies ? in: Journal of Third World Studies, Vol VIII, No. 1, Spring 1991, S. 180-205

Saeidi, Ali (2001)

Charismatic *political authority* and populist economics in post-revolutionary Iran, in: Third World Quaterly, Vol. 22, No 2, S. 219-236

Salehi-Isfahani, Djavad (1994)

The Oil-Sector after the Revolution, in: Iran after the Revolution: Crisis of an Islamic State, hrsg. Rahneema, S. & Behdad, S., S.150-173

Sirageldin, Ismail Abdel-Hamid (1995)

Islam, society, and *economic policy*, in: Pakistan development review: an international journal of development economics, vol. 34 (1995), Aufl. 4, S. 220-241

Smith, Barbara Jean (1997)

Children of the *Islamic revolution*: a survey of Iran, in: The economist, vol. 342 (1997), Afl. 18 (jan), Ill., S. 1-10

Taheri, Ahmad (1993)

Allahs liebster Akbar, in: Die Woche, 9. Juni 1993, S. 20 (Ausland)

Tellenbach, Silvia (1990)

Zur Änderung der Verfassung der Islamischen Republik Iran vom 28. Juli 1989, in: Orient: Zeitschrift des Deutschen Orient-Instituts, vol. 30(1990)1 S. 45-67

Todaro, Michael (1989)

Economic Development, in: The Third World, 1989, S. 433-475

United Nations (1999)

Human Development of the Islamic Republic of Iran 1999. Teheran

Vakily-Zad, Cyrus (1991)

Continuity and Change: The *Structure* of Power in Iran, in: Modern Capitalism and Islamic Ideology in Iran, hrsg.: Bina, C. and Zanganeh, H., S. 13-51

Valibeigi, Mehrdad (1991)

Islamization of the Economy: the post-revolutionary Iranian Experience. Dissertation. Washington

Valibeigi, Mehrdad (1993)

Islamic economics and economic policy formation in post-revolutionary Iran: a critique, in: Journal of economic issues: JEI, vol. 27 (1993), Aufl. 3, S. 793-812

Varzi, Mehdi (1999)

The need for *acceleration* and opening up of foreign and domestic private investment in the Iranian oil and gas sector, in: Arab oil & gas: oil laws, concession contracts and amendments in the Middle East and North Africa, vol. 28 (1999) (aug), S. 41-49

Zanganeh, H. und Moore, Janice (1995)

Economic Development and Growth in iran, in: Islam, Iran and World Stability, hrsg. Zanganeh, H., S. 201-216

Zonis, M. und Mokri, C. (1991)

The Islamic Republic of *Iran*, in: Politics and Government in the Middle East, von Ismail/Ismail, S. 114-148

8.3. Quellenverzeichnis

Bank Markazi: Iran Economic Reports

Bank Markazi: Quarterly Reports (Bank-e-markazi-e-Iran)

Bundesstelle für Außenhandelsinformationen: bafai-Info Nahost

Financial Times London

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Handelsblatt

International Monetary Fond: Staff Country Report

Iran Daily (Zeitung)

Iran Farda (Zeitung)

Iran Statistical Center (Markaz-e-Amari Iran): Annual Review

Iran Times (Zeitung)

Keyhan (Zeitung)

Mapquest.com

Teheran Stock Exchange: Weekly report of the operations

The Economist. London

Die jeweils benutzten Ausgaben der Quellen sind in der Fußnote angegeben.

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit erkläre ich, dass nur die in der Dissertation angegebenen Hilfsmittel benutzt worden sind. Ich bin der alleinige Verfasser der Dissertation. Sie war noch nicht Gegenstand eines Prüfungsverfahrens.

Hamburg, den 17. Juni 2002

Dipl.-Kfm. Mahdy Farhadian

Tabellarischer Lebenslauf

22.12.1971	geboren in Hamburg Sohn von Kaufmann Houschang Farhadian und Frau Mahdokht Farhadian, geb. Iranitalab
1977-1981	Grundschule Hamburg
1991	Heilwig-Gymnasium Hamburg
1991-1996	Universität Regensburg, Diplom-Kaufmann
1994-1995	MBA-Austauschprogramm Murray State University, USA
1997-2001	Promotion, Wirtschaftsgeschichte, Uni Regensburg